

ANLAGENBAND

zum

Bericht

**des Ausschusses der Justizministerkonferenz
zur Koordinierung der Juristenausbildung**

**Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die
Juristenausbildung**

Der Anlagenteil folgt der Gliederung des Abschlussberichts. Er enthält Anlagen zu den Kapitel 1, 3, 4, 5, 6 und 8

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Anlage 1/1:

Übersicht Klausurenkurs/Examinatorium an bayerischen Universitäten

Kapitel 3

Anlage 3/1:

Übersicht über den Stand der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Europa

Kapitel 4

Anlage 4/1: Fragenkatalog

Anhörung des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung betreffend die Einführung des Bachelor-/Master-Systems in die deutsche Juristenausbildung vom Dezember 2004

Anlage 4/2: Anhörung DJFT, RKFHöD

Niederschrift über die vom Ausschuss der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung durchgeführte Anhörung des Deutschen Juristen-Fakultätentages und der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den Öffentlichen Dienst am 26.01.2005 in Berlin

Anlage 4/3: Anhörung BRAK, DAV, BNotK

Niederschrift über die vom Ausschuss der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung durchgeführte Anhörung der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK), des Deutschen Anwaltvereins e.V. (DAV) und der Bundesnotarkammer (BNotK) am 26.01.2005 in Berlin

Anlage 4/4: Anhörung DIHK, BDI

Niederschrift über die vom Ausschuss der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung durchgeführte Anhörung des Deutschen Industrie- und Han-

delskammertages (DIHK) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) am 27.01.2005 in Berlin

Anlage 4/5: Stellungnahme BNotK

Antworten zum Fragebogen „bachelor-/master-Studium“ für Juristen vom 20.01.2005

Anlage 4/6: Stellungnahme BRAK

Antworten der Bundesrechtsanwaltskammer zum Fragenkatalog des Koordinierungsausschusses Juristenausbildung zum Thema „Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung“ vom 20.01.2005

Anlage 4/7: Stellungnahme DJFT

Schreiben des Deutschen Juristen-Fakultätentages vom 19.01.2005: Fragenkatalog des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung

Anlage 4/8 - Teil 1: Stellungnahme DAV

Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins zur Einführung eines Bachelor-/Master-Systems in die deutsche Juristenausbildung für die Anhörung des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung am 26. Januar 2005 in Berlin vom 24.01.2005

Anlage 4/8 - Teil 2: Stellungnahme DAV vom 30.11.2004

Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins durch den Ausschuss Aus- und Fortbildung vom 30.11.2004 zur Einführung der Bachelor-/Masterstruktur in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge des Bologna-Prozesses - hier: Stellungnahme der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Oktober 2004

Anlage 4/8 - Teil 3: Vorschläge DAV zur gesonderten Anwaltsausbildung

Vorschläge des Deutschen Anwaltvereins (DAV) zur Reform des juristischen Vorbereitungsdienstes durch Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung und weiterer Ausbildungsgänge (Spartenausbildung) durch den Ausschuss Aus- und Fortbildung vom 22. und 23. September 2004

Anlage 4/9: Stellungnahme dbb und tarifunion

Stellungnahme des dbb beamtenbundes und tarifunion vom 20.01.2005

Anlage 4/10 - Teil 1: Stellungnahme DIHK

Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelskammertages in Berlin vom 19.01.2005

Anlage 4/10 - Teil 2:

Gemeinsame Studie der IHK und der Handwerkskammer Berlin sowie der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg "Mit Bachelor und Master nach Europa", September 2004

Anlage 4/11 Stellungnahme Hans Soldan Stiftung

Stellungnahme der Hans Soldan Stiftung vom 17. Januar 2005

Anlage 4/12 Stellungnahme VdR

Stellungnahme des Verbandes der Rechtspfleger e.V. Hameln vom 17.01.2005

Anlage 4/13 Stellungnahme BDR

Stellungnahme des Bundes Deutscher Rechtspfleger vom 31.01.2005

Anlage 4/14 Stellungnahme DRB

Stellungnahme des Deutschen Richterbundes in Berlin vom 26.01.2005

Anlage 4/15 Stellungnahme BDI

Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom 07.02.2005

Anlage 4/16 Stellungnahme Deutscher Landkreistag

Stellungnahme des Deutschen Landkreistages vom 28.01.2005

Anlage 4/17 Stellungnahme DGVB

Stellungnahme des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes e.V. vom 22.01.2005

Anlage 4/18 Stellungnahme BSK

Antwort der Bundessprecherkonferenz der Rechtsreferendare

Anlage 4/19 Stellungnahme HRK

Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz vom Juni 2005

Anlage 4/20 Stellungnahme RKFHöD

Stellungnahme der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst vom 01.06.2005

Anlage 4/21 Stellungnahme DNotV

Stellungnahme des Deutschen Notarvereins vom 20.04.2005 (Anlage 4/21)

Anlage 4/22 Stellungnahme BDA

Stellungnahme der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 21.04.2005

Kapitel 5

Anlage 5/1:

Übersicht über die Gewichtung der Inhalte des klassischen Jurastudiums im herkömmlichen Ausbildungsgang und in einem FH-Bachelor-Studiengang anhand von ECTS-Punkten

Anlage 5/2:

Auswertung der Arbeitsmarktsituation durch den Koordinierungsausschuss vom 06.06.2006

Anlage 5/3:

Antwort der Bundesagentur für Arbeit - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung - vom 21.04.2005

Anlage 5/4

Antwort der Bundesagentur für Arbeit - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung - vom 10.05.2005

Anlage 5/5

Stellungnahme des Hochschul-Informations-Systems GmbH (HIS), Hannover, vom 10.05.2005

Anlage 5/6

Antwort des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, vom 18.05.2005

Anlage 5/7 BiBB

Expertenanhörung zur Reform der beruflichen Bildung im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW am 5.10.2004

Anlage 5/8

Bachelor-Studiengang Wirtschaftsrecht - Business Law, Übersicht über die Workload; entnommen: Infor-Wirtschaftsrecht-Bachelor, S. 11, <http://www.fh->

[frankfurt.de/wwwabts/download/Info-Wirtschaftsrecht-Bachelor-\(Maerz-2005\).pdf](http://frankfurt.de/wwwabts/download/Info-Wirtschaftsrecht-Bachelor-(Maerz-2005).pdf)
(02.09.2005)

Anlage 5/9

Masterstudiengang Verhandeln und Gestalten von Verträgen - Negotiating and Designing Contracts (LL.M.), Modulübersicht; entnommen: FIBAA, Internationale Stiftung für Qualität bei Bachelor- und Masterstudiengängen, Bericht des Gutachterteams zur Erst-Akkreditierung Master-Studiengangs Verhandeln und Gestalten von Verträgen (Master of Laws) der Fachhochschule Frankfurt a.M. vom 27./28. Februar 2005, <http://www.fb3-fh-frankfurt.de/fb3/studiengaenge/wirecht/llm/LLM-FHFrankfurt.pdf> (02.09.2005)

Kapitel 6

Anlage 6/1:

Beschluss der Präsidentinnen und Präsidenten der Landesjustizprüfungsämter vom 30. Mai 2005 in Berlin

Kapitel 8

Anlage 8/1: Übersicht FHöD

Übersicht der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

Anlage 8/2: Kurzübersicht Studiengänge

Kurzübersicht der Studiengänge an den Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

Anlage 8/3: Übersicht Studiengänge FH NRW

Übersicht der Studiengänge an den Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen

Anlage 8/4: Kurzübersicht juranahe Studiengänge

Kurzübersicht der juranahen Studiengänge an den Fachhochschulen in NRW

Klausurenkurse / Examinatorien (Stand SS 2004/WS 2004/2005; Quelle: Auskunft der Dekanate)

Name der Veranstaltung	Augsburg	Bayreuth	Erlangen	München	Passau	Regensburg	Würzburg
	Examinatorium einschließlich Klausurenkurs, den auch Nicht-Examinatorien teilnehmen und dies auch verstärkt in Anspruch nehmen.	Examinatorien zum Zivilrecht (6 SWS), zum Öffentlichen Recht (4 SWS) u. Strafrecht (2 SWS) + in den genannten Fächern je ein 2-stündiges Fallkolloquium + Examenstübungs-klausurenkurs (5 SWS) mit 13 Übungsklausuren + Probexamen aus 7 Originalklausuren + innerhalb von zwei Semestern je Wahlfach zusätzlich ein Examinatorium diese Angaben beziehen sich auf ein Semester	Examinatorium zum Zivil- und Zivilverfahrensrecht von Mitte Okt. bis Ende Juli durchgehend; Examinatorium im Öffentlichen Recht und im Strafrecht in der Vorlesungszeit + Klausurenkurs durchgehend von September bis Juli + Examenstutorien: erfolgreiche Absolventen helfen bei der Examensvorbereitung	Examens-klausurenkurse im Zivilrecht, Öffentlichen Recht und Strafrecht, teilweise Klausurenkurse in den einzelnen Wahlfachgruppen Probexamen in den Semesterferien (Frühjahr und Herbst) Systematischer Examensvorbereitungskurs im Zivilrecht (3 SWS), Wiederholungskurse zur Examensvorbereitung in allen zivilrechtlichen Nebengebieten (ca. 10 SWS) Zivilrechtliche Tutorien (fallorientierte Darstellung des gesamten Examensstoffes "Zivilrecht und zivilrechtliche Nebengebiete") Examensvorbereitungskurs im Zivilrecht in den Semesterferien (48 Stunden) Examinatorium im Öffentlichen Recht (6 SWS) Tutorium im Öffentlichen Recht (2 SWS) Wiederholungskurs zur Examensvorbereitung im Strafrecht (2 - 5 SWS) Examensvorbereitungskurs im Strafrecht in den Semesterferien (12 Stunden) Examinatorien in fast allen Wahlfächern (2 SWS je Wahlfach)	Examinatorien / Repetitorien im Zivilrecht, Öffentlichem Recht und im Strafrecht und den Wahlfachgruppen + fünfstündige Klausurenkurse	Repetitorien zur Examensvorbereitung im Zivilrecht, Strafrecht und im Öffentlichen Recht + Klausurenkurse + Stunde zur Vorbereitung auf das mündliche Examen	Einjährige Examens-kurse in den Pflichtfächern und Examinatorien in allen Wahlfächern + Samstagsklausurenkurs für Pflicht- und Wahlfächer (auch in den Semesterferien) + jedes Semester: Probexamen aus 7 Originalklausuren (3x ZR, 1x Strafr, 2x ÖR) + Simulation mündlicher Prüfungen unter Originalprüfungsbedingungen (ZR, ÖR, Strafr und Wahlfächer 3,4,5,9 und 11) 1 Jahr Auf 1 Jahr angelegt, Einstieg in jedem Semester möglich
Dauer	11 Monate						

Übersicht Umsetzung des Bologna-Prozesses europaweit

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung							Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich							
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:										
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen	Jura				
Albanien		•		Sukzessive Umstellung seit Studienjahr 2001/2002; vollständige Umstellung bis 2005/2006			•			•			Keine Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:
Andorra			•	Umstellung auf BAMA geplant in neuem Universitätsgesetz (noch im Gesetzgebungsverfahren)								•			
Belgien (franz. Teil)	•			Obligatorische Umstellung seit dem Studienjahr 2004/2005; (Übergangsregelung für Studenten, die ihr Studium vor 2004/2005 aufgenommen haben.)	•								•		Seit dem Studienjahr 2004/2005: „3+2“-Modell. Das bisherige „2+3“-Modell („candidat en droit“ nach 2 Jahren; „licencié en droit“ nach weiteren 3 Jahren) wird abgelöst.
Belgien (Flandern)	•			Obligatorische Umstellung seit dem Studienjahr 2004/2005; (Übergangsregelung für Studenten, die ihr Studium vor 2004/2005 aufgenommen haben.)	•								•		Seit dem Studienjahr 2004/2005: „3+2“-Modell. Das 1. Masterjahr wird folglich ab dem Studienjahr 2007/2008 angeboten. Das bisherige „2+3“-Modell („candidate in law nach 2 Jahren; „licentiate in law“ nach weiteren 3 Jahren) wird abgelöst.
Bosnien-Herzegowina			•	Gesetzentwurf ist vorerst gescheitert (keine Mehrheit im „House of Peoples“).											
Bulgarien	•			„4+1“-Modell									•		
Dänemark		•		„3+2“-Modell weitgehend vorhanden. Anpassungen im Einzelnen sind noch im Gange.									•		„3+2“-Modell (BA-Abschluss + Abschluss als „Kandidat“).

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung							Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich					
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:						Keine Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen			
Estland		•		Seit dem am 01.09.2002 begonnenen Studienjahr sukzessive Umsetzung; BA/MA Struktur weitgehend eingeführt.	•	•	•	•	•	•		•	Umsetzung abgeschlossen: „3+2“-Modell (Abschluss „Bakalaureusraad“ + Abschluss „Magistrikaad“).
Finnland			•	Ab Aug. 2005 obligatorische Umstellung grundsätzlich aller Studiengänge. (Übergangsregelung für Studenten, die ihr Studium bereits aufgenommen haben.)	•	•					•		Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, nach 3 Jahren juristischem Studium einen BA zu erwerben. Da aber bislang der BA nicht berufsqualifizierend ist, nutzen weniger als 10% der Studenten diese Möglichkeit.
Frankreich		•		Umstellung zu einem großen Teil bereits vollzogen; vollständige Umstellung bis spätestens 2007	•	•		•				•	Seit dem Studienjahr 2004/2005: „3+2“-Modell („licence“ + master). Das bisherige „2+1+1“-Modell („Diplômes d'études universitaires générales“ nach 2 Jahren; „licence“ nach insgesamt 3 Jahren; „Maîtrise“ nach insgesamt 4 Jahren) ist abgelöst.
Griechenland	○			Gestuftes Studiensystem ist traditionell vorhanden („Ptychio“ nach 4 Jahren; Master weitere 1-2 Jahre). Eine gesetzliche Verpflichtung zur Anpassung an die Vorgaben der Bologna-Erklärung besteht bislang nicht. Die insoweit autonomen Universitäten halten sehr stark am bisherigen System fest.	•	•	•		•	•	•		

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung							Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich						
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:						Keine Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:	
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen				Jura
Italien	•			Seit dem Studienjahr 2001/2002 gestuftes System nach dem Modell „3+2“ („laurea“ + „laurea magistrale“). Mit Dekret Nr. 22 vom 22.10.2004 wurde nochmals der Berufsbezug der „laurea“ in den Vordergrund gestellt.	•							•		
Irland	○			Traditionell gestuftes System, wobei der BA nach 3-4 Jahren erreicht werden kann, der MA nach weiteren 1-2 Jahren, in Ausnahmefällen weiteren 3 Jahren.								•		
Island	•			Gestuftes System mit BA nach 3 Jahren und Master nach 1-2 Jahren	•	•	•	•				•		
Kroatien			•	Umstellung ab Studienjahr 2005/2006; (Übergangsregelung für Studenten, die ihr Studium vor 2004/2005 aufgenommen haben.)								•		
Lettland		•		Seit Anfang der 90er Jahre gestufte Studienstruktur; seit 2001 generell zweistufiges BA/MA-System	•	•	•	•				•		Derzeit noch Diplomstudium mit einer Dauer von 10 Semestern. Eine Anpassung an die Vorgaben der Bologna-Erklärung ist bis spätestens 2006 vorgesehen.
Liechtenstein	•			„3+2“-Modell									•	Studium der Rechtswissenschaften wird nicht angeboten.
Litauen	•				•	•	•	•						Ein BA/MA-Modell wird angeboten. Für diejenigen, die von vorherigen beabsichtigen, einen reglementierten juristischen Beruf zu ergreifen, wird jedoch ein integrierter Studiengang empfohlen, der nach 5 Jahren unmittelbar zum Master führt.

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung							Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich						
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:						Keine Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:	
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen				Jura
Luxemburg	•											•	Es werden nur die ersten beiden Studienjahre angeboten. Die Fortsetzung des Studiums erfolgt wahlweise in Frankreich oder Belgien nach dortigem Recht.	
Malta	•				•	•						•		
Mazedonien			○	Gestuftes Modell (undergraduate / postgraduate) besteht bereits. Allerdings ist eine Anpassung / Vereinheitlichung der Studiendauer notwendig. Derzeit besteht eine heftige Diskussion. Vertreten werden neben „4+1“ oder „3+2“ Modellen mit den Vorgaben der Bologna-Erklärung nicht vereinbare „4+2“ oder „5+2“-Modelle.							•			
Montenegro	•			Seit Studienjahr 2004/2005: „3+2“-Modell								•		
Niederlande		•		Seit Studienjahr 2002/2003 sukzessive Umstrukturierung der Studiengänge; derzeit 82% der Studiengänge in BA/MA-Modell angeboten.	•	•						•	Studium nach dem Modell „3+2“ bzw. häufig auch „3+1“, wobei im 1. Studienjahr Grundlagen gelehrt werden und danach Spezialisierung erfolgt.	

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung							Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich							
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:										
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen	Jura				
Norwegen	•			Seit Studienjahr 2003/2004 grundsätzlich alle Studiengänge umstrukturiert; (Übergangsregelung für Studenten, die ihr Studium vor 2003/2004 aufgenommen haben.)	•	•	•						Keine Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:
Österreich		•		Zweistufiges BA/MA-System obligatorisch für Studiengänge, die ab 01.01.2004 neu eingerichtet werden. Bereits bestehende Studiengänge sollen sukzessive umgestellt werden.	•	•	•				•			•	Die Universitäten entscheiden autonom über die Einführung neuer Studiengänge und damit über die Umstrukturierung des Studiums im Sinne der Vorgaben der Bologna-Erklärung. Bislang hält die Mehrzahl insgesamt 5 juristischen Fakultäten am existenten Diplomstudiengang von mind. 8 Semestern Dauer fest. Eine Ausnahme bildet die Universität Graz, die plant, ein zweistufiges System ab 2007/2008 anzubieten.
Polen			•	Es liegt ein Gesetzesentwurf vor, der ein gestuften Studiensystem obligatorisch vorsieht.	•	•	•	•				•			
Portugal			•	Ein Gesetzesentwurf, der ein gestuftes Studiensystem obligatorisch vorsieht, soll demnächst erarbeitet werden. Ausnahmen bleiben vorbehalten.											Ob das Studium der Rechtswissenschaften angepasst werden soll, ist derzeit nicht abzusehen. Es gibt bereits jetzt ein umfangreiches Angebot an BA/MA-Kursen. Der Zugang zu den reglementierten Berufen erfordert jedoch ein mind. 5-jähriges Studium, welches mit einer „licenciatura“ endet.
Rumänien			•	ab 2005/2006 obligatorisch: „3+2“-Modell									•		

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung							Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich						
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:						Keine Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:	
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen				Jura
Russland			•	Gestuftes Studiensystem vorhanden (BA nach 4 J., „Specialist's Diploma“ nach 5 J., MA nach 6 J.). Gesetzgebungsverfahren zur Umstellung auf „3+2“-Modell ist angestoßen.							•			
Schottland	•			Traditionell gestuftes System: meist „3+1“-Modell.							•			Dauer des BA-Studiums beträgt je nach Ausrichtung 3-4 Jahre.
Schweden			•	Inkrafttreten eines Gesetzes, welches eine Anpassung an die Anforderungen der Bologna-Erklärung vorsieht, wird für den 01.07.2007 erwartet. Ausgenommen sein sollen Studiengänge, die zu einem „professional degree“ führen.										Ob juristisches Studium von der Reform erfasst wird, ist bislang unklar.
Schweiz		•		Ab Studienjahr 2004/2005 sukzessive Umsetzung; Abschluss der Umsetzung bis spätestens 2010.	•	•					•			Seit 2004 folgt Studium der Unterteilung in BA/MA (BA nach 6 Semestern, MA nach weiteren 3 Semestern).
Serbien			•	Aufgrund eines im März 2005 verabschiedeten Gesetzes soll das bereits jetzt gestufte Studiensystem („undergraduate“ nach 4-5 J., „specialist“ nach weiteren 1-2 J., MA nach weiteren 2 J.) angepasst werden.	•	•	•	•			•			
Slowakei	•			BA = „bakalár“, MA = „inžinier“	•	•	•	•			•			

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung							Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich								
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:											
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen	Jura					
Slowenien		•		Ab Studienjahr 2005/2006 sukzessive Umsetzung; Abschluss der Umsetzung bis spätestens 2009/2010								•	Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:	
Spanien		•		Sukzessive Umsetzung BA („grado“) / MA („postgrado“) bis 2010									•	derzeit (noch) Studium mit Abschlussprüfung nach mindestens 8 Semestern		
Tschechische Republik	•			Seit Studienjahr 2004/2005 grundsätzlich alle Studiengänge umstrukturiert; (Übergangsregelung für Studenten, die ihr Studium vor 2004/2005 aufgenommen haben.)	•	•	•	•	•				•	derzeit (noch) Magisterstudium mit einer Dauer von mind. 10 Semestern		
Türkei	○			Gestufte Studienstruktur vorhanden, die aber nicht vollumfänglich den Bologna-Vorgaben gerecht wird, (regelmäßig „4+1,5“ oder „4+2“-Modell)	•	•	•					•				
Ungarn		•		Seit Studienjahr 2004/2005 erste Umstrukturierungen im Rahmen eines Modellprojektes; ab 01.09.2006 flächendeckende Umstellung	•	•	•	•	•			•				
United Kingdom	○			Traditionell gestufte Studienstruktur mit BA/MA, die allerdings nicht in allen Punkten den Bologna-Anforderungen gerecht wird. Reformbemühungen bestehen gegenwärtig nicht.								•		Dauer des BA-Studiums beträgt je nach Ausrichtung 3-4 Jahre.		

Land	Generell ist eine gestufte Studienstruktur entsprechend den Vorgaben der Bologna-Erklärung										Sofern für das Studium der Rechtswissenschaften keine Ausnahme vorgesehen ist, ergeben sich			
	vorhanden	in Umsetzung	geplant	und zwar:	ausgenommen sind:							Keine Besonderheiten	Besonderheiten / Abweichungen	und zwar:
					Medizin	Zahnmedizin	Tiermedizin	Pharmazie	Agrarwesen	Ingenieurwesen	Jura			
Zypern	o			Ein gestuftes Studiensystem ist traditionell vorhanden („Ptychio“ nach 4 Jahren; Master weitere 1-2 Jahre). Eine gesetzliche Verpflichtung zur Anpassung an die Bologna-Vorgaben besteht bislang nicht.								•		

- Die genannten Kriterien sind erfüllt, jedoch aufgrund einer unabhängig vom Bologna-Prozess bestehenden bzw. geplanten Studienstruktur.

Dezember 2004

Anhörung
des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur
Koordinierung der Juristenausbildung
betreffend die Einführung des Bachelor-/Master-Systems
in die deutsche Juristenausbildung

Problemstellung:

Der sog. Bologna-Prozess ist darauf angelegt, in den Ländern des europäischen Raumes möglichst einheitliche Strukturen für die Hochschulausbildung einzuführen. Als allgemeine Abschlussgrade sind Bachelor und Master vorgesehen. Der Bachelor-Grad soll nach drei- (oder vier-) jähriger Studienzeit, der Master-Grad nach einem weiteren zwei- (bzw. ein-) jährigen Studium erworben werden.

Das Bestreben der europäischen Wissenschaftsminister geht dahin, diese Grade in allen Fächern einzuführen. In Deutschland ist die alsbaldige Einführung vorgesehen. Ausgenommen hiervon sind bislang die Studiengänge, die nicht mit universitären, sondern mit Staatsprüfungen abschließen (z.B. Jura, Medizin).

Für die Juristenausbildung würde die Einführung nach erster Einschätzung Folgendes bedeuten:

Der Bachelor als erster sog. berufsqualifizierender Abschluss würde nach dreijährigem Studium erworben. Der Master würde als hierauf aufbauender Abschluss ein weiteres Studium von zwei Jahren voraussetzen (Gesamtdauer mithin fünf Jahre). Beide Grade würden durch universitäre Prüfungen erworben werden. Sie würden die bisherige erste juristische Staatsprüfung bzw. die staatliche Pflichtfachprüfung ersetzen. Die Prüfungen würden voraussichtlich im Wege studienbegleitender Leistungskontrollen (Leistungspunktsystem), also ohne abschließende Blockprüfung, abgelegt werden.

Die sich anschließende praktische Ausbildung für die reglementierten juristischen Berufe (Vorbereitungsdienst) könnte im Grundsatz von der Einführung des Bachelor-Master-Systems unberührt bleiben. Allerdings würden sich gleichwohl folgende Fragen stellen:

- Bedarf es angesichts der Vielzahl von Bachelor-/Master-Abschlüssen einer Eingangsprüfung für die praktische Ausbildung?

- Soll die praktische Ausbildung wie bisher zum Einheitsjuristen führen oder sollen z.B. eine Richter-, eine Anwalts-, eine Verwaltungsausbildung separat eingerichtet werden?
- Soll die der praktischen Ausbildung folgende Prüfung Staatsprüfung bleiben?

Die Einführung des Bachelor-Grades als erstem berufsqualifizierenden Abschluss wirft die Frage auf, für welche Berufsfelder eine solche Ausbildung qualifizieren könnte. Ferner stellt sich u.a. die Frage, wie das Verhältnis universitärer Bachelor-Abschlüsse in Jura zu anderen berufsqualifizierenden Abschlüssen gestaltet werden soll. Hier sind zu vergleichen:

- Bachelor- und Master-Abschlüsse in fächerübergreifenden universitären Studiengängen mit juristischem Inhalt (z.B. Diplom-Wirtschaftsjuristen)
- Bachelor- und Master-Abschlüsse an allgemeinen Fachhochschulen in fächerübergreifenden Studiengängen mit juristischem Inhalt (z.B. Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH))
- Abschlüsse an den Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst (z.B. Diplom-Verwaltungswirte, Diplom-Rechtspfleger, Diplom-Finanzwirte)
- weitere juristische Hilfsberufe (z.B. Amtsanwälte, Gerichtsvollzieher, mittlerer Justizdienst)
- Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte

Vor diesem Hintergrund wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten.

Der Ausschuss der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung hat für die **Herbstkonferenz der Justizministerinnen und -minister am 24.11.2004** einen **Zwischenbericht** vorgelegt zu der Frage, welche Auswirkungen der Bologna-Prozess auf die deutsche Juristenausbildung haben könnte. Dieser Zwischenbericht ist zum besseren Verständnis der Ausgangslage als **Anlage** beigefügt. Für die weitere Arbeit des Ausschusses soll die vorliegende Befragung der betroffenen Kreise durchgeführt werden.

Die Befragung richtet sich an zahlreiche Adressaten mit unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen. Selbstverständlich wird **nicht erwartet**, dass Sie jeweils **zu allen Fragen** Stellung nehmen.

Fragenkatalog:

1. Befürworten Sie die Einführung des **Bachelor-/Master-Systems** für die deutsche Juristenausbildung? Warum?

Gründe dafür bzw. dagegen:

2. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines **dreijährigen Bachelor-Studiums**?

Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten?

Sollen alle Kernfächer Gegenstand des Studiums sein?

Sollen einige Kernfächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?

Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?

3. Soll es eine **Reglementierung** des **Bachelor of laws** geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen? –

(Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach dem Bologna-Konzept Studiengänge zu akkreditieren sind; hierfür sollen in Deutschland besondere Akkreditierungs-Agenturen eingeschaltet werden; im Falle einer Reglementierung müssten diesen Agenturen entsprechende Vorgaben gemacht werden.)

4. Welche **Prüfungsinhalte** sollen zum Erwerb des **Bachelor-Grades** vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ?

- im Zivilrecht ?
- im Strafrecht ?
- im öffentlichen Recht ?
- weitere?

5. Welche **beruflichen Perspektiven** sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines **Bachelor-Studiums**? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten?

Wenn ja, welche und in welchem Umfang? Würden sie auch für bis zu 75 % der Absolventinnen und Absolventen eines Jurastudiums ausreichen?

Wenn nein, welche weitere Qualifikation wäre erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

6. Soll den Inhabern eines **Bachelor**-Grades der Zugang zum **Rechtsberatungsmarkt** eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

7. Welche Anforderungen sollen an die **Zulassung zum Master-Studium** gestellt werden? Hier kommen in Betracht:

- nur bestimmte Bachelor-Studiengänge (z.B. allgemeiner Bachelor of law, vgl. oben 3) qualifizieren
- eine bestimmte Abschlussnote muss erreicht werden
- die Universität des Master-Studienganges wählt aus
- es gibt eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung
- weitere Vorschläge?

8. Soll es eine **Reglementierung** des **Master of laws** geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen ? – zur Problematik der Akkreditierung vgl. o. 3 -

9. Welche Erwartungen haben Sie an die **Inhalte** eines ein- oder zweijährigen **Master-Studiums**?

Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten?

Sollen alle Fächer Gegenstand des Studiums sein?

Sollen einige Fächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?

Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?

Soll das Studium auf bestimmte Berufsfelder ausgerichtet sein (z.B. Master-of-law "Justiz", Master-of-law "Anwalt" usw.)?

10. Welche **Prüfungsinhalte** sollen zum Erwerb des **Master-Grades** vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ?

- im Zivilrecht ?
- im Strafrecht ?
- im öffentlichen Recht ?
- weitere?
- Soll eine wissenschaftliche Arbeit als Prüfungsleistung gefordert werden?

11. Welche **beruflichen Perspektiven** sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines **Master-Studiums**? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten – wenn ja welche? Welche weitere Qualifikation ist erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

12. Soll den Inhabern eines **Master**-Grades der Zugang zum **Rechtsberatungsmarkt** eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?
13. Soll die **praktische Ausbildung** (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe (Rechtsanwalt, Notar, Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsdienst) weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der o.a. Grade durchgeführt werden?
14. Soll die praktische Ausbildung in einem **staatlichen Vorbereitungsdienst** stattfinden ?
15. Soll die praktische Ausbildung **einheitlich** (Einheitsjurist) **oder** nach **Berufssparten** getrennt stattfinden ?
16. Welche Art von **Spartenausbildung** befürworten Sie ggf.?
17. Wer soll ggf. die **Kosten** einer praktischen Spartenausbildung (einschließlich einer evt. Unterhaltsbeihilfe o.dgl.) übernehmen?
18. Unabhängig von der Organisation der praktischen Ausbildung: Welche **Voraussetzungen** sollen für die **Zulassung** hierzu erforderlich sein? Hier kommen in Betracht (alternativ oder kumulativ):
 - einheitliche staatliche Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) für jede praktische Ausbildung
 - spartenbezogene Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) durch die für die praktische Ausbildung zuständige Organisation (also z.B. Staat für die Sparten "Justiz" und "Verwaltung", Rechtsanwaltskammern für die Sparte "Anwalt" in Organisation der Anwaltschaft)
 - Auswahl nach Ergebnis (Abschlussnote) des Master-Abschlusses
 - Wartezeit nach Erwerb des Master-Abschlusses
 - Beschränkung auf bestimmte Inhalte des Master-Studiums
 - Zulassung nur bei Vorhandensein eines Ausbildungsplatzes
 - Weitere Vorschläge?
19. Soll **Zugang zur praktischen Ausbildung** für reglementierte juristische Berufe bzw. zu einer entsprechenden Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung, s.o. 18) auch erhalten, wer in einem **fächerübergreifenden Studiengang** mit juristischen Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) einen **Master**-Abschluss
 - an einer **Universität** oder
 - an einer **Fachhochschule**

erworben hat?

20. Sollen auch Absolventinnen und Absolventen von **ausländischen** universitären juristischen Studiengängen **Zugang zur praktischen Ausbildung** für reglementierte juristische Berufe erhalten? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen (s. sog. Morgenbesser-Entscheidung des EuGH vom 13.11.2003).

21. Soll **Zugang** zu einem reglementierten juristischen Beruf (z.B. Richter) auch erhalten, wer eine Spartenausbildung **zu einem anderen reglementierten Beruf** (z.B. Rechtsanwalt) absolviert hat? Wenn ja, ggf. unter welchen weiteren Voraussetzungen?

22. Soll **Zugang** zu einem **universitären Master-Studium** erhalten, wer

- an einer allgemeinen **Fachhochschule** in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischem Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht)
- an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst (zz. Diplom-Verwaltungswirte, -Rechtspfleger, -Finanzwirte)

einen **Bachelor**-Grad erworben hat, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

23. Gibt es weitere **juristische Hilfsberufe**, denen der Zugang zu diesem Ausbildungssystem, also zum Master-Studium oder zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe, eröffnet werden soll, ggf. unter welchen Voraussetzungen ?

24. Sehen Sie die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen juristischen Bachelor-Studiengangs mit erstem berufsqualifizierendem Abschluss nach drei Jahren zu einer **Verdrängung** etablierter juristischer Hilfsberufe führen könnte? Wie schätzen Sie dies ein im Verhältnis zu

- Volljuristen mit schwächeren Examina, die bisher etwa in der Wirtschaft als „Assistenten“ oder Sachbearbeiter beschäftigt werden
- Juristen mit erster juristischer Staatsprüfung (- dito -)
- Sachbearbeitern in Wirtschaft und Verwaltung
- Fachhochschul-Absolventen mit juristischem Bezug (z.B. Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH))
- Rechtspflégern, Diplom-Verwaltungswirten, Diplom-Finanzwirten
- Amtsanwälten
- Gerichtsvollziehern
- Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten

25. Befürworter des Bachelor-/Master-Systems stellen die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationa-

len Anerkennung einzelner Studienleistungen in den Vordergrund. Halten Sie diese Gründe für

- zutreffend (Begründung?)
- unzutreffend (Begründung?)
- nicht einschlägig

26. Ist Ihrer Meinung nach die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen hinreichend? Genügen die hierfür derzeit bestehenden Anreize? Wenn nein, welche Verbesserungen sind ggf. erforderlich? Könnten sie in einem Bachelor-/Master-System besser erreicht werden?

Anhörung DJFT, RKFHöD

N i e d e r s c h r i f t

**über die vom Ausschuss der Justizministerkonferenz
zur Koordinierung der Juristenausbildung durchgeführte Anhörung
des Deutschen Juristen-Fakultätentages
und
der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den Öffentlichen Dienst
am 26.01.2005 in Berlin**

Herr **Riedel** eröffnete die Anhörung um 09.00 Uhr und begrüßte für den Deutschen Juristen-Fakultätentag Herrn Prof. Dr. **Huber** sowie für die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den Öffentlichen Dienst Herrn Vorsitzenden Richter am Landgericht **Napierala**.

Zunächst erhielt Herr Prof. **Huber** Gelegenheit zur Stellungnahme. Er führte aus:

Gegen die Übernahme von Bachelor- und Masterstrukturen auf das juristische Studium seien sachliche und formale Gründe anzuführen. Es sei klar, dass durch das Akkreditierungsverfahren eine weitere Kostenbelastung auf die Universitäten zukommen werde. Im Übrigen sei noch nicht bekannt, ob sich das Akkreditierungsverfahren bewähren werde. Unabhängig davon, ob nach dem Modell eines dreijährigen Bachelor- und zweijährigen Master-Studiums oder eines vierjährigen Bachelor- und einjährigen Master-Studiums ausgebildet werde, soll es zu einer Kontingentierung der Studentinnen und Studenten kommen, die für das Master-Studium zugelassen werden könnten. Der Großteil der Studierenden werde dann auf niedrigerem Niveau ausgebildet. Zu befürchten sei, dass innerhalb kürzester Zeit juristisch geschulte Bachelor in den Markt entlassen würden, ohne dass dafür ein Bedarf ersichtlich sei. Dadurch werde der politische Druck wachsen, so dass der Rechtsberatungsmarkt auch für die Absolventen des Bachelor-Studiums geöffnet werde. Eine Aufnahme dürften die Ba-

chelor-Absolventen vor allem im Bereich der Rechtsanwaltschaft finden. Letztlich würde eine Öffnung des Rechtsberatungsmarktes für qualitativ schlechter ausgebildete Bachelor-Juristen bedeuten, dass sich der qualitativ auf einer niedrigeren Stufe ausgebildete Anwalt nicht mehr auf einer Augenhöhe mit dem Richter befinde. Das habe dramatische Konsequenzen für die Rechtspflege. Eine zivilisatorische und rechtshistorische Errungenschaft, nämlich die Gleichrangigkeit des Anwalts und Richters, werde aufgegeben.

Es sei auch nicht notwendig, Bachelor- und Masterstrukturen in die Juristenausbildung einzuziehen, um die Migration von Studentinnen und Studenten in den europäischen oder internationalen Markt zu fördern. Den Studierenden der Rechtswissenschaften in Deutschland werde bereits jetzt international eine gute Ausbildung bescheinigt. Es sei zu befürchten, dass das hohe Niveau der deutschen Juristinnen und Juristen verloren gehe, falls die bewährte Qualitätssicherung in Form juristischer Staatsexamina aufgegeben werden.

Sodann erhielt Herr **Napierala** das Wort und erklärte:

Die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den Öffentlichen Dienst sehe im Hinblick auf den Bologna-Prozess die Chance, sich weiterzuentwickeln. Sie habe im Grundsatz beschlossen, dass die Studiengänge im öffentlichen Dienst auf das gestufte System umgestellt werden sollten. Da der Meinungsbildungsprozess zu den Fragestellungen, die Gegenstand der Anhörung sind, nicht abgeschlossen sei, würde davon abgesehen, heute eine eigene Stellungnahme abzugeben. Eine schriftliche Stellungnahme werde allerdings nachgereicht.

In der nachfolgenden **Diskussion** wurde Folgendes ausgeführt:

Herr Prof. **Huber** erklärte, staatsrechtlich sei insbesondere die bisher angenommene Quote des Verhältnisses von Bachelor- und Master-Absolventen, die bei 75 zu 25 gesehen werde, problematisch. Sollte die Numerus-clausus-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts fortgeschrieben werden, werde man eine solche Quote allenfalls aus zwingenden Gründen des Allgemeinwohls akzeptieren können.

Zum Akkreditierungsverfahren könne er ausführen, dass der Akkreditierungsrat die Aufgabe habe, die Akkreditierungsagenturen zu überwachen. Den Akkreditierungsagenturen würden nicht nur Vertreter der Hochschulen angehören, sondern auch der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens würden Mindestanforderungen für Studiengänge aufgestellt. Langfristig müsse das Akkreditierungsverfahren eine ministerielle Genehmigung des Studiengangs ersetzen. Zu beklagen sei, dass mit der Akkreditierung erhebliche Kosten verbunden seien. Außerdem erfolge die Akkreditierung nur zeitlich befristet. Nach sieben Jahren habe eine Re-Zertifizierung zu erfolgen. Die Qualität der Ausbildung sei in diesem Zusammenhang nur ein Kriterium neben vielen anderen. Deshalb werde dem Akkreditierungsverfahren mit gewisser Skepsis begegnet.

Eine institutionalisierte Zertifizierung könne Sinn machen, wenn sie staatliche Aufsicht überflüssig mache. Es sei aber problematisch, wenn politische Überlegungen in das Akkreditierungsverfahren einfließen könnten. Zusammenfassend lasse sich für den Bereich der Juristenausbildung festhalten, dass die bisherigen Staatsexamina ihre Aufgabe als Qualitätssicherungsinstrumente sehr gut erfüllten, pluralistisch besetzte Gremien wie die Akkreditierungsagenturen und der Akkreditierungsrat jedenfalls nicht zu einer Verbesserung der Qualitätssicherung führen würden und zu befürchten sei, dass eine Abschaffung der Staatsexamina insgesamt zu einer Verschlechterung führen werde.

Es sei vor diesem Hintergrund sinnvoller, es bei der bisherigen staatlichen Aufsicht zu belassen. Zwar sei es zutreffend, dass auch die Entscheidungen in den Ministerien über Prüfungsordnungen und Studiengänge nicht im politikfreien Raum erfolgten. Doch könne ein Ministerium eher in die Pflicht genommen werden als eine Akkreditierungsagentur. Letztlich dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass regelmäßig bereits die Zusammensetzung eines Gremiums darüber entscheide, wie das Ergebnis ausfalle. Die Juristenausbildung sollte solchen gruppendynamischen Prozessen nicht ausgesetzt werden.

Problematisch sei, dass sich nicht nur durch das Akkreditierungsverfahren erhöhte Kosten ergeben werden. Auch die Betreuungsrelation werde sich bei Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen verändern und weitere Kosten verursachen.

Soweit der Punkt der Modularisierung angesprochen werde, sei zu sagen, dass das „fächerübergreifende Studieren“ ein Wesensbestandteil des Bologna-Prozesses sei. Künftig solle es möglich sein, ein Modul an einer beliebigen Universität der Unterzeichnerstaaten zu erwerben, um es dann im Rahmen eines Studiums an einer anderen Universität verwerten zu können. Zum Teil werde das auch heute bereits praktiziert, nämlich im Bereich der Schwerpunktfächer. Die Modularisierung dürfte dazu führen, die Unterscheidung zwischen Fachhochschul- und Hochschulstudiengängen zu beseitigen.

Dem Ansatz des Bologna-Prozesses, die Mobilität der Studierenden weiter zu erhöhen, sei im Fach Rechtswissenschaft mit Skepsis zu begegnen. Die Europäische Union sei ein Staatenverbund mit unterschiedlichen Rechtsordnungen. Unterschiedliche Rechtssysteme erforderten auch unterschiedliche Anforderungen an die juristische Ausbildung. Bereits jetzt gebe es gleichwohl zahlreiche Ansätze, die sich positiv auf die Mobilität der Studierenden auswirken würden. An den Juristischen Fakultäten seien zahlreiche ausländische Studierende eingeschrieben. Ein großer Anteil der inländischen Studierenden verbringe zumindest eine gewisse Zeit im Ausland. Im Rahmen des Erasmus-Programms würden Credits anerkannt. Im Schwerpunktbereich könnten Credits in vollem Umfang während des Studiums im Ausland erworben werden. Deshalb sei festzuhalten, dass die notwendige Offenheit des Studiums im europäischen Hochschulraum für den juristischen Bereich schon heute vorhanden sei. Ein Handlungsbedarf bestehe vor diesem Hintergrund nicht. Deutsche Studenten würden im internationalen Bereich einem Vergleich gut standhalten können. Im Übrigen habe Italien inzwischen die Regelungen zur Umsetzung des Bologna-Prozesses wieder abgeschafft.

Die Erteilung von Credits erfolge heute bereits durch die Fakultäten. Dazu jedenfalls sei die Durchführung einer Akkreditierung nicht erforderlich. Die Auswirkungen der „Morgenbesser-Entscheidung“ des EuGH halte er in diesem Zusammenhang für begrenzt. Der Jurist mit ausländischem Abschluss müsse in jedem Fall die Hürde des

zweiten Examens nehmen. Europäische Anwälte könnten sich im Übrigen nach den Regeln des EuRAG bereits nach dreijähriger Tätigkeit in Deutschland als deutsche Anwälte niederlassen.

In den Natur- und Ingenieurwissenschaften werde dem Bologna-Prozess sehr kritisch begegnet. Sofern gleichwohl Bachelor- und Master-Studiengänge zurzeit in hoher Zahl entstehen, sei das auf finanzielle Anreize zurückzuführen. In diesem Zusammenhang sei aber auch zu berücksichtigen, dass die Nivellierung des Ausbildungsniveaus zu einer Marginalisierung des Rechts und der Rechtsberufe führen könne. Vor diesem Hintergrund sei es gerechtfertigt, zusätzliche und spezialisierte juristische Studiengänge zu entwickeln und anzubieten. Das könne aber auch durch die Ergänzung des bisherigen juristischen Studiums geschehen.

Erst eine Evaluation der jüngst abgeschlossenen Reform der Juristenausbildung werde es möglich machen, sich mit der Frage zu befassen, wie juristische Bachelor- und Master-Studiengänge aufgebaut sein sollten. Ein Bachelor-Studiengang sollte jedenfalls auf vier Jahre angelegt sein und den Inhalt abbilden, der bisher in der Pflichtfachausbildung vermittelt werde. Auch über Abschichtungen könne nachgedacht werden. Mit Bestehen der Pflichtfachprüfung könnte sodann der Bachelor verliehen werden. Jedenfalls sei es nicht sinnvoll, der vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung aus Nordrhein – Westfalen vertretenen Forderung zu folgen, ein Bachelor-Absolvent müsse „berufsfertig“ ausgebildet sein. Das wäre ein aliud zur bisherigen Juristenausbildung. An der notwendigen Wissenschaftlichkeit der Juristenausbildung würde es dann fehlen. Würde der Bachelor-Studiengang auf drei Jahre reduziert, müsste geprüft werden, die Schwerpunktausbildung aus dem Bachelor-Studium herauszunehmen und dem Master-Studium zuzuordnen.

Eine gesonderte Eingangsprüfung für den Vorbereitungsdienst halte er für den Fall der Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen nicht für erforderlich. Natürlich sei das bisherige zweite Examen nach wie vor als Voraussetzung für die Aufnahme eines juristisch reglementierten Berufs notwendig. Allerdings müsste die Vergleichbarkeit der Studiengänge auch bei fehlender Eingangsprüfung gewährleistet werden. Der Deutsche Juristen-Fakultätentag sehe sich durchaus in der Lage, dazu die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Der Wechsel von Studenten solle jedenfalls

sichergestellt werden. Vergleichbare Standards müssten geschaffen werden. Die Gefahr eines Trends zur Absenkung der Standards, eines „Wettbewerbs nach unten“, sehe er bei den Rechtsfakultäten nicht.

Zum Thema „Spartenausbildung“ habe der Deutsche Juristen-Fakultätentag keine spezifische Meinung, weil das nicht in seine Zuständigkeit falle. Während der universitären Ausbildung solle jedenfalls eine Unterscheidung nicht stattfinden. Persönlich sei er der Auffassung, im Rahmen des zweiten Ausbildungsabschnitts, also im Vorbereitungsdienst, bedürfe es der Ausbildung zu einem Einheitsjuristen nicht zwingend.

Herr **Napierala** sprach sich dafür aus, dass die Ausbildung zum Einheitsjuristen erhalten bleiben solle, wenngleich für besondere juristische Berufe eine Spartenausbildung denkbar sei.

Herr **Riedel** dankte Herrn Prof. Dr. **Huber** sowie Herrn Vorsitzenden Richter am Landgericht **Napierala** für ihr Erscheinen.

Anlage 2

N i e d e r s c h r i f t

**über die vom Ausschuss der Justizministerkonferenz
zur Koordinierung der Juristenausbildung durchgeführte Anhörung
der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK),
des Deutschen Anwaltverein e.V. (DAV)
und
der Bundesnotarkammer (BNotK)
am 26.01.2005 in Berlin**

Herr **Riedel** begrüßte um 14.30 Uhr für die Bundesrechtsanwaltskammer Herrn Rechtsanwalt **Ströbel**, Präsident der Rechtsanwaltskammer Stuttgart, und Frau Rechtsanwältin **Lach**, Geschäftsführerin der BRAK, für den Deutschen Anwaltverein e.V. dessen Präsidenten, Herrn Rechtsanwalt **Kilger**, den Vorsitzenden des Ausschusses für Aus- und Fortbildung, Herrn Rechtsanwalt **Widder**, und den Geschäftsführer, Herrn Rechtsanwalt **Brüggemann**, sowie für die Bundesnotarkammer deren Hauptgeschäftsführer Notar a.D. Dr. **Görk** und deren stellvertretenden Geschäftsführer, Herrn Rechtsanwalt **Haeder**.

Zunächst erhielt die Bundesrechtsanwaltskammer Gelegenheit zur Stellungnahme. Herr **Ströbel** führte aus:

Die Bundesrechtsanwaltskammer lehne Bachelor- und Masterstrukturen in der Juristenausbildung ab. Insbesondere könne der Bachelor keinen Zugang zu einem reglementierten juristischen Beruf gewähren. Sechs Semester an Ausbildung reichten nicht aus, um die Kenntnisse zu erlangen, die zur Ausübung eines juristischen oder gar reglementierten juristischen Berufs erforderlich seien. Eine notwendige wissenschaftlich Tiefe könne nicht gewährleistet werden.

Auch der Masterabschluss sei als solcher nicht geeignet, um unmittelbar den Zugang zu einem der reglementierten juristischen Berufe zu gewähren. Es bedürfe in jedem Fall noch einer Eingangsprüfung. Die Phase der notwendigen postuniversitären Ausbildung werde dann zu lang.

Die Einführung der Bachelor- und Masterstrukturen sei auch nicht vor dem Hintergrund des Ziels gerechtfertigt, die Migration der Juristinnen und Juristen zu fördern. Der grenzüberschreitende Wechsel erfordere immer, dass man sich in die neue Rechtsordnung einzuarbeiten habe. Das sei auch dann der Fall, wenn das juristische Studium Bachelor- und Masterstrukturen unterworfen werde. Die Bundesrechtsanwaltskammer werde sich keinem Modell öffnen, das nicht für die Ausbildung der Juristinnen und Juristen geeignet sei.

Fraglich sei auch, welches Berufsbild sich auf der Basis eines juristischen Bachelor- und Master-Studiums ergeben würde. Der Standard der juristischen Ausbildung dürfe jedenfalls nicht herabgesetzt werden. Andernfalls werde eine qualitativ hochwertige Rechtsberatung nicht gewährleistet. Deshalb dürfe auch das Rechtsdienstleistungsgesetz nicht geöffnet werden, um es Bachelor-Absolventen zu ermöglichen, eine rechtsberatende Tätigkeit aufzunehmen. Auch für die ausgebildeten Wirtschaftsjuristen sei das zurzeit nicht vorgesehen. Der juristische Bachelor-Abschluss stehe insgesamt eine Stufe unter dem bisherigen juristischen Abschluss. Ein Bedarf an Absolventen mit einem juristischen Bachelor-Abschluss sei allenfalls im Bereich der Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, Bürovorsteher und bei den Banken und Versicherungen denkbar. Der Bachelor of Law sei damit Etikettenschwindel. Auch in den USA gebe es einen Bachelor of Law nicht, sondern nur den Master of Law.

Die Gefahr, dass der Bachelor of Law andere Berufsgruppen verdränge, sei eher gering. Das gelte zumindest für die Tätigkeiten von Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten, die eine hoch qualifizierte aber vor allem praxisbezogene Ausbildung durchlaufen hätten. Etwas anderes könnte sich im Bereich der Rechtspfleger ergeben.

Die Bundesrechtsanwaltskammer sei noch nicht festgelegt, ob sie einer Spartenausbildung zustimmen wolle. Denkbar sei eine Spartenausbildung in den Bereichen der

Ausbildung zum Richter/Staatsanwalt, zum Verwaltungsjuristen und zum Anwalt. Käme es zu einer Spartenausbildung, sei die Bundesrechtsanwaltskammer durchaus in der Lage, die Ausbildung abzuwickeln. Möglicherweise wäre die Ausbildung sogar länger als der bisherige Vorbereitungsdienst. Die Ausbildung könnte ähnlich derjenigen des österreichischen Konzipienten ausgeformt werden.

Herr Kilger führte für den Deutschen Anwaltsverein e.V. aus:

Ein Ziel des Bologna-Prozesses sei es, die Migration von Juristinnen und Juristen zu fördern. Der bisherige Zustand sei aus der Sicht der Anwälte zu beklagen. Bereits aus diesem Grunde dürfe man sich Bologna nicht in den Weg stellen. Es sei auch nicht realistisch, den umfassenden Prozess, der durch Bologna in Gang gesetzt worden sei, alleine für die Juristenausbildung in Deutschland ablehnen zu wollen. Diese Entwicklung dürfe nicht an der Ausbildung der deutschen Juristinnen und Juristen vorbeilaufen. Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass der Bachelor of Law bereits in Deutschland vorhanden sei.

Für die Einführung der Bachelor- und Masterstrukturen in die Juristenausbildung spreche vor allem die schlechte Ausbildung der Anwältinnen und Anwälte. Auch die Reform 2003 habe die Anwaltsausbildung nur marginal vorangebracht. Aus der Sicht des DAV sei eine Entscheidung für oder gegen Bologna auch davon abhängig, wie die Anwaltsausbildung erfolge.

Erklärtes Ziel sei es, keine Rechtsberatung minderer Qualität zuzulassen. Zurzeit erreiche eine qualifizierte Anwaltsausbildung die Masse an Anwältinnen und Anwälten nicht. Der Deutsche Anwaltsverein hingegen könne die Ausbildung der Anwältinnen und Anwälte auch unter Berücksichtigung der Bachelor- und Masterstrukturen sicherstellen. Allerdings werde auch erkannt, dass die Anforderungen, die an einen juristischen Bachelor aus der Sicht des DAV zu stellen seien, sich in den vorgesehenen Bachelor-Strukturen nicht wieder finden ließen. Nach Auffassung des DAV sei es jedenfalls erforderlich, dass Richter, Staatsanwälte, Verwaltungsjuristen und Rechtsanwälte eine wissenschaftliche Ausbildung absolvieren. Die wissenschaftliche Ausbildung müsse bereits durch das Bachelor-Studium gewährleistet werden – insoweit sei man allerdings noch nicht festgelegt. Der Bachelor-Abschluss dürfe im Übrigen

keinen berufsqualifizierenden Abschluss verschaffen. Das sei zwar mit dem Bologna-Prozess nicht kompatibel. Ziehe man jedoch in Erwägung, die Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen ganz abzulehnen, sei es sicher möglich, den Bologna-Prozess unter Einschränkungen mit gewissen Modifikationen zu akzeptieren.

Berufsfelder für Bachelor-Absolventen seien zwar zurzeit nicht sichtbar. Das sei aber allenfalls das Ergebnis einer historischen, auf der Ausbildung zum Einheitsjuristen basierenden Betrachtung. Dem Bachelor-Abschluss könne eine mehr oder weniger lange praktische Ausbildung folgen, wie sie zum Beispiel im Bereich der Steuerberater- und Wirtschaftsprüferausbildung vorgesehen sei.

Sofern das juristische Studium künftig nicht mehr in Semestern, sondern in Trimestern absolviert werde, ließe sich auch bei Einführung der Bachelor- und Masterstrukturen eine Verlängerung der Ausbildung vermeiden. Als Fazit könne festgehalten werden, dass sich der DAV e.V. dem Bologna-Prozess öffne.

Nun erhielt Notar a.D. Dr. **Görk** für die Bundesnotarkammer Gelegenheit zur Stellungnahme. Er erklärte:

Anfang des Jahres habe die Vertreterversammlung der Bundesnotarkammer sich ganz eindeutig gegen die Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen in der Juristenausbildung ausgesprochen. Den Ausführungen des Vertreters der Bundesrechtsanwaltskammer sei insoweit nichts hinzufügen. Zugleich habe man sich ebenso eindeutig für die Beibehaltung des Einheitsjuristen entschieden. Es sei unbedingt erforderlich, dass Anwälte und Notare auf gleicher Augenhöhe mit einem Richter stünden. Die Durchlässigkeit des Systems müsse erhalten bleiben. Sofern künftig die Ausbildung zum Einheitsjuristen nicht mehr erfolge, sei unklar, wie die Notarausbildung durchgeführt werden solle. Auch sei zu fragen, ob eine eigene Spartenausbildung eingeführt werde oder eine ergänzende Ausbildung nach Abschluss der Spartenausbildung zum Richter oder Rechtsanwalt erfolge. Das sei alles nicht wünschenswert.

Halte man die Juristenausbildung in Teilbereichen für nicht zielführend, sei es sinnvoller, dort nachzubessern. Abzulehnen sei es jedenfalls, auf ein Modell aufzuspringen, das für die Juristenausbildung nicht geeignet sei. Übersetze man den Begriff des Baccalaureus, so gelange man zu dem des „Rechtsgesellen“. Die Frage bleibe, welche Tätigkeiten sich für den Absolventen eines solchen Studiums ergeben könnten. Das juristische Bachelor-Studium werde sicher überfrachtet, wollte man ihm das Gepräge eines wissenschaftlichen Studiums geben. Es sei auch nicht erkennbar, warum ein bisher bewährtes System verändert werden solle.

In der sich nun anschließenden **Diskussion** wurden folgende Standpunkte vorgetragen:

Herr **Kilger** (DAV) betonte, die Ziele, die mit dem Bologna-Prozess verfolgt würden, seien positiv. Der Beruf des Rechtsanwalts sei ein europäischer Beruf. Bologna gebe die Chance, europaweit tätig zu werden. Es sei festzustellen, dass eine Rechtsberatung minderer Qualität bereits jetzt gegeben sei, weil Massen an jungen Juristen auf den Markt drängten. Ca. 7.000 bis 8.000 Anwälte würden jedes Jahr neu zugelassen. Der Bedarf würde sich nach Schätzungen des DAV auf 2.500 bis 3.000 belaufen. Die Masse der neu zugelassenen Anwälte sei schlecht ausgebildet und habe keine Erfahrung. Dadurch produziere sie schlechte Rechtsberatung. Vor diesem Hintergrund sei es dem DAV lieber, den nicht ausreichend qualifizierten Juristen in einem frühen Stadium nach Abschluss des Bachelor-Examens sagen zu können, eine Qualifizierung zum Master scheide aus. Betrage das Verhältnis der Absolventen eines juristischen Bachelor- und Master-Studiums 75 zu 25, sei diese Quote akzeptabel. Das gelte auch für ein Verhältnis von 2/3 zu 1/3. Herr **Ströbel** (BRAK) äußerte die Befürchtung, Bologna bedeute, dass die Universitäten mehr Studierende aufnehmen müssten. Das würde eher nicht zu einer Verbesserung der Ausbildungsqualität führen, sondern zu einer Verbreiterung der Universitätsabsolventen. Das sei insbesondere für die Anwaltschaft ein Problem.

Herr **Kilger** (DAV) ergänzte, es sei natürlich ein Problem, dass für die Bachelor-Absolventen noch kein Betätigungsfeld bestehe. Das habe aber vor allem damit zu tun, dass der Arbeitsmarkt mit derartigen Absolventen noch keine Erfahrung gesam-

melt habe. Jedenfalls könne der Bachelor auch nicht ohne weitere praktische Ausbildung in den Arbeitsmarkt entlassen werden. Würden nicht nur 7.000 bis 8.000 Assessoren in den Anwaltsmarkt drängen, sondern nach Einführung einer Bachelor- und Masterstruktur jährlich 30.000 bis 35.000 Absolventen, bestünde für den Bürger ebenfalls das Problem, dass er die mangelnde Qualität in der Rechtsberatung nicht erkennen könne.

Herr Dr. **Görk** (BNotK) führte aus, sofern das erklärte Ziel der Kultusministerkonferenz sei, den überwiegenden Teil nicht zum Master-Studium zuzulassen, stelle sich die Frage, ob es ein vertretbarer Ansatz sei, den Absolventen eines juristischen Bachelor-Studiums vorzuspiegeln, sie hätten einen berufsqualifizierenden Abschluss, wenn sie doch im Ergebnis damit nichts anfangen könnten. Herr **Widder** (DAV) hielt dem entgegen, dass das auch für den heutigen Volljuristen gelte, der allerdings erst mit 32 Jahren in den Markt strebe. Auf die Erwiderung von Herrn Dr. **Görk** (BNotK), dann müsse über Zulassungsbeschränkungen gesprochen werden, hielt Herr **Kilger** (DAV) fest, dass der DAV e.V. auf keinen Fall eine Zulassungsbeschränkung wolle. Der Markt solle das selber regeln.

Herr Rechtsanwalt **Kilger** (DAV) bestätigte, dass auch der DAV e.V. die Gefahr sehe, dass sich der politische Druck zur Öffnung des Rechtsberatungsmarktes für schlecht ausgebildete Bachelor-Juristen erhöhe, sofern Massen in den Markt drängten, ohne eine ausreichende berufliche Betätigung zu finden. Er gehe aber davon aus, dass der Arbeitsmarkt das selber regeln werde. Auch der Bachelor-Jurist für „kleine Fälle“ sei kein erschreckendes Bild. Nicht die Masse der Zugänge zum Rechtsberatungsmarkt sei das Problem, sondern die Qualität der Ausbildung. Der DAV e.V. sehe eine Chance, daran etwas durch die Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen zu ändern.

Herr **Ströbel** (BRAK) erklärte, es sei auch kein Unterkommen der Bachelor-Juristen in Großkanzleien auf der Ebene juristischer Sachbearbeiter zu erkennen. Eine Ausnahme würde sich vielleicht im Bereich der Insolvenzverwalter ergeben. Insgesamt müsse festgehalten werden, dass davon auszugehen sei, der juristische Bachelor werde am Markt eher nicht aufgenommen. Auf die Erwiderung von Herrn Dr. **Görk** (BNotK), damit sei das Mengenproblem und somit das Thema der Zugangs- bzw.

Zulassungsbeschränkung angesprochen, hielt Herr **Kilger** (DNotV) fest, dass ohne eine juristische Vollausbildung der juristische Sachbearbeiter auf der Ebene eines Bachelor-Juristen kein gleichberechtigter Ansprechpartner sei. Er betonte nochmals, dass zwar die Gefahr bestehe, der Rechtsberatungsmarkt könne für Bachelor-Juristen geöffnet werden, sofern massenhaft Absolventen ohne ausreichende Betätigungsfelder in den Markt drängten. Die einzige Alternative, die man dem entgegensetzen könne, sei eine vernünftige Anwaltsausbildung. Eine qualitativ hochwertige Anwaltsausbildung sei bisher nicht erfolgt, könne aber gewährleistet werden, wie an der DAV-Ausbildung zu erkennen sei. Die Zementierung des bisherigen Zustands bringe jedenfalls die größere Gefahr mit sich.

Herr **Ströbel** (BRAK) erklärte, auch künftig solle auf staatliche Examina nicht verzichtet werden.

Auf die Frage angesprochen, ob eine Spartenausbildung eingeführt werden solle, erklärte Herr **Ströbel** (BRAK), die Bundesrechtsanwaltskammer sei hinsichtlich der Einführung einer Spartenausbildung noch unentschlossen. Da der Master ein universitärer Abschluss sei, bedürfe es jedenfalls einer praktischen Ausbildung. Wäre eine Eingangsprüfung Voraussetzung für die Aufnahme in die praktische Ausbildung, so würde das wohl in eine Spartenausbildung münden. Frau **Lach** (BRAK) ergänzte, es bestehe in einem solchen Fall die Möglichkeit, dass die Anwaltschaft den Verwaltungsaufwand, der mit der Abnahme der Eingangsprüfung und einer Abschlussprüfung für den anwaltlichen Vorbereitungsdienst verbunden sei, übernehme.

Herr **Kilger** (DAV) teilte mit, der DAV e.V. spreche sich für die Einführung der Spartenausbildung aus. Allerdings sei eine Eingangsprüfung für die Aufnahme in die praktische Ausbildung nicht erforderlich. Das würde der Markt regeln. Anders als die Bundesrechtsanwaltskammer stelle sich der DAV e.V. vor, dass die praktische Ausbildung nicht mit einer Anwaltsprüfung ende, sondern mit einem Staatsexamen. Dadurch lasse sich erreichen, die Durchlässigkeit der Systeme zu realisieren. Herr **Brüggemann** (DAV) ergänzte, es sei anzunehmen, dass sich die Ausbildung durch Einführung einer Eingangsprüfung verlängern werde. Herr **Kilger** (DAV) führte zur Frage der Alimentierung der Anwaltsreferendare im Spartenmodell aus, dass die Vergütung der Referendare durch die Anwaltschaft übernommen werden würde. Das sei im

Gründe auch heute schon so. Auch ein junger Assessor müsste bei erstmaliger Aufnahme seiner Anwaltstätigkeit umfassend eingearbeitet werden. Er arbeite längere Zeit nicht kostendeckend. Herr **Brüggmann** (DAV) ergänzte, das Spartenmodell des DAV e.V. sei keine reine Anwaltsausbildung, weil auch die Durchlässigkeit der Systeme gewährleistet werde. Deshalb gehe der DAV e.V. davon aus, dass während der in diesem Modell vorgesehenen Ausbildungsstationen bei Gericht eine staatliche Alimentierung erfolge.

Herr **Kilger** (DAV) ergänzte, der Master-Absolvent oder derjenige mit erstem Staatsexamen solle zu einer Ausbildungsstelle gelangen, indem er sich selbst einen Ausbildungsplatz suche. Das sei bei den Steuerberatern ähnlich. Der DAV e.V. stelle sich vor, dass in quantitativer Hinsicht eine auf den erforderlichen anwaltlichen Nachwuchs gerichtete, bedarfsorientierte Ausbildung erfolgen werde. Sicher sei nicht auszuschließen, dass Ausbildungsplätze nach diesem Modell nicht nur unter Berücksichtigung von Leistungskriterien vergeben würden. Aber auch heute habe ja schon ein schlecht ausgebildeter Assessor die Möglichkeit, sich bei einem Anwalt einzukaufen. Herr Dr. **Görk** (BNotK) betonte, der Unterschied zum bisherigen System würde allerdings darin bestehen, dass der Assessor heutigen Zuschnitts eine abschließende Qualifikation erworben habe und sich als Rechtsanwalt niederlassen könne. Das sei bei einem Master, der keinen Zugang zur berufspraktischen Ausbildung erlangt habe, nicht der Fall. Herr **Kilger** (DAV) ergänzte, dass über die Frage der Finanzierung sowie Alimentierung der Anwaltsreferendare noch in den Einzelheiten gesprochen werden müsse, ebenso wie über eine eventuelle Erstattung von Ausbildungskosten, sofern der ausgebildete Anwalt einen anderen reglementierten Beruf ergreife. Werde die Finanzierung der Anwaltslehrgänge angesprochen, die auch bei der heutigen Teilnahme an den DAV-Lehrgängen anfalle, so wolle er auf die am heutigen Tage verkündete Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Einführung von Studiengebühren hinweisen. Herr **Brüggmann** (DAV) war der Auffassung, es sei verwaltungstechnisch durch die Rechtsanwaltskammern durchaus leistbar, vom Anwaltsreferendar in den verschiedenen Ausbildungsstationen jeweils den Abschluss gesonderter Ausbildungsverträge zu verlangen und den insoweit entstehenden Verwaltungsaufwand zu erbringen. Auch heute planten die engagierten Referendare die Reihenfolge ihrer Stationen sehr detailliert. Wichtig sei dem DAV jedenfalls, den Anwaltsgeneralisten in der postuniversitären Phase auszubilden. Deshalb sei es auch

notwendig, dass der Anwaltsreferendar unterschiedliche Stationen zu durchlaufen habe. Wie das geregelt werden solle, ggfs. auch unter einer federführenden Kanzlei, müsse noch im Einzelnen geklärt werden. Herr **Kilger** (DAV) betonte, dass es notwendig sei, die Zahl der zugelassenen Anwälte zu reduzieren. Dadurch würde sich die Ausbildungsqualität verbessern. Die überwiegende Zahl der Referendare wolle heute in der Anwaltsstation nicht wirklich praktisch ausgebildet werden, sondern sich alleine auf das Examen vorbereiten. In der DAV-Ausbildung – dort seien inzwischen 100 Teilnehmer zu verzeichnen – müsse der auszubildende Referendar kontinuierlich praktische Tätigkeiten erbringen. Das bisherige Ausbildungssystem lasse es nicht zu, dass während der Anwaltsstation praktische Tätigkeit in hohem Umfang entfaltet werde.

Herr **Ströbel** (BRAK) betonte, dass durch die Reform der Juristenausbildung im Jahre 2003 eine erhebliche Verbesserung der Anwaltsausbildung eingetreten sei. Weitere Verbesserungen seien aber sicher noch denkbar. So habe es sich als sinnvoll herausgestellt, während der Anwaltsstation ein Berichtsheft zu führen, aus dem sich im Einzelnen ergebe, welche praktischen Tätigkeiten entfaltet worden seien.

Herr Dr. **Görk** (BNotK) wies darauf hin, dass aus Sicht der Notare die Anforderungen des Art. 33 Abs. 2 GG beachtet werden müssten. Danach dürfe sich der Zugang zum Notaramt nur nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung richten. Es gelte das zwingende Prinzip der Bestenauswahl. Soweit im Bereich des Anwaltsnotariats die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft Grundvoraussetzung für den Zugang zum Notaramt sei, müsse sichergestellt sein, dass schon der Zugang zur Rechtsanwaltschaft ebenfalls allein durch eigene Eignung, Befähigung und fachliche Leistung erreicht werden könne. Darüber hinaus gehende Voraussetzungen, wie etwa das – nicht zwingend von den genannten Kriterien abhängige – Finden eines Ausbildungsplatzes bei einer Anwaltskanzlei, würden insofern verfassungsrechtliche Probleme aufwerfen.

Herr **Kilger** (DAV) erklärte auf Nachfrage, sollte die Anwaltsausbildung künftig im Wege einer Spartenausbildung erfolgen, sehe er keine Notwendigkeit, dem Bologna-Prozess zu folgen und Bachelor- und Masterstrukturen in die Juristenausbildung einzuführen.

Herr Riedel bedankte sich bei den Erschienenen für die konstruktiven Diskussionsbeiträge und schloss die Anhörung.

Anhörung DIHK, BDI

N i e d e r s c h r i f t

über die vom Ausschuss der Justizministerkonferenz
zur Koordinierung der Juristenausbildung durchgeführte Anhörung
des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)

und

des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

am 27.01.2005 in Berlin

Herr Riedel eröffnete die Sitzung um 9.00 Uhr und begrüßte für den Deutschen Industrie- und Handelskammertag dessen Bereichsleiter Recht, Herrn Dr. Jürgen **Möller****ing**, sowie für den Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. Herrn Dr. Kurt-Christian **Scheel**, Leiter der Abteilung Recht, Wettbewerbspolitik und Versicherung.

Herr Dr. **Möller****ing** (DIHK) sprach sich für den DIHK wie folgt aus:

Eine Befragung in der eigenen Organisation habe ergeben, dass der Bologna-Prozess durchaus positiv gesehen werde. Die meisten befragten Unternehmen könnten sich vorstellen, Bachelor- und Master-Absolventen zu beschäftigen. Allerdings sei die bisherige Befragung weniger auf die Beschäftigung von Juristen bezogen worden, sondern vor allem auf diejenige von Absolventen anderer Disziplinen.

Sofern es um die Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen in die Juristenausbildung gehe, habe die Befragung ein eher anderes Bild ergeben. Betont worden sei in diesem Zusammenhang vor allem die Bedeutung eines wissenschaftlich orientierten und allgemein umfassenden Grundstudiums. Einer allzu frühen Spezialisierung hätten die befragten Unternehmen eher ablehnend gegenübergestanden. Juristen mit einem Bachelor- oder Masterabschluss seien zwar vorstellbar, allerdings eher in Hilfsfunktionen. Denkbar sei hier z. B. der Einsatz als Schadenssachbearbeiter für Versicherungsunternehmen. Wichtig sei es aber auch, deutlich zu machen, was die

Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen überhaupt bedeute. Nach seinem persönlichen Eindruck liege ein Vorteil in der Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen darin, dass die Möglichkeit zu Abschichtungen eröffnet werde.

Für den BDI teilte Herr Dr. **Scheel** Folgendes mit:

Die Antworten auf die Abfrage bei den Unternehmen seien eher unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit zu sehen. Das Meinungsspektrum zur Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen sei relativ breit gestreut. Der BDI unterstütze den Bologna-Prozess im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

Zunächst werde der Bologna-Prozess eine Vergleichbarkeit und „Übersetzbarkeit“ der Studienabschlüsse ermöglichen. Außerdem spreche für den Bologna-Prozess die Berufsbezogenheit und Flexibilität in der Ausbildung. Ferner biete sich die Chance, dass sich ein Wettbewerb zwischen einzelnen, stärker gefächerten Ausbildungs- und Qualifikationsprofilen ergeben könnte.

Soweit es um die Einschätzung des künftigen Bedarfs gehe, sei Folgendes zu sagen:

Der ganz überwiegende Teil der kleineren und mittelständischen Unternehmen beschäftige allenfalls einen Juristen. Dieser Jurist müsse alle aufkommenden Rechtsfragen bedienen können. Der Syndikus müsse daher umfassend und generell ausgebildet sein. Diese Strukturen seien nicht nur in den mittelständischen Unternehmen vorhanden, sondern fänden sich selbst in Unternehmen beträchtlicher Größenordnung wieder. Die Ausbildung eines solchen Juristen sei eine breit angelegte Grundqualifikation, vor allem eine wissenschaftlich geschulte Methodik. Nur so sei es gesichert, dass eine schnelle Einarbeitung in Spezialgebiete ermöglicht werde. Der heutige Unternehmensjurist müsse sich mit vielfältigen Fragestellungen aus dem Arbeitsrecht, dem Kartellrecht, dem IPR und vielen anderen Rechtsbereichen befassen. Einzelfragen müssten rasch aufgearbeitet werden können. Eine Spezialisierung sei eher nicht erforderlich. Nur in wenigen Großunternehmen seien echte Spezialisten vorhanden. In der Industrie herrsche deshalb die Meinung vor, dass der bisher ausgebildete Einheitsjurist im Großen und Ganzen eine gute Grundlage habe, um als

Firmenjurist zu arbeiten. Betont werde aber auch, dass die deutsche Juristenausbildung die Internationalisierung zu wenig berücksichtige. Außerdem seien die deutschen Juristen zu Beginn ihrer juristischen Tätigkeit zu alt und damit zu teuer. Viele Unternehmen würden sich überlegen, auf eine externe Anwaltsberatung zurückzugreifen.

Gleichwohl sei es auch vorstellbar, in Teilbereichen des Rechts, z. B. im Arbeitsrecht, im Personalwesen, in der Immobilienverwaltung und in der Verwaltung gewerblicher Schutzrechte spezifisch ausgebildete Juristen einzusetzen, die auf der Ebene juristischer Sachbearbeiter arbeiten könnten. Ein erster Anfang sei mit den Diplomjuristen der Fachhochschulen gemacht. Das Meinungsbild über die Nützlichkeit dieser Juristen sei allerdings bisher eher indifferent.

In jedem Fall müsse berücksichtigt werden, dass es bei der Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen nicht zu einer Verlängerung der Ausbildung kommen dürfe. Der Volljurist generalistischer Ausprägung müsse unbedingt über die notwendige Methodenkompetenz verfügen, die nur ein wissenschaftliches Studium vermitteln könne.

Es schloss sich eine **Diskussion** an, in der folgende Ansichten vertreten wurden:

Herr Dr. **Scheel** (BDI) führte aus, die Einführung breit gefächerter Bachelor- und Masterstrukturen werde sehr unterschiedliche Qualifikationsprofile ausformen. Dadurch entstehe ein Wettbewerb, der weniger im Bereich der ausgebildeten Volljuristen einsetzen werde, sondern eher auf der Ebene der juristischen Sachbearbeiter.

Herr Dr. **Möllering** (DIHK) erklärte, eine quantitative Erhebung des Arbeitskräftebedarfs an Bachelor-Juristen sei nicht durchgeführt worden. Herr Dr. **Scheel** (BDI) ergänzte, dass sich die Bedarfsfrage auch nicht beantworten lasse, weil nach etwas gefragt werde, das auf dem Markt noch nicht vorhanden sei. Zurzeit sei auf dem Arbeitsmarkt ein deutlicher Überhang an Juristen zu verzeichnen. Aus der Sicht der Unternehmen stelle sich deshalb die Frage, warum ein Bachelor-Jurist eingestellt werden solle, wenn der Arbeitsmarkt ausgebildete Volljuristen zu günstigen Preisen in ausreichender Zahl hergebe.

Herr Dr. **Scheel** (BDI) führte zur Nachfragesituation auf dem Arbeitsmarkt ergänzend aus, Zahlen darüber, wie viele Volljuristen zurzeit in der Industrie tätig seien, gebe es nicht. Nach nicht weiter verifizierten Schätzungen würden sich die Zahlen zum Teil deutlich unter 10.000 belaufen, andere hingegen seien der Meinung, die Zahl liege darüber. Ein Instrument, um diese Zahlen zu ermitteln, bestehe nicht. Im Grunde sei diese Zahl aber auch weniger bedeutend für die Frage, wie künftige Bachelor-Absolventen am Markt unterkommen sollten. Denn Einigkeit bestehe, dass nach wie vor der juristisch umfassend ausgebildete Volljurist eingesetzt werden solle. Es sei deshalb nicht anzunehmen, dass der generalistisch ausgebildete Volljurist vom Bachelor-Absolventen verdrängt werde. Eine Verdrängung könne es allenfalls im Bereich derjenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben, die in rechtsnahen Bereichen, z. B. im Personalwesen oder im Patentwesen, eingesetzt seien. Dort könne sich eine Verwendung für Bachelor mit spezialisierten Zusatzqualifikationen finden lassen. Verlässliche Prognosen oder Einschätzungen gebe es dafür allerdings nicht, denn bisher würden einzig Volljuristen eingestellt.

Herr Dr. **Möllering** (DIHK) sah einen Verdrängungswettbewerb nach unten zu Absolventen des dualen Berufsausbildungssystems nicht. Der Bachelor würde wohl eher auf das Niveau der Fachhochschulabsolventen stoßen. Herr Dr. **Scheel** (BDI) ergänzte, der Bachelor werde voraussichtlich deshalb nicht die Absolventen der dualen Berufsausbildung verdrängen, weil er eine tiefer gehende Ausbildung erfahren habe. Aber auch das sei nur eine vorläufige Einschätzung.

Herr Dr. **Möllering** (DIHK) war der Auffassung, dass es zwischen einem Bachelor-Juristen und dem Volljuristen klassischer Ausbildung zu keinem Verdrängungswettbewerb kommen werde. Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang allerdings, dass angesichts der augenblicklichen Arbeitsmarktlage Volljuristen zum Teil mit Tätigkeiten befasst würden, die bisher nicht von Volljuristen wahrgenommen worden seien. Es lasse sich zurzeit nicht abschätzen, welcher Jurist künftig bevorzugt würde, also der Bachelor-, Master- oder der Volljurist. Wichtig sei allerdings, dass der in den Beruf eintretende Jurist nicht zu alt sei. Im Hinblick auf die Vergütungssituation sei davon auszugehen, dass der künftige Bachelor-Jurist auf dem Gehaltsniveau eines bisherigen Fachhochschulabsolventen eingestellt werde. Herr Dr. **Scheel** (BDI) führ-

te aus, für viele Unternehmen sei es von Bedeutung, dass der Syndikus auf Augenhöhe mit seinen übrigen Ansprechpartnern stehe, insbesondere mit denjenigen aus der Anwaltschaft. Ob das auch künftig noch so bleiben werde, lasse sich schwer prognostizieren.

Herr Dr. **Möllering** (DIHK) teilte mit, ganz überwiegend werde angenommen, das Bachelor-Studium biete die Möglichkeit, sich auf bestimmte Bereiche zu spezialisieren, während dem Master-Studium die Vermittlung wissenschaftlicher Grundkompetenzen vorbehalten bleiben müsse. Diese Reihenfolge halte er persönlich zwar nicht für die richtige Lösung, gleichwohl sei das eine Vorstellung, die von den Unternehmen an den DIHK herangetragen worden sei. Zur Internationalisierung sei zu sagen, dass ein international tätiger Jurist nicht forensisch auftreten müsse. Auch sei davon auszugehen, dass ein deutscher Jurist mit bisheriger Ausbildung durchaus in der Lage sei, nach einer gewissen Einarbeitungszeit in einer ausländischen Kanzlei auch im ausländischen Recht beraten zu können. Sofern er Antworten auf Spezialfragen benötige, werde er sich ohnehin eines Spezialisten vor Ort bedienen.

Herr Dr. **Scheel** (BDI) sprach sich dafür aus, der Möglichkeit, zunächst im Wege eines Bachelor-Studiums die eher wissensbezogenen Bestandteile zu vermitteln und sodann auf dieser Grundlage im Wege des Master-Studiums die nötigen wissenschaftlichen Kompetenzen zu erlernen, nicht mit zu großer Skepsis zu begegnen. Studierende mit abgeschlossener Rechtspflegerausbildung zeigten deutlich, dass wissenschaftliche Kompetenzen nach vorheriger Spezialausbildung rascher erlernt werden könnten, als wenn keine Vorbildung vorhanden sei.

Durch die Modularisierung, die mit dem Bologna-Prozess einhergehe, könnte es den Studierenden ermöglicht werden, sich spezielle Bereiche des Rechts zu erschließen. Das gelte insbesondere für den Bereich des Internationalen Rechts. Einen zwingenden funktionalen Zusammenhang zwischen stärkerer Internationalisierung und der Einführung durch Bachelor- und Masterstrukturen erkenne er nicht. Gleichwohl würde Hochschulen eine größere Flexibilität eingeräumt. Bologna wäre daher im Hinblick auf die Internationalisierung eher hilfreich.

Herr Dr. **Scheel** (BDI) betonte, es sei sehr zu begrüßen, dass die Einführung eines „Freischusses“ zur Verkürzung der Ausbildung geführt habe. Zur Möglichkeit einer Abschichtung sei zu sagen, dass Aspekte der Internationalisierung wohl eher nicht in das Bachelor-Studium eingebracht werden könnten. Es sei aber durchaus vorstellbar, beim Master zu einer Modularisierung zu kommen. Denkbar sei, den Bachelor an einer deutschen Universität zu erwerben und ein Master-Studium in England fortzuführen.

Herr Dr. **Scheel** (BDI) führte zur Notwendigkeit einer Eingangsprüfung aus, dass auch im Ausland für die Aufnahme eines reglementierten Berufs eine Prüfung notwendig sei. Denkbar sei es allerdings auch, die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bei einer ausreichenden Anzahl von Credit-Points zuzulassen. Herr Dr. **Möllerling** (DIHK) war der Meinung, ein Staatsexamenssystem oder eine Eignungsprüfung für den nachfolgenden Vorbereitungsdienst werde dazu führen, dass die Studierenden sich eher daran ausrichten werden, wie es ihnen gelingen könne, die Prüfung möglichst erfolgreich zu bestehen. Das Credit-Point-System verfolge insoweit einen anderen Ansatz und biete Vorteile.

Auf eine Untersuchung angesprochen, aus der sich ergebe, dass die Möglichkeit von Abschichtungen in Studiengängen eher zu einer Verlängerung als zu einer Verkürzung des Studiums in Deutschland führen würde, erklärte Herr Dr. **Scheel** (BDI), dass aus der Sicht der Unternehmen die Dauer der Ausbildung von erheblicher Bedeutung sei. Das gelte insbesondere für die Einstellung des Juristen. Es sei deshalb sehr zu begrüßen, dass sich die Ausbildungsdauer durch Einführung des „Freischusses“ verkürzt habe. Würde sich die Ausbildung durch die Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen verlängern, sei das aus der Sicht der Wirtschaft ein Malus. Der kürzeren Ausbildung würde der Vorzug gegeben. Herr Dr. **Möllerling** wies in diesem Zusammenhang darauf hin, auch bei einem Bachelor-Juristen sei es sicher erforderlich, dass sich eine weitere berufspraktische Ausbildung durch ein Trainee-Programm oder ein praktisches Jahr anschliese. Berufsfertig sei er jedenfalls nicht.

Zum Akkreditierungsverfahren führte Herr Dr. **Scheel** (BDI) aus, eine Diskussion darüber, wie es sich auf die juristische Ausbildung auswirken würde, falls die bisherige Qualitätssicherung in Form der Abnahme staatlicher Examina durch ein Akkredi-

tierungssystem abgelöst werde, habe noch nicht stattgefunden. Für andere Ausbildungen könne jedenfalls gesagt werden, dass eine Qualitätssicherung sehr wichtig sei. Die deutsche Industrie sei in den Prozess der Zertifizierung durch Vertreter in den Akkreditierungsagenturen insbesondere im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften eingebunden. Solcher Instrumente bedürfe es vor allem bei unübersichtlichen Studienverläufen. Das sei bei den Naturwissenschaften der Fall, im Fach Rechtswissenschaften hingegen nicht. Würden Bachelor- und Masterstrukturen in die juristische Ausbildung eingeführt, ginge das ohne eine Qualitätssicherung nicht. Die staatlichen Examina in den juristischen Studien stellten bisher eine hervorragende Qualitätssicherung dar. Die Bedeutung eines guten Qualitätsmanagements werde sicher eher zunehmen. Herr Dr. **Scheel** (BDI) äußerte die Vermutung, die vor allem in den Medien geschilderten Probleme bei der Akkreditierung von Studiengängen in den Ingenieur- und Naturwissenschaften seien sicher vor dem Hintergrund zu verstehen, dass in diesen Disziplinen bisher ausgesprochen große Spielräume bei der Gestaltung der Studiengänge bestanden hätten.

Herr Dr. **Möllering** (DIHK) erklärte, aus seiner Sicht sei es durchaus denkbar, die klassische Juristenausbildung fortzuführen und daneben das System mit Bachelor- und Masterstrukturen einzuführen. Herr Dr. **Scheel** (BDI) ergänzte, die Möglichkeiten einer parallelen Ausbildung seien auch im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften diskutiert und sodann eingeführt worden. Nun gebe es dort den Bachelor- und Masterabschluss sowie das Diplom. Das habe sich bewährt. Möglicherweise sei das auch ein gangbarer Weg für den Bereich der Juristenausbildung. Herr Dr. **Möllering** (DIHK) betonte, er habe aus dem Umfrageergebnis die Einschätzung gewonnen, dass das alte System im Bereich der Juristenausbildung bevorzugt werde.

Herr Dr. **Möllering** (DIHK) erklärte abschließend, die Unternehmen würden den Bologna-Prozess nur in einen Zusammenhang zur universitären Ausbildung stellen. Eine Verknüpfung zum Vorbereitungsdienst werde nicht gesehen. Er persönlich könne sich vorstellen, dass eine Spartenausbildung eingeführt werde.

Herr **Riedel** bedankte sich bei Herrn Dr. **Möllering** (DIHK) und Herrn Dr. **Scheel** (BDI) für die Teilnahme an der Anhörung.

Anlage zu dem Schreiben der
Bundesnotarkammer vom 20.01.2004

20.01.2005
ha
T VI 11

Antworten zum Fragebogen "*bachelor-/master-Studium*" für Juristen

1. zu Frage 1 (Befürworten Sie die Einführung des *bachelor-/master-Systems* für die deutsche Juristenausbildung? Warum? Gründe dafür bzw. dagegen):

Die von der Bologna-Erklärung geforderte Modularisierung der Studieninhalte mit gesonderten Prüfungen lehnen wir ebenso ab wie eine Spartenausbildung. Wir sprechen uns für das Festhalten am Konzept des volljuristisch ausgebildeten Einheitsjuristen aus. Zu Recht wird in dem uns übersandten Zwischenbericht für die Justizministerkonferenz am 24.11.2004 darauf verwiesen, dass die deutsche Juristenausbildung nicht den berufsfertigen Spezialisten hervorbringt, sondern einen methodisch und in allen Grundlagen geschulten, berufsfähigen Generalisten, der gelernt hat, sich in kurzer Zeit in jede juristische Materie und in alle juristischen Berufe einzuarbeiten. Die gegenwärtige deutsche Juristenausbildung zeichnet sich durch die Einheitlichkeit der Ausbildung für alle reglementierten juristischen Berufe und die Verantwortung des Staates für die Inhalte und die Durchführung der juristischen Prüfungen aus. Gerade das Notariat ist auf diese Einheitlichkeit der Ausbildung essentiell angewiesen, weist doch der Notarberuf sowohl Elemente richterlicher als auch anwaltlicher Tätigkeiten auf. Der notarielle Nachwuchs speist sich derzeit in großem Umfang sowohl aus dem Bereich der (potentiellen) Richterschaft als auch der (potentiellen) Anwaltschaft. Eine zu stark spezialisierte Juristenausbildung würde diese breite, einheitliche Nachwuchsbasis beseitigen.

In ihrer Struktur ist die deutsche Juristenausbildung international einzigartig und die Qualität der deutschen Juristinnen und Juristen ist im Ausland sehr anerkannt. Die einheitliche staatliche Pflichtfachprüfung zeichnet sich durch ein besonderes Streben nach einheitlichen Anforderungen und Bewertungen, nach Objektivität und Anonymität aus. Die Prüflinge, aber vor allem auch die die Studienphase betreuenden Lehrkräfte haben weder auf den Inhalt der Aufgaben noch auf die Person der Prüfer Einfluss. Das klassische juristische Studium für die reglementierten juristischen Berufe zielt auf eine einheitliche wissenschaftliche Grundausbildung ab, die dazu befähigt, sich mit Hilfe methodischer Fertigkeiten in sehr kurzer Zeit in jede denkbare Materie des Rechts einzuarbeiten. Mit einer Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses im Bereich der klassischen Juristenausbildung wären umfangreiche Änderungen des Bundes- und Landesrechts, lange Übergangszeiten, ein langes Nebeneinander der traditionellen, der im Jahr 2003 reformierten und der neuen Studiengänge

und Abschlüsse verbunden. Es würde möglicherweise zu einer Verwirrung juristischer Berufsbezeichnungen führen.

Folge der Modularisierung wäre möglicherweise auch, dass der neue *bachelor*-Studiengang nicht wie das bisherige rechtswissenschaftliche Studium ein Studiengang wäre, der in sich zusammenhängend die übergreifenden Strukturen der gesamten Rechtsordnung herauszuarbeiten sucht. Gerade dies macht aber die Wissenschaftlichkeit der deutschen Juristenausbildung und die daraus folgende universelle Einsetzbarkeit von Juristen in Deutschland aus.

Tendenziell könnte sich damit ein an einer rechtswissenschaftlichen Fakultät einer Universität angebotener juristischer *bachelor*-Studiengang seinem Charakter nach einem Fachhochschulabschluss annähern. Nach den Prämissen des Bologna-Prozesses sollen *bachelor*-Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen dieselbe Berufsqualifikation vermitteln. Da sich die Studieninhalte an juristischen Fakultäten und Fachhochschulen für Rechtspfleger erheblich unterscheiden, ist dies indes sehr problematisch. Eine Angleichung der Studieninhalte an einer Fachhochschule an die einer Universität wäre nicht sinnvoll, da das Fachhochschulstudium seine Anerkennung in der Wirtschaft gerade aus der stärkeren Praxisorientierung bezieht, jedoch nur einen vom Umfang engeren bzw. weniger eingehenden Kenntnisstand vermittelt. Eine Angleichung der Studieninhalte an einer Universität an die einer Fachhochschule wäre nicht sinnvoll, da damit der Erwerb einer breiten Befähigung vertieften Wissensbasis konterkariert würde.

Eine entsprechende Angleichung würde aber auch angesichts der derzeitigen Lage der Staatshaushalte die Frage aufwerfen, ob tatsächlich das Angebot identischer juristischer Ausbildungsgänge ausgeweitet werden sollte. Wenn dadurch künftig mehr Ausbilder zur Verfügung stünden, die allerdings Kosten auslösen, so wäre dies im Interesse künftiger Studenten grundsätzlich zu begrüßen. Wir konnten jedoch bislang keine hinreichende Bereitschaft seitens der Politik erkennen, juristische Fakultäten nennenswert besser personell oder sächlich auszustatten.

Ein Berufsbild und ein Bedarf für juristische *bachelors* ist aus unserer Sicht nicht feststellbar. Eine dreijährige juristische Ausbildung, sei es an der Universität, sei es an Fachhochschulen, befähigt allenfalls zur Ausführung einfacher juristischer Hilfsarbeiten unter Anleitung und Aufsicht von Volljuristen.

Den Absolventen solcher Studiengänge würde eine umfassende praktische Ausbildung fehlen, wie sie bspw. Notarfachangestellte durchlaufen haben. Der Absolvent eines entsprechenden Studienganges hätte möglicherweise als Akademiker Gehalts-

vorstellungen, die angesichts seiner Befähigung auf dem Arbeitsmarkt nicht durchsetzbar wären. Die Gefahr einer Verdrängung etablierter Berufsfelder ist dennoch nicht ausgeschlossen.

In jedem Fall sehen wir das Risiko, dass durch entsprechende Studiengänge, die 70 % der Absolventen eines juristischen Studiums als unqualifizierte Hilfskräfte in das Berufsleben entlassen würden, weite Teile des künftigen juristischen Personals von Pauperismus betroffen sein würden. Ein solches Studienkonzept dürfte nämlich darin münden, dass künftig - langfristig betrachtet - 70 bis 80 % der Juristen als minderqualifizierte Hilfskräfte beschäftigt und unter Anleitung und Aufsicht der verbleibenden 20 bis 30 % - durch Aufbaustudium und Vorbereitungsdienst qualifizierteren - Juristen tätig werden würden. Das Berufsbild des Juristen würde dann quasi-industriell-gewerbliche Züge annehmen. Die Begrenzung, wonach lediglich die besten 20 bis 30 % der *bachelors* zum *master*-Studium zugelassen werden sollen, wäre im Übrigen verfassungsrechtlich kaum haltbar.

Da das *master*-Studium als Aufbaustudiengang und Ergänzung zu *bachelor* und daran anschließender Praxistätigkeit gedacht ist, stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit Leistungen in einer solchen Praxisphase bei der Auslese der besten 20 bis 30 % der Absolventen berücksichtigt würden und wie lange eine solche Praxisphase zwischen *bachelor*-Abschluss und Aufnahme des *master*-Studienganges überhaupt längstens dauern dürfte, um dem *bachelor*-Abschluss noch eine Aussagekraft über den Leistungsstand des Absolventen beimessen zu können. Außerdem ist unklar, auf welchem Feld ein minderqualifizierter *bachelor* einer praktischen Tätigkeit vor Aufnahme des *master*-Studiums nachgehen sollte.

Der Umstand, dass auch derzeit Studienabbrecher, Absolventen des ersten juristischen Staatsexamens, aber auch bspw. ausgebildete Rechtspfleger oder württembergische Notarassessoren, die nicht in ihrem Ausbildungsberuf tätig werden, in Kanzleien, Banken, Immobilienunternehmen, Versicherungen u. v. m. ein berufliches Auskommen finden, sollte nicht dazu verleiten, für jeden solchen denkbaren Bereich wirtschaftlicher Betätigung gesonderte Studienabschlüsse zu schaffen. Dies ließe im Übrigen die mit einer zu starken beruflichen Spezialisierung verbundenen Risiken außer Betracht. Dem Einheitsjuristen steht eine Vielzahl an Betätigungsmöglichkeiten offen. Die Marktdurchlässigkeit ist insofern sehr hoch. Der Absolvent stark spezialisierter Ausbildungsgänge läuft dagegen verstärkt Gefahr, Opfer sog. „Schweinezyklen“ zu werden und gerade dann keine Beschäftigung zu finden, wenn die Konjunktur in einem Wirtschaftszweig nachlässt, dessen vormaliges „Boomen“ seiner-

zeit für eine Vielzahl von Studenten maßgeblich für die gleichzeitige Studienwahl war.

Es ist nicht nachvollziehbar, wie die vorgeblichen Ziele einer entsprechenden Studienreform erreicht werden sollen. Angestrebt werden kürzere Studienzeiten, deutlich höhere Erfolgsquoten sowie eine nachhaltige Verbesserung der Berufsqualifizierung und der Arbeitsmarktfähigkeit der Absolventen, internationale Anschlussfähigkeit und Mobilität der Studierenden und internationale Attraktivität der deutschen Hochschulen.

Diese Ziele sind offensichtlich nicht aufeinander abgestimmt und gleichen einer Quadratur des Kreises.

- Kürzere Studienzeiten und deutlich höhere Erfolgsquoten können nur durch niedrigere Standards erreicht werden. Die Berufsqualifizierung, Arbeitsmarktfähigkeit und internationale Anschlussfähigkeit der Absolventen wird dadurch nicht verbessert, sondern verschlechtert.
- Deutsche Hochschulen würden allenfalls kurzfristig für solche Absolventen attraktiv, die hohe Standards scheuen.
- Die englischsprachige Bezeichnung wird nicht automatisch zu einer Anerkennung im Ausland führen, wenn nicht auch inhaltliche Standards vergleichbar sind. Gegen die inhaltliche Vergleichbarkeit der Juristenausbildung sprechen jedoch strukturell die starke nationale Ausrichtung der Rechtsordnungen.
- Vielmehr kann der Verzicht auf deutschsprachige Bezeichnungen im Ausland dahin verstanden werden, dass die bisherige deutsche Juristenausbildung selbst von deutscher Seite international als nicht konkurrenzfähig angesehen wird.
- Es würde uns verwundern, wenn bspw. Mitgliedstaaten aus dem romanischen Sprachenzirkel ohne weiteres solche Anglizismen übernehmen würden. Dem stehen möglicherweise in einigen EU-Ländern sogar nationale Gesetze entgegen. Wenn aber nicht alle Mitgliedstaaten einheitlich die englischsprachigen Bezeichnungen übernehmen, besteht auch für Deutschland insofern kein Anlass, da dann insofern keine europaweite Einheitlichkeit der Bezeichnungen gewährleistet ist.
- Möglicherweise erweckt ein englischsprachiger Titel sogar den voraussichtlich fälschlichen Eindruck, dass die Vermittlung der Studieninhalte und die

anschließenden Prüfungen in englischer Sprache erfolgten. Wir gehen jedenfalls davon aus, dass die Pläne zur Reform der Juristenausbildung noch nicht derart weit gehen.

Der *bachelor of laws* wird nach unserer Kenntnis in Großbritannien, nicht dagegen bspw. in den Vereinigten Staaten von Amerika vergeben. In Großbritannien berechtigt dieser Abschluss jedoch unseres Wissens nicht ohne weiteres zur Rechtsberatung. Da der *bachelor of laws* in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht bekannt ist, dürfte ein solcher Abschluss bspw. für Absolventen, die in jenem Land studieren und den *legum master* (LL. M.) anstreben, nicht ohne weiteres helfen.

Ein sich an das Studium anschließender Vorbereitungsdienst dürfte als Eintrittsvoraussetzung für die reglementierten juristischen Berufe wohl auch dann unverzichtbar sein, wenn das juristische Studium in einer *bachelor-/master*-Struktur durchgeführt würde. In einer solchen Ausbildung lernen die Referendarinnen und Referendare vermittelt der im Studium erworbenen Fertigkeiten praktische Aufgaben der Rechtspflege und der Verwaltung zu lösen, die inneren Zusammenhänge der Rechtsordnung zu erkennen und das Recht mit Verständnis für wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Fragen in der Praxis anzuwenden. Der Zugang zu einer solchen Ausbildung müsste für die Absolventen universitärer *bachelor-/master*-Studiengänge, die reglementierte juristische Berufe anstreben, von einer staatlichen, einheitlichen Eingangsprüfung abhängig gemacht werden, um ungeeignete Kandidaten auszuschneiden und Vergleichbarkeit des Leistungsstandes im Sinne einer Bestenauslese sicher zu stellen. Das Bedürfnis nach einer solchen einheitlichen Eingangsprüfung würde vor allem aus einem Prüfungssystem im konsekutiven Studium mit seinen überwiegend studienbegleitenden Prüfungen resultieren, da von Fakultät zu Fakultät bestehende Unterschiede in den Prüfungsleistungen, Prüfungsanforderungen und Bewertungen nicht vermeidbar sind.

Wenn an die Stelle der heutigen neunsemestrigen Regelstudienzeit ein i. d. R. sechssemestriges *bachelor*-Studium sowie ein viersemestriges *master*-Studium treten sollten, würde dies die Regelstudienzeit für das Fach Rechtswissenschaft (*master*-Abschluss) um ein Semester verlängern. Sollte für den Fall der rein universitären Abschlussprüfung eine zusätzliche staatliche Eingangsprüfung vor Eintritt in den juristischen Vorbereitungsdienst für erforderlich gehalten werden, wäre für Vorbereitung und Durchführung dieser Prüfung weitere Zeit einzukalkulieren. Für Studierende, die einen klassischen juristischen, reglementierten Beruf ergreifen wollen, könnte sich die Ausbildungszeit möglicherweise erheblich verlängern. Den Zielen der Schöpfer des Bologna-Prozesses dürfte dies diametral entgegen laufen.

Der politische Druck zur Anerkennung ausländischer *master*-Abschlüsse sowie inländische fächerübergreifende *master*-Abschlüsse (z. B. Wirtschaftsjurist) zum Eintritt in den juristischen Vorbereitungsdienst würde wachsen, obwohl es entsprechenden Absolventen mangels hinreichender Kenntnis des deutschen Rechts an einer fachlichen Eignung regelmäßig fehlen dürfte. Eine Kompatibilität in- und ausländischer rechtswissenschaftlicher Studiengänge wird aufgrund ihrer Fixierung am jeweiligen nationalen Recht - anders als z. B. bei naturwissenschaftlichen Studiengängen - von vornherein weitgehend nicht zu erreichen sein.

- 2. zu Frage 2 (Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines dreijährigen *bachelor*-Studiums? Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten? Sollen alle Kernfächer Gegenstand des Studiums sein? Sollen einige Kernfächer vernachlässigt werden, wenn ja welche? Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?):**

Ein *bachelor*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher an ein solches Studium keine Erwartungen.

- 3. zu Frage 3 (Soll es eine Reglementierung des *bachelor of law* geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen? Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach dem Bologna Konzept Studiengänge zu akkreditieren sind; hierfür sollen in Deutschland besondere Akkreditierungs-Agenturen eingeschaltet werden; im Falle einer Reglementierung müssten diesen Agenturen entsprechende Vorgaben gemacht werden.):**

Ein *bachelor*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend dessen inhaltliche Gestaltung.

- 4. zu Frage 4 (Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des *bachelor*-Grades vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ? Im Zivilrecht ? Im Strafrecht ? Im öffentlichen Recht ? Weitere?):**

Ein *bachelor*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend dessen inhaltliche Gestaltung.

5. zu Frage 5 (Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines *bachelor*-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten? Wenn ja, welche und in welchem Umfang? Würden sie auch für bis zu 75 % der Absolventinnen und Absolventen eines Jurastudiums ausreichen? Wenn nein, welche weitere Qualifikation wäre erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?):

vgl. unsere Ausführungen zu Frage 1

6. zu Frage 6 (Soll den Inhabern eines *bachelor*-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?):

Einen *bachelor*-Abschluss lehnen wir ab. Absolventen eines solchen Studiengangs sollten aus den zu Frage 1 ausgeführten Gründen keinen Zugang zum Rechtsberatungsmarkt erhalten.

7. zu Frage 7 (Welche Anforderungen sollen an die Zulassung zum *master*-Studium gestellt werden? Hier kommen in Betracht: nur bestimmte *bachelor*-Studiengänge (z.B. allgemeiner *bachelor of law*, vgl. oben 3) qualifizieren, eine bestimmte Abschlussnote muss erreicht werden, die Universität des *master*-Studienganges wählt aus, es gibt eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung, weitere Vorschläge?):

Ein *master*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend dessen inhaltliche Gestaltung.

8. zu Frage 8 (Soll es eine Reglementierung des *master of law* geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z. B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen ? - zur Problematik der Akkreditierung vgl. o. 3 -):

Ein Master-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend dessen inhaltliche Gestaltung.

9. zu Frage 9 (Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines ein- oder zweijährigen *master*-Studiums? Soll z. B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten? Sollen alle Fächer Gegenstand des Studiums sein? Sollen einige Fächer vernachlässigt werden, wenn ja welche? Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form? Soll das Studium auf bestimmte Berufsfelder ausgerichtet sein (z.B. *master of law* „Justiz“, *master of law* „Anwalt“ usw.)?):

Ein *master*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend dessen inhaltliche Gestaltung.

10. zu Frage 10 (Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des *master*-Grades vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ? Im Zivilrecht? Im Strafrecht ? Im öffentlichen Recht ? Weitere? Soll eine wissenschaftliche Arbeit als Prüfungsleistung gefordert werden?):

Ein *master*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend dessen inhaltliche Gestaltung.

11. zu Frage 11 (Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines *master*-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten, wenn ja welche? Welche weitere Qualifikation ist erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?):

vgl. unsere Ausführungen zu Frage 1

12. zu Frage 12 (Soll den Inhabern eines *master*-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?):

Der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt sollte Volljuristen vorbehalten bleiben. Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu Frage 1.

13. zu Frage 13 (Soll die praktische Ausbildung (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe (Rechtsanwalt, Notar, Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsdienst) weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der o. a. Grade durchgeführt werden?):

Das Referendariat sollte wie auch die bisherige Struktur der Juristenausbildung beibehalten werden.

14. zu Frage 14 (Soll die praktische Ausbildung in einem staatlichen Vorbereitungsdienst stattfinden?):

Das Referendariat sollte wie auch die bisherige Struktur der Juristenausbildung beibehalten werden.

15. zu Frage 15 (Soll die praktische Ausbildung einheitlich (Einheitsjurist) oder nach Berufssparten getrennt stattfinden?):

Die von der Bologna-Erklärung geforderte Modularisierung der Studieninhalte mit gesonderten Prüfungen lehnen wir ebenso ab wie eine Spartenausbildung. Wir sprechen uns für das Festhalten am Konzept des volljuristisch ausgebildeten Einheitsjuristen aus.

16. zu Frage 16 (Welche Art von Spartenausbildung befürworten Sie ggf.):

Keine

17. zu Frage 17 (Wer soll ggf. die Kosten einer praktischen Spartenausbildung (einschließlich einer evt. Unterhaltsbeihilfe o. dgl.) übernehmen?):

Eine Spartenausbildung lehnen wir ab.

18. zu Frage 18 (Unabhängig von der Organisation der praktischen Ausbildung: Welche Voraussetzungen sollen für die Zulassung hierzu erforderlich sein? Hier kommen in Betracht (alternativ oder kumulativ): Einheitliche staatliche Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) für jede praktische Ausbildung, spartenbezogene Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) durch die für die praktische Ausbildung zuständige Organisation (also z.B. Staat für die Sparten „Justiz“ und „Verwaltung“, Rechtsanwaltskammern für die Sparte „Anwalt“ in Organisation der Anwaltschaft), Auswahl nach Ergebnis (Abschlussnote) des *master*-Abschlusses, Wartezeit nach Erwerb des *master*-Abschlusses, Beschränkung auf bestimmte Inhalte des *master*-Studiums, Zulassung nur bei Vorhandensein eines Ausbildungsplatzes, Weitere Vorschläge?):

Das Referendariat sollte wie auch die bisherige Struktur der Juristenausbildung beibehalten werden.

19. zu Frage 19 (Soll Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe bzw. zu einer entsprechenden Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung, s. o. 18) auch erhalten, wer in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischen Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) einen *master*-Abschluss an einer Universität oder an einer Fachhochschule erworben hat?):

Nein.

20. zu Frage 20 (Sollen auch Absolventinnen und Absolventen von ausländischen universitären juristischen Studiengängen Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe erhalten? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen, s. sog. *Morgenbesser-Entscheidung* des EuGH vom 13.11.2003.):

Die Landesjustizverwaltungen vertreten u. E. zu Recht die Auffassung, dass die Grundsätze der „*Morgenbesser-Entscheidung*“ des EuGH nicht auf die deutsche Rechtslage anzuwenden sind.

Sofern Berufe in der Justiz angestrebt werden, folgt u. E. aus den jeweiligen berufsrechtlichen Grundsätzen, aber nicht zuletzt auch aus dem Justizgewährungsanspruch, dass der Staat bei der Besetzung von Juristenstellen in der Justiz keine völlig ungeeigneten Bewerber berücksichtigen darf. Dies gilt u. E. für den Anwärterdienst und

in stärkerem Maße noch für Richter, Notare, Staatsanwälte, Rechtspfleger und Amtsanwälte.

Sollte es sich dennoch ergeben, dass aufgrund der angesprochenen Entscheidung zwar Absolventinnen und Absolventen ausländischer juristischer Studiengänge einen Anspruch auf Aufnahme in den deutschen Vorbereitungsdienst haben sollten, nicht aber Absolventinnen und Absolventen inländischer juristischer Studiengänge, die (ebenfalls) nicht mit einem Staatsexamen abgeschlossen worden sind, so müsste die Struktur des Vorbereitungsdienstes den geänderten Erfordernissen angepasst werden. Eine Inländerdiskriminierung halten wir für nicht hinnehmbar. Zu denken wäre dann daran, den Zugang zum Vorbereitungsdienst weiten Bewerberkreisen zu ermöglichen, jedoch bereits in einem frühen Stadium das Ausscheiden fachlich ungeeigneter Anwärter bspw. durch eine obligatorische Zwischenprüfung sicher zu stellen. Der Vorbereitungsdienst würde sich hierdurch jedoch verlängern und wäre für die Länder mit zusätzlichen Kosten und personellen Belastungen verbunden.

21. zu Frage 21 (Soll Zugang zu einem reglementierten juristischen Beruf (z. B. Richter) auch erhalten, wer eine Spartenausbildung zu einem anderen reglementierten Beruf (z. B. Rechtsanwalt) absolviert hat? Wenn ja, ggf. unter welchen weiteren Voraussetzungen?):

Wir sprechen uns insofern für die Beibehaltung der derzeit geltenden Rechtslage aus.

22. zu Frage 22 (Soll Zugang zu einem universitären *master*-Studium erhalten, wer an einer allgemeinen Fachhochschule in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischem Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht), an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst (z. B. Diplom-Verwaltungswirte, Rechtspfleger, Finanzwirte) einen *bachelor*-Grad erworben hat, ggf. unter welchen Voraussetzungen?):

Ein *master*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend den erweiterten Zugang zu solchen Studiengängen.

- 23. zu Frage 23 (Gibt es weitere juristische Hilfsberufe, denen der Zugang zu diesem Ausbildungssystem, also zum *master*-Studium oder zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe, eröffnet werden soll, ggf. unter welchen Voraussetzungen?):**

Ein *master*-Studium lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab und haben daher derzeit keine Vorstellungen betreffend den erweiterten Zugang zu solchen Studiengängen.

- 24. zu Frage 24 (Sehen Sie die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen juristischen *bachelor*-Studiengangs mit erstem berufsqualifizierendem Abschluss nach drei Jahren zu einer Verdrängung etablierter juristischer Hilfsberufe führen könnte? Wie schätzen Sie dies ein im Verhältnis zu Volljuristen mit schwächeren Examina, die bisher etwa in der Wirtschaft als „Assistenten“ oder Sachbearbeiter beschäftigt werden, Juristen mit erster juristischer Staatsprüfung (dito), Sachbearbeitern in Wirtschaft und Verwaltung, Fachhochschul-Absolventen mit juristischem Bezug (z. B. Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH), Rechtspflegern, Diplom-Verwaltungswirten, Diplom-Finanzwirten, Amtsanwälten, Gerichtsvollziehern, Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten):**

Vgl. unsere Ausführungen zu Frage 1.

- 25. zu Frage 25 (Befürworter des *bachelor-/master*-Systems stellen die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen in den Vordergrund. Halten Sie diese Gründe für zutreffend (Begründung?), unzutreffend (Begründung?), nicht einschlägig?):**

Wir halten diese Gründe aus den in der Antwort zu Frage 1 dargestellten Gründen für unzutreffend.

- 26. zu Frage 26 (Ist Ihrer Meinung nach die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen hinreichend? Genügen die hierfür derzeit bestehenden Anreize? Wenn nein, welche Verbesserungen sind ggf. erforderlich? Könnten sie in einem *bachelor-/master*-System besser erreicht werden?):**

Deutsche Juristen haben mittlerweile hinreichende Möglichkeiten, sich sowohl im Rahmen ihres Studiums, im Anschluss an ihr Studium als auch noch im Laufe der

Referendarzeit international zu orientieren. Die nicht geringe Zahl von Absolventen ausländischer Studiengänge bzw. Inhaber ausländischer Studienabschlüsse, die letztlich einen juristischen Beruf ohne internationalen Einschlag ergreifen, ist unseres Erachtens ein Indiz dafür, dass eine solche internationale Orientierung auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nur in einem das Angebot unterschreitenden Maße tatsächlich nachgefragt wird.

**Anlage 4/6:
Stellungnahme BRAK**

**Antwort der Bundesrechtsanwaltskammer zum Fragenkatalog des
Koordinierungsausschusses Juristenausbildung zum Thema**

**"Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die
Juristenausbildung"
vom 20.01.2005**

**- Von einem Abdruck wurde auf Bitten der
Bundesrechtsanwaltskammer abgesehen. -**

Deutscher Juristen-Fakultätentag

- Der Vorsitzende -



136

Fragenkatalog des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung

1. Befürworten Sie die Einführung des Bachelor-/Master-Systems für die deutsche Juristenausbildung?

Der Deutsche Juristen-Fakultätentag befürwortet die Einführung des Bachelor- und Master-Systems in der geplanten Form für die Ausbildung in spezifisch juristischen Berufen nicht.

- a. Der akademische Grad des Bachelors mit einer Ausbildungszeit von nur drei Jahren kann keinen berufsbefähigenden Abschluss darstellen. In dieser Zeit können die notwendigen Fertigkeiten und vertieften Rechtskenntnisse nicht vermittelt werden. Namentlich wenn ein derartiger Abschluss, der bereits nach sechs Semestern und wie von den deutschen Wissenschaftsministern erwogen, aber von Bologna nicht gefordert, *hochschultypübergreifend* (!) ausgestaltet wäre, wird er den Anforderungen an ein Studium auf wissenschaftlicher Grundlage nicht gerecht.

Die geplante Umgestaltung liefe auf eine erhebliche und flächendeckende Nivellierung der juristischen Ausbildung hinaus. Sie enthielte erhebliche Risiken für die Zukunft der Rechtswissenschaft in Deutschland und für die Rechtskultur insgesamt. Sie würde den bislang hohen Stellenwert der deutschen Rechtswissenschaft in Europa negativ beeinflussen und die Fähigkeit Deutschlands, Europäisches Recht mit zu gestalten, weiter schwächen.

- b. Raum für die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen besteht nur, soweit die Fakultäten nach Maßgabe ihrer Kapazität integrierte Studiengänge sowie Nebenfach- und nicht spezifisch juristische Aufbaustudiengänge anbieten.

Professor Dr. Peter M. Huber

Geschäftsstelle: Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof.-Huber-Platz 2, 80539 München

Tel. 089 / 2180 - 3576, 3577; Fax 089 / 2180 - 5063

E-Mail: geschaeftsstelle@djft.de

c. Vor diesem Hintergrund hat der 84. DJFT beschlossen:

1. Das Staatsexamen hat sich als Qualitätsgarantie für die juristische Ausbildung bewährt. Die jüngst nicht zuletzt auf Initiative der juristischen Fakultäten beschlossene Reform der Juristenausbildung gewährleistet die Zukunftsfähigkeit und Internationalität dieses Abschlusses. Sie sichert zugleich einen international anerkannten einheitlichen hohen Standard und bundesweit vergleichbare Abschlüsse.
2. Die Ausübung eines spezifisch juristischen Berufs (Justiz, Anwaltschaft, höherer Verwaltungsdienst) setzt ein Studium auf wissenschaftlicher Grundlage voraus.
3. Der akademische Grad des Bachelors kommt aufgrund der mit sechs Semestern zu knapp bemessenen Ausbildungszeit als berufsbefähigender Abschluss für spezifisch juristische Berufe nicht in Betracht.
4. Raum für die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen besteht, soweit die Fakultäten nach Maßgabe ihrer Kapazität integrierte Studiengänge sowie Nebenfach- und nicht spezifisch juristische Aufbaustudiengänge anbieten. Inwieweit auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich Bedarf an entsprechenden Absolventen besteht, ist offen.

2. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines dreijährigen Bachelor-Studiums?

Auch die Ausbildung in einem Bachelor-Studium müsste auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen.

Die Inhalte des Bachelor-Studiums sollten sich daher an der Wahrung des wissenschaftlich ausgebildeten Einheitsjuristen ausrichten und sich auf die Vermittlung der grundlegenden Kenntnisse in den Kernfächern konzentrieren. Dafür ist auch der Erwerb methodischer Fähigkeiten unverzichtbar, sind diese doch unabdingbare Voraussetzung für eigenständiges rechtswissenschaftliches Arbeiten, die Bewältigung neuer Probleme u.a.m.

3. Soll es eine Reglementierung des Bachelor of laws geben?

Eine Reglementierung in dem oben genannten Sinn ist zwingend erforderlich, wenn das Universitätsstudium zumindest einen substantiellen Teil der juristischen Ausbildung abdecken soll.

4. Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Bachelor-Grades vorgesehen werden?

Der Umfang der bisher im ersten Staatsexamen abgeprüften Inhalte sollte nicht wesentlich verkürzt werden. Es wird insoweit auf den Pflichtfächerkanon verwiesen, der jedenfalls folgende Gegenstände, einschließlich ihrer europa- und internationalrechtlichen Bezüge, umfassen sollte (Beschlussfassung des 83. Deutschen Juristen-Fakultätentages):

Zivilrecht:

- Grundkurs BGB I
- Grundkurs BGB II
- Sachenrecht, einschl. Sicherungsgeschäfte
- Familienrecht (Grundzüge)

- Erbrecht (Grundzüge)
- Arbeitsrecht (Grundzüge)
- Handels- und Gesellschaftsrecht (Grundzüge)
- ZPO (Grundzüge)
- Rechtsgestaltung I
- Übung für Vorgerückte
- Internationales Privat- und Zivilprozessrecht, Rechtsvergleichung (Grundzüge)
- Rechtsgestaltung II
- Wiederholung/Examinatorium und Vertiefung
- Wiederholung/Examinatorium und Vertiefung II

Strafrecht:

- Grundkurs StGB I
- Grundkurs StGB II
- StPO (Grundzüge)
- Übung für Vorgerückte
- Wiederholung/Examinatorium und Vertiefung

Öffentliches Recht:

- Grundkurs I
- Grundkurs II
- Europarecht
- Allgemeines Verwaltungsrecht einschl. Verwaltungsprozessrecht
- Polizei- und Sicherheitsrecht
- Öffentliches Baurecht (Grundzüge)
- Kommunalrecht (Grundzüge)
- Rechtsgestaltung
- Übung für Vorgerückte
- Wiederholung/Examinatorium und Vertiefung I
- Wiederholung/Examinatorium und Vertiefung II

Grundlagenfächer:

- Methodenlehre
- Rechts- und Staatsphilosophie
- Rechtsgeschichte

Schlüsselqualifikationen:

- EDV-Recherche
- Bereich Fachspezifische Fremdsprachen
- Verhandlungsmanagement/Rhetorik/Teamfähigkeit
- Wirtschafts- und Finanzwissenschaften oder Sozialwissenschaften
- Mediation/Streitschlichtung
- Moot-Court, Mandantengespräch
- Vernehmungslehre

5. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines Bachelor-Studiums?

Hinsichtlich des auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich bestehenden Bedarfs an Absolventen eines Bachelor-Studiums und damit auch hinsichtlich ihrer beruflichen Perspektiven ist der DJFT skeptisch.

Die Ausübung spezifisch juristischer Berufe in der Justiz, der Anwaltschaft oder im höheren Verwaltungsdienst setzt nicht nur ein Studium auf *wissenschaftlicher* Grundlage voraus, sondern auch dessen weitere – auch praktische – Vertiefung.

Sofern Inhalt und Methode der bisherigen juristischen Ausbildung auch unter den Anforderungen des Bachelor-Studiums bewältigt werden, ist es allerdings vorstellbar, dass den Absolventen und Absolventinnen des Bachelor-Studiums Zugang zu anderen als den oben genannten juristischen Berufen eröffnet werden. Für sie kommen sämtliche Berufsbilder in Betracht, die keiner qualifizierten akademischen Ausbildung bedürfen, sondern allgemein an einen Hochschulabschluss anknüpfen oder einen solchen gar nicht voraussetzen.

In Anbetracht der Überlegungen, nur maximal 25 % der Absolventen des Grundstudiums für den Masterstudiengang zuzulassen, bleibt aber äußerst fraglich, ob in den in Frage kommenden – diffusen – Tätigkeitsbereichen vom Sachbearbeiter einer Versicherung bis zum Journalisten ein so hoher Bedarf an Bachelor-Absolventen besteht.

6. Soll den Inhaber eines Bachelor-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden?

Der Deutsche Juristen-Fakultätentag spricht sich dagegen aus, den Inhabern eines Bachelor-Grades den Zugang zum Rechtsberatungsmarkt zu eröffnen.

Rechtsberatung ist – soll sie zuverlässig und qualitativ einigermaßen solide sein – eine Aufgabe, die neben Fachwissen auch eigene Urteilskraft und die Fähigkeit voraussetzt, Rechtsfragen lösen zu können, auch wenn die Antwort dem Wortlaut des Gesetzes, der Rechtsprechung oder Literatur noch nicht zu entnehmen ist. Dass die Inhaber rechtsberatender Berufe über entsprechende Fähigkeiten verfügen, daran besteht auch ein öffentliches Interesse.

An die Zulassungsvoraussetzungen für die Rechtsberatung sollten daher höchste Ansprüche gestellt werden. Die in einem verschulten und mit drei Jahren zu knapp bemessenen Bachelor-Studium erworbenen Grundkenntnisse reichen nicht aus, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden.

7. Welche Anforderungen sollen an die Zulassung zum Master-Studium gestellt werden?

Um ein bestimmtes fachliches Niveau des Master-Studiums zu gewährleisten, sollten zwar nur diejenigen Studenten zugelassen werden, die eine gewisse Abschlussnote erreicht haben. Gleichwohl sollte diese Gruppe nicht von vornherein zahlenmäßig auf eine bestimmte Quote der Bachelor-Absolventen festgelegt sein. Eine derartige Kontingentierung erscheint nicht zuletzt im Hinblick auf Art. 12 Abs. 1 GG problematisch.

Sofern das Bachelor-Studium nach den von uns genannten Kriterien gestaltet wird und die aufgeführten Inhalte vermittelt, erscheint dies unbeschadet der grundsätzlichen Ablehnung des Modells akzeptabel.

8. Soll es eine Reglementierung des Master of law geben?

Es sollte in das Ermessen der Fakultäten gestellt sein, die Inhalte des Master-Studiengangs zu bestimmen. Der Zuschnitt sollte dabei so vorgenommen werden, dass die Inhalte der Ergänzung und Vertiefung des Bachelor-Studiums dienen, fä-

cherübergreifend angelegt sind und - soweit möglich - internationale und interdisziplinäre Bezüge des Rechts umfassen.

9. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines ein- oder zweijährigen Master-Studiums?

Das Master-Studium ist ein Äquivalent zum de lege lata vorgesehenen Schwerpunktstudium, das lediglich breiter angelegt ist, weil die Pflichtfachausbildung nach Einführung konsekutiver Studiengänge nach dem 3. Studienjahr abgeschlossen ist.

Eine Ausrichtung auf bestimmte Berufsfelder wird daher nicht befürwortet. An der Institution des auf wissenschaftlicher Grundlage ausgebildeten Einheitsjuristen sollte jedenfalls bis zu der sich anschließenden praktischen Qualifikationsphase festgehalten werden.

10. Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Master-Grades vorgesehen werden?

Der Prüfungsinhalt zum Erwerb des Master-Grades soll in den einzelnen Fächern grundsätzlich an den jetzigen Schwerpunktbereichen orientiert sein und der im Rahmen des Master-Studienganges angelegten Ergänzung und Vertiefung der Rechtskenntnisse Rechnung tragen. Es sollte in das Ermessen der Fakultäten gestellt sein, nicht nur Studien-, sondern auch die Prüfungsinhalte des Master-Studienganges zu bestimmen.

Die Einführung einer wissenschaftlichen Arbeit als Prüfungsleistung wird in diesem Zusammenhang befürwortet: Hierfür sollte eine mindestens vierwöchige Arbeit auf wissenschaftlicher Grundlage abgenommen werden. Zudem muss durch die Prüfungsanforderungen gewährleistet werden, dass die Schwerpunktbereiche in ihrer gesamten Breite berücksichtigt werden.

11. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines Master-Studiums?

Den Absolventen eines Master-Studiums – dessen Vergleichbarkeit mit dem Niveau der gegenwärtigen Juristenausbildung und eine Praxisphase vorausgesetzt – stehen weiterhin insbesondere die klassischen juristischen Berufsfelder offen.

12. Soll den Inhabern eines Master-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden?

Nach einer Qualifikationsphase sollten Inhaber eines Master-Grades – dessen Vergleichbarkeit mit dem zweiten Staatsexamen hinsichtlich des Niveaus der Ausbildung vorausgesetzt – fachlich ausreichend für die Rechtsberatung qualifiziert sein und ihnen der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden.

13. Soll die praktische Ausbildung (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der o.a. Grade durchgeführt werden?

Die praktische Ausbildung sollte beibehalten werden, da sie nicht nur erste Grundzüge der jeweiligen juristischen Berufe vermittelt, sondern auch das in einer eher theoretisch ausgerichteten Ausbildung erworbene Wissen in einen praktischen Kontext setzt und durch die Vermittlung des für die Praxis relevanten Wissens ergänzt.

Eine vom Universitätsstudium getrennte Durchführung erscheint erforderlich, da die veranschlagten drei Jahre für das Grundstudium nicht ausreichen, mehr als juristische Grundkenntnisse bzw. Grundzüge methodischer Fähigkeiten zu vermitteln. Eine Abschaffung des Vorbereitungsdienstes würde auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Juristen in Europa zu einer nicht hinnehmbaren Qualitätseinbuße und einem Standortnachteil führen.

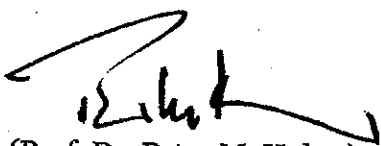
14. Soll die praktische Ausbildung in einem staatlichen Vorbereitungsdienst stattfinden?

Dies wird aus Gründen der Vermeidung von Berufslenkung, des chancengleichen Zugangs und der Sicherstellung des Niveaus der Rechtspflege befürwortet.

26. Bislang hinreichende internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen?

Die Frage, ob die deutschen Rechtsabsolventen im europäischen Vergleich konkurrenzfähig sind, ist allen entgegengesetzten Parolen zum Trotz eindeutig zu bejahen. Die Dauer der Universitätsausbildung in den europäischen Ländern miteinander zu vergleichen, ist schon deshalb nicht zweckmäßig, weil ausländische Universitätsdiplome funktional und inhaltlich in keiner Weise dem ersten deutschen Staatsexamen entsprechen. Die hohe Qualität der deutschen Juristenausbildung wird weltweit anerkannt und geschätzt und gewährleistet die internationale Anschlussfähigkeit deutscher Juristen. Das zeigt sich an Ihrem Erfolg in LL.M.-Studiengängen ebenso wie an den Karrieren, die deutsche Absolventen in internationalen Organisationen oder Großkanzleien erreichen.

München, den 19.01.2005



(Prof. Dr. Peter M. Huber)

Berlin, den 24. Januar 2005

Stellungnahme Nr. 9 /05

abrufbar unter www.anwaltverein.de

Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins

zur

**Einführung eines Bachelor- / Master-Systems in die deutsche
Juristenausbildung für die Anhörung des Ausschusses der Jus-
tizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung
am 26. Januar 2005 in Berlin**

zuständiger DAV-Geschäftsführer:

Cord Brüggemann

Anlage 4/8 - Teil 1 -

Verteiler:

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder
Bundesministerium der Justiz
Justizministerien der Länder
Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bundestag
Vorsitzende der Rechtsausschüsse der Länder
Deutscher Juristentag
Hans Soldan Stiftung
Deutscher Juristen-Fakultätentag
ELFA
Dekane der juristischen Fakultäten der Universitäten
Institute für Anwaltsrecht an den juristischen Fakultäten
Vorstand und Geschäftsführung des DAV
Landesgruppen und -verbände des DAV
Vorsitzende der Gesetzgebungsausschüsse des DAV
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften des DAV
Rechtsanwaltskammern in der Bundesrepublik Deutschland
Bundesrechtsanwaltskammer
Bundesnotarkammer
Bundesverband der Freien Berufe
Deutscher Richterbund

1. Befürworten Sie die Einführung des Bachelor-/ Master-Systems für die deutsche Juristenausbildung? Warum?

Eine Reform der Juristenausbildung nach den Vorgaben der Strukturreform des so genannten „Bologna-Prozesses“ birgt Chancen und Risiken. Grundsätzlich gilt: Jede Reform muss zum Ziel haben, die Qualität der Juristenausbildung zu verbessern. Dies schließt aus Sicht des DAV aus, den Bachelor-Abschluss zu einem berufsqualifizierenden Abschluss auszugestalten, jedenfalls im Hinblick auf die Tätigkeiten, die den reglementierten juristischen Berufen vorbehalten sind.¹

Wenn die Reform nach den im Folgenden skizzierten Vorstellungen durchgeführt wird, überwiegen die Chancen. Insoweit und nur dann befürwortet der DAV das Reformkonzept.

a) Gründe für die Einführung eines Bachelor-/ Master-Systems:

(1) Aufwertung des rechtswissenschaftlichen Studiums

Das geltende System des juristischen Staatsexamensstudienganges war und ist nach wie vor dringend reformbedürftig. Das haben interne und externe Fachleute erkannt. Insbesondere der Wissenschaftsrat (Empfehlungen zur Reform der staatlichen Abschlüsse, 2002, S. 73) hat deutlich herausgearbeitet, dass die „Divergenz von Lehre und Prüfung“ zu einer Entwissenschaftlichung des juristischen Studiums geführt hat. Dies zwar nicht unbedingt im Hinblick auf die zahlreichen hervorragenden Angebote der Hochschulen, aber im Hinblick auf die Nachfrage der Studierenden, die ein „sinkendes Interesse an solchen Veranstaltungen, in denen der Stoff nicht ‚prüfungsgerecht‘ aufbereitet geboten wird“, haben. Die Vermittlung rechtswissenschaftlicher Inhalte des Jura-Studiums wird auch nach den Reformen aus dem Jahr 2003 nicht hinreichend gefördert. Das kann bei einer erneuten Reform nur besser werden.

(2) mögliche völlige Abschaffung des 1. Staatsexamens / der Staatsprüfungsteile in der 1. Prüfung

Eine Abschaffung der Staatsprüfungsanteile am Ende der universitären Ausbildung kommt nach Auffassung des DAV unter bestimmten Bedingun-

¹ Vgl. die Stellungnahme des DAV Nr. 54/04 vom 30. November 2004 im Anhang.

gen in Betracht. Die Abschaffung würde zwar dazu führen, dass eine Vergleichbarkeit der juristischen Universitätsabschlüsse nicht mehr gewährleistet ist, wie dies – zumindest innerhalb eines Bundeslandes – bisher der Fall ist. Das wäre aber aus Sicht des DAV aus drei Gründen unschädlich:

- Das überkommene erste Staatsexamen hatte im Hinblick auf die Berufsfähigkeit für den Rechtsanwaltsberuf nur eine äußerst geringe Aussagekraft. Darüber herrscht Einigkeit.
- Die einzelnen Abschlüsse der Fakultäten werden eine größere Bedeutung erlangen. Das fördert den Qualitätswettbewerb zwischen den Fakultäten, was der DAV uneingeschränkt begrüßt.
- Nach den Vorstellungen des DAV ist für den Zugang zu den klassischen juristischen Berufen eine mit einem Staatsexamen abschließende postuniversitäre Ausbildung Voraussetzung. Dieser zweite Ausbildungsabschluss wird für den Zugang zum Arbeitsmarkt sogar eine größere Bedeutung haben, als dies bisher der Fall ist. Jedenfalls würde der DAV eine Abschaffung des 1. Staatsexamens nur dann hinnehmen, wenn dies für alle reglementierten juristischen Berufe der Fall wäre.

(3) Wettbewerb zwischen den Fakultäten

Jede Stärkung der universitären Anteile an der Abschlussprüfung wird den Wettbewerb zwischen den Fakultäten verstärken. Wir brauchen einen Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und um die besten Studierenden. Dieser Wettbewerb kann dazu führen, dass sich – mehr noch als bisher – unterschiedliche Profile der rechtswissenschaftlichen Fakultäten bilden. Solange an allen universitären Fakultäten ein Grundkanon an rechtswissenschaftlichen Inhalten vermittelt wird, begrüßt der DAV dies uneingeschränkt.

(4) Erleichterung des europaweiten Austauschs von Studierenden und Wissenschaftlern

Der Bologna-Prozess fordert nicht eine Vereinheitlichung, sondern eine verstärkte Transparenz der rechtswissenschaftlichen Studiengänge innerhalb Europas. Die Anfangsschwierigkeiten, die bei der Umsetzung dieser Vorgabe sicher auftauchen werden, dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Ziel des Bologna-Prozesses ein zentrales Moment im Hinblick auf erhöhte Flexibilität der Studierenden sowie der Wissenschaftler darstellt. Gerade in der Juristenausbildung müssen neben den bestehenden Aus-

tauschprogrammen wie Erasmus weitere Anreize für einen Dialog innerhalb der Europäischen Union geschaffen werden. Der Anwaltsberuf ist ein bundeseinheitlicher, mittlerweile sogar ein europäischer Beruf. Der DAV begrüßt es sehr, wenn schon die künftigen Kolleginnen und Kollegen ihr Verständnis für Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rechtssysteme schärfen.

(5) zeitlicher Faktor: Noch ist eine Mitgestaltung der Studienstruktur möglich

Nicht zuletzt ist der DAV davon überzeugt, dass eine Reform der Juristenausbildung in Deutschland nach den Vorgaben des Bologna-Prozesses unausweichlich ist. Drei Gründe bewegen den DAV, eine zügige Umsetzung zu fordern:

- Die europäischen juristischen Fakultäten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind in der Umsetzung deutlich weiter als die deutschen Fakultäten. Es ist im Interesse der deutschen Studierenden, dass sie von diesem Prozess nicht ausgeschlossen werden. Es liegt auch im deutschen Interesse, die besten ausländischen Studierenden und Wissenschaftler nach Deutschland zu holen. Das stärkt den Wissenschaftsstandort Deutschland. Wenn die Anerkennungsmöglichkeiten von Studien- und Forschungsleistungen nicht einfach, klar und transparent sind, werden Studierende wie Wissenschaftler andere Standorte für Studien- und Forschungsaufenthalte bevorzugen.
- Die Fachhochschulen mit Studiengängen für Diplom-Wirtschaftsjuristen sind in der Umsetzung deutlich weiter als die deutschen Fakultäten. Sie ziehen sehr motivierte und leistungsstarke Studierende an. „Bologna-kompatible“ Curricula werden ein wichtiges Argument im Wettbewerb der rechtswissenschaftlichen Fakultäten um die besten Studierenden sein.
- Wenn die an der Diskussion um die Juristenausbildung Beteiligten mit der Umsetzung nicht zügig beginnen, besteht die Gefahr, dass Wissenschafts- und Finanzministerien aktiv werden. Im Interesse insbesondere der Finanzministerien liegt nicht eine Stärkung der rechtswissenschaftlichen Fakultäten, sondern unabhängig von den Inhalten nur ein kostengünstiges und damit kurzes Jura-Studium. Dieser Zielsetzung und der damit verbundenen Gefahr ist entgegenzuwirken.

b) Gründe gegen die Einführung des Bachelor-/Master-Systems:

(1) Gefahr einer weiteren Ent-Wissenschaftlichung des Jura-Studiums

Der DAV verbindet seine Forderung nach einer Umsetzung der Vorgaben des Bologna-Prozesses mit der Forderung nach einer Stärkung der rechtswissenschaftlichen Inhalte des Jura-Studiums. Der DAV wendet sich gegen allein fiskalisch motivierte Ziele, die ein möglichst kostengünstiges und schnell zu absolvierendes Curriculum im Auge haben.

(2) Das einstufige Studiensystem, in dem die wissenschaftliche Grundausbildung am Anfang steht, wird auf den Kopf gestellt, wenn man im Bachelor-Teil zu große Schwerpunkte auf berufspraktische Fähigkeiten legt.

Dieser Grund gegen eine Einführung hält einer näheren Prüfung nicht stand. Der Bologna-Prozess fordert – anders als allzu oft unterstellt – nicht zwingend, dass eine wissenschaftliche Grundausbildung im ersten Teil des universitären Studiums keinen Platz mehr haben soll. Es kommt auf die Ausgestaltung der neuen Studiengänge an. Diese können und müssen nicht anwendungs-, sondern nur forschungsbezogen ausgestaltet werden. Dass das möglich ist, zeigen Beispiele aus anderen Studiengängen, wie sie etwa von der Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Stellungnahme vom 20. Oktober 2004 genannt werden.²

(3) kurzfristig keine Tätigkeitsfelder für Bachelors of laws

Der Arbeitsmarkt für juristische Berufe unterhalb der klassischen reglementierten Berufe in Anwaltschaft, Justiz und öffentlicher Verwaltung scheint zur Zeit keine Tätigkeitsfelder für Bachelors of law bereit zu halten. Hier muss ein Umdenken gefordert werden und es muss stattfinden. Die juristische Universitätsausbildung – ausgestaltet als generalistische Ausbildung – ist die Grundlage für einen breiten Fächer von verwaltenden, organisierenden, mit Managementaufgaben befassten Berufen und zwar in allen wirtschaftlichen Tätigkeitsbereichen, losgelöst von einer rechtsanwendenden Berufsvorstellung. Hier muss dem anglo-amerikanischen Vorbild nachgefolgt wer-

² Ingenieur-Bereich, Pfarramt evangelische Theologie

den, nach dem die Absolventen kürzerer juristischer Studiengänge nicht nur als „paralegals“ eingesetzt werden, sondern das juristische generalistische Studium Grundlage für eine breites Spektrum von Tätigkeiten in allen Bereichen der Wirtschaft ist. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen Ausbildungsgänge im Bereich der Berufsausbildung (Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte) oder Fachhochschulstudiengänge (etwa an den öffentlichen Fachhochschulen für Rechtspflege und Verwaltung: Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger usw.). Die Ausdifferenzierung der Universitätsstudiengänge kann aber dazu führen, dass neue Ausbildungsgänge in den o.g. Bereichen sowie in der freien Wirtschaft geschaffen werden. Die relativ neuen Fachhochschulstudiengänge für Diplom-Wirtschaftsjuristen zeigen, dass deren Absolventen vielfältige Tätigkeitsfelder nicht nur in der Rechtsanwendung, als Sachbearbeiter in großen Anwaltskanzleien oder in der freien Wirtschaft finden.

Hier sind die Absolventen und mögliche Arbeitgeber aufgerufen, die generalistischen Qualitäten der Absolventen zu nutzen und zu suchen.

(4) Reformmüdigkeit der Beteiligten wegen der Juristenausbildungsreform 2003

Nach der Reform ist vor der Reform. Reformmüdigkeit kann diese Gesellschaft sich nicht erlauben. Reformen sind durchzuführen, wenn ein Reformbedürfnis festgestellt wird. Dies ist hier der Fall. Die Diskussionen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte haben gezeigt, dass Reformen der Juristenausbildung im Abstand von jew. wenigen Jahren möglich waren. Nach Ansicht des DAV werden die Beteiligten erkennen, dass aus den oben genannten Gründen Eile geboten ist.

2. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines dreijährigen Bachelor-Studiums?

Nach Ansicht des DAV kann im Vordergrund nicht die Berufsbefähigung der zukünftigen Bachelors of law stehen, sondern die Vorbereitung auf das folgende Master-Studium. Nur so kann die Wissenschaftlichkeit der universitären Ausbildung als Ganzes im Gegensatz etwa zur Fachhochschulausbildung gewahrt werden. Ob bei einem anspruchsvollen generalistischen rechtswissenschaftlichen Curriculum, das in 3 oder 4 Jahren durchlaufen

werden soll, eine neue Aufteilung der Studienjahre – etwa in Trimester – nötig sein wird, ist nach Ansicht des DAV nicht ausgeschlossen.

3. Soll es eine Reglementierung des Bachelor of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen?

Siehe zunächst Antwort zu 2.

Für die Studiengänge, die auf eine Befähigung zur Ausübung der reglementierten juristischen Berufe vorbereiten, muss es eine Reglementierung des Bachelor of laws geben. Mindestinhalte sind einmal die klassischen – im traditionellen Grundstudium vermittelten – Rechtsgebiete. Daneben und als Klammer vor dem gesamten Studium stehen die geistes- und sozialwissenschaftlichen Grundlagen der Rechtswissenschaft wie Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Rechtsdogmatik, Rechtsvergleichung, Rechtssoziologie, Rechtspolitik, Methodenlehre sowie die Grundlagen der ökonomischen Analyse des Rechts. Nicht zuletzt sind auch Schlüsselqualifikationen schon in der ersten Stufe zu vermitteln. Wer dieses – zugegebenermaßen anspruchsvolle – Curriculum durchlaufen hat und das Studium nicht fortsetzt, hat ein ausreichendes, auch generalistisches Handwerkzeug, um sich als Bachelor of laws in der Praxis einmal auf unterschiedlichste juristische Hilfsberufe vorzubereiten aber er ist darüber hinaus für einen breiten Fächer von verwaltenden organisierenden und Managementberufen bestens vorbereitet. So ausgebildete Bachelors of laws haben darüber hinaus eine qualifizierte Grundlage für weitere nicht-juristische Master-Studiengänge.

4. Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Bachelor-Grades vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ?

Der DAV erarbeitet zur Zeit durch seinen Ausschuss für Aus- und Fortbildung ein Modell, das die Anforderungen der Anwaltschaft an ein rechtswissenschaftliches Studium konkretisiert. Mit der Vorlage dieses Modells ist im Herbst 2005 zu rechnen.

5. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines Bachelor-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten?

Der DAV meint, dass nach den oben skizzierten Grundsätzen ausgebildete Bachelors of laws in der Lage sind, sich insbesondere in der freien Wirtschaft in kürzester Zeit auf unterschiedliche Aufgaben vorzubereiten. Die Universität ist keine Berufsschule; unmittelbare Berufsfertigkeiten müssen also nicht vermittelt werden; das ist nach Ansicht des DAV bei einem anspruchsvollen rechtswissenschaftlichen Studium auch gar nicht möglich, wenn man eine völlige Überfrachtung der Curricula vermeiden will. Vielmehr müssen die Absolventen befähigt werden, sich in unterschiedliche Arbeitsbereiche einzuarbeiten. Bachelors of laws könnten insbesondere in den folgenden Bereichen eingesetzt werden:

- Sachbearbeiterebene in Banken und Versicherungen
- Büroleitertätigkeiten in Wirtschaft und Industrie
- Juristische Hilfstätigkeiten in großen Anwaltskanzleien (Mahnwesen, Zwangsvollstreckung, etc.)
- je nach Zuschnitt der Bachelor-Studiengänge: auch öffentlicher Dienst
- Sonstige Bereiche, in denen eine breite geisteswissenschaftliche juristische Grundqualifikation hilfreich ist.
- Alle beruflichen Tätigkeiten, für die ein generalistisches juristisches Studium nützlich ist.

6. Soll den Inhabern eines Bachelor-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Absolventen von Bachelor-Studiengängen sind und können nicht befähigt sein, Rechtsberatung zu leisten. Sie erfüllen weder die objektiven Anforderungen an eine qualifizierte Rechtsberatung noch entsprechen sie dem Bild, das die Öffentlichkeit von dem berufenen Rechtsberater, d.h. dem Rechtsanwalt / der Rechtsanwältin hat. Verbraucherschutzgesichtspunkte sprechen gegen einen Zugang von Absolventen von Bachelor-Studiengängen zur Rechtsberatung. Es wäre auch nicht im Interesse einer geordneten Rechtspflege, wenn Bachelors of laws eine Rechtsberatungsbefugnis erhielten.

7. Welche Anforderungen sollen an die Zulassung zum Master-Studium gestellt werden?

Wir schicken voraus, dass bei einer Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft durchaus vorstellbar ist, dass es unterschiedliche Master-Abschlüsse geben wird, die allerdings nicht alle zur Aufnahme einer postuniversitären Ausbildung für die klassischen reglementierten juristischen Berufe berechtigen müssen. Die folgenden Aussagen gelten nur für letztere Studiengänge.

a. nur bestimmte Bachelor-Studiengänge

Ja, nur wissenschaftsbezogene und das heißt damit auch forschungsbezogene Bachelor-Studiengänge an Universitäten sollen zur Zulassung zum Master-Studium berechtigen.

b. das Erreichen einer bestimmten Abschlussnote

Nein. Der erfolgreiche Abschluss eines Bachelor-Studienganges soll grundsätzlich genügen.

c. Auswahl durch Universität des Master-Studienganges

Es ist durchaus denkbar, dass Universitäten eigene Kriterien aufstellen, die zur Zulassung berechtigen. Dass in diesem Fall nicht alle Bachelors of laws einen Studienplatz finden, ist unschädlich, da sie auf dem Arbeitsmarkt einsetzbar sind.

d. allgemeine staatliche Eingangsprüfung

Nein.

8. Soll es eine Reglementierung des Master of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen?

Ja. Vgl. oben die Antwort zu Frage 3.

9. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines ein- oder zweijährigen Master-Studiums?

Vgl. oben die Antwort zu Frage 10.

10. Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Master-Grades vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ?

Vgl. oben die Antwort zu Frage 10.

11. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines Master-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten – wenn ja welche? Welche weitere Qualifikation ist erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

Zur 1. Frage: Die Beantwortung dieser Frage hängt ab davon, welchen Master-Studiengang die Absolventen eines universitären Bachelor-Studienganges wählen: Für den rechtswissenschaftlichen Master-Studiengang, der zum postuniversitären Vorbereitungsdienst für die klassischen reglementierten juristischen Berufe qualifiziert, steht eben dieser Vorbereitungsdienst im Vordergrund.

Zu 2. Frage: Einmal gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten in den in der Antwort zu Frage 5 aufgezeigten Bereichen. Zum Anderen ist durch ein abgeschlossenes rechtswissenschaftliches Master-Studium der Zugang zu einer wissenschaftliche Karriere eröffnet.

Zur 3. Frage: Für die klassischen reglementierten juristischen Berufe ist eine postuniversitäre, berufsbezogene Ausbildung notwendig.

12. Soll den Inhabern eines Master-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Nein, Voraussetzung für den Zugang zum Rechtsberatungsmarkt sollte nach wie vor mindestens der Qualitätsstandard der bisherigen Juristenausbildung sein. Das heißt, das System der Juristenausbildung muss eine erste Stufe (Hochschulausbildung) und eine zweite Stufe postuniversitäre praktische

Anlage 4/8 - Teil 1 -

Ausbildung beinhalten, nur wer sowohl ein universitäres Master-Studium durchlaufen hat als auch eine postuniversitäre Anwaltsausbildung soll befugt sein, Dienstleistungen am Rechtsberatungsmarkt anzubieten.

13. Soll die praktische Ausbildung (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe (Rechtsanwalt, Notar, Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsdienst) weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der o.a. Grade durchgeführt werden?

Jedenfalls für den Beruf des Rechtsanwalts soll eine postuniversitäre praktische Ausbildung beibehalten werden. Der DAV meint, dass dies auch für die übrigen klassischen reglementierten juristischen Berufe der Fall sein soll. Unabhängig von der Frage, inwiefern praktische Ausbildungszeiten schon zum Universitätsstudium gehören, soll die Anwaltsausbildung gesondert vom Erwerb des Master-Grades durchgeführt werden.

14. Soll die praktische Ausbildung in einem staatlichen Vorbereitungsdienst stattfinden?

Nein.

15. Soll die praktische Ausbildung einheitlich (Einheitsjurist) oder nach Berufssparten getrennt stattfinden?

Der DAV fordert schon seit den 90er Jahren eigenständige postuniversitäre Ausbildungsgänge für die klassischen reglementierten juristischen Berufe. Wir verweisen insofern auf die Vorschläge des Deutschen Anwaltvereins zur Reform des juristischen Vorbereitungsdienstes durch Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung und weiterer Ausbildungsgänge, die wir in der Anlage beifügen.

16. Welche Art von Spartenausbildung befürworten Sie ggf.?

Vgl. die Antwort zu Frage 15.

17. Wer soll ggf. die Kosten einer praktischen Spartenausbildung (einschließlich einer evtl. Unterhaltsbeihilfe o.dgl.) übernehmen?

Die Träger der jeweiligen Ausbildungsgänge. Für die Einzelheiten vgl. die Anlage.

**18. Unabhängig von der Organisation der praktischen Ausbildung:
Welche Voraussetzungen sollen für die Zulassung hierzu erforderlich sein?**

Zwei Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

- a) Nur wer Absolvent eines Master-Studienganges ist, der die oben skizzierten Elemente enthält, soll zur Anwaltsausbildung zugelassen werden, wobei nur Absolventen universitärer Master-Studiengänge zur postuniversitären Anwaltsausbildung zugelassen werden.
- b) Daneben soll nach Ansicht des DAV nur zur Anwaltsausbildung zugelassen werden, wer einen Ausbildungsplatz für die praktische Ausbildung nachweisen kann.

19. Soll Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe bzw. zu einer entsprechenden Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung, s.o. 18) auch erhalten, wer in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischen Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) einen Master-Abschluss an einer Universität oder an einer Fachhochschule erworben hat?

Der DAV sieht die universitäre rechtswissenschaftliche Ausbildung sowie postuniversitäre Anwaltsausbildung in einem Gesamtzusammenhang. Für die Qualität anwaltlicher Berufsausübung ist es unabdingbar, dass nur Absolventen umfassender rechtswissenschaftlicher Master-Studiengänge die Möglichkeit erhalten, eine postuniversitäre Anwaltsausbildung zu durchlaufen. Hier sei noch einmal wiederholt, dass jeder zukünftige Anwalt und jede zukünftige Anwältin aus Sicht des DAV eine rechtswissenschaftliche Grundausbildung durchlaufen müssen, zu der neben der Vermittlung der Grundlagen des geltenden Rechts auch Grundlagenfächer wie Rechtsgeschichte, -philosophie, -vergleichung oder -soziologie gehören. Anwältinnen und An-

wälte müssen ein Verständnis dieser Grundlagenfächer haben, um die geltenden Normen zu verstehen und anzuwenden. Anwältinnen und Anwälte werden häufig mit Sachverhalten konfrontiert, für deren Bearbeitung ein Verständnis nicht nur der unmittelbar anwendbaren Normen, sondern des Systems unserer Rechtsordnung samt ihrer Grundlagen notwendig ist. Eine breite Grundausbildung ist gerade in Zeiten, in denen das Recht sich immer weiter ausdifferenziert, unverzichtbar. Um diesen Anspruch zu erfüllen, brauchen wir starke Fakultäten. Die Naturwissenschaften zeigen, dass Grundlagenforschung notwendig ist. Das gilt auch für die Rechtswissenschaften. Wo sonst, wenn nicht an Universitäten können Forschung und Lehre auf höchstem Niveau stattfinden? Die Studierenden brauchen nicht nur gut ausgestattete Fakultäten, sondern darüber hinaus brauchen sie für ein rechtswissenschaftliches Studium Zeit. Diese Zeit kann nur ein Universitätsstudium, das mit dem Masterabschluss endet, bieten.

20. Sollen auch Absolventinnen und Absolventen von ausländischen universitären juristischen Studiengängen Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe erhalten? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen (s. sog. Morgenbesser-Entscheidung des EuGH vom 13.11.2003)?

Zu Frage 1: Ja.

Zu Frage 2: Die Absolventinnen und Absolventen von ausländischen universitären juristischen Studiengängen müssen neben einer soliden rechtswissenschaftlichen Ausbildung, zu der insbesondere methodische Kenntnisse und Fähigkeiten gehören, auch Kenntnisse des deutschen Rechts haben. Hier sind dieselben Kriterien anzusetzen, wie sie für die Zulassung von europäischen Anwälten im Sinne des EuRAG entwickelt worden sind.

21. Soll Zugang zu einem reglementierten juristischen Beruf (z.B. Richter) auch erhalten, wer eine Spartenausbildung zu einem anderen reglementierten Beruf (z.B. Rechtsanwalt) absolviert hat? Wenn ja, ggf. unter welchen weiteren Voraussetzungen?

Auch wenn das Bedürfnis nach Durchlässigkeit in der Realität nicht groß ist, erlaubt das DAV-Modell (Anlage) es etwa, einer ausgebildeten Rechtsanwältin auch den Richterberuf zu ergreifen und umgekehrt. Allerdings ist ein Be-

rufswechsel an Voraussetzungen, wie praktische Berufserfahrung bzw. die Ablegung einer gesonderten Prüfung gebunden.

22. Soll Zugang zu einem universitären Master-Studium erhalten, wer

- an einer allgemeinen Fachhochschule in einem fächerübergreifenden Studiengang mit jurist. Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht)
- an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst (zz. Diplom-Verwaltungswirte, -Rechtspfleger, -Finanzwirte)

einen Bachelor-Grad erworben hat, ggf. unter welchen Voraussetzgn.?

Wenn schon im Bachelor-Studium eine rechtswissenschaftliche Grundausbildung erfolgen soll, wie sie nur an Universitäten vermittelt werden kann, dürfen auch nur Absolventen universitärer Bachelor-Abschlüsse Zugang zu einem universitären Master-Studium erhalten.

23. Gibt es weitere juristische Hilfsberufe, denen der Zugang zu diesem Ausbildungssystem, also zum Master-Studium oder zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe, eröffnet werden soll, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Nein.

24. Sehen Sie die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen juristischen Bachelor-Studiengangs mit erstem berufsqualifizierendem Abschluss nach drei Jahren zu einer Verdrängung etablierter juristischer Hilfsberufe führen könnte?

Nein. Die erneute Reform der Juristenausbildung wird zu einem wirklichen Paradigmenwechsel führen. Nicht nur die klassische universitäre Juristenausbildung, sondern auch die Ausbildung für die sonstigen juristischen „Hilfsberufe“ wird sich möglicherweise ändern. Teilweise werden diese Ausbildungsgänge in universitären Ausbildungsgängen aufgehen. Nach Ansicht des DAV soll es nicht einen allgemeinen juristischen Bachelor-Studiengang geben, sondern unterschiedliche Bachelor-Studiengänge. Eine Verdrängung etablierter juristischer Berufe wird es daher nicht geben, sondern lediglich neue Ausbildungsgänge für diese Hilfsberufe. Da etwa Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH), Rechtspfleger, Amtsanwälte, Gerichtsvollzieher

oder Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte bisher exzellente Ausbildungen durchlaufen haben, werden sie sich auch weiterhin auf dem Markt behaupten können.

25. Befürworter des Bachelor-/Master-Systems stellen die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen in den Vordergrund.

Die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen sind nur ein Ziel des Bologna-Prozesses. Der DAV meint, dass alle Ziele des Bologna-Prozesses (Einführung leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlusszeugnisse, Einführung eines gestuften Studiensystems, Schaffung eines Leistungspunktesystems, Förderung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden, Förderung europäischer Kooperation bei der Qualitätssicherung, Einrichtung eines Systems der Akkreditierung, Ausbau der lebenslangen Weiterbildung, Entwicklung von internationalen Hochschulnetzwerken) gleichberechtigt nebeneinander stehen. Sie sind geeignet, sowohl den internationalen Austausch zu fördern, als auch das deutsche Juristenausbildungssystem zu verbessern, damit es auch weiterhin europaweiten und internationalen Standards genügt.

26. Ist Ihrer Meinung nach die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen hinreichend? Genügend die hierfür derzeit bestehenden Anreize? Wenn nein, welche Verbesserungen sind ggf. erforderlich? Könnten sie in einem Bachelor-/Master-System besser erreicht werden?

Hierzu vergleiche die Antwort zu Frage 1 a) (4).

Berlin, den 30. November 2004

Stellungnahme Nr. 54/04

Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins

durch den Ausschuss Aus- und Fortbildung

zur

**Einführung der Bachelor- / Masterstruktur in der Bundesrepublik
Deutschland im Zuge des Bologna-Prozesses – hier: Stellung-
nahme der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder
in der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Oktober 2004**

Mitglieder des Ausschusses:

Jürgen Widder, Bochum (Vorsitzender)

Sabine Feller, München

Ulrike Gantert, Markt Schwaben

Andreas Hagenkötter, Ratzeburg

Hartmut Kilger, Tübingen

Heide Krönert-Stolting, Kronberg

Dr. Michael Witteler, Berlin

Klaus Zehner, Passau

zuständiger DAV-Geschäftsführer:

Cord Brüggmann

Verteiler:

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerium der Justiz
Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder
Justizministerien der Länder
Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bundestag
Präsident des Bundesgerichtshofs
Deutscher Juristentag
Hans Soldan Stiftung
Deutscher Juristen-Fakultätentag
Dekane der juristischen Fakultäten der Universitäten
Vorstand und Geschäftsführung des DAV
Landesgruppen und -verbände des DAV
Vorsitzende der Gesetzgebungsausschüsse des DAV
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften des DAV
Mitglieder des Ausschusses Aus- und Fortbildung im DAV
Rechtsanwaltskammern in der Bundesrepublik Deutschland
Bundesrechtsanwaltskammer
Bundesnotarkammer
Bundesverband der Freien Berufe
Deutscher Richterbund

Zusammenfassung

- Die jüngste Reform der Juristenausbildung ist aus Sicht der Anwaltschaft unbefriedigend geblieben.
- Der DAV erneuert deswegen seine Forderung nach einer speziellen (postuniversitären) Anwaltsausbildung.
- Für den universitären Teil der Juristenausbildung sieht der DAV in den Strukturreformen des so genannten „Bologna-Prozesses“ Risiken, aber auch Chancen für eine Aufwertung des rechtswissenschaftlichen Studiums und damit für eine Stärkung der juristischen Fakultäten.
- Notwendige Voraussetzung einer postuniversitären Anwaltsausbildung nach Einführung der Bachelor- / Masterstruktur ist der Abschluss eines forschungsbezogenen universitären Master-Studienganges. Nur so kann auch in Zukunft die hohe Qualität anwaltlicher Rechtsdienstleistungen auch bei Berufsanfängern gewährleistet werden.

Einleitung

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist der freiwillige Zusammenschluss der deutschen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Der DAV mit derzeit mehr als 60.000 Mitgliedern vertritt die Interessen der deutschen Anwaltschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Der DAV ist kritischer Begleiter, aber seit Jahren auch Anstoßgeber in den Diskussionen des Gesetzgebers und der anwaltlichen Selbstverwaltung in allen Fragen der Qualitätssicherung anwaltlicher Dienstleistungen. Dazu gehören nicht nur Fort- und Weiterbildung, sondern auch die Ausbildung des anwaltlichen Nachwuchses. Der DAV hat sich in seinen Anstrengungen um eine Reform der Juristenausbildung hin zu einer echten Anwaltsausbildung in den vergangenen Jahren auf die zweite Stufe, die postuniversitäre Ausbildung konzentriert. Aufgrund des aus Sicht der Anwaltschaft enttäuschenden Ergebnisses der jüngsten Reform der Juristenausbildung hat der DAV ein eigenes Ausbildungsmodell, die DAV-Anwaltsausbildung, geschaffen. Die DAV-Anwaltsausbildung ist ein „best practice“-Angebot für engagierte Referendarinnen und Referendare, die wissen, dass sie den Anwaltsberuf ergreifen möchten. Die DAV-Anwaltsausbildung verschafft schon Berufsanfängern einen Vorsprung vor ihren Wettbewerbern auf einem hart umkämpften Markt.

Der DAV setzt sich daneben auch weiterhin für eine wirkliche Reform der Juristenausbildung ein. Eine Ausbildung zur Rechtsanwältin / zum Rechtsanwalt muss an die veränderten Erfordernisse auf dem Markt für Rechtsdienstleistungen angepasst werden. Ziel ist ein aufgewertetes rechtswissenschaftliches Studium mit nachfolgenden getrennten postuniversitären Ausbildungsgängen für Justiz, öfftl. Verwaltung und Anwaltschaft (berufsspezifische Ausbildung).

Bologna-Prozess, rechtswissenschaftliches Studium

Der DAV beobachtet mit großem Interesse die Umsetzung der Vorgaben des so genannten „Bologna-Prozesses“. Der Bologna-Prozess betrifft die erste Stufe, das Studium. Das Hauptaugenmerk des DAV liegt dabei auf den vielfältigen Fragestellungen, die sich im Zusammenhang mit der Einführung eines gestuften Studiensystems im Bereich der (universitären) Juristenausbildung auftun.

Ein rechtswissenschaftliches Studium muss an einer Universität und kann nicht an einer Fachhochschule vermittelt werden. Zu einer rechtswissenschaftlichen Grundausbildung, die jeder zukünftige Anwalt und jede zukünftige Anwältin durchlaufen muss, gehören neben der Vermittlung der Grundlagen des geltenden Rechts auch Grundlagenfächer wie Rechtsgeschichte, -philosophie, -vergleichung oder -soziologie. Anwältinnen und Anwälte müssen ein Verständnis dieser Grundlagenfächer haben, um die geltenden Normen zu verstehen und anzuwenden. Anwältinnen und Anwälte werden häufig mit Sachverhalten konfrontiert, für deren Bearbeitung ein Verständnis nicht nur der unmittelbar anwendbaren Normen, sondern des Systems unserer Rechtsordnung samt ihrer Grundlagen notwendig ist. Eine breite Grundausbildung ist gerade in Zeiten, in denen das Recht sich immer weiter ausdifferenziert, unverzichtbar.

Daneben muss das rechtswissenschaftliche Studium zu einer Berufsentscheidung befähigen. Das kann geschehen im Rahmen herkömmlicher Vorlesungen, in denen nicht nur – wie bisher – die richterliche Sicht auf feststehende Sachverhalte vorgestellt wird, durch spezielle Lehrangebote wie etwa Seminare unter Einbeziehung von Praktikern, aber auch durch Praktika. Ziel ist, dass die Universitätsabsolventen eine Berufsrichtungsentscheidung treffen und die postuniversitäre Ausbildung (z. Zt. Referendariat) zu einer umfassenden Berufsvorbereitung nutzen können. Wo die Anwaltschaft bei der Umsetzung der wissenschaftlichen Lehrinhalte eingebunden werden kann, wird sie die juristischen Fakultäten unterstützen, wie dies schon heute an manchen Fakultäten der Fall ist.

Die Ziele des Bologna-Prozesses (Einführung leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlusszeugnisse, Einführung eines gestuften Studiensystems, Schaffung eines Leistungspunktesystems, Förderung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden, Förderung europäischer Kooperation bei der Qualitätssicherung, Einrichtung eines Systems der Akkreditierung, Ausbau der lebenslangen Weiterbildung, Entwicklung von internationalen Hochschulnetzwerken) lassen sich auch in einem Fach wie den Rechtswissenschaften erreichen. Zwar bestehen wegen der nationalen Rechtsordnungen große Unterschiede in den Lehrplänen der Fakultäten in Europa. Hier tun sich die Naturwissenschaften offensichtlich leichter. Dies darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die nationalen Unterschiede nicht mehr den Stellenwert haben wie bisher – gerade bei der vom DAV geforderten Betonung der Grundlagenfächer, der unverzichtbaren Befähigung zu einer Berufsrichtungsentscheidung sowie bei der zunehmenden Bedeutung des Rechts der Europäischen Union. Man darf nicht vergessen, dass bei aller Unterschiedlichkeit der nationalen Rechtsordnungen zahlreiche historische Gemeinsamkeiten bestehen, deren Verständnis jeder Volljuristin und jedem Volljuristen bei der Anwendung des geltenden Rechts helfen kann.

Staatsexamen oder Master-Studiengang notwendig für qualifizierte Ausbildung

Um den oben skizzierten Anspruch zu erfüllen, brauchen wir starke Fakultäten. Die Naturwissenschaften zeigen, dass Grundlagenforschung notwendig ist. Das gilt auch für die Rechtswissenschaften. Wo sonst wenn nicht an Universitäten können Forschung und Lehre auf höchstem Niveau stattfinden?

Die Studierenden brauchen nicht nur gut ausgestattete Fakultäten, sondern darüber hinaus brauchen sie für ein rechtswissenschaftliches Studium Zeit. Diese Zeit kann ein Universitätsstudium, das mit dem Master-Abschluss endet, bieten. Daher sieht der DAV eine Chance in der Strukturreform, die der Bologna-Prozess fordert. Der DAV ist davon überzeugt, dass ein forschungsbezogenes Bachelor-Studium sowie ein darauf aufbauender Master-Studiengang das, was die Anwaltschaft sich als Grundlage für eine post-universitäre Anwaltsausbildung vorstellt, möglicherweise sogar besser verwirklichen können als das momentane Staatsexamenssystem dies vermag.

Der DAV begrüßt, dass die Ständige Konferenz der Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder erkennt, dass nicht *„für alle Felder die berufsrechtlich vorgeschriebenen Zulassungsvoraussetzungen bereits mit dem Bachelor-Abschluss vermittelt werden*

können.“ Das gilt sicher für die in der o.g. Stellungnahme der Kultusministerkonferenz angeführten Beispiele (Ingenieurbereich, Pfarramt in der evangelischen Theologie). Diese Beispiele sind allerdings unvollständig: Auch den Rechtsanwaltsberuf sowie die weiteren klassischen volljuristischen Berufe kann nur kompetent ausüben, wer die oben skizzierten Voraussetzungen erfüllt.

Schluss

Hohe Qualität der Rechtsdienstleistungen durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte liegt im Interesse des Verbraucherschutzes sowie im Interesse einer funktionierenden Rechtspflege. Diesem Ziel ist die Anwaltschaft im besonderen Maße verpflichtet. Die Anwaltschaft unterstützt die Anstrengungen der zuständigen Ministerien sowie der Fakultäten, die Juristenausbildung weiter zu reformieren, um einen höchst möglichen Qualitätsstandard im Bereich der anwaltlichen Rechtsdienstleistungen zu sichern.

Vorschläge des Deutschen Anwaltvereins (DAV) zur Reform des juristischen Vorbereitungsdienstes durch Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung und weiterer Ausbildungsgänge (Spartenausbildung)

(durch den Ausschuss Aus- und Fortbildung des DAV überarbeitete und vom Vorstand des DAV auf seiner Sitzung am 22. und 23. September 2004 verabschiedete Fassung)

Inhaltsübersicht.....	Seite
A. Einleitung	3
B. Vorschläge des DAV zur Reform des juristischen Vorbereitungsdienstes durch Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung und weiterer Ausbildungsgänge	8
I. Abschluss der universitären Ausbildung (Voraussetzung der Aufnahme in die Anwaltsausbildung)	8
II. Einrichtung getrennter Ausbildungsgänge des juristischen Vorbereitungsdienstes	8
III. Träger der Ausbildung, Ausbildungskosten	9
IV. Ausbildung im Anwaltsreferendariat	9
V. Ausbildungsstationen des Anwaltsreferendariats für die praktische Ausbildung	11
VI. Theoretische Ausbildung in Ausbildungslehrgängen	11
VII. Abschlussprüfung im Anwaltsreferendariat (Anwaltsprüfung)	12
VIII. Befähigung zur Ausübung des Anwalts- und Notarberufs	14
C. Begründung:	15
I. Reformanlass: Die hohe Zahl der Auszubildenden	15
1. Das Zahlenbild	15
2. Allgemeine Folgerungen	15
3. Folgerungen für die universitäre Ausbildung	15
4. Folgen des Mengenproblems für den juristischen Vorbereitungsdienst	16
II. Reformanlass: Das Auseinanderfallen von Berufsausbildung und Berufserwartung	17
1. Der Anwaltsberuf als wahrscheinlicher Beruf der Meisten	17
2. Die herkömmliche Ausbildung ist keine Vorbereitung auf den Anwaltsberuf	17
3. Auch mit einer reformierten Einheitsausbildung kann diese Vorbereitung nicht erreicht werden	18

III.	Die Konsequenz: Notwendigkeit der Aufspaltung der Ausbildungsgänge des juristischen Vorbereitungsdienstes mit Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung	19
1.	Aufteilung der Ausbildungsgänge in Justiz-, Verwaltungs- und Anwaltsreferendariat	19
2.	Besonderer Ausbildungsgang für Wirtschaftsjuristen nicht erforderlich	20
3.	Vorbereitung auf den Notarberuf gewährleistet	20
4.	Die vermeintlichen Vorteile der Einheitsausbildung haben demgegenüber kein Gewicht	20
5.	Die Bedenken gegen die praktische Ausbildung in der Verantwortung der Anwaltschaft greifen nicht durch	21
6.	Die Anwaltschaft kann die erforderliche theoretische Ausbildung sicherstellen	22
IV.	DAV-Reformvorschläge - Gewähr für die Herbeiführung der erforderlichen Ausbildungsqualität	23
1.	Lösung für das Problem der Ausbildungsplatzkapazität	24
2.	Lösung für das Problem der Ausbilderkapazität	24
3.	Verhinderung der Überschwemmung der Anwaltschaft mit nicht auf den Beruf vorbereiteten Junganwälten	24
V.	Auswirkungen der DAV-Reformvorschläge auf die Ausbildungskosten	25
1.	Gegenwärtige Ausbildungskosten vom Staat getragene Ausbildungskosten	25
2.	Auswirkungen der DAV-Vorschläge	25
VI.	Auswirkungen der DAV-Reformvorschläge auf den Zugang zur Anwaltsausbildung/auf das Mengenproblem	26
1.	Drosselung des Zugangs zur Anwaltsausbildung durch Aufnahmeprüfungen wird abgelehnt	26
2.	Das Problem der Wartezeiten wird überwunden	26
3.	Auswirkungen des erhöhten Anforderungsprofils der Anwaltsausbildung auf das Mengenproblem	26
4.	Das Angebot bezahlter anwaltlicher Ausbildungsplätze wird voraussichtlich begrenzt sein	26
5.	Das begrenzte Ausbildungsplatzangebot begrenzt die Zahl der Anwaltsreferendare	27
6.	Die gesellschafts- und bildungspolitische sowie moralische Verantwortung für die Überzahl von Jungjuristen trägt allein der Staat. Er muss nach Lösungen dafür suchen	29
Schluss	30

A. Einleitung

„Die Geschichte der Juristenausbildung ist zugleich eine Geschichte gescheiterter Versuche ihrer Reform“ (Redeker, AnwBl 1998, 225 ff.).

An der Aktualität dieser Aussage hat sich bis heute nichts geändert. Ebenso wenig hat sich an der Aktualität des Beschlusses des Vorstands des DAV vom 27. April 1998, mit dem der DAV seiner Forderung nach einer Spartenausbildung Nachdruck verliehen hat, geändert, was nachstehend aufzuzeigen ist.

Warum tritt der DAV nur ein Jahr nach Inkrafttreten des „Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung“ (Gesetz vom 11.07.2002; BGBl. I, 2592 vom 17. Juli 2002) erneut mit Reformvorschlägen an die Öffentlichkeit?

„Nach der Reform ist vor der Reform“

1. In den Reformdiskussionen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stand nicht im Vordergrund, ob die einheitliche Ausbildung aller juristischen Professionen beibehalten oder zu Gunsten besonderer Ausbildungsgänge für einzelne Gruppen juristischer Berufe aufgegeben werden sollte. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Kritik an einer mangelhaften Verbindung der theoretischen und praktischen Ausbildungsansätze.
 - a) Die Kritik galt zum einen der universitären Ausbildung, in der versäumt wurde und wird, das geltende Recht vor dem Hintergrund der Wirkungen vorzustellen, die es in seiner praktischen Anwendung auf das Leben der Bürger und sonstigen Rechtspersonen entfaltet, und welche Gestaltungsmöglichkeiten es den Rechtsunterworfenen bietet. Bewegt hat sich gleichwohl bis heute wenig. Die Anwaltschaft hat sich deswegen veranlasst gesehen, über die anwaltsnahe Hans Soltdan Stiftung mehrere Millionen Euro für Lehre und Forschung zu speziellen Fragen anwaltlicher Berufsausübung und des anwaltlichen Berufsrechts an eigens hierfür eingerichteten Lehrstühlen und Universitätsinstituten bereitzustellen. Die hierdurch erhoffte Initialzündung ist jedoch noch nicht eingetreten. Im Bereich der universitären Ausbildung sind durch die jüngste Reform Veränderungen eingetreten; viele Fakultäten bewegen sich in die richtige Richtung. Aber auch im Bereich der universitären Juristenausbildung besteht – nicht zuletzt aufgrund der Vorgaben des „Bologna-Prozesses“ – weiterhin Handlungsbedarf. Der DAV ist zuversichtlich, dass die Fakultäten ihre Gestaltungsmöglichkeiten sinnvoll nutzen.
 - b) Die Kritik galt zum anderen der mangelhaften Integration von Theorie und Praxis durch die Zweiteilung der Ausbildung in das Universitätsstudium und die sich anschließende praktische Ausbildung während der Referendardzeit. Dies zu überwinden war Gegenstand der bisher größten Reformanstrengung, der versuchsweisen Einführung der sogenannten einstufigen Juristenausbildung, in der beide Phasen integriert oder in ständig wechselnden Intervallen miteinander vermischt werden konnten. Der Gesetzgeber hat dieses überwiegend, auch in der Erprobung, positiv beurteilte Model ex cathedra beendet. Die Gründe hierfür brauchen hier nicht vertieft zu werden; retrospektiv war dies ein Fehler.
2. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Diskussion über eine Neuordnung der Juristenausbildung erneut, und zwar in ungeahnter Heftigkeit, in Gang gekommen. Dies hat seine Wurzeln in dem Umstand, dass zu dem Berg ungelöster Probleme, die bisher alle (gescheiterten) Reformdiskussionen bestimmt haben, weitere Umstände hinzugegetreten sind oder sich in ihren Auswirkungen so verschärft haben, dass die Notwendigkeit grundlegender Änderungen langsam zur allgemeinen Überzeugung geworden ist.

3. Der DAV begleitet die Diskussion um die Reform der Juristenausbildung seit vielen Jahren. Bereits 1990 hatte er ein Modell zur Reform der Juristenausbildung vorgestellt (Modell des Ausschusses für Aus- und Fortbildung des Deutschen Anwaltvereins zur Reform der Juristenausbildung, AnwBl 1990, 362).
Ziel der Reformüberlegungen war damals die Schaffung von grundlegenden Neuerungen im Bereich der Juristenausbildung. Die Reform sollte die Nachteile der Einheitsausbildung beseitigen, ohne deren Vorteile gänzlich preiszugeben. Schon 1990 führte der Ausschuss in der Vorbemerkung seines Modells aus, dass die Anwaltschaft zahlenmäßig die mit meistem Abstand größte juristische Profession der Bundesrepublik ist. Schon damals wurden Expansionsdruck und ein ungebremstes Anwachsen der Anwaltschaft beschrieben. Kein anderer Berufsstand erlebt so hautnah die Diskrepanz zwischen der Ausbildung einerseits und den Anforderungen der Dienstleistungsgesellschaft andererseits. Kritikpunkte in diesem Zusammenhang waren insbesondere die zu lange Ausbildungsdauer und die mangelnde Vermittlung von Fähigkeiten, die von den Absolventen einer juristischen Ausbildung – speziell für die Anwaltsprofession – existenziell benötigt werden.
4. Die Bemühungen der Anwaltschaft und der Wille zu einer durchgreifenden Reform wurden 1996 dadurch unterstrichen, dass auf Einladung des DAV hin eine gemeinsame Sitzung der Präsidenten der Rechtsanwaltskammern und der Mitglieder des Vorstandes des DAV stattfand. Ein einziges, aber wichtiges Thema stand auf der Tagesordnung: Die Reform der Juristenausbildung. Dieses Gremium verfasste 12 Thesen zur Juristenausbildung, deren Aktualität bis heute nichts verloren hat (vgl. NJW 1997, 1055). Die 12 Thesen sind Grundlage auch dieses Vorschlages. Sie sind am Ende dieser Einleitung wiedergegeben.
5. Die weitere Entwicklung bis zur aktuellen Reform
 - a) Der DAV gab der Diskussion mit seinen „Vorschlägen zur Reform des juristischen Vorbereitungsdienstes durch Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung und weiterer Ausbildungsgänge“ vom 27. April 1998 neuen Antrieb. Er erklärte schon 1998 unmissverständlich: „Ausweg kann nur die Einrichtung getrennter Ausbildungsgänge für Justiz, Verwaltung und Anwaltschaft sein.“
 - b) Die Wichtigkeit dieses Themas wurde dadurch unterstrichen, dass der im September 1998 tagende Deutsche Juristentag das Thema nach nur 8 Jahren erneut auf die Tagesordnung setzte und damit die Aktualität und Dringlichkeit des Reformbedarfs unterstrich.
 - c) Auf dem DJT 1998 in Bremen stellte der nordrhein-westfälische Justizminister Behrend ein Ausbildungsmodell vor, welches dem der Steuerberater entsprochen hätte.
 - d) Mit den „Brüsseler Beschlüssen“ der Justizministerkonferenz aus dem Jahr 2000 wurde das Rad wieder zurückgedreht; wirkliche Reformmodelle wurden abgelehnt.
 - e) Der 1998 von der Justizministerkonferenz eingesetzte Koordinierungsausschuss zur Reform der Juristenausbildung sollte nach den Brüsseler Beschlüssen auf der Fachebene die Umsetzung der Reform „innerhalb des bestehenden Systems“ erarbeiten. Der Koordinierungsausschuss schlug vor, § 4 BRAO zu ergänzen. Danach sollte nur zur Rechtsanwaltschaft zugelassen werden, wer (beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen) 12 Monate beim Anwalt ausgebildet war. Zu dieser Gesetzesänderung ist es nie gekommen. Das Erfordernis einer wirklichen Ausbildung zum Anwalt wurde gestrichen. Es blieb die am 1. Juli 2003 in Kraft getretene marginale „Reform“.

6. Diese jüngste Reform aus dem Jahre 2003 bringt Änderungen in der Universität. Die Reform des juristischen Vorbereitungsdienstes (lediglich Verlängerung der Anwaltsstation auf nunmehr 9 Monate ohne verbindliche Festschreibung irgendwelcher Ausbildungsinhalte) ist unbefriedigend. Was bleibt:
- Der Referendar jagt wie bisher der Examensnote nach. Er möchte möglichst wenig Berufsrelevantes, dafür mehr Examensrelevantes lernen.
 - In Wirklichkeit jedoch brachte die Reform eine zusätzliche massive Verschlechterung. Die Anwaltschaft ist nicht nur das Reservebecken für Volljuristen, die nicht in Justiz, öffentlicher Verwaltung oder freier Wirtschaft unterkommen; die Anwaltschaft soll auch noch der mit Abstand größte Ausbilder für alle sein.
7. Auswege
- a) Der DAV fordert nachdrücklich eine weitere Reform der Juristenausbildung hin zu einer echten Spartenausbildung.
 - b) Die DAV-Anwaltausbildung als notwendige Anwaltsausbildung
Der DAV hat im Jahre 2003 die DAV-Anwaltausbildung geschaffen. Die DAV-Anwaltausbildung ist die einzige Ausbildung, die eine 12-monatige praktische und 3-monatige theoretische Ausbildung zum Anwaltsberuf miteinander verzahnt. Sie ist kompatibel zum staatlichen Referendariat und geht weit über das hinaus, was dort an anwaltsbezogener Juristenausbildung angeboten wird. Wer die DAV-Anwaltausbildung durchlaufen hat, hat als Berufsanfänger einen Vorsprung vor seinen Wettbewerbern.
- Aufbau und Curriculum der DAV-Anwaltausbildung dienen als Vorbild für eine echte Spartenausbildung. Die Inhalte des geforderten Anwaltsreferendariats sollen sich an dem Lehrplan der DAV-Anwaltausbildung orientieren.
8. Die **Vorschläge des DAV** aus dem Jahr 1998 haben an Aktualität nicht verloren. Folgende Eckpunkte seien hervorgehoben:
- Zur Sicherung der erforderlichen Ausbildungsqualität ist erforderlich, den juristischen Vorbereitungsdienst unmittelbar nach der ersten juristischen Staatsprüfung in getrennten Ausbildungsgängen zu beginnen.
 - Das so genannte **Y-Modell wird abgelehnt**, nach dem die Referendare zunächst, wie bisher, einheitlich und erst in einem nach einem zweiten Examen beginnenden zweiten Abschnitt berufsspezifisch ausgebildet werden sollen. Dieses Modell bleibt auf der Hälfte stehen. Es konserviert im ersten Abschnitt alle Nachteile der herkömmlichen Ausbildung und vermindert hierdurch die Möglichkeit einer hochwertigen Vorbereitung auf den Anwaltsberuf deutlich. Es löst außerdem das Mengenproblem viel zu spät und leistet damit der Entstehung einer neuen Berufsgruppe von „Schmalspurjuristen“ Vorschub, die in den Rechtsberatungsmarkt drängen werden. Vor allem vor dem Hintergrund eines sich ändernden Rechtsberatungsgesetzes würde ein solches Modell dem hohen Qualitätsanspruch des Bürgers an Rechtsberatung nicht dienlich sein und nicht im Interesse einer funktionierenden Anwaltschaft liegen.
 - Die **Ausbildungszeit von 24 Monaten** soll beibehalten werden.
 - An der Ausbildung kann nach dem Vorschlag **nur teilnehmen, wer einen bezahlten anwaltlichen Ausbildungsplatz findet-**

- Die **Alimentierung der Anwaltsreferendare** ist nach dem Vorschlag während der anwaltlichen Ausbildungsstationen **Sache des ausbildenden Anwalts**, während der Stationen bei Gericht und Verwaltung und während der Prüfung Sache des Staates.
- Alle Ausbildungsgänge werden mit einer **Staatsprüfung** beendet, wodurch die **Gleichwertigkeit** aller Ausbildungsgänge gesichert wird. .
- Die **Durchlässigkeit zwischen Ausbildungsgängen und Berufen** wird durch entsprechende Regelungen gewährleistet.

Die Thesen des Deutschen Anwaltvereins und der Bundesrechtsanwaltskammer zur Juristenausbildung aus dem Jahre 1996, abgedruckt in NJW 1997, S. 1055

- These 1: Eine grundlegende Reform der Juristenausbildung ist notwendig. Die überkommene Referendarausbildung bereitet auf die juristischen Berufe nicht mehr hinreichend, auf den Rechtsanwaltsberuf ungenügend vor. Dieses System gefährdet die Interessen des rechtsuchenden Bürgers und eine geordnete Rechtspflege. Zur selbständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs nicht ausgebildete Juristen stoßen auf einen überfüllten Dienstleistungsmarkt, der ihnen nur geringe Chancen lässt, sich eine wirtschaftlich tragfähige Existenz aufzubauen. Die äußeren Bedingungen, auf die sie treffen, sind dadurch charakterisiert, dass die Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte im Zeitraum zwischen 1985 und 1995 von 49.000 auf 79.000 angewachsen ist und dass die nähere Zukunft weitere dramatische Steigerungen sicher warten lässt. Die durchschnittliche Zahl der Studienanfänger lag in den vergangenen fünf Jahren bei über 21.000. Sie war damit nahezu doppelt so hoch wie im Jahre 1985. Schon jetzt lässt sich abschätzend errechnen, dass sich die Zahl der Anwaltszulassungen in den nächsten sieben Jahren um jährlich durchschnittlich 6 500 erhöhen wird.
- These 2: Das Ziel der Reform ist die Verbesserung der beruflichen Kompetenz der Berufsanfänger.
- These 3: Die überkommene Referendarausbildung hat die „Befähigung zum Richteramt“ für alle juristischen Berufe zum gemeinsamen Ausbildungsziel. Sie ist durch ein geändertes Ausbildungssystem zu ersetzen. Die Befähigung zur Ausübung der einzelnen juristischen Berufe ist in gesonderten berufsspezifischen Ausbildungsgängen zu vermitteln. Die Meinungsbildung, ob und inwieweit gemeinschaftliche Ausbildungsabschnitte vorzusehen sind, ist noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls muss die Anwaltsausbildung Einblicke in die Gerichtspraxis, und die Justizausbildung Einblicke in die Anwaltspraxis gewährleisten. Neues Ziel der Anwaltsausbildung ist der Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausübung des Anwaltsberufs. Um dies zu erreichen, sind neue Ausbildungsstrukturen zu schaffen, neue Ausbildungs- und Prüfungsinhalte zu definieren. Eine solche Reform begründet für den Berufsanfänger die Chance auf Teilhabe am anwaltlichen Dienstleistungsmarkt und trägt dem Interesse des rechtsuchenden Bürgers und einer geordneten Rechtspflege Rechnung.
- These 4: Die Tätigkeit des Rechtsanwalts dient der Verwirklichung des Rechtsstaats. Deshalb ist Anwaltsausbildung gemeinsame Aufgabe der Anwaltschaft und des Staates.
- These 5: Der Status der Anwörter ist öffentlichrechtlich.

Anlage 4/8 - Teil 3 -

These 6:	Zeitlicher und inhaltlicher Schwerpunkt der Anwaltsausbildung ist eine langfristige praktische Kanzleitätigkeit. Für eine Ausbildung bei ausländischen Ausbildungsstätten, bei spezialisierten Rechtsanwälten, bei Verwaltungsbehörden oder in der Wirtschaft ist eine Wahlstation einzurichten, die nicht kürzer als drei Monate sein darf.
These 7:	Die praktische Ausbildung in den Kanzleien wird durch eine praktisch-theoretische Ausbildung an Anwaltsakademien ergänzt. Sie sind Körperschaften (Anstalten) des öffentlichen Rechts auf Länderebene.
These 8:	An den Anwaltsakademien lehren vorrangig anwaltliche Praktiker. Die Ausbildung an den Akademien wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Steht die Akademieausbildung am Ende des Ausbildungsganges, ist sie Abschlussprüfung. Andernfalls gehen ihre Ergebnisse, sofern sie bestanden wird, in die spätere Abschlussprüfung ein. Die Qualität der Abschlussprüfung muss dem Abschluss der anderen juristischen Ausbildung gleichwertig sein. Die geschlossen oder in Teilen abgenommene Abschlussprüfung ist Staatsexamen. Die Prüfungsausschüsse sind mehrheitlich mit Rechtsanwälten zu besetzen.
These 9:	Das Prüfungswesen ist Aufgabe der Justizprüfungsämter.
These 10:	Die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen und den juristischen Berufen, ferner die Ausbildung zum Anwaltsnotar sind zu gewährleisten.
These 11:	Die Anwaltschaft leistet die Ausbildung in den Kanzleien. Die Finanzierung des Ausbildungs- und Prüfungswesens ist Sache des Staates. Bei Wegfall der Referendarbezüge ist Chancengleichheit durch geeignete Maßnahmen („Meister-Bafög“) zu gewährleisten.
These 12:	Die im politischen Raum verschiedentlich erhobene Forderung, wenn die Anwaltschaft eine berufsbezogene Ausbildung fördere, müsse sie diese auch bezahlen, ist zurückzuweisen. Dem steht nicht nur entgegen, dass auch die Ausbildung zum Anwalt staatliche Aufgabe ist. Unabhängig davon würde sich eine in eigener finanzieller Verantwortung der Anwaltschaft stehende Anwaltsausbildung notwendigerweise ausschließlich am Bedarf orientieren. Wer daher eine Anwaltsausbildung in der finanziellen Verantwortung der Anwaltschaft fordert, muss dazu stehen, dass dann der größte Teil derjenigen, die das 1. Staatsexamen bestehen, mangels Ausbildungsmöglichkeiten keinen juristischen Beruf mehr ergreifen kann.

B. Vorschläge des DAV zur Reform des juristischen Vorbereitungsdienstes durch Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung und weiterer Ausbildungsgänge

I. Abschluss der universitären Ausbildung (Voraussetzung der Aufnahme in die Anwaltsausbildung)

Voraussetzung für die Aufnahme in die postuniversitäre juristische Ausbildung, insbesondere in die Anwaltsausbildung, ist das mit der 1. juristischen Prüfung abgeschlossene Studium. Im Falle der Umstellung des rechtswissenschaftlichen Studiums auf das Bachelor- / Mastersystem ist Voraussetzung der Abschluss des Master of Laws (M.L.L.). Für Absolventen der ersten juristischen Prüfung wird ein Abschlussgrad („Diplomjurist“) geschaffen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Die Schaffung des Titels des Diplomjuristen verbessert die Berufschancen derjenigen, die sich keinem juristischen Vorbereitungsdienst mehr unterziehen, sondern direkt in das Berufsleben eintreten wollen.

II. Einrichtung getrennter Ausbildungsgänge des juristischen Vorbereitungsdienstes

1. Die praktische Ausbildung der Absolventen der ersten juristischen Prüfung findet im juristischen Vorbereitungsdienst statt, und zwar
 - a) mit dem Ziel der Befähigung zum Richteramt im juristischen Vorbereitungsdienst für den Bereich der Justiz (Justizreferendariat),
 - b) mit dem Ziel der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst im juristischen Vorbereitungsdienst für den Bereich der öffentlichen Verwaltung (Verwaltungsreferendariat) sowie
 - c) mit dem Ziel der Befähigung zur selbständigen Ausübung des Berufs des Rechtsanwaltes und des Notars im juristischen Vorbereitungsdienst für den Anwalts- und Notarberuf (Anwaltsausbildung / Anwaltsreferendariat).
2. Zum juristischen Vorbereitungsdienst des jeweiligen Bereichs ist auf seinen Antrag hin zuzulassen, wer hierfür einen Ausbildungsplatz nachweisen kann. Ein Anspruch auf einen Ausbildungsplatz besteht nicht.

Die Anwaltsreferendarin / Der Anwaltsreferendar hat sich die anwaltlichen Ausbildungsplätze selbst zu suchen. Der Ausbildungsplatz gilt als nachgewiesen, wenn ihm / ihr die anwaltlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

In diesem Falle hat das Land dafür Sorge zu tragen, der Anwaltsreferendarin / dem Anwaltsreferendar für die vorgeschriebenen oder von der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar gewählten praktischen Ausbildungsstationen im Bereich des öffentlichen Dienstes ein Ausbildungsplatz bereitgestellt wird.

3. Die zum juristischen Vorbereitungsdienst zugelassenen Anwärter erhalten je nach Ausbildungsgang die Dienstbezeichnung „Justizreferendar“, „Verwaltungsreferendar“ oder „Anwaltsreferendar“.
4. Ein Wechsel von einem Ausbildungsgang zum anderen ist zuzulassen, wenn die Referendarin/der Referendar den dafür notwendigen Ausbildungsplatz nach-

weist. Für die Anwaltsausbildung bestimmt der Bundesgesetzgeber die Voraussetzungen der Wechselmöglichkeiten, insbesondere die Anrechenbarkeit von Ausbildungsteilen.

5. Die Ausbildung ist innerhalb des für den jeweiligen Ausbildungsgang vorgesehenen Zeitrahmens zu absolvieren. Prüfungszeiten und durch Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit oder vergleichbare Gründe bedingte Ausfallzeiten kommen hinzu.

III. Träger der Ausbildung, Ausbildungskosten

1. Träger der Ausbildung für das Justizreferendariat und das Verwaltungsreferendariat ist das Land. Die Ausbildung erfolgt im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses zwischen dem Land und der Referendarin/dem Referendar.

Träger der Ausbildung für das Anwaltsreferendariat sind die Rechtsanwaltskammern. Zuständig ist jeweils die Rechtsanwaltskammer, in deren Bezirk die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar ihre / seine erste praktische Ausbildungsstation beginnt.

Die Ausbildung im Anwaltsreferendariat erfolgt im Rahmen eines privatrechtlichen Ausbildungsverhältnisses zwischen der Ausbildungsstelle und der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar. Dieses besteht während der praktischen Ausbildung bei einer Rechtsanwältin/einem Rechtsanwalt zwischen dieser/diesem und der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar, während der vorgeschriebenen oder von der Anwaltsreferendarin/vom Anwaltsreferendar gewählten praktischen Ausbildungsstationen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften oder anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sowie während der Zeit der zweiten juristischen Staatsprüfung zwischen dem Land und der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar, bei sonstigen Ausbildungsstellen zwischen dieser Ausbildungsstelle und der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar. Während der theoretischen Ausbildung besteht kein besonderes Ausbildungsverhältnis. Die Rechtsbeziehungen zwischen der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar und dem jeweiligen Veranstalter des Ausbildungslehrgangs richten sich allein nach dem zwischen diesen geschlossenen Ausbildungsvertrag.

2. Soweit der erfolgreiche Abschluss des juristischen Vorbereitungsdienstes in den einzelnen Ausbildungsgängen die Teilnahme an Ausbildungslehrgängen voraussetzt, gehen die von den jeweiligen Lehrgangsveranstaltern dafür erhobenen Teilnahmegebühren zu Lasten der Referendarin/des Referendars.

Der Bundesgesetzgeber sollte vorsehen, dass die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar zu den Kosten der Ausbildungslehrgänge generell oder im Falle der Bedürftigkeit eine Ausbildungsförderung erhält. Das BAFöG ist entsprechend zu ergänzen.

IV. Ausbildung im Anwaltsreferendariat

1. Mit Ausnahme des Prüfungswesens und der praktischen Ausbildung in Bereichen des öffentlichen Dienstes wird die Durchführung des Anwaltsreferendariats den Rechtsanwaltskammern übertragen. Diesen obliegt für die gesamte Ausbildungszeit die Dienstaufsicht.

Die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar wird für die Dauer des Anwaltsreferendariats außerordentliches Mitglied der Rechtsanwaltskammer, in deren Bezirk sie/er den ersten Ausbildungsplatz erhalten hat. Sie/er hat kein Stimmrecht in der Kammerversammlung und kein aktives oder passives Wahlrecht zur Satzungsversammlung.

Die Bundesrechtsanwaltsordnung ist entsprechend zu ändern.

Besteht in dem Bundesland, in dem die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar mit der Ausbildung beginnt, ein Rechtsanwalts-Versorgungswerk, ist der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar die Mitgliedschaft zum Versorgungswerk zu ermöglichen.

2. Die jeweilige Ausbildungsstelle zahlt der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar während der Ausbildung eine Ausbildungsvergütung. Sie soll so bemessen sein, dass die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar davon ihren/seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, ohne auf Einkünfte aus Nebenbeschäftigungen angewiesen zu sein. Die Einzelheiten werden in den jeweiligen Ausbildungsordnungen geregelt. Für die Zeitdauer der zweiten juristischen Staatsprüfung zahlt die Ausbildungsvergütung das Land.

Während der Teilnahme an den vorgeschriebenen Ausbildungslehrgängen wird eine Ausbildungsvergütung nicht gezahlt.

3. Ausbilder im Anwaltsreferendariat können nur Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sein, die in der von ihrer Rechtsanwaltskammer zu führenden Ausbilderliste verzeichnet sind. In die Liste dürfen nur Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aufgenommen werden, die mindestens drei Jahre ununterbrochen hauptberuflich als Rechtsanwälte gearbeitet und ihre Ausbildungsbereitschaft mit ihrem Antrag auf Eintragung in die Ausbilderliste bestätigt haben. Etwaige weitere Qualifikationen sowie die Voraussetzungen, unter denen eine Rechtsanwältin/ein Rechtsanwalt aus der Ausbilderliste gestrichen werden kann, regelt die Rechtsanwaltsausbildungsordnung.
4. Die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar wählt die ausbildende Rechtsanwältin/den ausbildenden Rechtsanwalt selbst aus. Dieser/diesem wird sie/er auf Antrag zur Ausbildung zugewiesen. Dem Antrag ist die Bereiterklärung des Ausbilders beizufügen.
5. Das Anwaltsreferendariat dauert 24 Monate. Es ist grundsätzlich nach Ablauf von sechs Kalendermonaten nach dem Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung zu beginnen. Ausnahmen aus begründetem Anlass (Promotion, Beendigung eines Zweitstudiums u. ä. m.) können zugelassen werden, jedoch längstens auf die Dauer von vier Jahren.
6. Die Einzelheiten der Ausbildung im Anwaltsreferendariat werden in einer Rechtsanwaltsausbildungsordnung geregelt.

V. Ausbildungsstationen des Anwaltsreferendariats für die praktische Ausbildung

1. Die praktische Ausbildung des Anwaltsreferendars findet in folgenden Pflichtstationen statt: (Erläuterung: wir wollen Flexibilität ermöglichen.)
 - a) für die Dauer von sechs Monaten bei einer Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt, die/der oder deren/dessen Anwaltsgemeinschaft die wesentlichen Bereiche des Zivilrechts überwiegend abdeckt;
 - b) für die Dauer von drei Monaten bei einem erstinstanzlichen Gericht in Zivilsachen;
 - c) für die Dauer von zwei Monaten nach Wahl der Anwaltsreferendarin/des Anwaltsreferendars bei einer Anwältin/einem Anwalt, die/der oder deren/dessen Anwaltsgemeinschaft die wesentlichen Bereiche des Strafrechts überwiegend abdeckt;
 - d) für die Dauer von drei Monaten nach Wahl der Anwaltsreferendarin/des Anwaltsreferendars bei einer spezialisierten Rechtsanwältin /einem spezialisierten Rechtsanwalt (insbes. Fachanwältin / Fachanwalt), einer Notarin/einem Notar, einem Gericht der Verwaltungs-, Finanz-, Arbeits- oder der Sozialgerichtsbarkeit, bei einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes, bei einer staatlichen Verwaltungsbehörde oder einer Selbstverwaltungskörperschaft, bei einer Steuerberaterin/einem Steuerberater, einer Wirtschaftsprüferin/einem Wirtschaftsprüfer, einem Wirtschaftsunternehmen, einer Gewerkschaft oder einem Arbeitgeberverband, einer überstaatlichen, zwischenstaatlichen oder ausländischen Ausbildungsstelle, insbesondere einer ausländischen Rechtsanwältin/einem ausländischen Rechtsanwalt oder einer sonstigen Ausbildungsstelle, bei der eine sachgerechte Ausbildung gewährleistet ist (Pflichtwahlstation);
 - e) für die Dauer von sechs Monaten bei einer Rechtsanwältin/einem Rechtsanwalt. Hierbei kann es sich auch um eine Rechtsanwältin/einen Rechtsanwalt handeln, bei dem bereits (eine) vorhergehende Ausbildungsstation/en abgeleistet worden ist/sind.
2. Das Nähere über die inhaltliche Ausgestaltung der praktischen Ausbildung der Anwaltsreferendarin/des Anwaltsreferendars regelt die Rechtsanwaltsausbildungsordnung. Die inhaltliche Ausgestaltung baut auf dem Curriculum der DAV-Anwatausbildung auf.

VI. Theoretische Ausbildung in Ausbildungslehrgängen

1. Vor und/oder nach der Pflichtwahlstation (Abschnitt V Ziff. 1 d)) hat die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar für die Dauer von 18 Wochen an Ausbildungslehrgängen teilzunehmen. Urlaubsabwesenheiten werden nicht angerechnet.
2. Die Ausbildungslehrgänge müssen wöchentlich mindestens 30 Ausbildungsstunden umfassen.
3. Die Ausbildungslehrgänge müssen folgende Ausbildungsgegenstände umfassen:
 - a) im Umfange von zusammen 105 Ausbildungsstunden juristische Rhetorik, Argumentationstechnik und Verhandlungsführung, Streitschlichtung, Mediation, die Kunst der Sachverhaltsermittlung, vorsorgende Rechtsberatung,

- b) im Umfange von zusammen 75 Ausbildungsstunden Rechts- und Vertragsgestaltung (Methodenlehre und exemplarische Darstellung anhand typischer Anwendungsfälle), Kautelarjurisprudenz,
 - c) im Umfange von zusammen 90 Ausbildungsstunden das Berufsrecht des Rechtsanwalts und des Notars, Aufbau, Organisation und Führung einer Anwaltspraxis einschließlich der arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Implikationen, Kommunikationsmethoden, die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, Qualitätssicherung anwaltlicher und notarieller Dienstleistung,
 - d) im Umfange von zusammen 75 Ausbildungsstunden die Verfahrensrechte aus anwaltlicher Sicht,
 - e) im Umfange von zusammen 75 Ausbildungsstunden europäisches Gemeinschaftsrecht, insbesondere die europarechtlichen Bezüge des in deutsches Recht transformierten Gemeinschaftsrechts, internationales Privatrecht,
 - f) im Umfange von zusammen 30 Ausbildungsstunden Einführung in die Buchführung und das Bilanzwesen einschließlich des Rechts der Buchführung und des Jahresabschlusses,
 - g) im Umfange von zusammen 90 Ausbildungsstunden nach Wahl der Anwaltsreferendarin/des Anwaltsreferendars ein Rechtsgebiet, das Tätigkeitsschwerpunkt i. S. v. § 7 der Berufsordnung sein kann.
4. Während der theoretischen Anwaltsausbildung sind ausbildungsbegleitende Leistungskontrollen entsprechend den Vorgaben der Fachanwaltsordnung (§ 6 Abs. 2 c)) durchzuführen.
5. Zur Veranstaltung der Ausbildungslehrgänge ist jeder Veranstalter zuzulassen, der für die Durchführung der Lehrgänge und ausbildungsbegleitenden Leistungskontrollen mit den inhaltlichen Anforderungen des Gesetzes und der Rechtsanwaltsausbildungsordnung Gewähr leistet.
- Die Veranstalter bedürfen der öffentlich-rechtlichen Zulassung durch die Rechtsanwaltskammer am Sitz des Veranstalters.
- Veranstalter der Ausbildungslehrgänge sollen insbesondere die Fortbildungseinrichtungen der Rechtsanwaltskammern und des Deutschen Anwaltvereins, seiner Arbeitsgemeinschaften oder seiner örtlichen Vereine sein.
6. Das Nähere regelt die Rechtsanwaltsausbildungsordnung.

VII. Abschlussprüfung im Anwaltsreferendariat (Anwaltsprüfung)

1. Das Anwaltsreferendariat wird ebenso wie das Justiz- und das Verwaltungsreferendariat mit einer zweiten juristischen Staatsprüfung abgeschlossen. Sie wird von den Landesjustizprüfungsämtern abgenommen. Die Einheitlichkeit der Prüfungsanforderungen und der Leistungsbewertung in allen drei Ausbildungsgängen ist zu gewährleisten.
- Die Prüfungskommission für das Anwaltsexamen ist mehrheitlich mit Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälten zu besetzen.

2. Die Zulassung zur Anwaltsprüfung setzt voraus, dass die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar an einer praktischen Ausbildung gemäß Abschnitt V Ziff. 1 a) bis c) und an Ausbildungslehrgängen gemäß Abschnitt VI mit erfolgreicher Bearbeitung der vorgeschriebenen Leistungskontrollen teilgenommen hat, die Zulassung zur mündlichen Prüfung außerdem die Teilnahme an der praktischen Ausbildung gemäß Abschnitt V Ziff. 1 d) und e).
3. Das Anwaltsexamen besteht aus schriftlichen und mündlichen Prüfungsleistungen. Die Prüfungsaufgaben sind der anwaltlichen Berufspraxis zu entnehmen. Sie sind den Landesjustizprüfungsämtern in ausreichender Zahl von den Rechtsanwaltskammern zur Verfügung zu stellen, soweit geeignete Prüfungsaufgaben nicht bereits durch Einreichungen von Rechtsanwälten oder sonstigen Personen und Stellen zur Verfügung stehen.
4. Die schriftlichen Prüfungsleistungen (Aufsichtsarbeiten) des Anwaltsexamens bestehen aus sieben Aufsichtsarbeiten. Deren Gegenstände müssen sich auf die sieben Themenbereiche der Ausbildungslehrgänge (Abschnitt VI Ziff. 3 a) bis g)) beziehen.

Die Aufsichtsarbeiten werden unmittelbar im Anschluss an den jeweiligen Ausbildungslehrgang geschrieben.

Das Ergebnis ist der Anwaltsreferendarin/dem Anwaltsreferendar spätestens innerhalb eines Vierteljahres mitzuteilen. Erreicht die Anwaltsreferendarin/der Anwaltsreferendar eine so geringe Punktezahl, dass mit einem Bestehen der Anwaltsprüfung nicht zu rechnen ist, kann sie/er die Aufsichtsarbeiten wiederholen. Der Antrag ist innerhalb von drei Wochen nach der Mitteilung des jeweiligen Ergebnisses zu stellen.

5. Die mündliche Prüfung findet unmittelbar im Anschluss an die letzte Station der praktischen Ausbildung statt. Sie bezieht sich auf die gesamte Ausbildung im Anwaltsreferendariat.
6. Zur Anwaltsprüfung ist auch zuzulassen, wer die drei folgenden Voraussetzungen nachweist:
 - a) das Bestehen der zweiten juristischen Staatsprüfung nach Abschluss des Justiz- oder Verwaltungsreferendariats und
 - b) eine praktische Ausbildung bei einer Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt im Rahmen des Justiz- oder Verwaltungsreferendariats sowie im Rahmen eines privatrechtlichen Ausbildungsverhältnisses von zusammen mindestens acht Monaten und
 - c) den Besuch der Ausbildungslehrgänge nach Abschnitt VI mit erfolgreicher Bearbeitung der vorgeschriebenen Leistungskontrollen.

VIII. Befähigung zur Ausübung des Anwalts- und Notarberufs

1. Die Befähigung zur Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts wird erworben
 - a) mit dem Bestehen der Anwaltsprüfung,
 - b) mit dem Bestehen der zweiten juristischen Staatsprüfung nach Abschluss des Justiz- oder Verwaltungsreferendariats und dem Nachweis einer min-

Anlage 4/8 - Teil 3 -

destens fünfjährigen ununterbrochenen und hauptberuflich ausgeübten volljuristischen Tätigkeit.

Einzelheiten regelt die Bundesrechtsanwaltsordnung.

2. Die Befähigung zur Ausübung des Berufes des Notars wird erworben mit dem Bestehen des Anwaltsexamens oder der zweiten juristischen Staatsprüfung, mit der das Justizreferendariat abgeschlossen wird. Das Übrige regelt die Bundesnotarordnung.

C. Begründung:

I. Reformanlass: Die hohe Zahl der Auszubildenden*

1. Das Zahlenbild

Das Drängen nach weiteren Reformen hängt zum einen mit der gewaltigen Zahl derer zusammen, die die juristische Ausbildung gegenwärtig durchlaufen.

- a) Mehr als 175.000 in Deutschland tätigen Volljuristen¹ stehen gut 122.000 in der Ausbildung befindliche Juristen (knapp 100.000 Studenten und etwa 22.430 Referendare) gegenüber. Das Verhältnis der Zahl der Berufsausübenden zu der Zahl der für den Beruf Ausgebildeten ist damit empfindlich gestört. Es liegt auf der Hand, dass dies für eine Vielzahl der Berufsanfänger zu besonders problematischen Startbedingungen führt, die um so weniger bewältigt werden können, je schlechter auf die Berufe vorbereitet wird, die tatsächlich erreichbar erscheinen. Dazu gehört in erster Linie der Anwaltsberuf (vgl. unten unter C. II. 1).
- b) Mehr als 19.000 Studenten nehmen jährlich das Studium der Rechtswissenschaften auf. Der Zustrom zum Jurastudium hält nahezu unvermindert an. Dies wird sich voraussichtlich auch zukünftig nicht ändern.
- c) Etwa 11.000 Studenten bestehen jährlich die erste juristische Staatsprüfung und suchen Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst. Auch diese Zahl wird in den nächsten Jahren nicht geringer werden, wenn man die Anzahl der Studienanfänger betrachtet.

2. Allgemeine Folgerungen

Diesen Daten muss eine Reform der juristischen Ausbildung Rechnung tragen. Demgegenüber ist die heute wie schon im Vorfeld früherer Reformen der Juristenausbildung heftig diskutierte Frage nach den Vorzügen oder Nachteilen der Einheitsausbildung oder in die Diskussion eingeführter Reformmodelle zweitrangig. Reformvorschläge müssen daher auch auf das Mengenphänomen reagieren und müssen sich mit daran messen lassen, inwieweit ihnen dies gelingt.

Das bedeutet nicht, dass die Defizite im gegenwärtigen Ausbildungssystem nur ein Quantitätsproblem sind und sich nicht auch als Qualitätsproblem darstellen. Vielmehr stehen die Zahl der Auszubildenden und die Qualität der Ausbildung in untrennbarem Wirkungszusammenhang genauso, wie die Effektivität des Schulunterrichts von der Größe der Klasse abhängt.

3. Folgerungen für die universitäre Ausbildung

Das Mengenproblem beeinträchtigt das Studium und den juristischen Vorbereitungsdienst gleichermaßen. Beide bedürfen deshalb grundlegender Reformen.

Der Gesetzgeber ist dringender denn je aufgerufen, das Mengenproblem bereits zu Beginn der Ausbildung, also bei Eintritt in das Studium anzugehen. Der Zustrom zur ju-

* Im Text der Begründung wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf die gleichberechtigte Verwendung der jeweils weiblichen Wortformen verzichtet.

¹ Stand: 1. Januar 2003. Aktuellere Angaben liegen nicht vor. Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung; laut IAB hat es im Jahr 2000 rund 220 000 Erwerbstätige mit Hochschulabschluss Jura gegeben.

ristischen Ausbildung muss an der Quelle und nicht inmitten ihres Laufs reguliert werden.

- a) Die Erhöhung des Curricularnormwertes (CNW) im Zuge der jüngsten Reform ist nicht ausreichend und wird zudem nicht befriedigend umgesetzt. Der DAV fordert eine weitere Erhöhung des CNW und mahnt die Universitätsverwaltungen, die bestehenden Regelungen nicht zu umgehen.
- b) Die universitäre Ausbildungskapazitäten müssen auf ein Maß zurückgeführt werden, das effektive Ausbildung an der Universität gewährleistet.
- c) Die finanzielle Ausstattung der Fakultäten darf nicht nach der Zahl der Studierenden, sondern muss nach Qualitätskriterien, insbesondere dem Lehrerfolg, bemessen werden.
- d) Durch ausbildungsbegleitende Leistungskontrollen, von deren Bestehen die Fortsetzung des Studiums abhängt, muss sichergestellt werden, dass die Ausbildung an den Universitäten erfolgt und nicht durch gewerbliche Anbieter (Repetitoren) vermittelt wird. Die Zwischenprüfungen müssen weiter gestärkt werden.

4. Folgen des Mengenproblems für den juristischen Vorbereitungsdienst

Das Mengenproblem führt im juristischen Vorbereitungsdienst in zweierlei Hinsicht zu erheblichen Problemen:

- a) Zum einen reichen die Ausbildungskapazitäten der Justiz, die nach der derzeitigen Gesetzeslage die ganz überwiegende Zahl der Ausbildungsstationen bereitstellen muss, für die gegenwärtig mehr als 22.000 im Referendardienst beschäftigten Anwärter nicht aus. Nach dem Zwischenbericht des Koordinierungsausschusses der Justizministerkonferenz aus dem Jahr 1998 muss heute jeder Ausbilder beim erstinstanzlichen Zivilgericht bereits ständig 1 bis 2,2 Referendare ausbilden. Die im Zwischenbericht angegebene Zahl ist nicht durch eine überprüfbare Erhebung abgesichert. Im Zweifel sieht die Realität noch schlechter aus. Einzelne Wahrnehmungen bestätigen dies.

Die für eine sachgerechte Ausbildung mindestens erforderliche Zeit kann der Richter oder Staatsanwalt, dessen erhebliche Überlastung sowohl von der Justizverwaltung aller Länder als auch von der Richterschaft ständig lautstark beklagt wird, längst nicht mehr aufbringen. Zunehmend werden sogar Richter als Ausbilder eingesetzt, die selbst Berufsanfänger sind und in den ersten Jahren ihrer richterlichen Berufstätigkeit selbst noch der Ausbildung bedürfen. Entsprechend sehen die Ausbildungsergebnisse aus.

Die Ausbildung verlagert sich deshalb ebenso wie im Studium auf externe Einrichtungen, den Repetitor. Der Repetitor mag zwar theoretische Lehrinhalte vermitteln können, die Ausbildung am Arbeitsplatz und das learning by doing kann er nicht ersetzen.

- b) Zum anderen erlaubt es die Haushaltslage einer zunehmenden Zahl der Bundesländer nicht mehr, in ausreichendem Umfange Haushaltsstellen für die Einstellung von Referendaren bereitzustellen. Wartezeiten zwischen der ersten juristischen Staatsprüfung und der Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst von 1 Jahr sind heutzutage keine Seltenheit mehr (in einigen Ländern liegen die Wartezeiten deutlich darüber). Das stellt das von allen Justizverwaltungen und allen juristischen Berufen vertretene Anliegen einer Verkürzung der Ausbildungszeiten geradezu auf den Kopf und offenbart eine nicht hinnehmbare Schieflage.

Verdeckte Wartezeiten gibt es mengenbedingt längst auch bei der Abwicklung der zweiten juristischen Staatsprüfung, die zum Teil über Gebühr zeitlich gedehnt wird, weil die personellen Ressourcen nicht mehr ausreichen. Dies kostet den Staat zum Teil erhebliche Geldbeträge für die Zahlung vermeidbarer Anwärterbezüge.

II. Reformanlass: Das Auseinanderfallen von Berufsausbildung und Berufserwartung

1. Der Anwaltsberuf als wahrscheinlicher Beruf der Meisten

Mehr als 10.000 Referendarinnen und Referendare bestehen jährlich die zweite juristische Staatsprüfung und suchen Eintritt in einen juristischen Beruf.

- a) Nur etwa 10 % von ihnen kommen in der Justiz oder sonst im öffentlichen Dienst unter. Die Wirtschaft stellt nach Schätzungen nur etwa 15 % der Abgänger ein.
- b) Ca. 75 % aller Absolventen der zweiten juristischen Staatsprüfung werden Anwälte bzw. müssen trotz anders lautender Berufswünsche Anwalt werden, wenn sie überhaupt eine juristische Beschäftigung ausüben wollen. Eine Trendwende ist auch nicht dadurch in Sicht, dass seit wenigen Jahren ein verstärkter Altersabgang in der Justiz und im öffentlichen Dienst eingesetzt hat, zumal der Stellenabbau nach erklärtem Willen der Länder fortgesetzt wird. Die Anwaltschaft bleibt, wenn das Ausbildungssystem nicht geändert wird, also das Auffangbecken für den juristischen Nachwuchs.
- c) Dies führt zu der dramatischen Steigerung der Zahl der zugelassenen Anwälte von jährlich mehr als 4 % (2003 um etwa 6.000). Berücksichtigt man die natürlichen Abgänge (Tod oder Ausscheiden aus dem Beruf), dürften etwa 8.000 Berufsanfänger jährlich neu in den Anwaltsstand eintreten.

Die Zahl der Anwälte hat sich seit 1990 (56.638) mehr als verdoppelt (2004: 126.799). In den letzten 30 Jahren hat sie sich sogar verfünffacht (1975: 26.854, Angaben der BRAK). Sie wird ohne Änderung des Zugangs zur juristischen Ausbildung innerhalb der nächsten zehn Jahre nochmals um 65.000 bis 75.000 steigen.

2. Die herkömmliche Ausbildung ist keine Vorbereitung auf den Anwaltsberuf

Wenn 75 % aller Absolventen der zweiten juristischen Staatsprüfung heute und zumindest auf mittlere Sicht Anwälte werden (müssen), ist es ein Widerspruch in sich, den juristischen Vorbereitungsdienst überwiegend mit Justizausbildungsstationen zu belegen, im Examen überwiegend justizielle Gegenstände zu prüfen und als das angestrebte Examensziel die Befähigung zum Richteramt festzulegen.

- a) Zwar muss auch dem angehenden Anwalt der Blick hinter den Richtertisch ermöglicht werden. Ohne Einblick in die Besonderheiten der richterlichen Tätigkeit und die äußeren Begleitumstände des Gerichtsbetriebes würde der Anwaltsreferendar nach Eintritt in den Anwaltsberuf nicht in der Lage sein, seine Mandanten sachgerecht vor Gericht zu vertreten. (Dies gilt umgekehrt für den Justiz- und den Verwaltungsreferendar ebenso in Bezug auf die Anwaltstätigkeit.)
- b) Andererseits lässt sich die Tätigkeit des Anwalts vor Gericht in den Justizstationen des juristischen Vorbereitungsdienstes nicht oder jedenfalls nur sehr unvoll-

kommen erlernen. Der Anwaltsberuf stellt insoweit besondere Anforderungen. Erhebliches Gewicht hat die Ermittlung des zutreffenden Sachverhalts, den das Gericht stets in bereits aufbereiteter Form übermittelt erhält. Der Anwärter muss lernen, Informationen zu erheben, Fragetechniken zu beherrschen, insbesondere Gespräche mit Rechtssuchenden in der Weise zu führen, dass die rechtserheblichen Umstände zu Tage treten, auch wenn sie vom Rechtssuchenden nicht als solche erkannt werden. Erst dann kommt es zur Rechtsanwendung. Aber auch hier entscheidet er nicht, wie der Richter, über objektiv „richtig“ oder „falsch“, sondern über die Argumente und die Art und Weise von deren Vortrag, mit denen das Gericht am besten von der dem Rechtssuchenden günstigen rechtlichen Deutung überzeugt werden könnte.

- c) Ist damit schon forensische anwaltliche Tätigkeit im Justizbetrieb nicht oder nur unzulänglich erlernbar, so gilt dies erst recht für den Bereich der streitschlichtenden Tätigkeit des Anwalts und der außergerichtlichen Rechtsberatung. Diese Bereiche machen, wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen, heute bereits 70 bis 75 % vom Gesamtspektrum anwaltlicher Dienstleistungen aus, und zwar mit deutlich steigender Tendenz. Richter und Staatsanwälte müssen auf diese Art der Rechtsanwendung nicht vorbereitet werden, wohl aber der künftige Rechtsanwalt. Hierzu trägt die gegenwärtige Ausbildung im Justizbereich überhaupt nicht bei.
- d) Die Mehrzahl der anwaltlichen Berufsanfänger findet arbeitsmarktbedingt keine Möglichkeit, in bestehende Anwaltspraxen einzutreten, weil der Bedarf weit hinter der Zahl der jährlich etwa 8.000 in den Beruf neu eintretenden Junganwälte (vgl. oben unter C. II. 1. c)) zurückbleibt. Daher ist unverzichtbar, dass der Anwaltsreferendar auch im Betrieb einer Anwaltspraxis (Praxisorganisation, Unternehmensführung, Personalwesen, Steuern) ausgebildet wird. Hierin kann nicht nur in Vorträgen unterwiesen werden, die ohnehin nur einige wenige Länder gegenwärtig zu diesen Themenbereichen ergänzend anbieten. Die durch die Reform des Jahres 2003 eingeführten Kurse und Arbeitsgemeinschaften leisten in diesem Bereich zwar gute, aber für die Vorbereitung auf den Anwaltsberuf bei weitem nicht ausreichende Arbeit.
- e) Es zeigt sich damit, dass die herkömmliche Einheitsausbildung eine Vielzahl für den künftigen Anwalt wichtiger Ausbildungsinhalte nicht enthält, die allerdings künftigen Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsbeamten auch nicht vermittelt werden müssen, weil sie für deren späteren Beruf ohne Belang sind. Umgekehrt gibt es in der herkömmlichen Einheitsausbildung Ausbildungsinhalte, die für den künftigen Richter und Staatsanwalt von erheblichem Gewicht sind, die aber für eine spätere anwaltliche Tätigkeit nur geringe Bedeutung haben. Die Errichtung berufsbezogener Ausbildungsgänge entlastet die Ausbildung also von Ausbildungsinhalten, die für das jeweilige Ausbildungsziel nicht wesentlich sind.

3. Auch mit einer reformierten Einheitsausbildung kann diese Vorbereitung nicht erreicht werden

Die herkömmliche Einheitsausbildung ist auch in reformierter Form außer Stande, die notwendige Vorbereitung auf den Anwaltsberuf, der etwa 70 bis 80 % der Referendare bevorsteht, zu leisten.

Zwar ermöglicht die staatliche Einheitsausbildung dem Referendar, 12 Monate des juristischen Vorbereitungsdienstes beim Anwalt zu verbringen. Insoweit haben die ständigen Forderungen der Anwaltschaft beim Gesetzgeber dankenswerter Weise Gehör gefunden. Andererseits muss zur Kenntnis genommen werden, dass auch die verlängerte anwaltliche Ausbildung – sofern die Möglichkeit einer 12-monatigen Anwalts-

station überhaupt angenommen wird – häufig von den Referendaren nicht in ausreichendem Maße zur Berufsvorbereitung genutzt wird. Die Gründe dafür sind bislang nicht erforscht. Sie lassen sich aber aufgrund der bei Befragungen gewonnenen Erkenntnisse hinlänglich sicher abschätzen:

- a) Die Justizlastigkeit der Prüfungsanforderungen trägt dazu bei, dass sich die Lernbemühungen der meisten Referendare auf justizbezogene Leistungen konzentrieren, deren Beherrschung am ehesten ein auskömmliches Examensergebnis sichert.
- b) Die so genannte Einheitsausbildung hält viele Anwärter davon ab, ihre Berufswahl frühzeitig zu treffen, weil das herkömmliche System suggeriert, die zweite juristische Staatsprüfung halte alle beruflichen Möglichkeiten offen. Es ist bis heute weder den für den Vorbereitungsdienst zuständigen Länderjustizverwaltungen noch den Berufsverbänden gelungen, den Anwärtern zu der Einsicht zu verhelfen, dass der Anwaltsberuf mit hoher Wahrscheinlichkeit ihr künftiger Beruf sein wird und sie sich deswegen schon der eigenen Existenzsicherung wegen ganz besonders auf *diesen* Beruf vorbereiten müssen. Wenn demgegenüber die Berufswahlentscheidung am Anfang des juristischen Vorbereitungsdienstes steht, wird dies zwangsläufig das Interesse des Referendars an anwaltlicher Arbeit und seine Leistungsbereitschaft wesentlich steigern.
- c) Strukturell störend ist bislang auch, dass die Anwesenheit des Referendars im kontinuierlichen Arbeitsablauf der Anwaltspraxis durch die vorgeschriebene Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften und die Vor- und Nachbereitung dazu zum Teil empfindlich gestört wird. Auch insofern gebieten die Ausbildungsziele, die theoretische Unterweisung der Referendare mit dem Berufsziel Justiz von denen mit dem Berufsziel Anwalt zu trennen.

III. Die Konsequenz: Notwendigkeit der Aufspaltung der Ausbildungsgänge des juristischen Vorbereitungsdienstes mit Einrichtung einer gesonderten Anwaltsausbildung

Aus der Sicht des Deutschen Anwaltvereins ist daher die Aufspaltung des juristischen Vorbereitungsdienstes in verschiedene berufsbezogene Ausbildungsgänge mit eigenen Examensabschlüssen ebenso unverzichtbar wie unvermeidbar.

1. Aufteilung der Ausbildungsgänge in Justiz-, Verwaltungs- und Anwaltsreferendariat

Da der nachuniversitäre Teil der Juristenausbildung auf die juristische Berufspraxis vorbereiten und die Befähigung zur selbständigen Ausübung unterschiedlicher juristischer Berufe vermitteln soll, liegt es nahe, berufsfeldbezogene Ausbildungsgänge einzurichten, die auf die klassischen juristischen Berufe vorbereiten, also auf den des Richters und Staatsanwalts, den des Verwaltungsjuristen und den des Rechtsanwalts und Notars.

2. Weitere besondere Ausbildungsgänge nicht erforderlich

Weitere Aufgliederungen würden das Ausbildungssystem unübersichtlich machen. Die drei vorgenannten juristischen Berufsbilder sind relativ klar umrissen. Für weitere Ausbildungsgänge besteht nach Auffassung des DAV kein Bedarf. Es sind keine Spezialisierungen ersichtlich, für die Qualifikationen erforderlich wären, die nicht in den drei vorerwähnten Ausbildungsgängen, insbesondere dem anwaltlichen, vermittelt werden könnten und, was den anwaltlichen Ausbildungsgang angeht, auch vermittelt werden

müssen, um den Anforderungen an den Anwaltsberuf in heutiger Zeit gerecht zu werden.

3. Vorbereitung auf den Notarberuf gewährleistet

Auf den Beruf des Notars wird in dem vom DAV vorgeschlagenen System getrennter Ausbildungsgänge besser vorbereitet als im herkömmlichen System der Einheitsausbildung, so dass es eines besonderen Ausbildungsganges für den Notarberuf nicht bedarf.

4. Die vermeintlichen Vorteile der Einheitsausbildung haben demgegenüber kein Gewicht

Der Einführung gesonderter Ausbildungsgänge wird entgegengehalten, die Einheitsausbildung sichere größere Flexibilität und diese sei zukünftig wichtiger denn je. Heranwachsende Generationen könnten nicht mehr, so wird argumentiert, davon ausgehen, dass die Mehrheit nach Abschluss der Ausbildung einen Beruf für die Dauer der Lebensarbeitszeit ergreifen könne. Jeder müsse sich vielmehr auf unter Umständen sogar häufige Berufswechsel einrichten.

- a) Das Argument greift nicht. Zwar trifft zu, dass sich die heranwachsenden Generationen auf unter Umständen mehrfachen Berufswechsel einrichten müssen. Ein solcher Berufswechsel fand jedoch schon in der Vergangenheit zwischen den klassischen volljuristischen Berufen so gut wie nicht statt.² Ein Wechsel vom Richteramt oder vom Amt des Staatsanwalts in den Anwaltsberuf kommt seit vielen Jahren nur sehr selten vor; ein Wechsel vom Anwaltsberuf in das Richteramt ebenso. Deshalb sind solche Möglichkeiten für Reformüberlegungen irrelevant. Berufswechsel mit einer für Reformüberlegungen bedeutsamen Häufigkeit gab und gibt es nur innerhalb der Anwaltschaft, von der Anwaltschaft in die Wirtschaft und umgekehrt. Dieser Umstand spricht nicht für, sondern gegen die Aufrechterhaltung einer Einheitsausbildung.
- b) Gegenwärtig ist nichts in Sicht, wodurch sich die vorstehend beschriebenen Verhältnisse künftig ändern könnten. Die Aufnahmebereitschaft des öffentlichen Dienstes ist auf längere Frist so gering wie heute, die Haushaltsnöte des Staates lassen sogar eine weitere Bedarfeinschränkung befürchten. Die Aufnahmebereitschaft der Wirtschaft ist schon heute begrenzt. Neben dem Absinken der Zahl der Arbeitsplätze als solcher wirkt sich zu Lasten der Juristen aus, dass in die Leitungspositionen der Wirtschaft zunehmend Angehörige anderer Berufe und nicht Juristen eingestellt werden. Die Juristen haben in der Wirtschaft an Boden verloren. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Damit besteht nicht nur heute, sondern auf lange Sicht die ganz besonders hohe Wahrscheinlichkeit, dass nicht nur ca. 75 % der Absolventen der zweiten juristischen Staatsprüfung Anwälte werden (müssen), sondern sich der ganz großen Mehrheit von ihnen auch keine Möglichkeit bietet, den Anwaltsberuf gegen einen anderen juristischen Beruf einzutauschen.
- c) Außerdem gewährleisten die Vorschläge des DAV die Durchlässigkeit für die wenigen, die von einem volljuristischen Beruf in einen anderen wechseln wollen.
- d) Nicht zuletzt ist die überkommene Einheitsjuristenausbildung überholt. Sie ist ein Relikt des späten 18. Jahrhunderts, der Einbindung der Advokatur in den Staats-

² Für den europäischen Kontext vgl. DAV-Studie „Richterliche Tätigkeit von Rechtsanwälten“ (2004, unveröffentlicht)

dienst. Ein Anwalt / Eine Anwältin braucht nicht die Befähigung zum Richteramt, um mit Richtern auf gleicher Augenhöhe verhandeln zu können.

5. Die Bedenken gegen die praktische Ausbildung in der Verantwortung der Anwaltschaft greifen nicht durch

Der Einführung eines besonderen anwaltsbezogenen juristischen Vorbereitungsdienstes wird - vornehmlich von der Justizverwaltung - entgegengehalten, dass die Anwaltschaft bisher keine hohe Ausbildungsbereitschaft zeige und man ihr deswegen nicht zutrauen könne, der Verantwortung für den juristischen Vorbereitungsdienst einer so großen Zahl von Berufsanwärtern gerecht zu werden.

- a) Diese Kritik übersieht, dass der bestehende Mangel in erheblichem Maße im herkömmlichen Ausbildungssystem der Einheitsausbildung selbst angelegt ist. Die Ausbildung beim Rechtsanwalt in der Pflichtstation leidet auch nach der Änderung des Richtergesetzes zum 01.07.2003 darunter, dass in den meisten Ländern zum Schluss der Anwaltsstation Examensklausuren geschrieben werden. Deshalb sind die Referendare häufig nur an vereinzelten Wochentagen zur praktischen Ausbildung in der Anwaltskanzlei. Den Rest der wöchentlichen Arbeitszeit nimmt die Teilnahme an einer Arbeitsgemeinschaft bzw. die Examensvorbereitung in Anspruch. Diese examensorientierte Einstellung der Referendare, so verständlich sie sein mag, wirkt sich negativ auf die Ausbildung aus. Sie demotiviert nicht nur den Referendar, sondern insbesondere auch den ausbildenden Anwalt. In der Wahlpflicht- sowie in der Wahlstation sieht es nicht besser aus. Auch hier nutzen sehr viele Referendare diese Stationen ganz gezielt zur Vorbereitung auf die zweite juristische Staatsprüfung.
- b) Systembedingt ist aus den bereits oben (unter C. II. 3. b)) dargelegten Gründen, dass die Mehrzahl der Referendare bisher in den Anwaltsstationen aus Gründen einer aufgeschobenen Berufswahl nur eine geringe Leistungsbereitschaft zeigt. Das macht die Ausbildung für den ausbildenden Rechtsanwalt unattraktiv, wenn nicht zum Ärgernis.
- c) Schon heute gibt es keine nachprüfbaren Erkenntnisse darüber, dass Referendare, die in den Anwaltsstationen arbeiten und ausgebildet werden *wollen*, auf eine mangelnde Ausbildungsbereitschaft der anwaltlichen Ausbilder getroffen sind. Für das Gegenteil liegen zahlreiche Erkenntnisse vor. Für die DAV-Anwaltsausbildung haben sich in kürzester Zeit zahlreiche Kanzleien gemeldet, die ausbildungsbereit sind. Mittlerweile (September 2004) stehen ca. 900 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Außerdem hat bereits 1997 eine Erhebung von Prof. Dr. Christoph Hommerich, (Befragung der Rechtsanwälte zur Beteiligung an einer neu einzurichtenden Anwaltsausbildung, Dezember 1997) diese Einstellung bestätigt.
- d) In der Diskussion über die Ausbildungsbereitschaft der Anwaltschaft wird außerdem folgendes übersehen: Die Leistungsbereitschaft der Referendare und die für eine nützliche Ausbildung in anwaltlicher Arbeit notwendige zeitliche Ausdehnung der einzelnen anwaltlichen Ausbildungsabschnitte machen die Ausbildungsanstrengungen für den ausbildenden Rechtsanwalt lohnend. Je mehr Zeit er in den Referendar investiert, je besser und damit je verwendbarer werden die Leistungen des Referendars. Gute Ausbildung zahlt sich aus. Dieser Gesichtspunkt macht im Rahmen eines anwaltlichen Ausbildungsganges die Ausbildung der Anwaltsreferendare für eine große Zahl der Anwälte attraktiv, während sie gegenwärtig gänzlich unattraktiv ist.

- e) Dies gilt um so mehr, wenn entsprechend dem DAV-Vorschlag nur zum Anwalt ausgebildet wird, wer für die vorgeschriebene praktische Ausbildung beim Anwalt einen vom ausbildenden Anwalt bezahlten Ausbildungsplatz erhält. Der ausbildende Anwalt wird den mit der Bereitstellung des Ausbildungsplatzes und der Alimentierung des Anwaltsreferendars verbundenen finanziellen Aufwand nur in der Überzeugung und in dem Willen aufbringen, für seine Ausbildungsleistung auch eine erhebliche Gegenleistung des Anwaltsreferendars zu erhalten.
- f) Bei einer Spartenausbildung kann damit gerechnet werden, dass etwa 600 Ausbildungsplätze pro Jahr in der Justiz und ca. 1.000 Ausbildungsplätze in der Verwaltung bereitgestellt würden. Die Anwaltschaft wird voraussichtlich zwischen 2.000 - 3.000 Ausbildungsplätze bereit stellen. In den ersten Jahren der Umstellung des Ausbildungssystems könnten es sogar weniger Ausbildungsplätze sein.
- g) Die Erfahrungen in allen europäischen Nachbarländern, die durchweg eine gesonderte Anwaltsausbildung in der Verantwortung der Anwaltsorganisationen kennen, zeigen, dass die Anwaltschaft der Ausbildungsaufgabe gerecht wird, wenn ihr diese Aufgabe übertragen wird. Diese Ausbildung ist zumindest gleichwertig, wenn nicht, wie in verschiedenen Nachbarländern, höherwertiger als die Ausbildung für die Justizanwärter.

6. Die Anwaltschaft kann die erforderliche theoretische Ausbildung sicherstellen

- a) Der DAV hat mit seiner Konzeption der DAV-Anwaltausbildung bereits bewiesen, dass er in der Lage ist, die theoretische Ausbildung sicher zu stellen. Durch die Zusammenarbeit mit der FernUniversität Hagen wird dabei gewährleistet, dass die theoretische Ausbildung unabhängig vom Standort und ohne weitere Kosten für Präsenzseminare durchgeführt werden kann. Die Stoffinhalte sind dabei so aufeinander abgestimmt, dass der gesamte Theorielehrgang im Selbststudium bei ausschließlicher Befassung mit demselben innerhalb von drei Monaten zu bewältigen ist. Mittelfristig plant der DAV eine Erweiterung des Angebotes auf Präsenzkurse in mehreren Städten.
- b) Ein Auseinanderfallen der Qualitätsstandards der theoretischen Ausbildung von eventuell verschiedenen Ausbildungsgängen ist nicht zu befürchten. Dies schon deswegen nicht, weil die Anwaltschaft, und zwar sowohl die Kammern als auch der DAV, mit ihren Fortbildungseinrichtungen selbst dafür Sorge tragen werden, dass ein hoher Standard angeboten und abgefordert wird. Ein Auseinanderfallen der Qualitätsstandards ist aber auch dann und deswegen nicht zu befürchten, wenn, wie der DAV vorschlägt, auch die Anwaltsprüfungen nach wie vor in der Verantwortung des jeweiligen Landesjustizprüfungsamtes liegen und damit Art, Umfang und Qualität der Prüfungsleistungen aller Referendare aller Ausbildungsgänge gleichen Maßstäben unterliegen.
- c) In der bisherigen Diskussion um die aus der Anwaltschaft kommenden Reformvorschläge spielt die Finanzierung der zu fordernden Ausbildungslehrgänge eine große Rolle. Nach der Überzeugung des DAV ist es vertretbar und den Anwaltsreferendaren zumutbar, wenn diese die von den Veranstaltern der Ausbildungslehrgänge geforderten Lehrgangskosten selbst tragen. Dies ist für jeden Anwaltsreferendar eine hohe Belastung. Andererseits steht dem eine Leistung gegenüber, die sich bei der späteren Berufsausübung auszahlt. Die Selbstfinanzierung von Ausbildungsabschnitten ist bei Steuerberatern üblich, ohne dass dies zu irgendwelcher Kritik der Auszubildenden gekommen wäre

Außerdem sollte bedacht werden, dass die meisten Referendare schon heute erhebliche Beträge für examensvorbereitende Maßnahmen auf privater Grund-

lage ausgeben. Gemeint sind damit die Kosten für den Besuch von Repetitorien zur Vorbereitung auf die zweite juristische Staatsprüfung. Für derartige Ausgaben besteht, wenn die DAV-Vorschläge berücksichtigt werden, kein Bedarf mehr.

Bedürftige Teilnehmer werden eine Finanzierung erhalten. Dort, wo staatliche Unterstützung (BAFöG) nicht greift, wird die Anwaltschaft Finanzierungsangebote entwickeln.

IV. DAV-Vorschläge - Gewähr für die Herbeiführung der erforderlichen Ausbildungsqualität

Die große Mehrheit derjenigen, die die zweite juristische Staatsprüfung bestehen, ist, wie schon ausgeführt (vgl. oben C. I.), völlig unzureichend auf einen späteren volljuristischen Beruf vorbereitet. Dies gilt für alle klassischen juristischen Berufe. Es ist die Folge einer mengenbedingten Überinanspruchnahme der vorhandenen Ausbildungsplätze in der Justiz, der angesichts der Zahl der Referendare zu geringer Zahl der für die Ausbildung zur Verfügung stehenden Richter und Staatsanwälte und daraus folgend der deutlichen Überbeanspruchung der zeitlichen Ressourcen der mit der Ausbildung betrauten Richter und Staatsanwälte. Für die Anwaltschaft, in die 75 % aller Absolventen der zweiten juristischen Staatsprüfung gelangen, kommt hinzu, dass die Ausbildung im gegenwärtigen System so angelegt ist, dass sie trotz einer Verlängerung der Ausbildungszeiten beim Anwalt auf den Anwaltsberuf immer noch nur unzureichend vorbereiten kann, jedenfalls in der Realität des gegenwärtigen Ausbildungsbetriebes nur unzulänglich darauf vorbereitet (vgl. oben unter C. II. 2.). Andererseits ist den meisten neu in den Anwaltsberuf eintretenden Jungjuristen die allen anderen Berufen offenstehende Möglichkeit versagt, bestehende Kenntnis-, Erfahrungs- und Leistungsdefizite in einer postassessoralen Ausbildung nach Anstellung im Beruf nachzuholen. Die meisten, die sich neu zur Anwaltschaft zulassen, erhalten arbeitsmarktbedingt keine Möglichkeit, zunächst einmal in einer bestehenden Praxis mitzuarbeiten. Sie sind von Anfang an auf sich selbst gestellt.

Zusätzlich zu dem Phänomen der Überbeanspruchung der Ausbildungskapazitäten ist eine Neigung festzustellen, sich immer früher und immer stärker zu spezialisieren. Eine frühzeitige Spezialisierung bringt jedoch die Gefahr mit sich, dass das Erlernen von Grundlagenwissen vernachlässigt wird. Angesichts eines immer komplexer werdenden Rechtssystems und der Notwendigkeit sich im Laufe des Berufslebens immer wieder auf Änderungen einstellen zu müssen, ist das Erlernen der Grundlagen unserer Rechtsordnung und des Rechtssystems ein unerlässlicher Faktor für eine spätere erfolgreiche Berufsausübung.

Wer so unzulänglich vorbereitet seinen Anwaltsberuf beginnt, von dem kann zumindest in den ersten Berufsjahren nicht erwartet werden, dass er den Anforderungen genügt, die vom rechtsuchenden Publikum an die Professionalität der Anwaltschaft, an die hohe Qualität ihrer Rechtsberatungsleistung geknüpft werden und werden müssen. Defiziten ist das rechtsuchende Publikum im allgemeinen hilflos ausgesetzt, weil es in unserer komplizierten Rechtsordnung die Qualität der anwaltlichen Leistung meist nicht selbst beurteilen kann. Andererseits ist der Rechtsstaat auf eine „funktionierende“ Anwaltschaft angewiesen. Ohne eine solche Anwaltschaft kann dem Bürger weder das Verständnis der ihn betreffenden Rechte und Rechtspflichten vermittelt noch die vernünftige Einschätzung der Chancen der Rechtswahrnehmung oder Rechtsverteidigung nahegebracht werden. Die Anwaltschaft kann die ihr im Rechtssystem zugewiesene Rolle nur wahrnehmen, wenn das rechtsuchende Publikum in die Qualität der Anwaltschaft Vertrauen hat. Nur dann wird sie in Anspruch genommen und schafft damit auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Berufsausübung. Das Einströmen von jährlich mehreren tausend zunächst noch nicht qualifizierten Berufsanfängern in die An-

waltschaft macht die Qualitätserwartung des Publikums unkalkulierbar und unterminiert den Ruf des gesamten Anwaltsstandes. Dies ist eine Gefahr für die gesamte Anwaltschaft. Professionalität und Qualität sind damit sowohl für den Rechtsuchenden als auch für die Anwaltschaft selbst von allerhöchstem Stellenwert.

Im Gegensatz zu den Ergebnissen des bestehenden juristischen Vorbereitungsdienstes bieten die DAV-Vorschläge für ausreichende Voraussetzungen und inhaltliche Vorgaben für eine qualitativ hochwertige Ausbildung zum Anwalt hinreichend Gewähr.

1. Lösung für das Problem der Ausbildungsplatzkapazität

Gelöst werden kann auf dem vorgeschlagenen Weg das bestehende Problem einer unzureichenden Ausbildungsplatzkapazität. Ausreichende Ausbildungsplatzkapazität ist Grundvoraussetzung für eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Wenn nur der ausgebildet wird, der einen ihm angebotenen Ausbildungsplatz findet, regelt sich das Problem der notwendigen Zahl von Ausbildungsplätzen von selbst. Die Anwaltschaft könnte im übrigen eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen auch dann bereitstellen, wenn der Staat, wie bisher, die Alimention der Referendare übernehme, andererseits dafür aber erwartete, dass jeder Bewerber zum Anwaltsreferendariat einen vom Land bezahlten Ausbildungsplatz erhält.

2. Lösung für das Problem der Ausbilderkapazität

Gelöst werden kann damit auch das Problem der Ausbilderkapazität. Die Ausbildungslast pro ausbildendem Anwalt wird reduziert. Die zeitlichen Ressourcen pro Ausbilder nehmen zu. Hierdurch werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der ausbildende Anwalt mehr Zeit für die Ausbildung bereitstellt, als dies aus Kapazitätsgründen derzeit den ausbildenden Richtern und Staatsanwälten möglich ist.

3. Verhinderung der Überschwemmung der Anwaltschaft mit nicht auf den Beruf vorbereiteten Junganwälten

Bewältigt werden kann schließlich die sich nach dem gegenwärtigen System immer deutlicher abzeichnende Gefahr für den Rechtsstaat, dass durch den Zugang einer großen Zahl nicht oder schlecht auf den Anwaltsberuf vorbereiteter Berufsanfänger die Qualität der anwaltlichen Dienstleistung insgesamt Schaden nimmt, die Anwaltschaft durch den Zugang einer großen Zahl unqualifizierter Berufsanfänger ihr existenznotwendiges Ansehen verliert und deswegen die ihr im Rechtsstaat zugedachte Rolle bei der Vermittlung von Recht gegenüber dem Bürger nicht mehr wahrnehmen kann. Dem Anwaltsreferendar wird im Rahmen umfassender praktischer Ausbildungsstationen beim Anwalt eine erhebliche Mitarbeit in der tagtäglichen Anwaltsarbeit nach speziell auf den Anwaltsberuf ausgerichteten Ausbildungsvorschriften in einer Rechtsanwaltsausbildungsordnung abverlangt, ein tiefer Einblick in die anwaltliche Arbeitsweise gewährt und eine speziell auf den Anwaltsberuf vorbereitende theoretische Ausbildung vermittelt. Dies umfasst auch und gerade die Vermittlung von Grundlagen, die für die tägliche Ausübung des Anwaltsberufs unerlässlich sind. Der aus einer solchen Anwaltsausbildung kommende Junganwalt wird den an ihn gestellten Anforderungen bei der Ausübung des Anwaltsberufs von Anfang an in ausreichendem Maße gerecht werden können. Damit erfüllt die vom DAV vorgeschlagene Anwaltsausbildung die Forderung, die im Zentrum des Anforderungskataloges an eine gute Ausbildung stehen muss.

V. Auswirkungen der DAV-Reformvorschläge auf die Ausbildungskosten

1. Gegenwärtige vom Staat getragene Ausbildungskosten

1998 beliefen sich für den Staat die jährlichen Kosten des juristischen Vorbereitungsdienstes nach dem Zwischenbericht des Koordinierungsausschusses auf gut 1 Milliarde Deutsche Mark, wovon etwa 650 Millionen Deutsche Mark auf die Anwarterbezüge entfielen. Dabei sind noch nicht die wahrscheinlich mehrere 100 Millionen Deutsche Mark ausmachenden Personalkosten mitgerechnet, die dem Staat für die Bereitstellung von personeller Ausbildungskapazität während der praktischen Ausbildung in den Ausbildungsstationen des öffentlichen Dienstes und bei der Betreuung der Arbeitsgemeinschaften entstehen. Diese Zahlen haben sich sicher nicht wesentlich geändert.

2. Auswirkungen der DAV-Vorschläge

Bei Übernahme der DAV-Vorschläge würde der Staat weitgehend von den ihn gegenwärtig treffenden Ausbildungskosten entlastet.

- a) Der Staat würde den größten Teil der dreistellige Millionenbeträge ausmachenden Personalkosten für den Einsatz seiner Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsbeamten in den praktischen Ausbildungsstationen ersparen. Nach dem DAV-Vorschlag würde der Anwaltsreferendar nur drei Monate (Gerichtspflichtstation gemäß Abschnitt B. V. 1. b) der Vorschläge) bis höchstens acht Monate (bei Hinzuwahl der Ausbildungsstationen gemäß Abschnitt B. V. 1. c) und d) im Bereich des öffentlichen Dienstes) in Stationen, die dem öffentlichen Dienst zuzurechnen sind, verbringen. Außerhalb dieser Stationen entfielen für den Staat auch die sächlichen und personellen Kosten für die theoretische Ausbildung in Arbeitsgemeinschaften. Die Ersparnis würde 66,6 % bis 87,5 % der aktuellen Kosten für den einzelnen Referendar betragen.
- b) Außerdem entfielen für den Staat der größte Teil der Referendarbezüge. Das Land hätte Referendarbezüge nur noch für die bei Gericht oder den sonst im öffentlichen Dienst abgeleisteten vorgeschriebenen oder wählbaren Ausbildungsstationen (drei bis acht Monate, vgl. lit. a)) und für die Dauer der zweiten juristischen Staatsprüfung aufzubringen.
- c) Den Staat treffen im übrigen nach den DAV-Vorschlägen nur noch die Kosten der Anwaltsprüfung, weil es sich insoweit um eine Staatsprüfung handelt. Außerdem sollte bedürftigen Anwaltsreferendaren, die die Kosten der vorgeschriebenen Ausbildungslehrgänge nicht aufbringen können, eine Ausbildungsförderung (meist Darlehen) gewährt werden.

VI. Auswirkungen der DAV-Vorschläge auf den Zugang zur Anwaltsausbildung/auf das Mengenproblem

1. Drosselung des Zugangs zur Anwaltsausbildung durch Aufnahmeprüfungen wird abgelehnt

Eine Zugangsregelung über eine Aufnahmeprüfung zur Anwaltsausbildung direkt nach der ersten juristischen Staatsprüfung wird vom DAV abgelehnt. Gegen eine solche Aufnahmeprüfung bestehen bereits erhebliche rechtliche Bedenken. Umfassendere theoretische Kenntnisse als sie von der Universität vermittelt und von den staatlichen Prüfungsämtern zur Voraussetzung für das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung gemacht werden, können ohne Verstoß gegen Art. 12 GG ebenso wenig zur Aufnahmevoraussetzung gemacht werden wie Kenntnisse der praktischen Berufsausübung, die bislang überhaupt nicht vermittelt worden sind. Für die Prüfung einer

besonderen Eignung zum Anwaltsberuf unabhängig von Kenntnissen des Rechts und der Rechtsanwendung fehlen jedoch geeignete belegbare und überprüfbare Kriterien.

2. Das Problem der Wartezeiten wird überwunden

Auch ohne Aufnahmeprüfungen zur Anwaltsausbildung wird mit den DAV-Vorschlägen das Problem der Wartezeiten (vgl. oben unter C. I. 4. b)) gelöst. Die Verweildauer des einzelnen Anwaltreferendars in Ausbildungsstationen bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften ist deutlich geringer als im bisherigen System der Einheitsausbildung. Das schließt Engpässe bei Zugang zu den – auch nach dem DAV-Vorschlag – in der Anwaltsausbildung notwendigen Stationen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften aus.

3. Auswirkungen des erhöhten Anforderungsprofils der Anwaltsausbildung auf das Mengenproblem

Der DAV erwartet, dass die umfassenden Anforderungen innerhalb der Anwaltsausbildung und die entsprechenden Anforderungen in der Anwaltsprüfung dazu führen, dass etwa 10 - 20 % weniger die zweite juristische Staatsprüfung bestehen werden als bisher.

Außerdem dürfte dieses gesteigerte Anforderungsprofil manche von denen, die die erste juristische Prüfung nur mit mäßigem Ergebnis abgeschlossen haben, von der Aufnahme der Anwaltsausbildung abhalten.

4. Das Angebot bezahlter anwaltlicher Ausbildungsplätze wird voraussichtlich begrenzt sein

Ansichts des tatsächlichen Nachwuchsbedarfs der einzelnen Anwaltskanzleien und der damit in Beziehung stehenden Bereitschaft einzelner Anwälte, erhebliche finanzielle Aufwendungen für die Ausbildung von Anwaltsreferendaren aufzuwenden, kann nach der Schätzung des DAV - jedenfalls zu Anfang - kaum mit der Bereitstellung von mehr als etwa 2.000 - 3.000 bezahlten Ausbildungsplätzen gerechnet werden. Das würde die Zahl derjenigen, die die Anwaltsausbildung (und damit später den Anwaltsberuf) erreichen können, mangels Verfügbarkeit von mehr bezahlten anwaltlichen Ausbildungsplätzen jährlich deutlich senken. Statt etwa 8.000 bis 10.000 Absolventen der ersten juristischen Staatsprüfung würden nur noch etwa 2.000 - 3.000 von ihnen die Möglichkeit erhalten, die Voraussetzungen der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu erreichen.

5. Das begrenzte Ausbildungsplatzangebot begrenzt die Zahl der Anwaltsreferendare

Der DAV-Vorschlag sieht vor (vgl. oben unter B. II. 2)), dass zur Anwaltsausbildung nur zugelassen wird, wer einen angemessen bezahlten anwaltlichen Ausbildungsplatz nachweisen kann. Danach würde Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsplatzmarkt und dem Markt anwaltlicher Dienstleistungen das Ausbildungsplatzangebot und in der Folge das Wachstum der Anwaltschaft regulieren.

- a) Verfassungsrechtlich ist dies unbedenklich. Aus Art. 12 GG lässt sich eine Rechtspflicht des Staates, es jedem Studenten zu ermöglichen, eine begonnene Ausbildung zu vollenden, nicht herleiten (Henssler, Gutachten des Instituts für Anwaltsrecht an der Universität zu Köln, Köln 1997, S. 49 f.). Vertrauensschutz können selbst diejenigen nicht in Anspruch nehmen, die das Studium zu einem Zeitpunkt aufgenommen haben, zu dem die Ausbildung im herkömmlichen Vorbereitungsdienst für die erfolgreichen Absolventen der ersten juristischen Staatsprüfung noch garantiert erschien (Henssler, a.a.O., S. 50). Geboten ist lediglich

eine Übergangsfrist von etwa zwei Jahren zum Schutz derer, die die erste juristische Staatsprüfung bereits absolviert oder jedenfalls das viersemestriges Grundstudium abgeschlossen haben (Henssler, a. a. O., S. 53 f.).

- b) Der DAV ist sich bewusst, dass der Nachweis eines bezahlten anwaltlichen Ausbildungsplatzes als Voraussetzung für den Eintritt in die Anwaltsausbildung nach seiner Schätzung für jährlich etwa 40 - 50 % der jungen Juristen, die bislang noch den Versuch einer anwaltlichen Existenz unternehmen können, eine Tätigkeit als Rechtsanwalt versperren wird. Die Einstellungszahlen des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft stagnieren oder fallen (vgl. oben unter C. III. 4. b)). Allenfalls 20 bis 25 % derjenigen, die eine zweite juristische Staatsprüfung bestehen, haben die Chance, in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft unterzukommen. Für diejenigen, die nur einen Universitätsabschluss haben und keine praktische Ausbildung vorweisen können (Diplom-Juristen, ggf. Bachelors und Masters of Law), müssen neue Berufsfelder – etwa im Bereich der nicht den Rechtsanwälten vorbehaltenen Rechtsbesorgung – erschlossen werden. Die Aussicht einer anwaltlichen Betätigung ist dann jedenfalls nicht mehr – wie bisher – die einzige verbleibende Chance.
- c) Diese Aussagen gelten auch nach der zum 01. Juli 2003 in Kraft getretenen Reform der Juristenausbildung. Der gesamte öffentliche Dienst hält weiter daran fest, seine Auswahl in bzw. nach dem Referendariat zu treffen. Bei Einführung des Bachelor-/ Master-Systems würde er auch weiter an einer postuniversitären Ausbildung festhalten.

Die Anwaltschaft kann ebenfalls auf eine zusätzliche praktische und theoretische Anwaltsausbildung nicht verzichten. Dies gilt schon heute. Erst recht wird dies gelten nach einer etwaigen Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft muss an eine Anwaltsausbildung geknüpft werden. Anderenfalls wären die Universitätsabsolventen außer Stande, ohne Zusatzausbildung in einer für das rechtsuchende Publikum zumutbaren Qualität Anwaltstätigkeit auszuüben. Eine Entscheidung des Gesetzgebers, die Zulassung zur Anwaltschaft nur von einem Universitäts- oder ersten Staatsexamen abhängig zu machen, wäre deswegen gänzlich unvertretbar (sie würde zudem die Berufszugangszahlen noch deutlich erhöhen). Es müsste also auf jeden Fall bei einem juristischen Vorbereitungsdienst für Anwaltsanwärter bleiben, der nur für so viele möglich ist, wie die Anwaltschaft Ausbildungsplätze anbietet.

Allerdings wird in Diskussionen teilweise vorgetragen, wenn die universitäre Ausbildung mit einem berufsqualifizierenden Abschluss ende, hätten die Absolventen eines solchen Examens greifbare Chancen insbesondere in der Wirtschaft. Diese habe einen Bedarf an Juristen, der berufsqualifizierende praktische Erfahrungen, wie sie im Vorbereitungsdienst vermittelt würden, nicht unbedingt erfordere. Schon der Ausgangspunkt dieser These ist zweifelhaft. Man muss fragen, warum die Wirtschaft nicht bereits heute nach Juristen, die lediglich über die erste Staatsprüfung verfügen, sucht, wie sie dies vor Jahrzehnten noch getan hat. Sie unterlässt es, weil die Absolventen der ersten juristischen Staatsprüfung dafür die qualitativen Voraussetzungen nicht mitbringen. Durch die bloße Verschönerung der ersten juristischen Staatsprüfung mit einem klingenden Namen ändert sich nichts. Die rechtliche Aufwertung eines keine ausreichende Qualität vermittelnden Abschlusses lässt den Qualitätsmangel selbst bestehen.

Darauf kommt es im Ergebnis aber gar nicht an. Denn durch ein Abschlussexamen mit berufsqualifizierendem Abschluss nach der universitären Ausbildung wird jedenfalls der Bedarf der Wirtschaft an Juristen insgesamt nicht erhöht. Das bedeutet, selbst wenn die Wirtschaft nunmehr auf Inhaber eines solchen berufs-

qualifizierenden Abschlusses zurückgreifen würde, dass wiederum nur die schon mehrfach genannte geringe Zahl von Juristen eingestellt wird. 40 – 50 % der Absolventen mit diesem berufsqualifizierenden Abschluss jährlich fänden demgemäß mangels Einstellungschancen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft und in Ermangelung eines die Anwaltsausbildung voraussetzenden bezahlten anwaltlichen Ausbildungsplatzes keine berufliche Möglichkeit. Welche hier die durch den Bologna-Prozess angeregten Reformen bringen, bleibt abzuwarten.

- d) Gelegentlich wird die Frage aufgeworfen, ob die Anwaltschaft, wenn sie eine eigene Ausbildung wolle, diese nicht auch allen anbieten müsse, die sich um eine solche Anwaltsausbildung bewerben. Das ist schon aus Rechtsgründen zu verneinen. Jedermann weiß, dass es in unserem Staat für *keinen* Berufsstand die Verpflichtung gibt, eine bestimmte Personenzahl für den Beruf auszubilden. Bei Ärzten beispielsweise gibt es diesen Anspruch nicht. Der Berufsfreiheit steht die Ausbildungsfreiheit gegenüber. Daran ändert die besondere Stellung der Anwaltschaft als Organ der Rechtspflege nichts. Hiermit werden nur Erwartungen an eine bestimmte Art der Berufsausübung verbunden. Eine Verlagerung von Ausbildungsverantwortung vom Staat auf die Anwaltschaft wird damit ebenso wenig zum Ausdruck gebracht wie eine Einschränkung der auch für die Anwaltschaft bestehenden Berufsausbildungsfreiheit. Wenn die Anwaltschaft also die Bereitstellung einer unverhältnismäßig hohen Zahl an Ausbildungsplätzen und die Übernahme von Ausbildungskosten dafür ablehnt, nimmt sie damit für sich keine Sonderrolle in Anspruch, sondern macht nur die Position geltend, die in unserem Staat jedem anderen Berufsstand selbstverständlich zugebilligt wird.

Die Differenz zwischen der voraussichtlich begrenzten Zahl von bezahlten anwaltlichen Ausbildungsplätzen und der Zahl der Bewerber kann darum der Anwaltschaft auch moralisch nicht vorgeworfen werden. Sie ist allein Ausfluss des bestehenden Ausbildungssystems. Dieses führt zu einer Zahl von Referendaren, die weder der Staat noch die Wirtschaft noch die Anwaltschaft für die Sicherung ihres Nachwuchses benötigen noch auch nur im Entferntesten für sinnvoll halten.

Verursacher der hohen Zahl der Anwärter auf einen juristischen Beruf ist also nicht die Anwaltschaft, sondern allein der Staat selbst. Er hat seit Jahrzehnten seine Ohren vor den Warnungen der Experten verschlossen, dass es schlimme Folgen haben werde, wenn die Juristenausbildung zum Auffangbecken für alle gemacht wird, die in einer anderen akademischen Ausbildung nicht unterkommen. Er hat damit in zehntausenden junger Studienanfänger ungerechtfertigte Erwartungen einer beruflichen Zukunft geweckt. Notwendige Schritte gegen einen schrankenlosen Zugang zum Studium der Rechtswissenschaften sind unterblieben.

6. Die gesellschafts- und bildungspolitische sowie moralische Verantwortung für die Überzahl von Jungjuristen trägt allein der Staat. Er muss nach Lösungen dafür suchen

Damit trägt allein der Staat die Verantwortung für die gesellschafts- und bildungspolitischen sowie die finanziellen Folgen seiner eigenen Entscheidungen.

- a) Der DAV übersieht nicht, dass die Umsetzung seines Ausbildungsvorschlages für eine Vielzahl junger Menschen, die das staatliche Ausbildungsangebot einer universitären juristischen Ausbildung angenommen haben, eine harte Konfrontation mit der Realität bedeutet. Mehrere Tausend können, solange es bei der hohen Zahl der Absolventen der ersten juristischen Staatsprüfung verbleibt, mit ihrem rechtswissenschaftlichen Studium und bestandener ersten Prüfung dann nichts oder nur eingeschränkt etwas anfangen, d. h. keine spezifisch juristische Tätig-

keit ausüben. Das wird mit dem Abschlussgrad „Diplomjurist“ oder „Bachelor“/„Master“ nicht oder nur kaum gelindert werden.

Dies ist die bedrückende Folge des Umstandes, dass der Staat trotz Warnungen von allen Seiten den ungebremsen Zugang zum Studium der Rechtswissenschaft ermöglicht und dieses Studium zum Auffangbecken für alle werden lassen hat, die sonst keinen universitären Ausbildungsgang gefunden haben. Das damit geschaffene Problem muss der Staat bewältigen, der es herbeigeführt hat. Es kann nicht auf einen Berufsstand abgewälzt werden, den dafür keine Verantwortung trifft und der, würde das nunmehr geänderte Ausbildungssystem bestehen bleiben, durch den ungebremsen Berufszugang selbst vor in qualitativer und wirtschaftlicher Hinsicht existenzbedrohende Probleme gestellt werden würde.

Allerdings stellt auch heute die im bisherigen Ausbildungssystem auch für schlecht ausgebildete schwache Kandidaten bestehende rechtliche Möglichkeit der Zulassung zur Anwaltschaft nur eine Scheinlösung dar. Tatsächlich finden eine zunehmende Zahl von solchen Rechtsanwältinnen mangels ausreichender Vorbereitung auf den Beruf und mangels Markt schon längst keine hinnehmbare Einkommensbasis mehr. Das berufliche Aus erleben viele trotz Zulassung zur Anwaltschaft oder es steht ihnen schon nahe bevor. Das hat sich auch durch die Reform der Juristenausbildung nicht wesentlich verbessert. Für sie wäre es besser gewesen, schon unmittelbar nach der bestandenen ersten juristischen Staatsprüfung, wie dies die Konsequenz des DAV-Vorschlages für viele wäre, von ihrem falsch eingeschlagenen Berufsweg weggeführt zu werden, um sich auf beruflich außerjuristischen tragfähigen Grund zu begeben. Insofern gibt der bisherige ungebremsen Zugang zum Anwaltsberuf diesen Personen eher Steine statt Brot und hält von realitätsnahen, zukunftsorientierten Berufsentscheidungen ab.

- b) Damit ist allein der Staat aufgerufen, die gesellschafts- und bildungspolitisch problematischen Folgen aufzufangen, die für eine große durch die staatliche Bildungspolitik hervorgerufene Zahl von Absolventen des ersten juristischen Staatsexamens entstehen, die nicht mehr die Möglichkeit haben, in einem volljuristischen Beruf unterzukommen.

Schluss

Die Spartenausbildung nach dem Modell des DAV stellt einen Ausweg aus dem Massen- und dem damit verbundenen Qualitätsproblem dar. Der Markt wird sein Gesicht verändern. Die Anwaltschaft braucht hoch qualifizierten Nachwuchs, auch um sich auf Dauer gegenüber nichtanwaltlicher Konkurrenz zu behaupten. Mit der Umsetzung der Vorschläge des DAV wird die hohe Qualität anwaltlicher Dienstleistung langfristig gesichert.

An das
Justizministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf

20. Januar 2005
GB 1-Schö/dk

„Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung“

Bericht des Koordinierungsausschusses Juristenausbildung für die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister

Ihr AZ: 3131 - V . 35 /Sdb. 11

Sehr geehrte Damen und Herren,

der dbb beamtenbund und tarifunion bedankt sich für die Übersendung der o. g. Angelegenheit und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Vorab müssen wir jedoch darauf hinweisen, dass in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit eine abschließende interne Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften nicht möglich war und dass sich auch die Gremien des dbb mit dem Thema nicht befassen konnten. Die betrifft insbesondere die Frage des Bachelorbabschlusses im Verhältnis zum Fachhochschulabschluss, speziell im Rechtspflegerebereich, sowie generell die dienstrechtlichen Konsequenzen. Insofern versteht sich die folgende Stellungnahme als vorläufig und nicht abschließend.

Der dbb geht davon aus, bei einer folgenden mündlichen Anhörung des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung beteiligt zu werden, da sich auch generelle Fragen der Hochschulausbildung und des öffentlichen Dienstes stellen.

Der Beantwortung des Fragenkataloges stellt der dbb folgende Erwägungen voran:

1. Der dbb teilt in weitem Rahmen die Bedenken, die im Zwischenbericht des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung

bildung für die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 24. November 2004 in Berlin niedergelegt sind.

2. Die Aufteilung des bisher einheitlichen Studiengangs in einen Bachelor- und einen darauf aufbauenden Masterstudiengang führt zu gravierenden Problemen in der Juristenausbildung. Diese werden durch die Vorzüge einer internationalen Anerkennung der Abschlüsse im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses nicht aufgewogen. Das gilt vor allem deshalb, weil die juristische Ausbildung in ihrem Kernbereich für die weit überwiegende Zahl der Studierenden deutlich durch die nationale Rechtsgestaltung geprägt ist. Anders als etwa in den naturwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen ist eine berufliche Tätigkeit im Ausland weniger anzutreffen und für die weitere Berufstätigkeit weniger prägend. Von daher ist hier auch ein deutlich geringerer Bedarf nach einer internationalen Anerkennung des Abschlusses festzustellen. Hinzu kommt, dass es auch in der Vergangenheit keine Schwierigkeiten bereitet hat, mit nationalen Abschlüssen die Ausbildung in anderen Ländern fortzusetzen; umgekehrt war es auch von vorn herein notwendig, bei Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit im Ausland sich die dortigen Rechtsgrundlagen, dann im Regelfall auch über einen ergänzenden nationalen Abschluss, anzueignen und zu dokumentieren.
3. Der Bachelor- und der Master-Studiengang sind als aufeinander aufbauende Studiengänge angelegt. Entsprechend der Thesen der KMK vom 12. Juni 2003 ist vorgesehen, dass der Zugang zum Master-Studium über den Bachelor-Abschluss hinaus von weiteren besonderen Zulassungsvoraussetzungen abhängig gemacht wird (These 2). In seinem Zwischenbericht geht der Ausschuss der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung davon aus (S. 4f und S. 14), dass nur etwa 20%-30% der Absolventen für den Master-Studiengang zugelassen werden. Damit in Übereinstimmung soll der Bachelor-Abschluss als erster berufsqualifizierender Abschluss ausgerichtet werden.

Hieraus ergeben sich sowohl praktische als auch rechtliche Probleme:

- Zum Ersten fehlen bislang für den Bachelor ein Berufsbild und adäquate berufliche Einsatzmöglichkeiten. Ein „realisierbarer“ Berufszugang ist mit diesem Abschluss gegenwärtig nicht verbunden. Ebenso wenig ist erkennbar, wo ein entsprechender Bedarf für diesen Abschluss bestehen oder entstehen soll.

Das gilt vor allem mit Blick auf die bereits vorhandene Ausbildung, insbesondere die Rechtspflegerausbildung, an den Fachhochschulen. Da Bachelor-Abschluss und FH-Abschluss sich vom Profil her ausdrücklich unterscheiden sollen (vgl. These 1 der KMK), stellt sich die Frage, wie ein Profil für den Bachelor aussehen könnte. Dabei muss ausdrücklich verhindert werden, dass es hier - vor allem auch mit Blick auf Kostenerwägungen - zu einer Nivellierung der Qualifikation wie der Einkommensperspektive - nach unten kommt.

- Zum Zweiten sprechen gegen diese Trennung auch rechtliche, insbesondere verfassungsrechtliche Gründe. Da der Zugang zum Master-Studium nur einem kleineren Teil der Bachelor-Absolventen zugänglich sein soll, steht im Umkehrschluss fest, dass für den größeren Teil der Bachelor-Absolventen dieser Abschluss auch der letzterreichbare Abschluss sein wird. Für diesen Abschluss fehlt aber ein sinnvolles berufliches Profil, für den Großteil der Absolventen damit auch eine berufliche Betätigungsmöglichkeit. Entsprechend dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Berliner Abgeordnetenhauses zur Trennung der Lehramtsstudiengänge in Bachelor- und Master-Abschlüsse sind erhebliche Zweifel angebracht, ob diese Trennung mit der Freiheit der Berufswahl in Art. 12 Abs. 1 GG vereinbar ist.
4. Wie bereits im Zwischenbericht des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung angesprochen, führt die Trennung in Bachelor- und Master-Ausbildung zu einer Verlängerung der bisherigen Regelstudienzeit. Dies steht im ausdrücklichen Widerspruch zur allseits vertretenen Forderung, dass die Studiengänge konzentriert und die Studienzeiten verkürzt werden sollen. Diese Tendenz würde noch verschärft, wenn der Übergang zwischen beiden Studiengängen nicht bruchlos verläuft, ggf. zusätzlich für die Aufnahme des Master-Studienganges auch noch ein zusätzliches Überprüfungsverfahren oder Zulassungsverfahren gefördert würde.

Die Abkehr vom bisherigen ersten Examen, das seit Juli 2003 neben der staatlichen Pflichtfachprüfung zu 30% einen hochschulinternen Prüfungsteil umfasst, führt zu der auch von der Justizministerkonferenz angesprochenen Frage, ob der Zugang zum Vorbereitungsdienst ggf. von einer zusätzlichen Einstiegsprüfung abhängig gemacht werden müsste. Damit verbunden ist die weitergehende Frage, inwiefern die Abschlüsse insgesamt künftig noch uneingeschränkt bundesweit anerkannt würden:

Sollten sich die Überlegungen realisieren, vom Bild des bisherigen „Allgemeinjuristen“ auf berufsspezifischen Ausbildungsgängen für Anwälte, Richter, Verwaltungsjuristen umzustellen, ließe sich letztlich die bundeseinheitliche Ausbildungsregelung im Deutschen Richtergesetz nicht dauerhaft aufrecht erhalten. Berücksichtigt man zusätzlich die in der Föderalismusdiskussion klar erklärte Absicht der Länder, die Bildungskompetenzen insgesamt in Landesrecht zu überführen und dem Bund auch das Hochschulrahmenrecht zu entziehen, würde auch von der universitären Ebene her nicht mehr sichergestellt werden können, dass die Hochschulabschlüsse automatisch bundesweit Anerkennung fänden. Diese Entwicklung wäre in vielerlei Hinsicht nicht sinnvoll, sie würde insbesondere aber dazu führen, dass die gerade von jungen Menschen, die am Anfang des Berufsweges stehen, generell geforderte Mobilität über Landesgrenzen hinaus nicht mehr gewährleistet wäre.

5. Vorbehaltlich einer endgültigen Meinungsbildung sprechen nach Auffassung des dbb mehr Argumente für die Beibehaltung der bisherigen allgemeinjuristischen Ausbildung als für die Trennung in frühzeitig berufsspezialisierende Ausbildungsgänge. Dem Vorteil einer frühzeitig berufsqualifizierenden Ausbildung steht der Nachteil einer nur eingeschränkten fachlichen Mobilität gegenüber. Die Beschränkung auf bestimmte „Berufsbilder“ führt sehr früh-

zeitig - nicht notwendiger Weise rechtlich, sicher aber faktisch - zu einer Beschränkung der späteren Berufsmöglichkeiten. Während die heutige Juristenausbildung es zulässt, in allen juristischen Berufen tätig zu werden und - was in der Praxis auch nicht selten vorkommt - im Laufe des Berufslebens zwischen diesen Berufen auch zu wechseln, führt die Beschränkung auf den Anwalt, den Richter oder den Verwaltungsjuristen zu einer Verengung der beruflichen Perspektiven. Damit werden Entwicklungen gefördert, die auch in anderen Studiengängen, etwa bei Lehrämtern oder Ingenieuren, immer wieder eingetreten sind, bei denen regelmäßig Zyklen zwischen Überangebot und Mangelsituation eingetreten sind. Die Breite des Verwendungsfeldes des Allgemeinjuristen hat diese zyklische Bewegung immer wieder gedämpft. Parallel hierzu hat die Ausbildung auch, wie die Justizministerkonferenz zurecht feststellt, die Grundlage geschaffen, um sich schnell in die verschiedensten Aufgabengebiete und Fachrichtungen einzuarbeiten.

Auf dieses Qualitätsmerkmal der deutschen Juristenausbildung hat im Zuge der Beratung des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung auch der federführende Rechtsausschuss in der Begründung seiner Beschlussempfehlung und seines Berichts vom 20.03.2002 (BT-Drs. 14/8629) sein Augenmerk gelegt:

„Durch die Reformkonzeption wird auch in Zukunft die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Sparten gewährleistet. Die Beibehaltung der Ausbildung zum Einheitsjuristen sichert diese wünschenswerte Durchlässigkeit.“

6. Problematisch ist auch das Verhältnis zwischen der bisherigen Fachhochschulausbildung, etwa für Rechtspfleger, und dem künftigen Bachelor-Abschluss. Der Bachelor-Abschluss soll, so die Definition, sich in seinen Strukturen von dem Fachhochschulabschluss deutlich absetzen. Dabei ist völlig unklar, wie dieses „absetzen“ praktisch aussehen soll.

Zu den Fragen im Einzelnen:

1. Befürworten Sie die Einführung des **Bachelor-/Master-Systems** für die deutsche Juristenausbildung? Warum?

Gründe dafür bzw. dagegen:

Aus den vorangestellten Erwägungen ergibt sich die ablehnende Haltung des dbb. Diese sind in Kurzfassung:

- *die - anders als im naturwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Bereich - fehlende internationale Verwendbarkeit einer auf die nationalen Gegebenheiten (nationale Rechtsordnung) zugeschnittenen Ausbildung*
- *fehlende(s) Berufsbild(er) für und nicht erkennbarer Bedarf an Bachelor-Absolventen und daraus resultierende (verfassungs-)rechtliche Bedenken*
- *Friktionen im Verhältnis zu bestehenden nicht-volljuristischen (Fachhochschul-) Ausbildungen*
- *Verlängerung der Ausbildungsdauer zum Volljuristen*
- *Einschränkung der Mobilität der Referendare, wenn die Festlegung der Rahmenbedingungen der volljuristischen Ausbildung aus dem deutschen*

Richtergesetz herausgelöst werden und ggf. die Hochschulrahmenkompetenz des Bundes entfällt

- *Verengung der beruflichen Perspektiven der Volljuristen bei Ausbildung in Sparten und damit einhergehender Abkehr vom „Einheitsjuristen“.*

2. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines dreijährigen Bachelor-Studiums?

Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten?

Sollen alle Kernfächer Gegenstand des Studiums sein?

Sollen einige Kernfächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?

Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?

Sollte tatsächlich ein dreijähriges Bachelor-Studium eingeführt werden, so ist zu befürchten, dass für eine über die bloße Wissensvermittlung hinausgehende Vertiefung kein Raum bleibt. Ebenso erscheint fraglich, ob an allen Kernfächern als Studiumsgegenstand festgehalten werden kann.

3. Soll es eine **Reglementierung** des Bachelor of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen? -

(Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach dem Bologna-Konzept Studiengänge zu akkreditieren sind; hierfür sollen in Deutschland besondere Akkreditierungs-Agenturen eingeschaltet werden; im Falle einer Reglementierung müssten diesen Agenturen entsprechende Vorgaben gemacht werden.)

Ein Bachelor of Law-Studium wird binnen drei Jahren nur zu einer eingeschränkten juristischen Qualifikation führen können (s. Antwort 2). Wie dann die - wünschenswerte - Abgrenzung zu den genannten Studiengängen, die ebenfalls zu einer eingeschränkten juristischen Qualifikation führen, gestaltet werden könnte, erscheint mehr als fraglich.

4. Welche **Prüfungsinhalte** sollen zum Erwerb des Bachelor-Grades vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ?

- im Zivilrecht ?
- im Strafrecht ?
- im öffentlichen Recht ?
- weitere?

An erster Stelle steht hier die ungelöste Frage des späteren Berufsbildes. Zu bedenken ist, dass fraglich erscheint, wie in dem begrenzten Zeitrahmen alle drei Kernbereiche abgeprüft werden könnten.

5. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines Bachelor-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten?

Wenn ja, welche und in welchem Umfang? Würden sie auch für bis zu 75 % der Absolventinnen und Absolventen eines Jurastudiums ausreichen?

Wenn nein, welche weitere Qualifikation wäre erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

Unmittelbare und vor allem für Bachelor-Absolventen originäre Berufsmöglichkeiten sind nicht ersichtlich.

6. Soll den Inhabern eines Bachelor-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Bedenken ergeben sich zum einen aus der „Konkurrenz“ zur Anwaltschaft und zum anderen im Hinblick auf die Qualität der Rechtsberatung nach einem nur dreijährigen Bachelor-Studium.

7. Welche Anforderungen sollen an die Zulassung zum Master-Studium gestellt werden? Hier kommen in Betracht:

- nur bestimmte Bachelor-Studiengänge (z.B. allgemeiner Bachelor of law, vgl. oben 3) qualifizieren
- eine bestimmte Abschlussnote muss erreicht werden
- die Universität des Master-Studienganges wählt aus
- es gibt eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung
- weitere Vorschläge?

Hier ergeben sich die gravierendsten Bedenken gegenüber der Einführung des Bachelor-Master-Systems, weil an dieser Stelle ca. 70-80% der Bachelorabsolventen der Zugang zum Masterstudium verwehrt werden soll.

8. Soll es eine Reglementierung des Master of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen? - zur Problematik der Akkreditierung vgl. o. 3 -

Eine Abgrenzung zu anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen erscheint erforderlich, um sicherzustellen, dass der Master of laws die nötigen juristischen Qualifikationen für den späteren Zugang zu den reglementierten juristischen Berufen vermittelt.

9. Welche Erwartungen haben Sie an die **Inhalte** eines ein- oder zweijährigen **Master-Studiums**?

Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten?

Sollen alle Fächer Gegenstand des Studiums sein?

Sollen einige Fächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?

Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?

Soll das Studium auf bestimmte Berufsfelder ausgerichtet sein (z.B. Master-of-law "Justiz", Master-of-law "Anwalt" usw.)?

Das Masterstudium sollte nicht auf bestimmte Berufsfelder (Spartenbildung) ausgerichtet sein; das Festhalten am bewährten Bild des „Einheitsjuristen“ setzt zwingend voraus, alle Fächer zum Studiumsgegenstand zu machen und auf eine wissenschaftliche Vertiefung und die Vermittlung methodischer Fertigkeiten nicht zu verzichten.

10. Welche **Prüfungsinhalte** sollen zum Erwerb des **Master-Grades** vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ?

- im Zivilrecht ?
- im Strafrecht ?
- im öffentlichen Recht ?
- weitere?
- Soll eine wissenschaftliche Arbeit als Prüfungsleistung gefordert werden?

Die Ausbildung zum „Einheitsjuristen“ setzt voraus, dass die 3 genannten Kernbereiche nicht nur Studienhalt (s. Antwort 9) sondern auch Prüfungsinhalt sind.

11. Welche **beruflichen Perspektiven** sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines **Master-Studiums**? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten - wenn ja welche? Welche weitere Qualifikation ist erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

Es ist zu erwarten, dass Master-Absolventen in etwa die gleichen beruflichen Perspektiven wie die heutigen (einfachen) Juristen haben.

12. Soll den Inhabern eines **Master-Grades** der Zugang zum **Rechtsberatungsmarkt** eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Jedenfalls ist dafür Sorge zu tragen, dass die Qualität der Rechtsberatung nicht gemindert wird.

13. Soll die **praktische Ausbildung** (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe (Rechtsanwalt, Notar, Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsdienst) weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der o.a. Grade durchgeführt werden?

Ja, denn wegen der Tragweite der Entscheidungen in den reglementierten juristischen Berufen erscheint eine Beibehaltung der praktischen Ausbildung im Anschluss an das Studium zwingend.

14. Soll die praktische Ausbildung in einem **staatlichen Vorbereitungsdienst** stattfinden ?

Aus den gleichen Erwägungen wie in Antwort 14 ergibt sich das Festhalten am staatlichen Vorbereitungsdienst.

15. Soll die praktische Ausbildung **einheitlich** (Einheitsjurist) oder nach **Berufssparten** getrennt stattfinden ?

An der bewährten Ausbildung zum „Einheitsjuristen“ sollte festgehalten werden.

16. Welche Art von **Spartenausbildung** befürworten Sie ggf.?

17. Wer soll ggf. die **Kosten** einer praktischen Spartenausbildung (einschließlich einer evt. Unterhaltsbeihilfe o.dgl.) übernehmen?

18. Unabhängig von der Organisation der praktischen Ausbildung: Welche **Voraussetzungen** sollen für die **Zulassung** hierzu erforderlich sein? Hier kommen in Betracht (alternativ oder kumulativ):

- einheitliche staatliche Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) für jede praktische Ausbildung
- spartenbezogene Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) durch die für die praktische Ausbildung zuständige Organisation (also z.B. Staat für die Sparten "Justiz" und "Verwaltung", Rechtsanwaltskammern für die Sparte "Anwalt" in Organisation der Anwaltschaft)
- Auswahl nach Ergebnis (Abschlussnote) des Master-Abschlusses
- Wartezeit nach Erwerb des Master-Abschlusses
- Beschränkung auf bestimmte Inhalte des Master-Studiums
- Zulassung nur bei Vorhandensein eines Ausbildungsplatzes
- Weitere Vorschläge?

Wenn das Studium durch die Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse nicht mehr mit einer (heute überwiegend) staatlichen Prüfung sondern mit einer reinen Hochschulprüfung abgeschlossen wird, erscheint eine zusätzliche, staatliche Ein-

gangsprüfung unerlässlich. Dafür spricht auch die neue Modularisierung der Studieninhalte und die damit einhergehenden studienbegleitenden Prüfungen.

Eine zusätzliche, staatliche Eingangsprüfung einschließlich der dafür erforderlichen Vorbereitungszeit allerdings würde die Ausbildung insgesamt zusätzlich verlängern.

19. Soll Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe bzw. zu einer entsprechenden Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung, s.o. 18) auch erhalten, wer in einem **fächerübergreifenden Studiengang** mit juristischen Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) einen **Master-Abschluss**

- an einer **Universität** oder
- an einer **Fachhochschule**

erworben hat?

Ein fächerübergreifendes Master-Studium mit juristischem Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) bietet keine ausreichende Gewähr dafür, dass der Absolvent über ausreichende Kenntnisse für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst für reglementierte juristische Berufe aufweist.

20. Sollen auch Absolventinnen und Absolventen von **ausländischen universitären juristischen Studiengängen Zugang zur praktischen Ausbildung** für reglementierte juristische Berufe erhalten? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen (s. sog. Morgenbesser-Entscheidung des EuGH vom 13.11.2003).

Jedenfalls muss sichergestellt sein, dass die Qualifikation der ausländischen Bewerber nicht hinter der der deutschen Bewerber zurückbleibt. Wenn in Deutschland der Zugang zum Vorbereitungsdienst von einer staatlichen Eingangsprüfung abhängig gemacht wird (s. Antwort 18), dann muss dieses Erfordernis auch auf ausländische Bewerber angewendet werden.

21. Soll **Zugang zu einem reglementierten juristischen Beruf** (z.B. Richter) auch erhalten, wer eine **Spartenausbildung zu einem anderen reglementierten Beruf** (z.B. Rechtsanwalt) absolviert hat? Wenn ja, ggf. unter welchen weiteren Voraussetzungen?

Die Ausbildung in Sparten begegnet den o.g. Bedenken(s. Antwort 1) und damit auch der Zugang zu einem anderen reglementierten juristischen Beruf für „Spartenabsolventen“.

22. Soll Zugang zu einem **universitären Master-Studium** erhalten, wer

- an einer **allgemeinen Fachhochschule** in einem **fächerübergreifenden Studiengang** mit juristischem Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht)

- an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst (zz. Diplom-Verwaltungswirte, -Rechtspfleger, -Finanzwirte)

einen Bachelor-Grad erworben hat, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Wenn das Masterstudium in - die mit großen Vorbehalten zu sehenden - Sparten aufgeteilt wird, dann erscheint für Bachelor-Absolventen an Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes ein Zugang zu einem Masterstudiengang „Verwaltung“ denkbar.

23. Gibt es weitere **juristische Hilfsberufe**, denen der Zugang zu diesem Ausbildungssystem, also zum Master-Studium oder zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe, eröffnet werden soll, ggf. unter welchen Voraussetzungen ?

Der Zugang zum Master-Studium sollte zwingend den Erwerb des Bachelor-Abschlusses voraussetzen, der Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe den Master-Abschluss.

24. Sehen Sie die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen juristischen Bachelor-Studiengangs mit erstem berufsqualifizierendem Abschluss nach drei Jahren zu einer **Verdrängung** etablierter juristischer Hilfsberufe führen könnte? Wie schätzen Sie dies ein im Verhältnis zu

- Volljuristen mit schwächeren Examina, die bisher etwa in der Wirtschaft als „Assistenten“ oder Sachbearbeiter beschäftigt werden
- Juristen mit erster juristischer Staatsprüfung (- dito -)
- Sachbearbeitern in Wirtschaft und Verwaltung
- Fachhochschul-Absolventen mit juristischem Bezug (z.B. Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH))
- Rechtspfliegern, Diplom-Verwaltungswirten, Diplom-Finanzwirten
- Amtsanwälten
- Gerichtsvollziehern
- Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten

Die Gefahr der Verdrängung ergibt sich aus dem fehlenden, originär auf Bachelor-Absolventen zugeschnittenen Berufsbild.

25. Befürworter des Bachelor-/Master-Systems stellen die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen in den Vordergrund. Halten Sie diese Gründe für

- zutreffend (Begründung?)
- unzutreffend (Begründung?)
- nicht einschlägig

Durch die unterschiedlichen Rechtssysteme und die nationalstaatliche Ausprägung der einzelnen Rechtsordnungen sind diese Gründe - anders als etwa in den Naturwissenschaften - für die juristische Ausbildung nicht einschlägig.

26. Ist Ihrer Meinung nach die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen hinreichend? Genügen die hierfür derzeit bestehenden Anreize? Wenn nein, welche Verbesserungen sind ggf. erforderlich? Könnten sie in einem Bachelor-/Master-System besser erreicht werden?

Auch ein Bachelor-Master-System steht vornehmlich vor der Aufgabe, den Studierenden die nationale Rechtsordnung zu vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Schönwald
Geschäftsbereichsleiter Grundsatz

DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Vorab per Mail johannes.riedel@jm.nrw.de

Herrn

Johannes Riedel

Justizministerium der Landes

Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Bearbeitet von / E-Mail
Dr. Jürgen Möllering
moellering.juergen@berlin.dihk.de

Telefon
(030) 20308 - 2700

Telefax
(030) 20308 - 2777

Berlin, 19. Januar 2005
JM/had

Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung
Aktenzeichen: 3131 - V.35/Sdb. 11

Sehr geehrter Herr Riedel,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der DIHK gehört zu den Befürwortern des Bologna Prozesses zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums und der Einführung nationaler Studiengänge, die dem Bachelor und dem Master vergleichbar sind. Der Grund liegt auf der Hand: Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft verlangt auch von deutschen Unternehmen eine Personalpolitik im akademischen Bereich, die auf internationale Einsatzbarkeit ausgerichtet ist. Dazu sind international vergleichbare Studiengänge eine unabdingbare Voraussetzung.

Auch in den meisten Unternehmen ist diese Erkenntnis bereits vorhanden. So zeigt eine im September 2004 im Rahmen des IHK-Jahresthemas „Innovation“ erschienene gemeinsame Studie der IHK und der Handwerkskammer Berlin sowie der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (siehe **Anlage**), dass sich der Informationsstand zu den oben genannten Abschlüssen gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert hat. Bereits ein Fünftel der befragten Unternehmen beschäftigt Mitarbeiter mit Master-Abschluss; bei den Bachelor-Abschlüssen sind es 13 %. Sogar 54 % der Unternehmen können sich vorstellen, sowohl Mitarbeiter mit Master-Abschluss als auch solche mit Bachelor-Abschluss zu beschäftigen. Nur 7 % bzw. 5 % können sich das überhaupt nicht vorstellen. Die Aufstiegschancen im Unternehmen für Personen mit den genannten Abschlüssen werden allgemein als sehr gut angesehen.

Vor diesem Hintergrund wie auch angesichts der Tatsache, dass heute schon der „Master“ auf den Briefköpfen der großen Anwaltskanzleien keineswegs mehr eine Seltenheit ist, verwundert es, dass die Erhebung, die der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zu den vom Ausschuss

zur Koordinierung der Juristenausbildung gestellten Fragen durchgeführt hat, im Großen und Ganzen doch eher eine negative Einstellung in den Unternehmen in Bezug auf den juristischen Abschluss Bachelor oder Master offenbart. Die Ergebnisse sind allerdings nicht einheitlich.

Die Fragen wurden an ein turnusmäßig bestimmtes Sample von 7 Handelskammern unterschiedlicher Größe gestellt, die wiederum ihrerseits ihre Mitglieder befragt haben. Uns liegen Antworten von 5 IHKs vor. Über deren Erhebungsmethode ist uns nur bekannt, dass in einem Falle die Mitglieder des Rechtsausschusses befragt wurden. In einem anderen Falle (Berlin) wurde auch auf die Befragung im Rahmen der oben bereits erwähnten Studie zurückgegriffen. Diese war an insgesamt 1.400 Unternehmen gerichtet, von denen 10 % geantwortet haben.

Bei der Auswertung der Ergebnisse ist sicher zu berücksichtigen, dass die Antworten zu einem großen Teil aus den Rechtsabteilungen der Unternehmen stammen.

Zu den einzelnen Fragen:

Frage 1:

Die Einführung eines Bachelor/Master-Systems für die deutsche Juristenausbildung wird überwiegend abgelehnt. Dies wird wie folgt begründet:

Hauptgrund: Das Ziel, durch eine Kompatibilität mit ausländischen Studiengängen mehr Mobilität zu schaffen, ist wegen der überwiegend national geprägten Lehrinhalte nicht erreichbar.

Die deutsche Jurisprudenz ist durch eine stärkere dogmatische Strenge geprägt, als dies in anderen Rechtsordnungen der Fall ist. Das erfordert eine spezifisch ausgerichtete Ausbildung.

Die Sprachbarriere ist bei Juristen von besonderer Bedeutung: Da es bei der Auslegung von Gesetzen und bei der Formulierung von Verträgen auf kleinste Sprachnuancen ankommt, wird bezweifelt, dass eine solche Sprachfertigkeit in einer Fremdsprache im Rahmen eines Bachelor-Studiums erworben werden kann.

Es sind keine Berufsfelder ersichtlich, für die ein Bachelor-Abschluss berufsqualifizierend wirken könnte, wenn gleichzeitig das Niveau der Rechtsdienstleistungen gehalten werden soll (vgl. auch Fragen 5 und 6).

Wenn der Bachelor zum Regelabschluss wird und nur eine Minderheit sich mit dem Master-Studiengang weiter qualifizieren kann, werden dem Markt in absehbarer Zeit nicht mehr genügend qualifizierte Juristen zur Verfügung stehen.

Das Bachelor/Master-Studium würde die hervorragende deutsche Juristenausbildung gefährden. Für die Ausübung eines spezifischen juristischen Berufs ist ein Studium auf wissenschaftlicher Grundlage erforderlich. Sechs Semester sind dafür zu knapp bemessen.

Die Unternehmen, von denen uns Antworten vorliegen, können sich daher ganz überwiegend nicht vorstellen, Absolventen eines Bachelor- oder Master-Studiums für klassische juristische Tätigkeiten einzustellen. Ausnahmen will man eventuell bei Spezialtätigkeiten – beispielsweise in einer Versicherung als Schadensjurist – gelten lassen.

Aber es gibt auch andere Einschätzungen:

Juristentätigkeit setzt heute mehr soziale und allgemein interdisziplinäre Kompetenz voraus, die in den Bachelor- und Master-Studiengängen besser vermittelt wird.

Auch der stärkere Berufs- und Praxisbezug der neuen Studiengänge – etwa durch integrierte Praktika – ist sinnvoll.

Ein international anerkannter Abschluss eröffnet weitaus größere Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt.

Das Bachelor-Studium ermöglicht eine Verkürzung der deutlich zu langen deutschen Juristenausbildung.

Frage 2:

Eine selbständige juristische Tätigkeit erfordert das Erlernen einer bestimmten Methodik sowie die Kenntnis grundlegender Zusammenhänge zwischen verschiedenen Rechtsgebieten (z. B. Zivilrecht und Verfassungsrecht). Die Einübung dieser Systematik gestaltet sich aufwändiger als eine bloße Wissensvermittlung. Insofern erscheint es als fraglich, ob drei Jahre ausreichen, um eine tragfähige berufliche Qualifikation zu vermitteln. Dies gilt umso mehr, als in den drei Jahren sowohl theoretische als auch praktische Ausbildungsinhalte abgedeckt werden müssen.

Da eine berufliche Befähigung auf konkrete Tätigkeitsbilder zielen muss, wäre die Chance auf eine sachgerechte Tiefe der Ausbildung, wenn überhaupt, nur bei frühzeitiger Spezialisierung gegeben. Die entsprechende Spezialisierung auf ein Berufsbild wäre - unnötigerweise - auch von Studenten zu absolvieren, die noch ein Master-Studium anschließen wollen (vgl. Frage 11). Ein solcher Aufbau erscheint nicht sinnvoll und wäre durch ein noch auszuarbeitendes Konzept zu vermeiden. Die Alternative wäre: Bachelor = Grundstudium, Master = Aufbaustudium mit wissenschaftlicher Vertiefung und Möglichkeit der Spezialisierung.

Da die beruflichen Perspektiven der Bachelors vorrangig im Bereich der Wirtschaft liegen werden (vgl. Frage 5), sollten die Kernfächer Zivilrecht und Öffentliches Recht im Vordergrund stehen. Da das Strafrecht einen in sich geschlossenen Bereich darstellt und keine eigenständige Methodik erfordert, könnte es aus zeitlichen Erwägungen knapp behandelt werden.

Eine wissenschaftliche Vertiefung ist sicher wünschenswert. Angesichts der knappen Studiendauer und des vorrangigen Ziels der Berufsqualifizierung wird sie allerdings allenfalls punktuell erfolgen können. Gefordert werden sollte zumindest die einsemestrige Teilnahme an einem Veranstaltungstypus, der mit den bisherigen Seminaren vergleichbar ist.

Sichergestellt werden muss, dass die Bachelor- und Master-Examen von allen Universitäten auf vergleichbarem Niveau abgenommen werden. Es wird bezweifelt, dass sich dies bei der Unabhängigkeit der Universitäten erzielen lässt (schlechte Erfahrungen mit Master-Examen im Bereich der Betriebswirtschaft).

Frage 3:

Eine Reglementierung über den grundsätzlichen Inhalt wird ganz allgemein verlangt. Dies erhöht auch die Akzeptanz in der Wirtschaft, da Qualitätsstandards gesetzt werden und Missbrauch verhindert wird.

Eine Abgrenzung von anderen Studiengängen ist derzeit nicht möglich, da deren Konzeption noch nicht bekannt ist. Die Arbeitstitel, z. B. „Wirtschaft und Recht“, deuten darauf hin, dass es neben dem Bachelor of Laws Angebote geben soll, die neben juristischen Themen im Schwerpunkt auch andere Inhalte (z. B. Betriebswirtschaftslehre) umfassen.

Ein wichtiger Unterschied müsste darin liegen, dass der Bachelor sich ganz überwiegend Rechtsthemen widmet. Zudem wäre darauf zu achten, dass er mit der Methodik der Rechtsauslegung und -anwendung hinreichend vertraut ist. Querverbindungen zwischen verschiedenen wichtigen Rechtsgebieten, z. B. Zivilrecht und Verfassungsrecht, müsste er in Grundzügen erkennen und berücksichtigen können.

Frage 4:

Die Frage ist derzeit noch schwer zu beantworten, weil nicht deutlich ist, worin der berufsqualifizierende Aspekt des Bachelors liegen soll. Das Studium der Grundlagenfächer (Zivilrecht, Strafrecht, öffentliches Recht, Verfahrensrecht) wird allerdings auf jeden Fall unverzichtbar sein. Der Lernstoff sollte vom Theorienstreit entlastet werden. Die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung in einem Kernfach erscheint sinnvoll. Daneben sollten auch Wahlfächer angeboten werden.

Für die Prüfungen wird ein Abschichtungsverfahren vorgeschlagen.

Frage 5:

Die beruflichen Perspektiven werden unterschiedlich beurteilt.

Vorherrschend ist die skeptische Sicht: Wenn der unmittelbare Einstieg ins Berufsleben ermöglicht werden soll, kann es sich nur um einfacher gelagerte juristische Tätigkeiten handeln. Eine Versorgung von bis zu 75 % der Absolventen scheint in diesem Bereich nicht möglich, zumal sich eine Konkurrenz zu fachfremden Einsteigern ergeben dürfte (vgl. etwa die Lockerung des Rechtsberatungsgesetzes). Anders gesagt: Wenn eine nur dreijährige juristische Ausbildung für 75 % der Absolventen ausreichen soll, müssten heute 75 % der Volljuristen für ihre konkrete Tätigkeit überqualifiziert sein.

Die frühzeitige Spezialisierung engt den Markt für die Absolventen weiter ein. Wenn überhaupt, werden berufliche Aussichten eher für die Tätigkeiten gesehen, die auch heute schon nicht unbedingt von Volljuristen wahrgenommen werden.

Teilweise werden die Chancen jedoch durchaus besser beurteilt. Die Mehrheit der Bachelors wird allerdings auch nach dieser Beurteilung eher im kaufmännischen Bereich – nicht in den klassischen Rechtsberufen – eine Anstellung finden. Es wären dabei auf jeden Fall Grundkenntnisse in der Betriebswirtschaftslehre und im Steuerrecht nützlich. Des Weiteren sollten die Bachelors in der Lage sein, auch unbekannte Rechtsmaterien aufgrund methodischer Fähigkeiten selbständig zu erschließen.

Frage 6:

Überwiegend wird die Frage mit „Nein“ beantwortet. Zumindest der Anwaltsberuf sollte nicht ergriffen werden können. Eine ausreichende Sicherheit in der selbständigen Bearbeitung unterschiedlicher Fallgestaltungen sei angesichts der Kürze der Ausbildung nicht zu erwarten. Dabei wird auch darauf hingewiesen, dass es schwer werden dürfte, für die Absolventen der genannten Studiengänge Vermögenshaftpflichtversicherungen abzuschließen.

Man kann sich vorstellen, dass Bachelors oder Masters als juristisch geschulte Mitarbeiter bei Anwälten, Gerichten oder in der Verwaltung eingesetzt werden könnten. Die entsprechenden Berufsbilder müssen aber erst noch geschaffen werden.

In anderen Stellungnahmen wird die Betätigung als Anwalt als möglich erachtet, allerdings von einem zusätzlichen juristischen Vorbereitungsdienst abhängig gemacht.

Frage 7:

Die tiefer gehende Bearbeitung der Frage scheitert daran, dass noch nicht deutlich ist, zu welchen beruflichen Tätigkeiten der Master-Abschluss befähigen soll. Überwiegend wird wohl eine Beschränkung des Zugangs zum Master-Studium für richtig gehalten. Sonst würde jeder Bachelor, der keine Anstellung findet, einen Master-Abschluss anstreben. Eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung wird von einigen für sinnvoll erachtet, von anderen strikt abgelehnt. Die ablehnenden Stimmen empfehlen stattdessen, die Abschlussnote beim Bachelor-Examen zum Zulassungskriterium zu machen oder die Universitäten eine Auswahl treffen zu lassen. Letzteres würde den Wettbewerb unter den Universitäten fördern.

Frage 8

Grundsätzlich sollte das Master-Studium breiter angelegt sein als der Bachelor. Dies umfasst die Vermittlung methodischer Fähigkeiten als maßgeblichen Schwerpunkt. Es sollte eine fächerübergreifende Bandbreite an Lerninhalten mit entsprechenden Wahlmöglichkeiten angeboten werden. Eine Ausrichtung auf bestimmte Berufsfelder wird zwar teilweise auch kritisch beurteilt, da dies den Markt für die Absolventen ebenso wie den Erwerb sparten-übergreifender Qualifikationen unnötig einengt (Bsp.: Master „Justiz“ bei einem Einstellungstopp der Länder). Überwiegend wird die Möglichkeit der Spezialisierung aber – insbesondere angesichts der kurzen Studiendauer – befürwortet.

Frage 9:

Siehe Frage 8.

Frage 10:

Siehe Frage 8.

Die Frage, ob eine wissenschaftliche Arbeit als Prüfungsleistung gefordert werden soll, wird überwiegend bejaht. Es wird aber auch die Ansicht vertreten, dass eine solche Arbeit nur fakultativ sein sollte.

Frage 11:

Da die Master-Absolventen stärker qualifiziert sind, werden sie die Bachelors wahrscheinlich aus zahlreichen Beratungsfunktionen verdrängen. Die Perspektiven der erfolgreichen Master-Absolventen dürften deshalb insgesamt günstiger sein als diejenigen der Bachelors. Insbesondere dem Master mit zivilrechtlicher Ausrichtung wird eine gute Chance bei den Unternehmen eingeräumt. Auch er soll allerdings nur als weisungsgebundener Mitarbeiter einsetzbar sein.

Eine eigenständige juristische Tätigkeit wird durchweg nur nach Absolvierung einer praktischen Ausbildung (ähnlich Referendariat) für möglich erachtet.

Frage 12:

Grundsätzlich ja – vor allem in dem Gebiet der Spezialisierung. Dies muss sich nicht zwangsläufig auf die Vertretungsbefugnis vor Gericht erstrecken. Überwiegend wird zusätzlich eine praktische Ausbildung verlangt.

Frage 13:

Für Rechtsanwälte, Richter, Notare, Staatsanwälte soll die praktische Ausbildung (Referendariat) beibehalten werden. Beim höheren Verwaltungsdienst wird der Master-Abschluss – ggf. sogar der Bachelorabschluss – als ausreichend angesehen.

Frage 14:

Dies erscheint nicht zwingend erforderlich. Das duale System der Berufsausbildung zeigt, dass sich auch außerhalb des staatlichen Dienstes aussagefähige Ergebnisse erzielen lassen. Die praktische Ausbildung für den Anwaltsberuf könnte z.B. von der Rechtsanwaltskammer administriert werden. Angesichts der hohen wirtschaftlichen Bedeutung einer funktionierenden Rechtspflege darf es jedoch nicht dazu kommen, dass sich der Staat aus der Juristenausbildung zurückzieht.

Frage 15:

Das Modell des Einheitsjuristen bietet zwar den Vorteil leichter Übergänge zwischen den juristischen Berufen. Da die Bologna-Kriterien jedoch eine frühzeitige Spezialisierung fördern, wäre es ein Systembruch, im letzten Schritt, der nur von einigen wenigen gewählt werden kann, zum Konzept des Generalisten zurückzukehren. Ganz überwiegend wird daher eine praktische Ausbildung getrennt nach Berufssparten favorisiert.

Frage 16:

Gefordert werden wenigstens getrennte Ausbildungen für den Richter- und den Anwaltsberuf. Teilweise wird weitergehend verlangt, dass jeder reglementierte Beruf (Richter, Staatsanwalt usw.) nach dem konkreten Bedarf in einer eigenen Sparte praktisch ausgebildet werden soll.

Frage 17:

Denkbar wäre eine Ausbildungsvergütung durch die ausbildende Stelle, eventuell ergänzt durch staatliche Zuschüsse. Eine Verbeamtung ist nicht erforderlich.

Frage 18:

Wenn die Bologna-Kriterien umgesetzt werden, sollte die Zulassung zur praktischen Ausbildung sich am Bedarf orientieren. Dabei wäre ein kombiniertes Auswahlssystem in Erwägung zu ziehen, bei dem ein bestimmter Prozentsatz der Kandidaten nach dem Ergebnis des Master-Abschlusses und ein anderer Prozentsatz nach Auswahl durch die Ausbildungsstelle zugelassen wird. Wartezeiten sollte es nicht geben, da das Durchschnittsalter der Absolventen dadurch zwangsläufig ansteigen würde.

Die Zulassung sollte nur bei Vorhandensein eines Ausbildungsplatzes erfolgen. Teilweise wird eine Eingangsprüfung verlangt, die sowohl von einem Master als auch von einem Bachelor abgelegt werden kann und muss.

Frage 19:

Die Antworten zu dieser Frage lassen keine Tendenz erkennen.

Frage 20:

Absolventen von ausländischen universitären juristischen Studiengängen sollten den Zugang zur praktischen Ausbildung erhalten. Bei einer europaweiten Vereinheitlichung der Studiengänge gelten hier die gleichen Voraussetzungen wie für Absolventen inländischer Studiengänge. Die an

ausländischen Universitäten erworbenen Fähigkeiten sind dank der Anwendung des Credit-Point-Systems transparent.

Zusätzlich wird allerdings in den meisten Stellungnahmen verlangt, dass ausreichende Sprachkenntnisse und Kenntnisse des deutschen Rechtssystems vorhanden sind. Diese sollen durch eine Eingangsprüfung nachgewiesen werden. Teils wird auch der Nachweis eines Ausbildungsplatzes verlangt.

Frage 21:

Die Flexibilität und Durchlässigkeit erscheint absolut wünschenswert. Sie lässt sich durch wechselseitige Anerkennung herstellen. Gegebenfalls müssen nachträglich Zusatzqualifikationen erworben werden. Teils wird ein Wechsel in einen reglementierten juristischen Beruf auch erst nach zwei- oder dreijähriger Erfahrung in der ursprünglichen Sparte und nach einem erfolgreichen Fachgespräch mit einem Vertreter des reglementierten Berufs für möglich erachtet.

Frage 22:

Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, für welche Berufe der Master qualifizieren soll. Vor diesem Hintergrund wäre ein detaillierter Vergleich der Fachhochschulhalte mit dem universitären Bachelor erforderlich. Zu fordern ist Vergleichbarkeit. Auch wäre daran zu denken, dass jede Universität über die Zulassungskriterien selbst entscheidet.

Frage 23:

Auch dies wird teilweise bei Vergleichbarkeit für möglich erachtet. Ganz überwiegend wird dieser Quereinstieg allerdings verneint.

Frage 24:

Die Gefahr wird überwiegend wohl gesehen. Damit könnte der Bachelor die bisherige duale Berufsausbildung in einigen etablierten Hilfsberufen verdrängen. Andererseits werden sich Personen, die bereits in Hilfsberufen tätig und erfahren sind, gegen die Bachelors durchsetzen können. Hier entscheidet letztlich der Wettbewerb, nach welcher Ausbildung der Arbeitsmarkt die besseren Einstiegs- und Entwicklungschancen bietet.

Ob eine Verdrängung stattfindet, wird auch maßgeblich von den Inhalten des Bachelor-Studiengangs abhängen.

Frage 25:

Wohl überwiegend wird dieses Argument als unzutreffend angesehen. Verwiesen wird dabei auf die bereits unter Ziff. 1 erwähnte nationale Determinierung der juristischen Berufe. Teilweise wird

aber auch die gegenteilige Auffassung vertreten. Insbesondere wird dabei auf das Credit-Point-System verwiesen, welches die internationalen Abschlüsse vergleichbar macht.

Frage 26:

Auch hierzu gibt es ausgesprochen divergierende Auffassungen:

Das deutsche System der Juristenausbildung ist im Ausland durchaus angesehen. Der Unterzeichner kann aus seiner eigenen – allerdings schon längere Zeit zurück liegenden - Erfahrung bestätigen, dass die systematische deutsche Juristenausbildung befähigt, sich relativ schnell auch in Auslandsrechtsfragen einzuarbeiten und im Vergleich mit internationaler Konkurrenz zu bestehen.

Dennoch erscheint eine stärkere internationale Orientierung der deutschen Juristenausbildung wünschenswert. Das hängt einmal damit zusammen, dass juristische Qualitäten sich international nur „verkaufen“ lassen, wenn sprachliche und interkulturelle Kompetenz hinzukommen. Es kann gefährlich sein, sich auf der unbestrittenen Qualität der deutschen Juristenausbildung auszuruhen, um später festzustellen, dass man den Zug verpasst hat. Tatsächlich mag gegenwärtig noch eine relativ kleine Minderheit von deutschen Juristen international tätig sein. Aber die macht bereits heute die interessanten und gut bezahlten Tätigkeiten.

Das Bachelor- und Masterstudium kann sicher dazu beitragen, dass Defizite in Bezug auf die internationale Einsetzbarkeit von deutschen Juristen behoben werden. Letztlich hängt das aber weniger von der englischen Benennung der Studiengänge als von den Inhalten ab.

Freundliche Grüße

Dr. Jürgen Möllering
Leiter des Bereichs Recht



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V.

Mit Bachelor und Master nach Europa

Erste internationale Veranstaltung zum Thema "Internationalisierung der Ausbildung"

Berlin, September 2004



INSTITUT FÜR PERSONALMANAGEMENT GMBH

1 Vorbemerkungen

1.1 Der Bologna-Prozess

In der „Erklärung von Bologna“ haben sich die europäischen Bildungsminister auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums verständigt. Dafür sollen bis zum Jahr 2010 alle nationalen Studiengänge mit „Bachelor“ und „Master“ vergleichbare Abschlüsse erhalten. An den deutschen Hochschulen wird dieses gestufte System das klassische Diplom ablösen. Die gleichzeitige Modularisierung der Studieninhalte und die Einführung des europäischen Punktesystems ECTS machen den „Bologna-Prozess“ zur grundlegendsten Studienreform der vergangenen 100 Jahre.

Die Bologna-Nachfolgekonferenz 2003 in Berlin hat gezeigt, dass sich dieser Umbauprozess in den einzelnen europäischen Ländern unterschiedlich schnell entwickelt. Während die skandinavischen Länder – wieder einmal – die Vorreiterrolle übernommen haben, kommt die Studienreform in Deutschland erst langsam in Gang: Laut Hochschulrektorenkonferenz¹ haben bis heute lediglich 14% aller grundständigen, aber bereits 60% aller weiterführenden Studiengänge einen Bachelor- bzw. Masterabschluss.

Der Bologna-Prozess stellt aber nicht nur die Hochschulen vor große Herausforderungen. Auch auf die Unternehmen kommen einschneidende Veränderungen zu: Die Personalbeschaffung muss sich auf die rasch wachsende Zahl von Bachelor-Absolventen einstellen, die Personalentwicklung muss Master-Studiengänge in unternehmensinterne Weiterbildungskonzepte integrieren.

Diese Reform wird nur dann Erfolg haben, wenn die privaten und öffentlichen Arbeitgeber die neuen Abschlüsse akzeptieren und die zukünftigen Absolventen schnell in das Beschäftigungssystem integrieren. In erster Linie geht es hier um den Bachelor, für den es im deutschen Hochschulsystem bisher kein Pendant gab. Reibungsloser dürfte die Integration des Master sein, denn der Master of Business Administration (MBA) ist seit geraumer Zeit eine – auch in Deutschland – anerkannte Qualifikation.

Akzeptanz aber setzt umfassende Information voraus. Die Informationsbeschaffung aber ist nicht allein eine Holschuld der Arbeitgeber. Gleichzeitig stellen sich viele Unternehmen die Frage, ob die Studiengänge den gestiegenen Qualitätsanforderungen genügen und ob auch wirklich immer das vermittelt wird, was für die Praxis relevant ist.

1.2 Die Unternehmensbefragung

Vor diesem Hintergrund führen die IHK Berlin, die Handwerkskammer Berlin und die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB) am 29.09.04 eine Informationsveranstaltung zu den neuen Abschlüssen durch. Im Vorfeld hat das IP Institut für Personalmanagement – im Auftrag von IHK, HWK und UVB – Berliner Unternehmen nach ihrem aktuellen Kenntnisstand zu den neuen Abschlüssen und den Erwartungen an die zukünftigen Absolventen befragt. 1.300 Unternehmen aller Branchen und Größenklassen wurden angeschrieben. 134 beteiligten sich an der Befragung. Das entspricht einer Rücklaufquote von 10,3%. (Noch) nicht befragt wurden die öffentlichen Arbeitgeber.

¹ www.hochschulkompass.de

Die folgenden Übersichten zeigen die Branchenverteilung und die Größenklassen der Unternehmen, die sich an der Befragung beteiligt hatten:

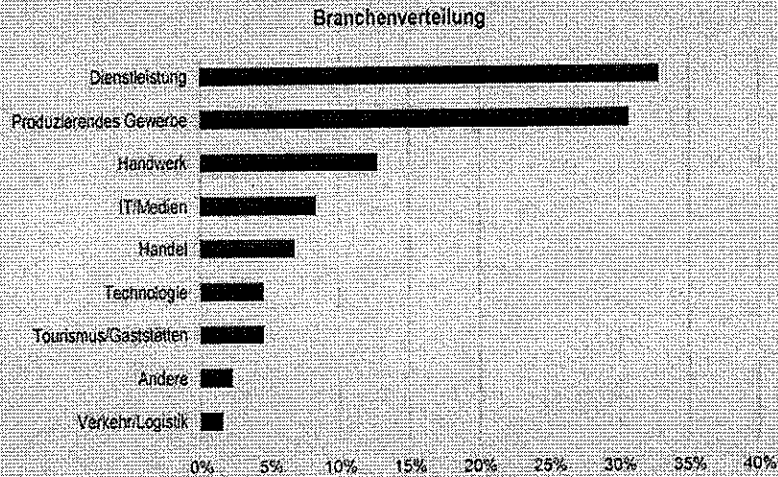


Abbildung 1 Branchenverteilung der an der Umfrage beteiligten Unternehmen

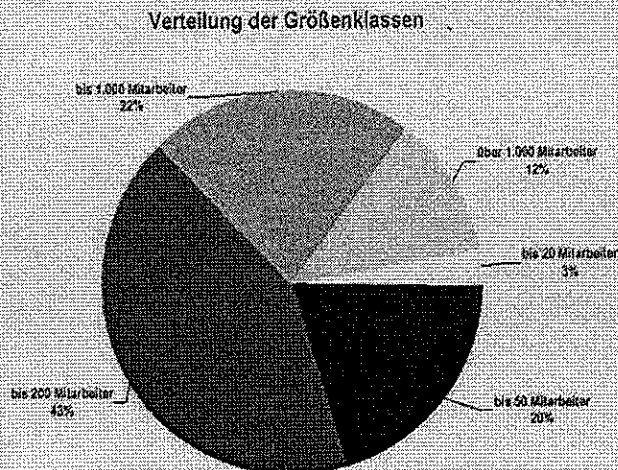


Abbildung 2 Größenklassen der beteiligten Unternehmen

Entspricht die Branchenverteilung weitgehend der Berliner Wirtschaftsstruktur, zeigt der Vergleich der Größenklassen aber ein deutliches Übergewicht größerer Unternehmen über 200 Mitarbeiter. Möglicherweise ist das aber auch schon ein Indiz dafür, dass sich die größeren Unternehmen eher mit dem Thema beschäftigen als kleinere Unternehmen. Vor diesem Hintergrund ist der mit 58% relativ hohe Anteil von international agierenden Unternehmen zu bewerten. In 68% der befragten Unternehmen beträgt der Akademikeranteil bis 30%, in jeweils 16% der Unternehmen arbeiten zwischen 30% und 60% bzw. über 60% Hochschulabsolventen.

2 Ergebnisse

2.1 Informationen

2.1.1 Informationsstand

Im Gegensatz zu früheren Unternehmensbefragungen² hat sich der Informationsstand zu den neuen Abschlüssen erheblich verbessert. Über die Hälfte der befragten Unternehmen ist allgemein über die Studienreform informiert. Das ist wenig verwunderlich, nimmt doch die - zum Teil nicht immer unkritische - Berichterstattung über Bachelor- und Masterabschlüsse in den Medien deutlich zu. Um aber Personalentscheidungen treffen zu können, sind wesentlich detaillierte Informationen über Inhalt und Qualität der neuen Studiengänge notwendig. Unternehmen, die angeben, bereits ausreichend informiert zu sein, finden sich fast ausschließlich in der Gruppe derjenigen, die bereits Bachelor beschäftigten und/ oder international tätig sind und so das Bachelor-Master-System kennen.

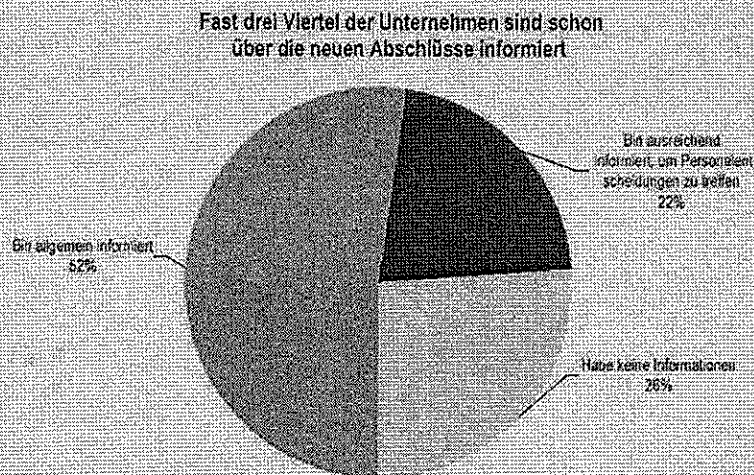


Abbildung 3: Informationsstand über die neuen Abschlüsse

Damit die - bereits jetzt auf den Arbeitsmarkt kommenden - Bachelor eine reale Wettbewerbschance gegenüber ihren Kommilitonen mit „klassischem“ Diplomabschluss haben, muss sich der Informationsstand bei den Personalverantwortlichen in den Unternehmen drastisch verbessern. Initiativen wie das Projekt „Bachelor welcome“ sind dafür der richtige Ansatz.

2.1.2 Informationsbedarf

Für eine zielgerichtete Informationskampagne ist es wichtig zu wissen, in welchen Themenfeldern bei den Unternehmen spezieller Informationsbedarf besteht. Dass dabei Studien- und Prüfungsinhalte eine wichtige Rolle spielen, ist unstrittig und ein wichtiger Hinweis auf die Relevanz des „Diploma Supplement“.

² DIHK 2003: Bachelor- und Masterstudiengänge: Beschäftigungsaussichten in der Wirtschaft

Interessant ist aber die Erkenntnis der Umfrage, dass in den Unternehmen offensichtlich auch Unsicherheit darüber besteht, wie und wo die neuen Absolventen eingesetzt werden können (→ Einstiegspositionen), welche Entwicklungsmöglichkeiten sie im Unternehmen haben sollten (→ Zielpositionen) und in welchem Umfang Einstiegsprogramme für Bachelor notwendig sind.

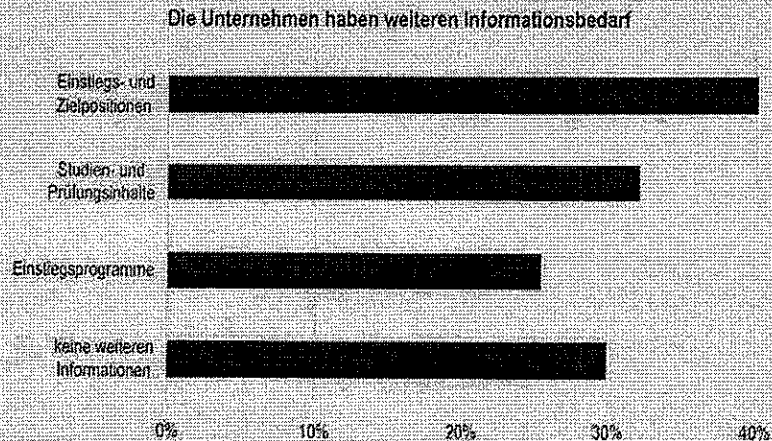


Abbildung 4 Informationsbedarf der befragten Unternehmen

2.2 Beschäftigungsaussichten für Bachelor

2.2.1 Einstellungsaussichten

Entgegen bisherigen Vermutungen sind die Beschäftigungsaussichten für Bachelor durchweg positiv. Bereits 13% der Unternehmen - vorzugsweise große und/ oder international tätige - beschäftigen bereits Bachelor. Weitere 54% der Unternehmen können sich vorstellen, Bachelor einzustellen, knapp ein Drittel ist unentschlossen und nur 5% der Unternehmen sagen heute, dass sie keine Bachelor einstellen werden. Eine verbesserte Informationslage dürfte die Einstellungsaussichten von Bachelor noch weiter erhöhen.

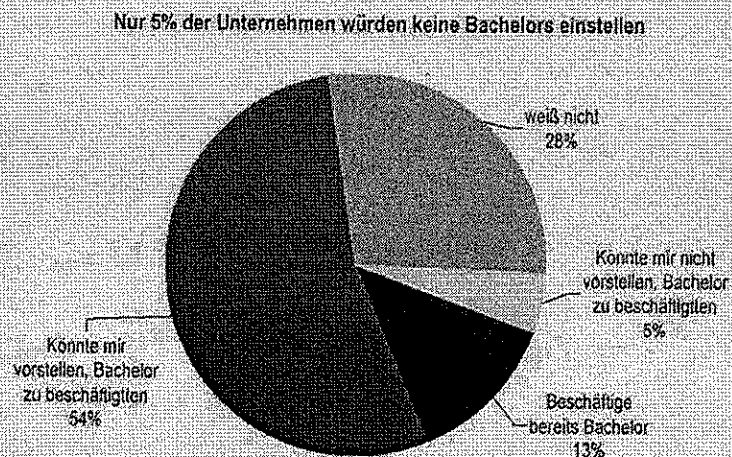


Abbildung 5 Einstellungsaussichten für Bachelor

2.2.2 Aufstiegschancen

Bachelor können Führungspositionen besetzen. Weit über die Hälfte der Unternehmen würden Bachelor die Abteilungsleitung anvertrauen, knapp ein Drittel können sich Bachelor als Teamleiter vorstellen und ein Viertel der befragten Unternehmen sehen in Bachelor gar Aspiranten für Geschäftsführer- bzw. Betriebsleiterposten. Allerdings handelt es sich dabei um die maximal erreichbaren Zielpositionen. Die Einstiegspositionen sind deutlich realistischer. Knapp die Hälfte der Unternehmen würde Bachelor als Assistenten einstellen, 17% als Teamleiter und immerhin noch 12% als Abteilungsleiter. Diese mögliche Überforderung der Qualifikation ist genauso problematisch wie die offensichtliche Unterforderung als Sachbearbeiter.

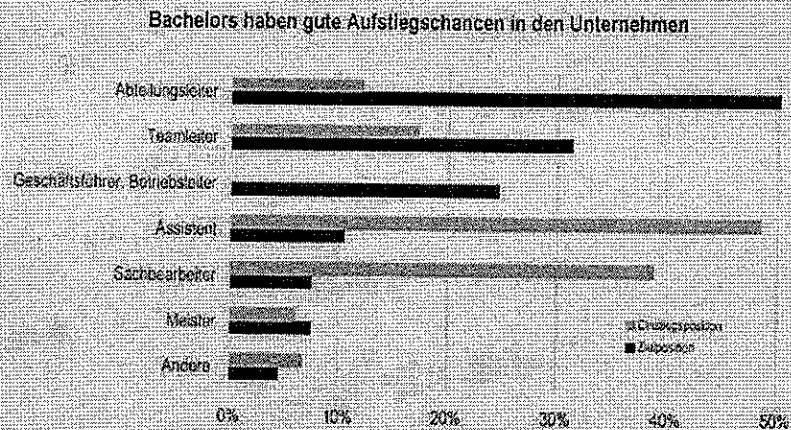


Abbildung 6 Einstiegs- und Zielpositionen für Bachelor

2.2.3 Tätigkeitsfelder

Die Einstiegs- und Zielpositionen stehen natürlich im Verhältnis zu den möglichen Tätigkeitsfeldern. Zentral wird sich der Bachelor in allen kaufmännischen Bereichen über Marketing und Vertrieb bis hin zur Personalabteilung etablieren. Das deutet darauf hin, dass die Unternehmen in der überwiegenden Mehrheit Bachelor-Absolventen wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Studiengänge beschäftigen werden. Denn deutlich weniger Unternehmen würden Bachelor in Forschung und Entwicklung sowie in der Produktion einsetzen. Die für diese Bereiche relevanten Qualifikationen in natur- bzw. ingenieurwissenschaftlichen Fächern werden dem Bachelor offensichtlich (noch) nicht zugetraut. Hier ist eine genauere Analyse notwendig, gibt es doch auch an den (technischen) Hochschulen Vorbehalte gegen die Berufsfähigkeit eines „Bachelor of Engineering“.

Die Mehrheit der Bachelor wird im kaufmännischen Bereich tätig

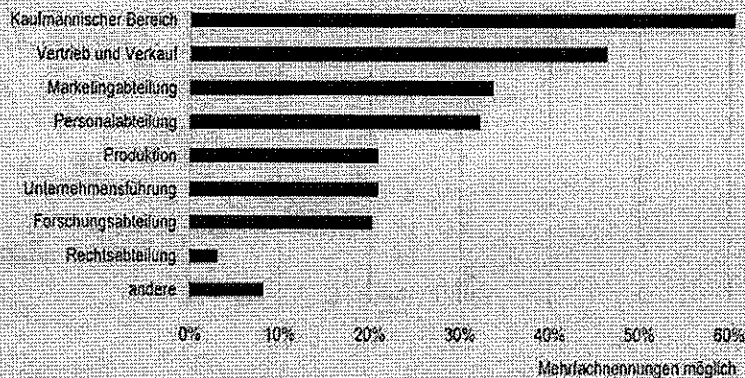


Abbildung 7 Einsatzfelder für Bachelor im Unternehmen

2.2.4 Einstiegsgehälter

Das (zukünftige) Niveau der Einstiegsgehälter für Bachelor liegt etwa auf dem der Absolventen von Fachhochschulen. Obwohl Einstiegsgehälter nicht allein von der Qualifikation, sondern auch vom zukünftigen Tätigkeitsfeld abhängen, findet bei dieser finanziellen Einstufung faktisch eine Gleichsetzung von Bachelor und Fachhochschul-Diplom statt.

Einstiegsgehälter für Bachelor liegen etwa auf dem Niveau von FH-Absolventen

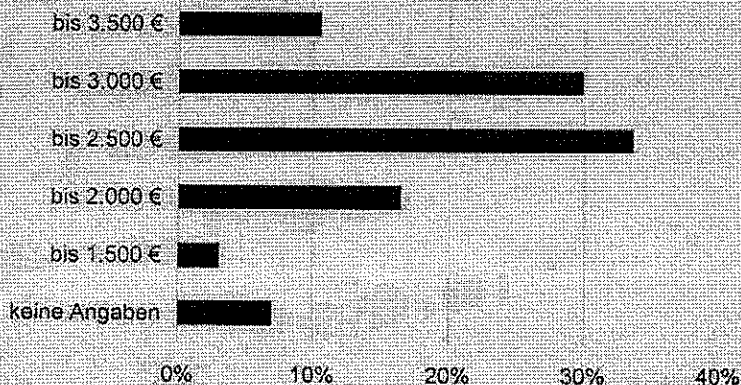


Abbildung 8 Einstiegsgehälter für Bachelor

2.2.5 Einstiegsprogramme

Nur 3% der befragten Unternehmen nutzen bzw. planen Einstiegsprogramme für Bachelor. Mit Blick auf die 25% der Unternehmen aber, die über Einstiegsprogramme informiert werden wollen (vgl. Abbildung 4), könnte sich die Zahl der Unternehmen, die spezielle Bachelor-Programme anbieten, weiter erhöhen. Dies wird aber in erster Linie große Unternehmen betreffen, die den neuen Abschluss Bachelor in ihre internen Strukturen integrieren müssen.

2.2.6 Qualifikationsniveau

Knapp 20% der Unternehmen vermuten, dass das Bachelor-Studium - bedingt durch die Verkürzung der Ausbildung - nicht das Qualitätsniveau bisheriger Hochschulausbildung erreicht. Hauptgründe sind aus ihrer Sicht die mangelnde Wissenschaftlichkeit der Ausbildung (49%) und die geringe Praxisnähe durch fehlende Praktika (40%). Während man dem Argument der eingeschränkten Wissenschaftlichkeit des Bachelor mit dem Verweis auf die Master-Studiengänge begegnen kann, ist die fehlende Praxisnähe durchaus ernst zu nehmen.

Können in einem Bachelor-Studiengang die Qualitäten erworben werden, die Sie von Hochschulabsolventen erwarten?

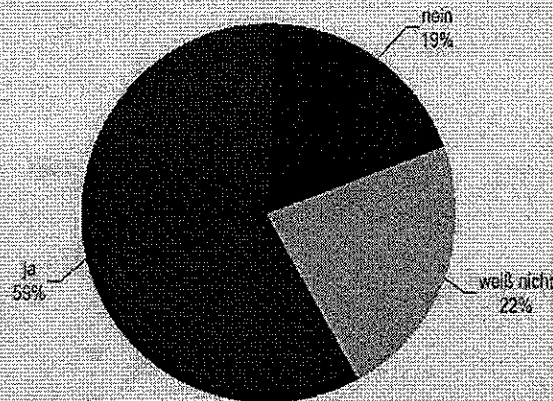


Abbildung 9 Qualitätsniveau von Bachelor-Studiengängen

Aktuell ist an den Hochschulen ein Streit darüber entbrannt, ob die Regelstudienzeit für das Bachelor-Studium sechs oder sieben Semester betragen soll. Für sieben Semester spräche die Möglichkeit, ein Praxissemester in die Ausbildung zu integrieren. Aber allein ein verordnetes Praxissemester garantiert noch keine praxisnahe Hochschulausbildung. Vielmehr ist hier der (nachweisbare) Praxisbezug der Hochschullehrer gefragt.

Die wichtigsten Elemente im Anforderungskatalog an den ersten berufsbefähigenden Abschluss 'Bachelor' sind die Anwendungsorientierung des Wissens und der Praxisbezug durch Kooperation mit der Wirtschaft.

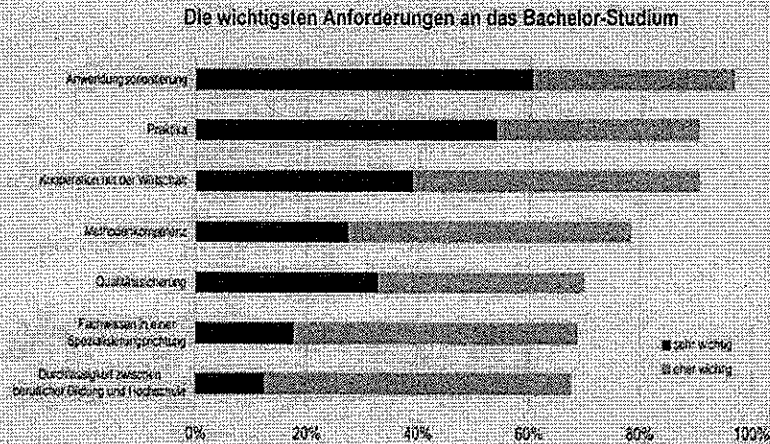


Abbildung 10 Globale Anforderungen an das Bachelor-Studium

Die folgenden Übersichten dokumentieren die wichtigsten Anforderungen der Wirtschaft an das Bachelor-Studium in den Bereichen fachlich-methodischer, sozialer und persönlicher Kompetenzen.

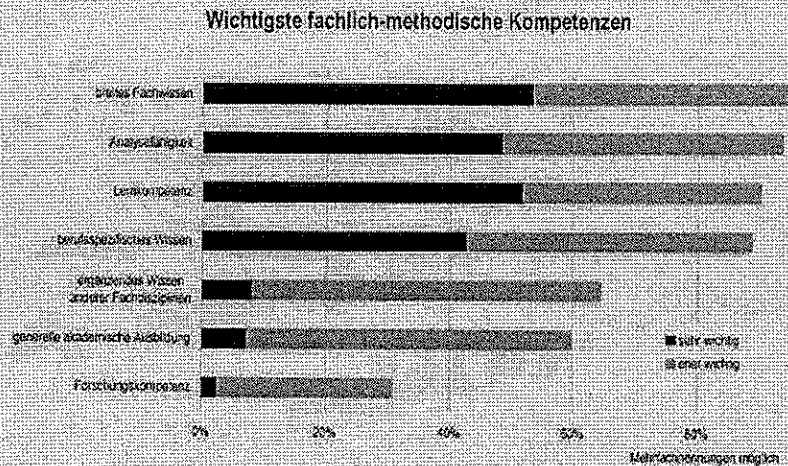


Abbildung 11 Fachlich-methodische Kompetenzen

Wichtigste soziale Kompetenzen

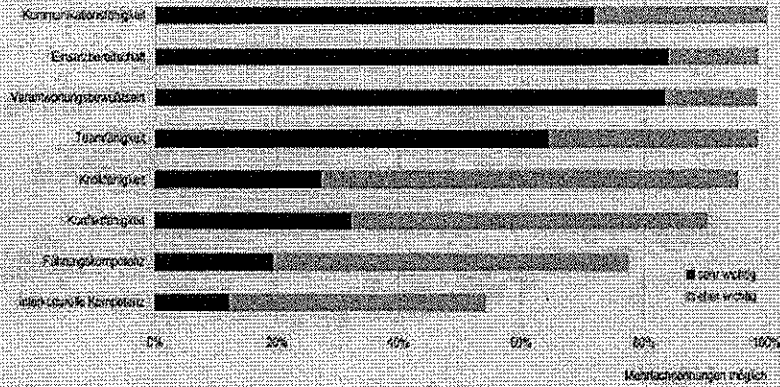


Abbildung 12 Soziale Kompetenzen

Wichtigste persönliche Kompetenzen

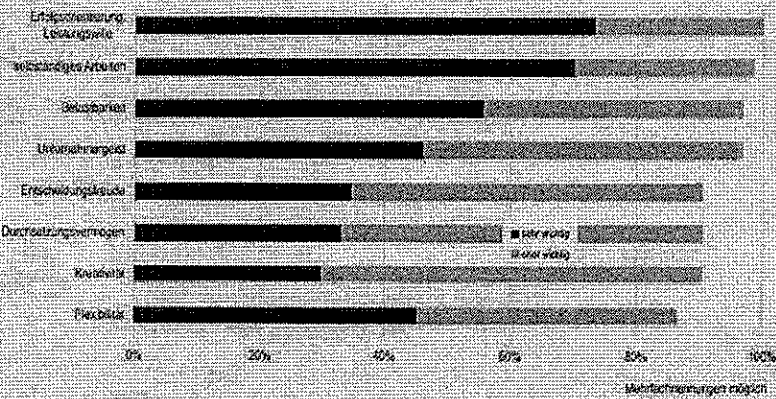


Abbildung 13 Persönliche Kompetenzen

Weitere Kompetenzfelder

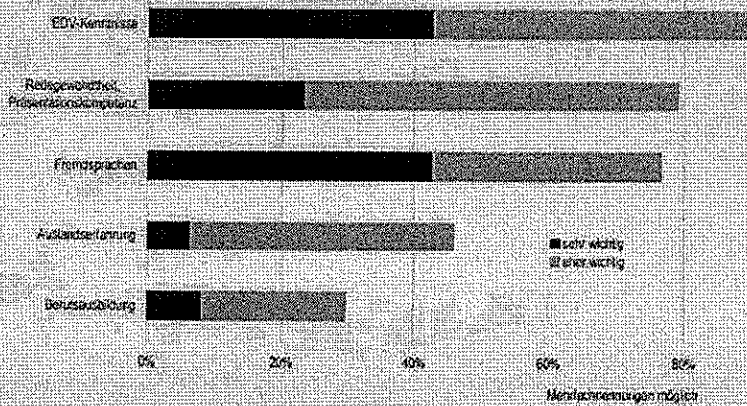


Abbildung 14 Weitere Kompetenzfelder

2.3 Beschäftigungsaussichten für Master

2.3.1 Einstellungsaussichten

Bereits ein Fünftel der befragten Unternehmen beschäftigt Mitarbeiter mit einem Masterabschluss. Dieser relativ hohe Prozentsatz basiert auch darauf, dass seit längerem in Deutschland der „Master of Business Administration“ (MBA) angeboten wird. Die Zahl der 'Unentschlossenen' ließe sich sicher durch umfassendere Informationen reduzieren.

Die Einstellungsaussichten für Master sind sehr gut

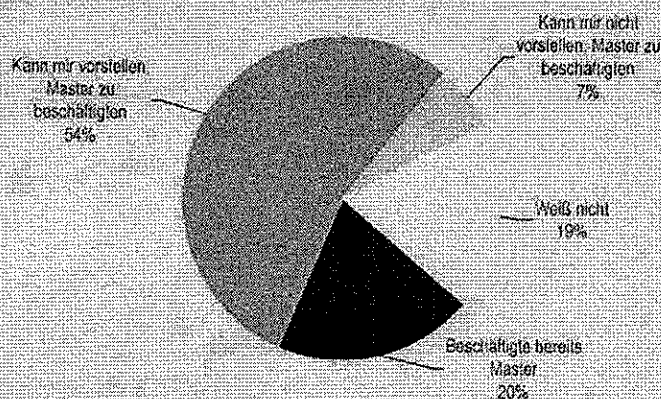


Abbildung 15 Einstellungsaussichten für Master

2.3.2 Aufstiegsmöglichkeiten

Die wichtigste Einstiegsposition ist auch beim Master die Assistentenstelle. Anders als beim Bachelor aber sind beim Master deutlich stärkere Entwicklungstendenzen in Richtung Führungsposition ablesbar. Auch hier zeigt sich, dass der Masterabschluss weitgehend dem Universitätsdiplom gleichgesetzt wird.

Master haben beste Ein- und Aufstiegchancen

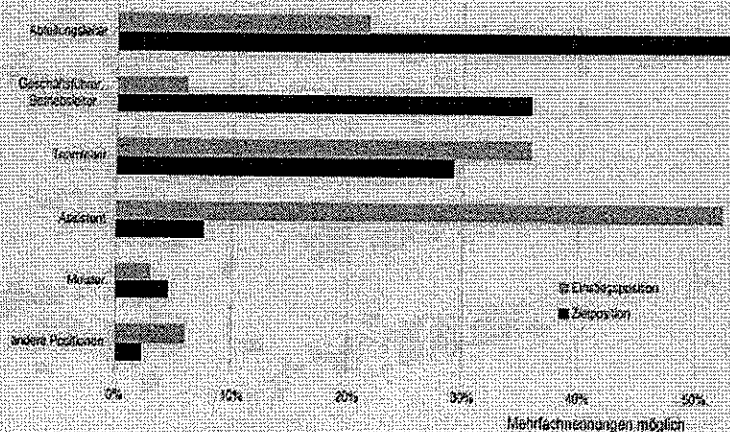


Abbildung 16 Einstellungsaussichten für Master

2.3.3 Einsatzmöglichkeiten

Auch der Master wird bevorzugt im kaufmännischen Bereich eingesetzt werden. Der - im Vergleich zum Bachelor - größere Anteil von Tätigkeiten in Forschung und Entwicklung deutet darauf hin, dass der Master in den Natur- und Ingenieurwissenschaften auf eine höhere Akzeptanz in den Unternehmen hoffen kann. Mittelfristig wird - so ist zu hoffen - der deutsche „Master of Engineering“ den „Diplomingenieur“ als Qualitätsbegriff ablösen.

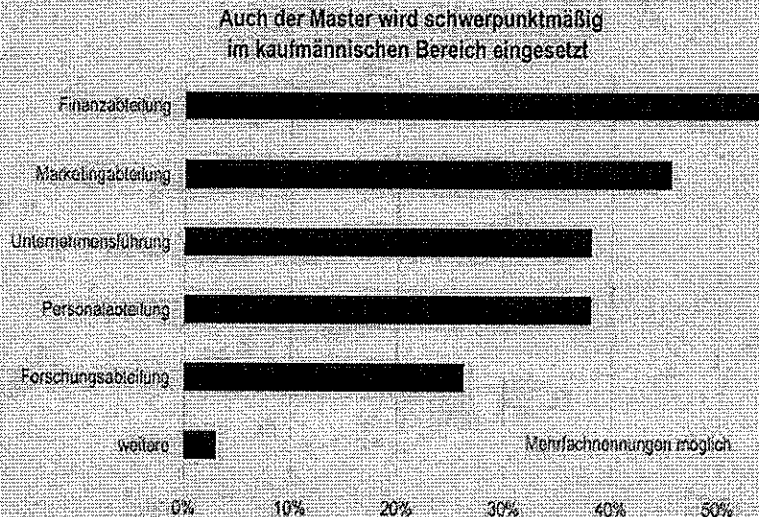


Abbildung 17 Einsatzfelder für Master

2.3.4 Einstiegsgehälter

Ein Hinweis auf die Gleichwertigkeit von Master und Universitätsdiplom ist die in etwa gleiche Entlohnung der beiden Abschlüsse. Dabei unterscheiden die Unternehmen nicht zwischen einem Master, der an einer Fachhochschule oder an einer Universität erworben wurde.

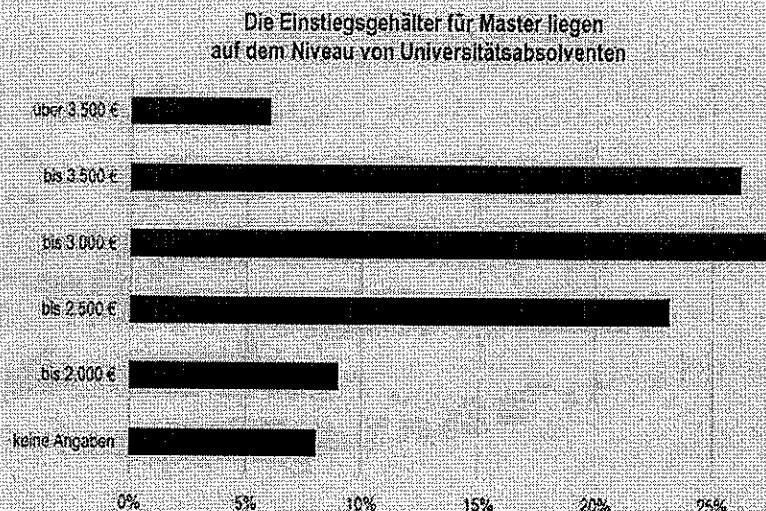


Abbildung 18 Einstiegsgehälter für Master

3 Fazit

Die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen, die Modulansierung der Studiengänge und die Entwicklung des European Credit Transfer System ECTS sind keine Schönheitsoperationen am bestehenden Hochschulsystem, sondern sind eine grundlegende Studienreform. Soll diese Reform gelingen, müssen die neuen Abschlüsse von den Arbeitgebern akzeptiert werden. Akzeptanz aber setzt Information voraus. Die Befragung zeigt hier: Bei aller positiven Entwicklung, die Unternehmen benötigen umfassendere Informationen über die Studien- und Prüfungsinhalte, damit die zukünftigen Absolventen mit den neuen Abschlüssen eine reale Wettbewerbschance auf dem Arbeitsmarkt haben.

Die Lösungsansätze also lauten:

Die Arbeitgeber müssen besser informiert werden.

Der Auftrag an die Hochschulen ist eindeutig: Umfassende Information über die neuen Entwicklungen, Einbindung der Praxis in die Studiengangsentwicklung, Qualitätssicherung in der Lehre und die Transparenz bei Studien- und Prüfungsinhalten. Hier kommt der Akkreditierung und dem „Diploma Supplement“ eine besondere Bedeutung zu. Aber auch die Arbeitgeber haben eine Mitverantwortung für das Gelingen der Reform. Initiativen wie „Bachelor welcome“ tragen dazu bei, berufliche Perspektiven für Bachelor-Absolventen aufzuzeigen und so den Umbauprozess an der Hochschule zu beschleunigen.

„Berufsbefähigung“ muss im Mittelpunkt der Bachelor-Studiengänge stehen.

Die Wirtschaftsvertreter im Akkreditierungsrat und den Akkreditierungsagenturen haben dazu bereits einen Anforderungskatalog entwickelt. Neue Studiengänge müssen demzufolge folgende Kriterien erfüllen:

- Sind die angestrebten Berufsfelder definiert?
- Ist die Praxis bei der Konzeption und Implementierung des Studiengangs eingebunden?
- Sind Unternehmen in Lehre und Forschung involviert?
- Ist sichergestellt, dass Studierende Praxiserfahrungen erwerben können?
- Ist die überfachliche Qualifikation sichergestellt?

Ein sehr effizienter Weg, die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen in die Lehre zu integrieren, besteht darin, die Career Center mit der Entwicklung und Umsetzung entsprechender Module zu beauftragen. Dies geschieht bereits an den Berliner Universitäten.

Dieser Kriterienkatalog stellt aber auch neue Anforderungen an das Hochschulmarketing der Unternehmen. Hochschulmarketing heisst also zukünftig auch, an der Entwicklung von Studieninhalten mitzuwirken, sich bei der Akkreditierung zu engagieren und zukünftig wesentlich mehr Praktikumsplätze für Studierende zur Verfügung zu stellen.

Der Bachelor muss adäquate Einsatzmöglichkeiten in den Unternehmen bekommen.

Der Erfolg der Reform hängt wesentlich davon ab, wie schnell der Bachelor in das deutsche Beschäftigungssystem integriert werden kann. Eine Unterforderung der Qualifikation - wenn z.B. Bachelor in vielen Unternehmen als Sachbearbeiter eingestellt werden - würde dem Gesamtsystem eher schaden. Vielmehr sollten in einer Übergangsphase Einstiegsprogramme die Einbindung der Bachelor in die unternehmensinternen Hierarchien erleichtern. In wenigen Jahren wird der Bachelor dann so selbstverständlich wie heute der Fachhochschul-Absolvent seinen Platz im Unternehmen finden.

Der Master muss Bestandteil der unternehmensinternen Personalentwicklungsstrategie werden.

Bisher spielen Masterstudiengänge in den unternehmensinternen Weiterbildungsstrategien nur eine untergeordnete Rolle. Mit der flächendeckenden Einführung von Masterangeboten besteht nun die Chance, diese Studiengänge als festen Bestandteil der Weiterbildung in den Unternehmen zu etablieren. Damit könnten auch die Hochschulen ihrer - immer wieder geforderten - Rolle als Weiterbildungsanbieter gerecht werden. Aber Vorsicht: Kostenpflichtige Masterstudiengänge bedeuten nicht nur eine zusätzliche Einnahmequelle für die Hochschulen. Sollen diese Studiengänge auch vom Markt angenommen werden, müssen die Hochschulen ihre Lehrstrukturen auch an diese neuen Kundengruppen anpassen. Ein zeitlich flexibles Angebot, eine optimale Infrastruktur, moderne Lehrformen und -mittel sowie ein Curriculum auf dem neuesten wissenschaftlichen und praktischen Stand; das sind die Voraussetzungen, um im Weiterbildungsmarkt bestehen zu können.

Ihre Ansprechpartner für das Thema Bachelor und Master:

IHK Berlin
Kathrin Tews
Telefon: (030) 315 10-323
eMail: kathrin.tews@berlin.ihk.de

Handwerkskammer Berlin
Ulrich Wiegand
Telefon: (030) 259 03-348
eMail: wiegand@hwk-berlin.de

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)
Sven Weickert
Telefon: (030) 31 005-125
eMail: weickert@uvb-online.de

1. Welchen Informationsstand haben Sie zu den neuen Hochschulabschlüssen?	
<input type="checkbox"/> Ich bin über die Entwicklung allgemein informiert.	
<input type="checkbox"/> Ich bin ausreichend informiert, um Personalentscheidungen treffen zu können.	
<input type="checkbox"/> Ich habe keine Informationen.	
2. Zu welchen Themen benötigen Sie weitere Informationen?	
<input type="checkbox"/> zu Studien- und Prüfungsinhalten	
<input type="checkbox"/> zu Einstiegsprogrammen für Bachelor-Absolventen (Bachelors)	
<input type="checkbox"/> zu Einstiegs- und Zielpositionen für Bachelors und Master-Absolventen	
<input type="checkbox"/> zu weiteren Themen, und zwar:	
<input type="checkbox"/> Ich benötige keine weiteren Informationen.	
3. Beschäftigen Sie bereits Absolventen mit einem Bachelor-Abschluss?	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
4. Wenn nein, können Sie sich vorstellen, Absolventen mit einem Bachelor-Abschluss einzustellen?	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht	
5. In welche Position würden Sie Bachelors einstellen und welche Zielposition könnten Bachelors bei Ihnen erreichen?	
5.1 Einstiegsposition	5.2 Zielposition
<input type="checkbox"/> Sachbearbeiter/in	<input type="checkbox"/> Sachbearbeiter/in
<input type="checkbox"/> Assistent/in	<input type="checkbox"/> Assistent/in
<input type="checkbox"/> Teamleiter/in	<input type="checkbox"/> Teamleiter/in
<input type="checkbox"/> Meister	<input type="checkbox"/> Meister
<input type="checkbox"/> Abteilungsleiter/in	<input type="checkbox"/> Abteilungsleiter/in
	<input type="checkbox"/> Geschäftsführer/in, Betriebsleiter/in
<input type="checkbox"/> andere, und zwar:	<input type="checkbox"/> andere, und zwar:
6. In welchen Bereichen setzen Sie Bachelors ein bzw. würden Sie Bachelors einsetzen? (Mehrfachnennungen möglich)	
<input type="checkbox"/> Forschung und Entwicklung	<input type="checkbox"/> Vertrieb und Verkauf
<input type="checkbox"/> Produktion	<input type="checkbox"/> Personal- und Organisationsentwicklung
<input type="checkbox"/> Kaufmännischer Bereich/ Finanzen/ Controlling	<input type="checkbox"/> Rechtsabteilung
<input type="checkbox"/> Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	<input type="checkbox"/> Unternehmensführung
<input type="checkbox"/> in weiteren Bereichen, und zwar:	
7. Welches Einstiegsgehalt würden Sie Bachelor-Absolventen zahlen?	
<input type="checkbox"/> unter 1.500 Euro	<input type="checkbox"/> 2.500 – 3.000 Euro
<input type="checkbox"/> 1.500 – 2.000 Euro	<input type="checkbox"/> 3.000 – 3.500 Euro
<input type="checkbox"/> 2.000 – 2.500 Euro	<input type="checkbox"/> über 3.500 Euro

Anlage 4/10 - Teil 2 -

DIE NEUEN BACHELOR- UND MASTER-STUDIENGÄNGE

8. Nutzen Sie Einstiegsprogramme für Bachelors bzw. planen Sie derartige Programme?					
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein					
9. Können Ihrer Meinung nach in einem kürzeren Bachelor-Studiengang (6 – 8 Semester) die Qualitäten erworben werden, die Ihr Unternehmen von Hochschulabsolventen erwartet?					
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht					
10. Wenn nein, welche Gründe führen Sie zu diesem Urteil?					
<input type="checkbox"/> In einem kürzeren Studium ist die Wissenschaftlichkeit der Ausbildung nicht gegeben.					
<input type="checkbox"/> In einem kürzeren Studium ist kein Platz für Praktika.					
<input type="checkbox"/> Die internationale Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen ist für unser Unternehmen nicht relevant.					
<input type="checkbox"/> weitere Gründe, und zwar:					
11. Welche Anforderungen stellen an ein Bachelor-Studium?					
Bitte bewerten Sie die einzelnen Punkte auf einer Bedeutungsskala von 1 (unwichtig) bis 4 (sehr wichtig).		1	2	3	4
		unwichtig			sehr wichtig
Anwendungsorientierung der Studieninhalte		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fachwissenschaftliche Spezialisierung im Studium		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulsystem		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausrichtung auf die Vermittlung methodischer Kompetenzen		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
inhaltlich in das Studium integrierte Praktika		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Studienaufenthalte im Ausland		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kooperation mit der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Studienprogramme		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Qualitätssicherung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
weitere wichtige Qualitäten, die mir wichtig sind, und zwar:					
12. Welche Qualifikationsprofile müsste ein Bachelor aus Sicht Ihres Unternehmens haben?					
		1	2	3	4
		unwichtig			sehr wichtig
Fachliche und methodische Kompetenzen:					
generelle akademische Ausbildung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
breites Fachwissen aus der Fachdisziplin		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ergänzendes Wissen aus anderen Fachdisziplinen		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
berufsspezifisches Wissen (Praktika, Semesterferienjobs, duale Studiengänge)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Analysefähigkeit		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Forschungskompetenz		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lernkompetenz		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Soziale Kompetenzen und Fähigkeiten:					
Kommunikationsfähigkeit		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Fortsetzung Frage 12	1	2	3	4
Teamfähigkeit / Kooperationsfähigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Führungskompetenz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
interkulturelle Kompetenz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kritikfähigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konfliktfähigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einsatzbereitschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verantwortungsbewusstsein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Persönliche Kompetenzen:				
Kreativität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmergeist / Initiative	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entscheidungsfreude	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
selbständiges Arbeiten / Selbstmanagement	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erfolgsorientierung / Leistungswille	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Flexibilität / Mobilitätsbereitschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Belastbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Durchsetzungsvermögen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige Kompetenzen:				
Fremdsprachen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EDV- / IT-Kenntnisse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auslandserfahrung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Redegewandtheit und Präsentationskompetenz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berufsausbildung vor dem Studium	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
weitere, und zwar				
13. Beschäftigen Sie bereits Absolventen mit einem Master-Abschluss?				
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein				
14. Wenn nein, können Sie sich vorstellen, einen Absolventen mit einem Master-Abschluss einzustellen?				
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht				
15. In welchen Einstiegs- und Zielpositionen setzen Sie Master ein bzw. würden Sie Master einsetzen?				
15.1 Einstiegsposition		15.2 Zielposition		
<input type="checkbox"/> Assistent/in		<input type="checkbox"/> Assistent/in		
<input type="checkbox"/> Teamleiter/in		<input type="checkbox"/> Teamleiter/in		
<input type="checkbox"/> Meister		<input type="checkbox"/> Meister		
<input type="checkbox"/> Abteilungsleiter/in		<input type="checkbox"/> Abteilungsleiter/in		
<input type="checkbox"/> Geschäftsführer/in, Betriebsleiter/in		<input type="checkbox"/> Geschäftsführer/in, Betriebsleiter/in		
<input type="checkbox"/> andere, und zwar:		<input type="checkbox"/> andere, und zwar:		

DIE NEUEN BACHELOR- UND MASTER-STUDIENGÄNGE

16.	In welchen Bereichen setzen Sie Master ein bzw. würden Sie Master einsetzen?	
	<input type="checkbox"/> Forschung und Entwicklung	
	<input type="checkbox"/> Finanzen und Controlling	
	<input type="checkbox"/> Marketing und Vertrieb	
	<input type="checkbox"/> Personal- und Organisationsentwicklung	
	<input type="checkbox"/> Unternehmensleitung	
	<input type="checkbox"/> weitere Bereiche, und zwar:	
17.	Welches Einstiegsgehalt zahlen Sie Master bzw. würden Sie Master zahlen?	
	<input type="checkbox"/> unter 1.500 Euro	<input type="checkbox"/> 2.500 – 3.000 Euro
	<input type="checkbox"/> 1.500 – 2.000 Euro	<input type="checkbox"/> 3.000 – 3.500 Euro
	<input type="checkbox"/> 2.000 – 2.500 Euro	<input type="checkbox"/> über 3.500 Euro
Allgemeine Informationen für statistische Zwecke		
1.	In welcher Branche ist Ihr Unternehmen tätig?	
	<input type="checkbox"/> produzierendes Gewerbe	<input type="checkbox"/> Tourismus / Gaststättengewerbe
	<input type="checkbox"/> Handel	<input type="checkbox"/> Verkehr / Logistik
	<input type="checkbox"/> IT / Medien	<input type="checkbox"/> Dienstleistung
	<input type="checkbox"/> Handwerk	<input type="checkbox"/> andere, und zwar:
2.	Wie viele Mitarbeiter/Innen hat Ihr Unternehmen?	
	<input type="checkbox"/> 1 bis 19 <input type="checkbox"/> 20 bis 49 <input type="checkbox"/> 50 bis 199 <input type="checkbox"/> 200 bis 999 <input type="checkbox"/> über 999	
3.	Ist Ihr Unternehmen international tätig?	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
4.	Wie hoch ist der Anteil von Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl Ihrer Mitarbeiter?	
	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> %	
5.	Welche Position haben Sie im Unternehmen? Sind Sie in Ihrem Unternehmen:	
	<input type="checkbox"/> Inhaber/in, Geschäftsführer/in	
	<input type="checkbox"/> kaufmännische/r Leiter/in	
	<input type="checkbox"/> Personalleiter/in	
	<input type="checkbox"/> Produktionsleiter/in	
	<input type="checkbox"/> Forschungs- und Entwicklungsleiter/in	
	<input type="checkbox"/> Inhaber/in, Geschäftsführer/in, Betriebsleiter/in	
	<input type="checkbox"/> Vertriebsleiter/in	
	<input type="checkbox"/> Bildungsverantwortliche/r	
	<input type="checkbox"/> andere Funktion, und zwar:	

Justizministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen
Der Präsident des Landesjustizprüfungsamtes
Herrn Johannes Riedel

40190 Düsseldorf

Per E-Mail poststelle@jm.nrw.de

Köln, 17. Januar 2005

Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung
Ihr Schreiben vom 15.12.2004, 3131-V.35/Sdb.11, Antwort der Hans Soldan Stiftung zum
Fragenkatalog

Sehr geehrter Herr Riedel,

ich erlaube mir, für den Vorstand der Hans Soldan Stiftung zum Fragenkatalog auszuführen:

I.

Vorbemerkung

1. Die Juristenausbildung, auch im universitären Bereich, ist durch das Gesetz zur Reform der Juristenausbildung vom 11.07.2002, in Kraft seit dem 01.07.2003, grundlegend reformiert worden¹. Hauptziele des Gesetzes sind die Hebung der Ausbildungskapazität im bestehenden zweiphasigen System der Juristenausbildung und eine verbesserte und gezieltere Vorbereitung des Juristennachwuchses auf die Anforderungen der beruflichen, insbesondere der anwaltlichen Praxis², zitiert nach Schöbel, VBl 2003, 641; Grunewald, Anwalt, Das Magazin 10/2002, S. 6. Die neuen

¹ BGBl. I S. 2592

² Kilger, NJW 2003, 711

Bestimmungen zum Studium und zur ersten juristischen Prüfung gelten grundsätzlich ab dem Prüfungstermin 2007/1³.

Da bei jedem Gesetz zunächst bewiesen werden muss, dass dieses Gesetz tatsächlich notwendig ist und wirklich eine Verbesserung bringt⁴, sollte mindestens bis nach 2009 (Ende des Vorbereitungsdienst nach dem ersten Staatsexamen) abgewartet werden, ob die Hauptziele des Gesetzes vom 11.07.2002 erreicht sind, bevor erneut novelliert wird. Es ist eine vielfach zu belegende Erfahrung: Hektik der Gesetzgebung bewirkt niemals Verbesserung.

2. Die Bologna-Erklärung beabsichtigt eine Zweiteilung des Studiums. Nur eine Minderheit der Studierenden könnte nach dem Erwerb der Graduierung als Bachelor den juristischen Master-Grad erwerben und danach in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden.

Welche Berufsqualifikation erwerben die Juristen mit dem Bachelor-Grad ? Sind sie zur Rechtsdienstleistung ebenso – mindestens auf außergerichtlichem Gebiet – berechtigt wie Rechtsanwälte ? Der Diskussionsentwurf eines Rechtsdienstleistungsgesetzes des Bundesjustizministeriums⁵ sieht für die Wirtschaftsjuristen der Fachhochschulen eine Rechtsdienstleistungserlaubnis nicht vor. Verlässt das Gros der Studenten mit dem Bachelor-Grad die Universität und tritt in das Berufsleben ein, ist dies verfassungsrechtlich und politisch kaum aufrecht zu erhalten. Reformüberlegungen der Juristenausbildung haben dies zu bedenken – erst recht im Bereich der anwaltlichen Berufsverbände.

3. Die Sorbonne-Erklärung vom 25.05.1998 ist eine politische Willenserklärung ohne Rechtsverbindlichkeiten für die nationalen Gesetzgeber. Sie ist im Blick auf die völlig unstrittige Überlegung, die Einheit Europas in allen Bereichen herbeizuführen, in nationales Recht umzusetzen. Ebenso unstrittig sollte im Blick auf die deutsche Geschichte die nationale Verpflichtung sein, gerade im Bereich der Juristenausbildung gewachsene Strukturen und die dadurch gewährleistete hohe Ausbildungsqualifikation nur anzutasten, wenn dadurch eine Verbesserung eintritt. Diese Überlegung hat Vorrang vor dem verführerischen Gesichtspunkt, dass die Überfüllung der Anwaltschaft durch Bachelor-Master-Graduierung mit der Konsequenz gestoppt würde, dass nur noch eine Minderheit der Studierenden in den Vorbereitungsdienst, der

³ Schöbel, wie FN2, S. 644

⁴ Engelhard, ZRP 1983, 233 (235)

⁵ NJW, Beilage zu Heft 38/2004 v. 13.09.2004

bei Einführung der Spartenentrennung dann wiederum ein weiteres Ventil zur Einschränkung des Zugangs zur Anwaltschaft bringen würde, würde eintreten.

4. Zweck der Hans Soldan Stiftung ist es, „die Aus- und Fortbildung von Rechtsanwälten und Notaren sowie von Referendaren und Studenten, die den Beruf des Rechtsanwalts anstreben, sowie von Angestellten und Auszubildenden der Rechtsanwälte und Notare zu fördern“ (§ 2, Abs. 1 der Stiftungssatzung).

II.

Demgemäss wird der Fragenkatalog nur in dem Umfang beantwortet, wie es die Erfüllung der vorstehenden satzungsgemäßen Aufgaben erfordert.

Zur Frage 1:

Die Einführung des Bachelor-/Master-Systems in die deutsche Juristenausbildung bis 2010 wird als abwegig für den Beruf des Rechtsanwalts abgelehnt.

Juristenausbildung ist wie jede Ausbildung auch im universitären, wissenschaftlichen Bereich Berufsausbildung. 75 Prozent der Absolventen der zweistufigen Juristenausbildung ergreifen den Beruf des Rechtsanwalts. Nach dem Willen des Gesetzgebers des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung vom 11.07.2002 ist hierauf das rechtswissenschaftliche Studium abzustellen mit einem vorwiegend anwaltsorientierten Berufsbezug. Die universitäre Juristenausbildung darf sich nicht an der kleinen Zahl der Studenten, die nicht den Anwaltsberuf anstreben, ausrichten, sondern der erforderliche Praxisbezug muss der großen Zahl Rechnung tragen. Dem entspricht der Gesetzeswille zur Reform der Juristenausbildung vom 11.07.2002.

Danach hat das rechtswissenschaftliche Studium die Aufgabe und Sorge dafür zu tragen, dass die Absolventen des Studiums bestens dafür gerüstet sind, den Anforderungen des nachfolgenden praktischen Ausbildungsabschnitts gerecht zu werden. Es kann auf sich beruhen, ob der Vorbereitungsdienst zum Einheitsjuristen weiterführt oder nach Sparten ausgerichtet ist. Es bleibt dabei, dass der Beruf des Rechtsanwalts ein staatlich regulierter Beruf ist, der staatliche Zulassungsprüfungen erfordert. Dabei soll es bleiben. Hierzu kann die Einführung des Bachelor-/Master-Systems für die Anwaltsausbildung nichts beitragen.

Zu den Fragen 2 bis 4 des Katalogs nimmt der Vorstand der Stiftung nicht Stellung, er maß sich entsprechende Kompetenz nicht an.

Zur Frage 5:

Berufliche Perspektiven für die Absolventinnen und Absolventen eines Bachelor-Studiums werden nicht gesehen.

Die Bachelor-Qualifikation steht möglicherweise noch hinter der Qualifikation des Fachhochschul-Juristen zurück. Tatsache ist, dass – zu Unrecht – Fachhochschul-Juristen die Rechtsdienstleistungserlaubnis erstreben, weil offenkundig der Bedarf, in mittelständischen Unternehmen juristischen Beistand als Angestellte zu leisten, mit einigen tausend Fachhochschul-Juristen bereits gedeckt ist. Dann ist für Tausende von Absolventinnen und Absolventen eines Bachelor-Studiums in der Bundesrepublik kein Raum, es sei denn, das Rechtsdienstleistungsgesetz würde hier mindestens im außergerichtlichen Raum geöffnet. Das ist falsch ! Kein Rechtsstaat, kein garantierter Zugang zum Recht für den Bürger ist denkbar ohne den mit Rechten und Pflichten ausgestatteten Anwalt als Sachwalter des Mandanten und als Gegenspieler von Gericht, Staatsanwaltschaft und anderen staatlichen Einrichtungen⁶.

Zu Frage 6:

Das soll gerade nicht geschehen. Auf die vorstehenden Ausführungen ist zu verweisen.

Die Fragen 7 bis 10 fallen nicht in die Kompetenz des Vorstands der Stiftung.

Die Fragen zu 11, 12 und 13 sind mit der Antwort zur Frage 5 erledigt.

Zu Frage 14: Ja.

Zu Frage 15:

Die Stiftung nimmt keine Stellung zur Frage, ob es bei der jetzigen Juristenausbildung zum Einheitsjuristen bleibt oder ob das Modell einer Spartenausbildung zum Anwalt Platz greifen soll, wie es jüngst der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins und der Deutsche Richterbund befürworten.

Das DAV-Modell zielt, verbandspolitisch nachvollziehbar, darauf ab, den weiterhin unbegrenzten Zulauf der Anwaltschaft zu stoppen. Nur wer einen Ausbildungsanwalt findet, erhält dann eine anwaltliche Berufschance. Nach den Vorstellungen des Deutschen

⁶ Jaeger, NJW 2004, I

Anwaltsvereins soll die Ausbildungsvergütung von dem auszubildenden Rechtsanwalt getragen und vom ihm und dem Auszubildenden der Höhe nach vereinbart werden.

Der Vorstand der Stiftung bezweifelt, dass diese Vorstellung des DAV realitätsnah ist. Bisher haben Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nie Ausbildungsvergütungen für auszubildende Referendarinnen und Referendare bezahlt, sondern immer nur Vergütungen an Referendarinnen und Referendare geleistet, wenn diese zusätzlich zur staatlich honorierten Referendarausbildung im Anwaltsbüro mitgearbeitet haben. Wir bezweifeln, ob sich in der Anwaltschaft hieran etwas ändern wird.

Sollte jedoch der Gesetzgeber die Spartenausbildung beschließen und dabei an der regulierten Ausbildung zum Rechtsanwaltsberuf festhalten, müssen dem Staat dementsprechend die Ausbildungsvergütungen zur Last fallen, es sei denn, auch für die anderen regulierten Berufe, Richter, Staatsanwälte, Notare, öffentlicher Dienst, würden die Vergütungen in der Ausbildung ebenfalls nicht mehr vom Staat getragen.

Im Rahmen seiner Satzungskompetenz möchte zu den Fragen des Katalogs Nr. 16 bis 26 der Vorstand der Stiftung nicht Stellung nehmen. Eine abschließende Äußerung soll nicht unterlassen werden:

Die Hans Soldan Stiftung hält, auch in Kenntnis der mehrfachen Bedenken in Zwischenbericht des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung für die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 24. November 2004 in Berlin, die Einführung eines Bachelor-/Master-Studiums in juristischen Fakultäten deutscher Universitäten für falsch. Nach dem geltenden Satzungszweck würden Fördermaßnahmen der Stiftung für das Bachelor-Studium nicht zur Verfügung stehen, weil dies nicht zum Beruf des Rechtsanwalts führt.

Mit den besten Empfehlungen

Dr. h.c. Ludwig Koch
Rechtsanwalt



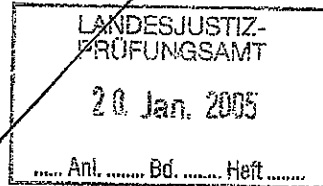
Verband der Rechtspfleger e.V.

Berufsvertretung der Rechtspflegerinnen
und Rechtspfleger

Verband der Rechtspfleger e.V. • Miegelweg 24 A • 31785 Hameln

Justizministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf



Korrespondenzanschrift:

Dipl.-Rpfl. in Angela Teubert-Soehring

Vorsitzende

Miegelweg 24 A

31785 Hameln

Tel.: 05151 / 2 60 67 priv.

Fax: 05151 / 92 50 53 priv.

Mobil: 0171 / 16 61 96 6

Tel.: 05151 / 796 - 270 dienstl.

Fax: 05151 / 796 - 166 dienstl.

E-Mail:

angela.teubert-soehring@ag-hm.niedersachsen.de

E-Mail: teubert@rechtspfleger.net

www.rechtspfleger.net

Hameln, den 17.01.2005

**„Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die
Juristenausbildung“**

Az.: 3131 – V.35/Sdb. 11

Sehr geehrte Frau Dr. Dylla-Krebs,

wir danken für die Beteiligung an der Anhörung und die Übersendung des
Fragenkatalogs über unsere Geschäftsstelle in Berlin.

Wir haben uns bei der Beantwortung ausschliesslich auf die aus unserer Sicht
„rechtspflegerrelevanten“ Bereiche beschränkt.

Hierzu bedarf es allerdings zusätzlich noch einiger Bemerkungen:

Die sog. „verwaltungsinterne“ Fachhochschulausbildung für Rechtspflegerinnen und
Rechtspfleger hat sich in der Vergangenheit grundsätzlich bewährt.

Allerdings haben die Entwicklungen der vergangenen Jahre gezeigt, dass – auch
entsprechend der Kritik des Wissenschaftsrates – eine weitere Fortentwicklung
unabdingbar ist.

Dazu kann der „Bologna-Prozess“ einen entscheidenden Beitrag leisten.

Zu Frage 1:

Wie in dem beigefügten Zwischenbericht ausgeführt, wird die Einführung eines juristischen Bachelor auch davon abhängig sein, welcher Bedarf auf dem Arbeitsmarkt vorhanden ist.

Hierzu bedarf es einiger grundsätzlicher Ausführungen hinsichtlich der Auswahl der Studierenden für die verwaltungsinternen Fachhochschulen für die Rechtspflegerausbildung.

Die heutigen Bewerber zeichnen sich durch hohes Sicherheitsdenken im Hinblick auf den angestrebten Beamtenstatus aus. Sie streben eher den „sicheren“ als den juristischen Beruf an, was sich im Berufsalltag später gerade aus Sicht der heutigen Anforderungen häufig als kontraproduktiv erweist.

Die Einstellung der Bewerber erfolgt bedarfsorientiert. Entsprechend ist den Einstellungsbehörden eine „Bestenauslese“ nach erfolgreichem Abschluss des Studiums nahezu versagt. Die Auswahl für den Vorbereitungsdienst erfolgt demnächst bereits am Anfang der 12. Klasse. In diesem Lebensalter lassen sich manche Anforderungskriterien an den Beruf aufgrund des Alters der Bewerber nur schwer „testen“. Dies haben auch Workshops mit PE-Agenturen zur Erstellung von Anforderungsprofilen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger im Rahmen von strukturierten Einstellungsverfahren ergeben. Eine Überbedarfsausbildung ist daher sinnvoll, wie sie bereits auch schon in einigen Personalentwicklungskonzepten von Landesjustizverwaltungen gefordert wird.

Wir befürworten die Einführung des Bachelor-/Mastersystems, da einerseits möglicherweise eine andere (bessere) „Bewerberqualität“ erreicht werden könnte und andererseits die Auswahl zu einem späteren Zeitpunkt, nämlich nach erfolgreichem Studienabschluss durch die Einstellungsbehörden erfolgen kann. Dass damit das Ende der Ausbildung im Rahmen eines Beamtenverhältnisses an internen Fachhochschulen verbunden ist, ist nur konsequent.

Allerdings ist in alle Überlegungen und Prüfungen auch einzubeziehen, ob nicht auch Studiengänge der wirtschaftsjuristischen Berufe fächerübergreifend einzubeziehen sind. Dies würde mögliche Berufsfelder erweitern.

Zu Frage 2:

Die Inhalte des Studiums müssten sich an den bisherigen Erfordernissen einschließlich der Inhalte des Rechtspflegerstudiums orientieren. Also durchaus breit gefächerte Inhalte mit nachfolgender Spezialisierung, auch fächerübergreifend, je nach Berufsorientierung. Dies müsste jedoch noch genauer untersucht werden. Im Übrigen könnte hier als ein Bereich der Spezialisierung der Bereich der Amtsanwälte mit einbezogen werden.

Zu Frage 3:

Wenn nach dem Zwischenbericht ein Berufsbild für juristische Bachelors bislang nicht feststellbar ist, stellt sich grundsätzlich die Frage, ob nicht eine Einbeziehung anderer Studiengänge mit juristischen Bezügen konsequent ist, statt durch Reglementierung eine Abgrenzung zu erreichen. Dies dürfte nach hiesigem Kenntnisstand die Akkreditierung nicht ausschließen.

Zu Frage 4:

Die Beantwortung setzt das Ergebnis der Untersuchung zu Frage 2 voraus und müsste sich folgerichtig auch mit den rechtspflegerspezifischen Rechtsgebieten befassen.

Zu Frage 5:

Die angespannte Haushaltslage der Länder gerade jüngst dazu geführt, dass in einigen Bundesländern junge Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nicht in den Landesdienst übernommen werden konnten. Diese haben teilweise Anstellung in anderen Ländern gefunden.

Rechtspfleger haben aber auch in der Vergangenheit immer andere Berufsfelder gefunden wie z.B. in Banken, Bausparkassen, Versicherungen, Bürovorsteher in Notariaten, Immobilienabteilungen von Unternehmen, Insolvenzverwalter, Berufsbetreuer u.ä.

Gerade die ebenfalls auf der Justizministerkonferenz festgelegten Eckpunkte für eine „Große Justizreform“ haben außerdem mögliche Konsequenzen für das künftige Berufsbild der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger.

Den „Auslagerungsbestrebungen“ hinsichtlich des Handelsregisters und des Nachlasswesens treten wir als Berufsverband mit der Forderung entgegen, diese Bereiche zu „privatisieren“ und von auch weiterhin von Rechtspflegern wahrnehmen zu lassen. Hier ergeben sich unter Umständen weitere Anforderungsprofile.

Zu Frage 24:

Hier wird es im Wesentlichen darauf ankommen, welche Studieninhalte - nach noch genauer vorzunehmender Prüfung - mit welchen möglichen Berufsfeldern angeboten werden können.

Soweit Rechtspfleger und Amtsanwälte aus dem Bachelor-Studiengang hervorgehen, stellt sich diese Frage nicht. Eine Verdrängung von Diplom-Finanzwirten kann schon aus Gründen der bundeseinheitlichen Studien- und Laufbahnvoraussetzungen nicht stattfinden. Die Aufgaben eines Gerichtsvollziehers können im Übrigen ohne weiteres nach geltendem Recht auch von Rechtspflegern wahrgenommen werden. Davon wird jedoch nahezu nie Gebrauch gemacht, woran sich auch unter „anderen Vorzeichen“ nichts ändern dürfte. Hinsichtlich der Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten sehen wir auch keine Verdrängungsgefahr.

Erlaubt sei an dieser Stelle folgender Sachverhalt aus der Praxis: seit geraumer Zeit werden wegen einer großen Anzahl unbesetzter Rechtspfleger-Stellen von einigen Oberlandesgerichten Volljuristen mit durchaus nicht nur schwächeren Examina befristet eingestellt. Auch hier wurde von mehreren Seiten eine Konkurrenz und die Möglichkeit einer Verdrängung befürchtet.

Diese vorübergehenden Beschäftigungsverhältnisse haben - eignungsbedingt - nur in ganz wenigen Ausnahmefällen zu einer Übernahme in den Rechtspflegerdienst geführt. Eine solche Problematik stellt sich bei entsprechender Umstellung der Studiengänge dann aber auch nicht mehr.

Abschließend bleibt festzustellen, dass mit einer „Aufgabe“ der Studiengänge „Rechtspfleger“ an verwaltungsinternen Fachhochschulen auch die bisherige Alimentation entfällt.

Andererseits würde zwingend die Ableistung eines Vorbereitungsdienstes erforderlich werden. Die Kosten hierfür dürften jedoch die Kosten der bisherigen „Anwärterbezüge“ keinesfalls über- sondern wohl eher unterschreiten.

Für weitere Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Angela Teubert-Soehring

- Vorsitzende -



BDR, Bundesgeschäftsstelle, Am Fuchsberg 7, 06679 Hohenmölsen

Ausschuss der Justizminister-
konferenz zur Koordinierung
der Juristenausbildung
Justizministerium NRW
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Flensburg 31. Januar 2005

Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
08. Feb. 2005
Anl.: Abt.:

Bundesvorsitzender:

Hinrich Clausen

Adelbytoft 14

24943 Flensburg

Bund Deutscher Rechtspfleger

Tel 0461 - 89116

Fax 0461 - 89242

Handy 0171 - 7052799

hclausen@BDR-online.de

www.bdr-online.de

**Bachelor- und Master-System in der
deutschen Juristenausbildung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund Deutscher Rechtspfleger
hat den Bericht über die Anhörung
der Justizministerkonferenz zur
Koordinierung der Juristenausbil-
dung betreffend die Einführung des
Bachelor-/Master-Systems in die
deutsche Juristenausbildung zur
Kenntnis genommen und beantwortet
den Fragenkatalog wie folgt:

1. Wir befürworten die Einführung
des Bachelor-/Master-Systems
für die deutsche Juristenausbil-
dung, weil dieses System in den
deutschen Hochschulen allgemein
umgesetzt werden wird und nur
auf diese Weise die deutschen
Ausbildungsabschlüsse europaweit
anerkant werden dürften.


2. Der Studiengang "Bachelor of law" sollte aus einem dreijährigen Studium bestehen, wobei in vier Semestern die Wissensvermittlung und in zwei Semestern der Erwerb von methodischen Fertigkeiten den Vorrang haben sollte.
Für das Studium zum Rechtspfleger könnten im wesentlichen die bisherigen Studieninhalte der Fachhochschulen für Rechtspflege übernommen werden, wobei eine praktische Zeit von sechs bis zwölf Monaten sich anschließen müsste.
3. Für die Ausbildung zum Rechtspfleger ist eine Reglementierung des "Bachelor of law" erforderlich, um sich zum einen von den anderen juristischen Studiengängen abzugrenzen und zum anderen die speziellen Rechtsgebiete insbesondere der Freiwilligen Gerichtsbarkeit zu vermitteln.
4. Der Prüfungsinhalt hat dem Berufsbild des Rechtspflegers zu entsprechen und muss neben Grundzügen des Zivil- und Strafrechts das Recht der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Grundbuch-, Register-, Vormundschafts- und Nachlassrecht) sowie das Recht der Zwangsvollstreckung umfassen.
5. Die Absolventen eines Bachelor-Studiums sollten die wissenschaftlichen Voraussetzungen für den Beruf eines Rechtspflegers erfüllen. Ohne die praktischen Abschnitte gäbe es Berufsmöglichkeiten bei Banken, Versicherungen, Kammern.
6. Durch den Bachelor-Grad sollte die Voraussetzung zum Rechtsberatungsmarkt für bestimmte Teilbereiche eröffnet sein, z.B. als Schiedsperson.
7. Für die Zulassung zum Master-Studium sollte der erfolgreiche Bachelor-Grad sowie eine bestimmte Abschlussnote Voraussetzung sein. Die Universität sollte die Auswahl nicht ausschließlich vornehmen. Eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung wird nicht für sinnvoll gehalten.

8. Das Studium des Master of law muss geregelt werden, da es auf dem Studium des Bachelor of law aufbaut. Insoweit ist den Universitäten ein Spielraum zu überlassen.
9. Die Inhalte des Master-Studiums müssen alle Rechtsgebiete umfassen und der wissenschaftlichen Vertiefung dienen. Es sollte zu bestimmten Berufsfeldern führen.
10. Prüfungsinhalt sollten alle Rechtsgebiete sein und mit einer wissenschaftlichen Arbeit als Prüfungsleistung abschließen.
11. Nach dem Master-Studium sind die Voraussetzungen für alle akademischen Berufe in der Justiz und der Verwaltung erfüllt, wobei jeweils eine praktische Einführungszeit erforderlich ist.
12. ja, nach Ableistung einer Einführungszeit.
13. ja
14. Soweit die Übernahme in den Staatsdienst erstrebt wird, ja.
15. nach Berufssparten getrennt
16. Richter/Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Verwaltung, wobei Wechsel möglich sein muss.
17. der jeweilige Spartenausbilder
18. Erfolgreicher Abschluss des Master-Studiums ist als Zulassungsvoraussetzung ausreichend.
19. nein
20. grundsätzlich ja, nach Ablegung einer Prüfung

21. ja, nach Ableistung einer praktischen Zeit
22. Zugang zu einem universitären Master-Studium mit einem Bachelor-Grad sollte möglich sein, wenn die entsprechenden Grundkenntnisse vorhanden sind und eine Zulassungsprüfung erfolgreich abgeleistet wurde.
23. nein, wobei darauf hingewiesen wird, dass der Rechtspfleger ein juristischer Beruf und kein Hilfsberuf ist.
24. Ein allgemeiner juristischer Bachelor-Studiengang wird nicht zu einer Verdrängung etablierter juristischer Berufe führen, da die Voraussetzungen unterschiedlich sein werden und die jeweilige praktische Zusatzausbildung eine Trennung bewirkt.
25. Im Bachelor-/Master-System können einzelne Studienleistungen aber anerkannt werden, da sie international vergleichbar sind.
26. Die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit der deutschen Nachwuchsjuristen ist zu verbessern. Weder sind die Anreize ausreichend noch werden sie gefördert. Eine Bachelor-/Master-System könnte dieses verbessern.
Auf diese Weise könnten auch die juristischen Berufe wie der Rechtspfleger in den europäischen Ländern vereinheitlicht und durch Angleichung der Rechtsvorschriften auch eingeführt werden, soweit entsprechende Aufgaben bisher vom Richter/Staatsanwalt wahrgenommen werden.

Zum Abschluss erlauben wir uns auf die Entschliebung des 31. Deutschen Rechtspflegertages vom 23. Oktober 2003 in Karlsruhe über einen Bachelor-/Masterabschluss für den Rechtspfleger hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen


Hinrich Clausen
Bundesvorsitzender

Entschließung des 31. Deutschen Rechtspflegertages über einen Bachelor-/Masterabschluss für den Rechtspfleger

Der 31. Deutsche Rechtspflegertag fordert die Verantwortlichen für das Studium der Rechtspflege auf, sich für einen Bachelor-/Masterstudiengang für Rechtspfleger einzusetzen.

Der Bund Deutscher Rechtspfleger stellt sich das zukünftige Studium wie folgt vor:

- 1. Alle juristischen Berufe haben zunächst ein dreijähriges Grundstudium an einer Hochschule zu absolvieren. Dieser Studienabschnitt endet mit dem Bachelor.**
- 2. Darauf aufbauend schließt sich ein Masterstudiengang an, in dem sich der Bachelorabsolvent für den Rechtspfleger qualifiziert.**

Gründe:

Seit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes im Jahr 1998 haben die Hochschulen die Möglichkeit, neben den bekannten Magister-, Diplom- und Staatsexamensstudiengngen gestufte Studiengänge einzuführen, die zum Bakkalaureus-/BachelorGrad bzw. zu einem Magister-/Master-Grad führen.

Die Einführung einer zweistufigen Struktur der Studiengänge ist jedoch keineswegs eine Besonderheit der deutschen Hochschulreform. Eingebettet in den sogenannten europaweiten Bologna-Prozess, sind die neuen gestuften Studiengänge eines der zentralen Anliegen bei der Schaffung des europäischen Hochschulraumes.

Ziel ist es, bis zum Jahr 2010 alle Studienabschlüsse an deutschen Hochschulen auf das neue System umzustellen.

Diesem Prozess dürfen und sollten sich die Rechtspfleger und die Verantwortlichen für das Rechtspflegerstudium nicht entziehen. Der Diplomstudiengang wird in Zukunft in anderen Bereichen keine Bedeutung mehr haben, so dass ein Diplomabschluss keine Qualitätsauszeichnung mehr darstellt. Außerdem bietet eine flächendeckende Neustrukturierung der Hochschullandschaft eine Chance, das Studium der Rechtspfleger den heutigen und zukünftigen Anforderungen anzupassen. Immer häufiger werden Diplomrechtspfleger nach ihrem Studium nicht mehr in den Justizdienst übernommen. Die Anzahl der Studienanfänger sinkt aufgrund der geringen Einstellungsquoten der Länder. Gleichwohl werden Rechtspfleger auch außerhalb der Justiz tätig (Banken, Versicherungen, Rechtsabteilungen von Unternehmen, Notare). Dieser Trend hält an und wird sich in Zukunft noch verstärken. Daher muss sich das Studium den bevorstehenden Begebenheiten anpassen. Hierfür bieten die Diskussionen über Bachelor- und Masterstudiengänge eine Gelegenheit. Um dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden, verfolgt der Bund Deutscher Rechtspfleger daher folgendes Ziel: Alle juristischen Berufen haben zunächst ein dreijähriges juristisches Grundstudium zu absolvieren. Dieses konnte dann mit einem Bachelor enden. Der darauf aufbauende Masterstudiengang bietet dann eine Qualifizierung und Spezialisierung für einzelne juristische Berufszweige an. Hierzu zählen neben Richter und Staatsanwalt auch der Rechtspfleger, eventuell der Gerichtsvollzieher, der Rechtsanwalt, der Notar oder der Wirtschaftsjurist. Dieser Studienabschnitt hat die besonderen Anforderungen an den zukünftigen Beruf zu berücksichtigen. Die heutigen Fachhochschulen für Rechtspflege konnten sich frühzeitig in diesen Prozess einbringen, in dem sie ihren Studiengang entsprechend anpassen. Der Bologna-Prozess beseitigt die Trennung zwischen Fachhochschulen und Universitäten, so dass auch hier die Chance für die Fachhochschulen besteht, eine gleichwertige Anerkennung zu erhalten.

PoststelleLANDESGESTIZ-
PRÜFUNGSAMT

26. Jan. 2005

Von: info@drb.de**Gesendet:** Mittwoch, 26. Januar 2005 16:00**An:** poststelle@jm.nrw.de**Betreff:** Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung - Ihr Schreiben vom 10.12.2004**Betr.: „Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung“- Az.: 3131 – V. 35 /Sdb. 11**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Richterbund beteiligt sich selbstverständlich an der Diskussion zu o.g. Thema. Allerdings wird um Verständnis gebeten, dass zu den aufgeworfenen Fragen noch keine abschließende Meinungsbildung erfolgt ist. Die übersandten Antworten zum Fragenkatalog stellen daher nur erste Überlegungen dar, die jedoch einer weiteren Vertiefung bedürfen.

Der Deutsche Richterbund wird alsbald weitere Vorstellungen zur Juristenausbildung in Bezug auf den Bologna-Prozess vorlegen.

I. Zur Beantwortung des Fragenkatalogs

Zu 1)

Die Frage, ob das B/M-System in der Juristenausbildung eingeführt werden soll, kann gegenwärtig jedenfalls abschließend nicht beantwortet werden, weil

- Studieninhalte und –prüfungsformen nicht hinreichend geklärt sind,
- die jüngste Juristenausbildungsreform weder vollständig umgesetzt noch hinreichend ausgewertet ist (parallel von alt und neu),
- ein Berufsbild für den Bachelor-Abschluss nicht erkennbar ist,
- die Zugangsvoraussetzungen für das Masterstudium ungeklärt sind (welche Bachelor of law-berechtigten zum Masterstudium?).

Zu 2)

Das Studium müsste hinreichend praxisorientiert auf ein Berufsfeld vorbereiten, aber zugleich die notwendige Vertiefung für das Master-Studium gewährleisten.

Dabei sind die Studieninhalte abhängig von dem entsprechenden, noch offenen Berufsbild.

Zu 3)

Eine Reglementierung erscheint aus Gründen der Qualität der Rechtsanwendung/-pflege in der Justiz, der Rechtsanwaltschaft und der Verwaltung unerlässlich.

Zu 4)

Die Prüfungsinhalte zum Erwerb des Bachelor-Grades sollten sich auf die drei traditionellen Rechtsgebiete (Zivil-, Straf-, öffentl. Recht) und auf grundlegende Methoden der Rechtsanwendung erstrecken.

Zu 5)

Perspektiven sind in den klassischen juristischen Berufen gegenwärtig nicht absehbar.

Zu 6)

Mangels hinreichender Berufsfeldanalyse kann der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt nicht befürwortet werden (siehe auch aktuelle Diskussion zum Rechtsberatungsgesetz).

Zu 7)

Unter dem Vorbehalt nicht hinreichender Erkenntnisse wird ein Auswahlkriterium befürwortet. Dieses mag die Abschlussnote oder eine separate Eingangsprüfung sein.

Zu 8)

Eine Reglementierung erscheint zur Sicherung der Qualität der Rechtsanwendung und Rechtspflege unverzichtbar.

Zu 9)

26.01.2005

In der Sache erscheint nur ein Inhalt vertretbar, der sich an den Anforderungen der ersten Staatsprüfung auch in Hinblick auf die wissenschaftliche Vertiefung der einzelnen Rechtsgebiete orientiert.

Zu 10)

Neben den genannten Inhalten sollten, wie bisher, Wahlpflichtfächer vorgesehen werden. Eine wissenschaftliche Arbeit erscheint angesichts der bisherigen Reformdiskussion entbehrlich.

Zu 11)

Berufliche Perspektiven erscheinen ebenso nebulös wie die Berufsperspektiven der Bachelor-Absolventen. Um berufliche Perspektiven zu eröffnen, ist eine weitere (ggf. auch spezialisierte) Ausbildung, ähnlich dem jetzigen Vorbereitungsdienst erforderlich. Dies gilt mindestens für die reglementierten juristischen Berufe wie Richter, Rechtsanwalt und höherer Verwaltungsdienst.

Zu 12)

Kann gegenwärtig nicht befürwortet werden.

Zu 13

Siehe zu 11) - ja

Zu 14/15/17)

Ob die praktische Ausbildung in einem staatlichen Vorbereitungsdienst stattfinden muss, kann diskutiert werden. Dies hängt u.a. davon ab, wie die Zugangsvoraussetzungen zu den reglementierten Juristen-Berufen geregelt werden.

Solange die Befähigung zum Richteramt Voraussetzung für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs bzw. die Einstellung in den höheren Verwaltungsdienst ist, kann wohl von einem staatlichen Vorbereitungsdienst nicht abgesehen werden.

Würde man sich jedoch für eine Änderung dieser Zulassungsvoraussetzung entscheiden, wäre es natürlich sinnvoll, die praktische Ausbildung nach Berufssparten durchzuführen.

Die Entscheidung über die Kostentragung bei einer Spartenausbildung ist nach politischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Jedenfalls wäre dann die bisherige Regelung überdenkenswert.

Zu 16)

Der Deutsche Richterbund hat sich bereits in der Justizausbildungsreformdebatte 2002 für eine Spartenausbildung nach dem 1. Staatsexamen ausgesprochen. An dieser Vorstellung wird festgehalten. Die weitere Ausbildung sollte für die Bereiche Justiz, Rechtsanwaltschaft sowie höherer Verwaltungsdienst gesondert stattfinden.

Zu 18)

Die Auswahl sollte nach dem Ergebnis des Master-Abschlusses (Abschlussnote), unter Einbeziehung der Wartezeit erfolgen.

Zu 19)

Der Zugang zur praktischen Ausbildung mit einem Master-Abschluss in einem fächerübergreifenden Studiengang wird abgelehnt.

Zu 20)

Soweit – wie unter 18 vorgeschlagen, die Zulassung unter bestimmten Voraussetzungen erfolgt, ist der Zugang auch ausländischen Bewerbern eröffnet, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen.

Zu 21)

Die Beantwortung dieser Frage hängt von den Ausbildungsinhalten, Prüfungs- und Zulassungsvoraussetzungen ab. Der Zugang zu einem reglementierten juristischen Beruf bei einer Spartenausbildung wird nicht generell abgelehnt.

Zu 22)

Eine Zulassung wird abgelehnt, soweit eine Gleichwertigkeit der Abschlüsse nicht gewährleistet ist.

Zu 23)

Sollte z.B. die Einführung eines richterlichen Assistenten erwogen werden, wäre ein Zugang zum Master-Studium und zur praktischen Ausbildung denkbar.

Zu 24)

Die Gefahr einer Verdrängung erscheint gerade im wirtschaftlichen und im mittleren Verwaltungsbereich (Sachbearbeiter) gegeben.

Zu 25)

Die Begründung erscheint wegen des allgemein starken Bezugs zur nationalen Rechtsordnung als unzutreffend.

Zu 26)

Die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit der deutschen Nachwuchsjuristen erscheint insgesamt hinreichend gewährleistet.

Mit freundlichem Gruß

Bettina Leetz

Mitglied des DRB-Präsidiums

=====

Deutscher Richterbund

Kronenstr. 73/74

10117 Berlin

Tel. 030/206125-0

Fax 030/206125-25

mailto: info@drb.de

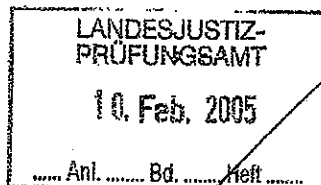
<http://www.drb.de>



Bundesverband der Deutschen Industrie - 11053 Berlin

Herrn
Johannes Riedel
Justizministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf



Dr. Kurt-Christian Scheel
Leiter der Abteilung Recht,
Wettbewerbspolitik und
Versicherung

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
Sch/Le - III/2-70-15

Datum
7. Februar 2005

Seite
1 von 4

Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung

Sehr geehrter Herr Riedel,

Sie hatten in Bezug auf die Arbeit des Ausschusses zur Koordinierung der Juristenausbildung darum gebeten, aus Sicht der Industrie mögliche Auswirkungen der Umsetzung des Bologna-Prozesses in der Juristenausbildung mitzuteilen. Wir danken Ihnen für diese Frage und die Möglichkeit, dieses Thema im Ausschuss zu diskutieren.

Wie schon mündlich ausgeführt, befürwortet der BDI die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Der Bologna-Prozess bietet den Studenten in Deutschland die Chance zu einem praxisnäheren, kürzeren und internationaler ausgerichteten Studium an deutschen Hochschulen zu kommen. Dadurch kann die Mobilität der Studenten gefördert werden. Darüber hinaus bietet der Bologna-Prozess den Hochschulen die Chance, im Wettbewerb untereinander eigene Angebotsprofile zu entwickeln. Der BDI hat dazu ein Positionspapier entwickelt, das ich zu Ihrer Information als Anlage beifüge.

In Bezug auf die Umsetzung des Bologna-Prozesses in der Juristenausbildung haben wir bei der Befragung der Mitglieder unseres Rechtsausschusses und unserer Mitgliedsverbände und Landesvertretungen differenzierte Reaktionen erhalten. Der Grundtenor ist, insbesondere mit Bezug auf die mögliche berufliche Einsetzbarkeit von Bachelor-Juristen, durchaus skeptisch. Die gleichermaßen methodisch und fachlich anspruchsvolle deutsche Juristenausbildung wird geschätzt. Die vielseitige Verwendbarkeit ist gerade für Syndikusanwälte ein großer Vorteil. Allerdings wird die Einführung des Bachelor-/Master-Systems teilweise als langfristig unvermeidlich angesehen, so dass es erforderlich sei, die Diskussion frühzeitig mitzugestalten. Außerdem gebe es einen Bedarf an bestimmten Fach-Juristen.

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.
Mitgliedsverband der UNICE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
Tel.: (030) 2028-1436
Fax: (030) 2028-2436

Internet
<http://www.bdi-online.de>

E-Mail
K.Scheel@bdi-online.de

Allerdings war aufgrund der vorläufigen Informationen nur eine vorläufige Meinungsbildung möglich. Insbesondere eine Einschätzung des Marktbedarfes gestaltet sich naturgemäß schwierig. Im Einzelnen lassen sich die Antworten auf die vom Ausschuss gestellten Fragen wie folgt zusammenfassen:

Frage 1: Die Einführung des Bachelor-/Master-Systems auch in der Juristenausbildung wird teilweise als nicht mehr aufhaltbar angesehen. Daher sollte die Diskussion frühzeitig gestaltet werden. Allerdings ist hervorzuheben, dass bei der Umsetzung im Hinblick auf die Bewertung der derzeit eingeleiteten Justizausbildungsreform mit Sorgfalt und Umsicht vorzugehen ist. Eine Verlängerung der Ausbildungszeit ist insgesamt zu vermeiden.

Frage 2: Gerade im Hinblick auf die juristische Ausbildung dürfen Wissensvermittlung und der Erwerb methodischer Fertigkeiten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie bedingen einander. Allerdings soll auf einzelne Kernfächer verzichtet werden können. Entscheidend ist, dass unterschiedliche Bachelor-Qualifikationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Qualifikationsprofilen angeboten werden können, die auf unmittelbarer Einsatzmöglichkeiten in der Praxis zugeschnitten sind. Denkbar wäre, sich an den Qualifikationsprofilen bisheriger Diplomwirtschaftsjuristen (FH) oder Diplomverwaltungswirte (FH) oder vergleichbaren FH-Studiengängen zu orientieren. Allerdings müsste auch ein „Bachelor für allgemeines Recht“ angeboten werden, der zu weiterführenden Masterausbildung berechtigen sollte. Für die stärker spezialisierten Bachelor-Studiengänge wäre zusätzlich ein Modul allgemeines Recht als Voraussetzung für die Zulassung zum Masterstudiengang vorzusehen. In Bezug auf die verschiedenen Qualifikationsprofile von Bachelor-Juristen sollte den Hochschulen ein möglichst großer Freiraum gelassen werden.

Frage 3: Eine gewisse Reglementierung der Anforderungen an die einzelnen Bachelor-Qualifikationsprofile wird erforderlich sein. Den Hochschulen sollte aber ein möglichst großer Freiraum für die Definition einzelner Qualifikationsprofile gelassen werden.

Frage 4: Diese Frage kann nicht einheitlich beantwortet werden. Vielmehr sollte den Hochschule ein möglichst großer Freiraum bei der Definition von Bachelor-Qualifikationsprofilen gelassen werden.

Frage 5: Die beruflichen Einsatzmöglichkeiten für Bachelor-Juristen werden in erster Linie der qualifizierten Sachbearbeitung (Handelsregisterangelegenheiten, gesellschaftsrechtliche Angelegenheiten, Liegenschaftsverwaltungen, Forderungsdurchsetzung, Versicherung, Personalwesen, Patentwesen, Vertragsverwaltung) gesehen. Für die breit angelegte und eine umfassende Qualifikation erforderliche Arbeit eines Syndikusanwaltes kämen Bachelor-Juristen nach unserer derzeitigen Einschätzung wohl weniger infrage. Da Syndikusanwälte in Unternehmen der Industrie häufig eine sehr breite Palette an Rechtsgebieten zu betreuen haben, werden Juristen mit vollwertiger Anwaltsqualifikation wohl nach wie vor den überwiegenden Teil der Einsatzmöglichkeiten abdecken.

Frage 6: Für das Erbringen vollwertiger anwaltlicher Beratungsdienstleistungen dürfte ein Bachelor-Jurist kaum geeignet sein.

Frage 7: Die Zulassung zum Master-Studium sollte grundsätzlich eine gewisse Breite der Ausbildung als Bachelor voraussetzen (s. Frage 2). Den Hochschulen, die Master-Studiengänge anbieten, sollte bei der Definition der Zulassungsvoraussetzungen für die Master-Studiengänge eine möglichst große Freiheit gelassen werden.

Frage 8: Auch in Bezug auf Aufbau und Inhalt der Master-Studiengänge sollten gewisse Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Allerdings sollte auch hier den anbietenden Hochschulen möglichst große Freiheit bei der Definition differenzierter Master-Studiengänge gelassen werden. Für bestimmte Berufsbilder können detailliertere Vorgaben mit bundesweit geltenden Qualifikationsprofilen sinnvoll sein.

Frage 9: Je nach Profil des Master-Studienganges kann sowohl der vertiefte Erwerb methodischer und wissenschaftlicher Fertigkeiten, als auch die Vertiefung von Wissen in bestimmten Spezialmaterien des Rechts sinnvoll sein. Denkbar ist sowohl die Fokussierung auf bestimmte Rechtsgebiete, aber auch auf bestimmte berufliche Felder.

Frage 10: Eine wissenschaftliche Arbeit als Prüfungsleistung erscheint sinnvoll. Im Übrigen sollte auch hier den Universitäten ein Freiraum gelassen werden können.

Frage 11: Je nach Ausgestaltung des Master-Studiums sind vielfältige Einsatzmöglichkeiten denkbar. Viel wird davon abhängen, wie ein gegebenenfalls auf bestimmte Master-Studiengänge aufbauendes Referendariat sei es als Anwalts-Referendariat oder als Richter-Referendariat ausgestaltet werden wird. Für die Einsetzbarkeit in Unternehmen wird es stark auf die konkreten Profile eines einzelnen Master-Juristen ankommen, in wie weit sich dieser Abschluss gegenüber dem als Anwalt zugelassenen Syndikus durchsetzt.

Frage 12: Inhaber eines Mastergrades sollten in gewissem Umfang Zugang zum Rechtsberatungsmarkt haben.

Frage 13: Für Masterabsolventen sollte weiterhin eine praktische Ausbildung für die reglementierten juristischen Berufe vorgesehen werden. Diese könnte allerdings verkürzt werden.

Frage 14: Bei der Verwendung von Master-Juristen im Staatsdienst (insbesondere bei Gericht) sollte ein staatlicher Vorbereitungsdienst vorgesehen werden. Die Trennung in einen richterlichen und einen anwaltlichen Vorbereitungsdienst erscheint denkbar.

Frage 15: s. Frage 14

Frage 16: s. Frage 14

Frage 17: Im Falle einer Spartenausbildung sollte die Praxisausbildung von der jeweils zuständigen Institution getragen werden.

Frage 18: Für den Zugang zum praktischen Vorbereitungsdienst sollten staatliche Zulassungsprüfungen vorgesehen werden.

Frage 19: s. Frage 13

Frage 20: Unter Beachtung der europarechtlichen Vorgaben sollten auch ausländische Absolventen Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe erhalten. In diesen Fällen ist auf geeignete Weise sicherzustellen, dass die Rechtskenntnisse mit den Absolventen deutscher Studiengänge vergleichbar sind.

Frage 21: Unter der Voraussetzung einer Vergleichbarkeit der jeweils geforderten Qualifikationen sollte die Flexibilität und Durchlässigkeit sichergestellt werden. Gegebenenfalls müssten bestimmte Zusatzqualifikationen abgefordert werden.

Frage 22: Auch in Bezug auf diese Frage sollten die Hochschulen, die ein Master-Studiengang anbieten, möglichst große Flexibilität erhalten.

Frage 23: Quereinstieg aus anderen juristischen Hilfsberufen sollten grundsätzlich nicht möglich sein. Dies wäre allenfalls denkbar, wenn bestimmte Zusatzqualifikationen abgefordert werden.

Frage 24: Bei Einführung eines allgemeinen juristischen Bachelor-Studienganges wird die Gefahr von Verdrängungseffekten in Bezug auf etablierte juristische Hilfsberufe durchaus gesehen. Bei der gegenwärtigen Marktlage könnten auch schwächere Volljuristen das Nachsehen haben. Eine präzise Antwort ist allerdings erst möglich, wenn erkennbar wird, mit welchen Qualitätsprofilen juristischen Bachelor-Studiengänge angeboten werden.

Frage 25: Die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse ist wegen der unterschiedlichen Art und Struktur der Rechtsordnungen ohnehin mit einem Fragezeichen zu versehen. Daher dürfte selbst eine formal geregelte Vergleichbarkeit inhaltlich kaum zu belegen sein.

Frage 26: Die internationale Akzeptanz der deutschen Juristenausbildung ist durchaus hoch. Allerdings wird das hohe Alter deutscher Juristen auch als Problem gesehen. Daher sollte die Einführung eines Bachelor-/Master-Systems die Internationalisierung weiter erleichtern.

Für weiterführende Diskussionen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Scheel

Anlage

Positionspapier



BACHELOR-/MASTERSTUDIENGÄNGE IN DEUTSCHLAND

**CHANCEN FÜR WETTBEWERB UND TRANSPARENZ
IM HOCHSCHULSYSTEM NUTZEN**

Berlin, 12. Januar 2005

Die deutsche Industrie begrüßt die Umstellung der Studiengänge in Deutschland auf die weltweit verbreiteten und anerkannten Abschlüsse Bachelor und Master. Sie geht davon aus, dass die im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ laufende europaweite Studienstrukturreform den Studenten in Deutschland die Chance bietet, zu einem praxisnäheren, kürzeren und internationaler ausgerichteten Studium an deutschen Hochschulen zu kommen, die Mobilität der Studenten fördert und zum gezielten Einsatz der Ressourcen von Studenten und Hochschulen führt.

Den Hochschulen bietet sich die Chance, im Wettbewerb eigene Angebotsprofile zu entwickeln, die auf die unterschiedlichen Interessen und Neigungen der Studenten und den differenzierten Bedarf der Unternehmen treffen. Damit können die neuen Abschlüsse zu einem Kernelement eines wettbewerblich organisierten Hochschulsystems in Deutschland werden.

Eine Überführung aller Studiengänge in die zweistufigen Bachelor-/Masterstudiengänge wird allerdings auch kritisch gesehen, da das deutsche Diplomstudium höchst wettbewerbsrelevante Alleinstellungsmerkmale bietet. Außerdem wird angeführt, dass sich mit Einführung der neuen Abschlüsse die Profile von Technischen Universitäten einerseits und Fachhochschulen andererseits zu sehr verwischen würden. Der BDI nimmt zu dieser Diskussion wie folgt Stellung:

1. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen des Hochschulsystems in Deutschland wird die Einführung der neuen Studiengänge nur dann gelingen, wenn ihre Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt breite Anerkennung finden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Fachhochschulen bisher Ingenieure ausgebildet haben, die einen äußerst guten Ruf auch international genießen, und dass die Industrie darauf setzt, dass diese Kompetenzen erhalten bleiben. Personalvorstände führender deutscher Unternehmen haben in einer **konzertierten Aktion „Bachelor Welcome“** öffentlich Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Absolventen mit den neuen Abschlüssen in den eigenen Häusern zugesagt.
2. Vor allem verspricht sich die Industrie von den neuen Studienabschlüssen eine größere **Qualifikationsvielfalt** und damit eine noch feinere Abstimmung mit dem Qualifikationsbedarf der Unternehmen: Das gestufte System sollte dazu insbesondere fächerübergreifende Kombinationen ermöglichen – also zum Beispiel den Ingenieurwissenschaftlichen Bachelor mit einem Master aus der Betriebswirtschaftslehre oder juristischer Fachrichtungen. Von besonderem Interesse dürften auch Weiterbildungsangebote zum Beispiel an Wochenenden und Sommerkurse sowie berufsbegleitende Bachelor- und Master-Angebote sein.
3. Grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der Umstellung ist, dass die **Studieninhalte** im Hinblick auf den Bachelor- und Master-Grad überarbeitet und weiterentwickelt werden. Die flächendeckende Einführung eines Leistungspunktesystems und des „Diploma Supplements“, das Profil, Inhalte und Dauer des Studiums dokumentiert, wird die Mobilität der Studenten fördern und die Transparenz der Studieninhalte erhöhen.
4. **Bachelor-Absolventen** müssen neben dem Kernwissen ihrer Disziplin auch über wichtige methodische und soziale Schlüsselkompetenzen verfü-

gen, damit sie Chancen zum direkten Berufseinstieg haben. Darüber hinaus sind in einem globalen Wettbewerbsumfeld Fremdsprachenkenntnisse unbedingt erforderlich. Keinen Bedarf hat die Industrie für einen Bachelor, wenn sie für den Berufseinstieg solcher Absolventen besondere Eingliederungshilfen entwickeln muss. Ein Abschluss, der ausschließlich als Vorstufe für ein weiterführendes Studium zum Master of Science konzipiert ist, entspricht nicht dem grundsätzlichen Ziel eines berufsqualifizierenden Bachelor-Grades.

5. Für das **Masterstudium** müssen Angebote entwickelt werden, die auch nach einer mehrjährigen Berufstätigkeit aufgenommen und auch berufsbegeleitend absolviert werden können. Die Verleihung des Master-Abschlusses muss an Qualifikationskriterien gekoppelt sein, die über den heutigen Universitätsabschluss hinausgehen. Über den Zugang dürfen nur die in Auswahlverfahren der Hochschulen nachgewiesenen Bewerberqualifikationen entscheiden.
6. Entscheidend für die breite Akzeptanz der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt ist eine verlässliche **Qualitätssicherung** mittels einer fachlich kompetenten Akkreditierung jedes einzelnen Studiengangs, an der die Wirtschaft beteiligt ist. Damit haben Unternehmen die Möglichkeit, auf die Qualität der angebotenen Studiengänge einzuwirken. Außerdem können sich Unternehmen über Ausbildungsverträge mit Studenten oder Hochschulen oder beiden passgenauen Fachkräftenachwuchs sichern.
7. Den Hochschulen ist zu empfehlen, die Unternehmen der Wirtschaft bei der Erarbeitung von Hochschulcurricula zu beteiligen. Dadurch eröffnen sich ihnen Möglichkeiten, zielgruppenorientierte berufsbefähigende Ausbildungsgänge anzubieten. Sie müssen sich ihre Akkreditierungsagentur selbst aussuchen können. Mit den Berufschancen ihrer Absolventen können sie gezielt für ihre Angebote werben.
8. Eine dauerhafte Qualitätssicherung erfordert über die Akkreditierung hinaus kontinuierliche **Evaluierungen**, an denen die Industrie als „Endabnehmer“ mitwirken kann. Dabei muss der Bachelor-Abschluss mindestens ein Niveau erreichen, das mit der derzeitigen Berufsqualifikation einer Fachhochschule vergleichbar ist. Der Master-Abschluss muss eine bessere Berufsqualifikation der Absolventen garantieren, als es die herkömmlichen Diplomstudiengänge bieten.
9. Es ist grundsätzlich notwendig, den Hochschulen so viel Flexibilität und Autonomie im Wettbewerb wie irgend möglich einzuräumen. Die parallele Aufrechterhaltung herkömmlicher Diplomstudiengänge oder -grade würde jedoch unter den gegenwärtigen stark reglementierenden und retardierenden Bedingungen die dringend erforderliche breite Akzeptanz der neuen Abschlüsse sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch bei den Studenten gefährden.
10. Ein wettbewerblich organisiertes Hochschulsystem bedarf einer weitgehenden wirtschaftlichen und rechtlichen Selbständigkeit der Hochschulen. Die Einnahmen der Hochschulen müssen im **Wettbewerb** auf Bildungs- und

Forschungsmärkten erzielt werden. Hierzu hat der BDI eine Reihe von Vorschlägen – zum Beispiel Studiengebühren, Bildungsgutscheine, durchgängiger Wettbewerb um Forschungsprojekte und Forschungsprämien – gemacht.

Seite
4 von 4

11. Es macht keinen Sinn, institutionelle Vorfestlegungen bezüglich der **Angebotsprofile** bestimmter Hochschulen zu treffen. Die Profile sollten auf vorhandenen Stärken aufbauen und sich an Inhalten und nicht an Organisationsformen festmachen. Allerdings dürfen sich die Profile von anwendungsorientierten und forschungsorientierten Studiengängen nicht verwischen. Das heißt, die Hochschulen müssen sich bei der Umstrukturierung ihrer Studiengänge vergewissern, ob sie mehr forschungsorientierte oder mehr praxisorientierte Curricula entwickeln und anbieten wollen. In der Regel werden die Universitäten sich auf die Ausbildung eines forschungsorientierten Masters konzentrieren und hierbei auch gleichzeitig im Sinne des Reformprozesses ihre Studiengänge so umgestalten, dass auch ein berufts befähigender Zwischenabschluss im Sinne des Bachelors ermöglicht wird. Für viele Fachhochschulen scheint es sinnvoll sein, sich in der Regel auf die Ausbildung hervorragender Bachelor-Absolventen zu konzentrieren. Insgesamt kann jedoch die Studienstruktureform ein erster Schritt auf dem Weg zu einem wettbewerblich organisierten Hochschulsystem sein, in dem nicht der Staat Strukturen und Inhalte vorgibt, sondern in dem jede Einrichtung – sei es Fachhochschule oder sei es Universität – durch differenzierte Studienangebote ihr eigenes Profil entwickeln und am Markt anbieten kann. Unterschiedliche Profile einzelner Hochschulen wirken der nationalen wie internationalen Mobilität der Studenten nicht entgegen. Mobilität wird zum Beispiel durch vergleichbare Punktesysteme und transparente Eignungsfeststellungsverfahren ermöglicht. Dem differenzierten Leistungsangebot der Hochschulen muss durch zielgerichtete Investitionen in die Hochschulinstitutionen Rechnung getragen werden. Hochschulen, die forschungsorientierte Master in Ingenieur- und Naturwissenschaften ausbilden, bedürfen einer adäquaten Forschungsausstattung.
12. Die Hochschulen brauchen zur erfolgreichen Umsetzung der Reformziele neben ausreichenden Finanzmitteln vor allem Rahmenbedingungen, die ihnen **Gestaltungsspielräume** eröffnen und den Wettbewerb fördern. Hierzu müssen sie größtmögliche Entscheidungsautonomie erhalten. Vorab festgelegte Quoten für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium sind damit ebenso wenig vereinbar wie die Vorgabe einer bestimmten Semesterzahl.

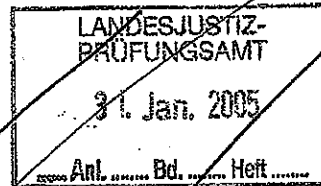


DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Deutscher Landkreistag, Postfach 11 02 52, 10832 Berlin

Justizministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen
Herr Riedel

40190 Düsseldorf



Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Tel.: 0 30 / 59 00 97 - 3 21
Fax: 0 30 / 59 00 97 - 4 00

E-Mail: Kay.Ruge
@Landkreistag.de

AZ: 21

Datum: 28.01.2005

Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung
Ihr Schreiben vom 10.12.2004; AZ: 3131 - V. 35/Sdb. 11

lieft vor

Sehr geehrter Herr Riedel,

vielen Dank für Ihr Schreiben an die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zu den möglichen Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf die Juristenausbildung sowie die Übermittlung des Fragenkatalogs und des Zwischenberichts des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung. Der Deutsche Landkreistag als kommunaler Spitzenverband der 323 deutschen Landkreise möchte dazu vor dem Hintergrund der Anforderungen von Kommunalverwaltungen gerne Stellung nehmen.

Das Aufgabenspektrum eines Juristen in der Kommunalverwaltung umfasst mit Abstrichen im Strafrecht den gesamten Bereich des öffentlichen wie des privaten Rechts. Nicht nur klassische Materien, wie die des allgemeinen und besonderen Verwaltungsrechts, sondern auch Aufgaben im Bereich der Leistungsverwaltung sowie bei kommunaler Aufgabenwahrnehmung in Privatrechtsform, im Zivilrecht, sind zu bewältigen. Dies ergibt sich bereits daraus, dass der maßgebliche Teil des nach Art. 83, 84 GG den Ländern zugewiesenen Vollzugs von Bundesrecht, aber auch der Vollzug zahlreicher landesrechtlicher Regelungen, den Kommunen übertragen worden ist. Hinzu kommen die ohnehin bestehenden und zu administrierenden Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung. Bei der damit kurz skizzierten Breite des Aufgabenspektrums ist die durchschnittliche Kreisverwaltung, anders als spezialisierte staatliche Fachbehörden, in der Regel neben dem Hauptverwaltungsbeamten nur mit einer begrenzten Zahl von Juristen im höheren Dienst personell ausgestattet.

Vor diesem Hintergrund halten wir das bewährte Leitbild des Einheitsjuristen weiterhin für die geeignetste Form. Vor einer Aufsplitterung der juristischen Qualifikation, die bei einer zu starken Modularisierung des Studienganges zu befürchten steht, kann nur gewarnt werden. Insofern halten wir die Ausführungen in dem Zwischenbericht des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung vom 24.11.2004 in der Sache für zutreffend. Auch wenn eine Europäisierung in der Juristenausbildung im Rahmen

des Bologna-Prozesses nicht grundsätzlich abgelehnt werden soll, bleibt festzuhalten, dass zunächst zu klären ist, wie zukünftig der Rechtsberatungsmarkt insgesamt strukturiert sein soll. Nimmt man die dem Zwischenbericht zugrunde liegenden Prämissen ernst, nach denen lediglich 25 % der Studierenden am Ende ihrer Ausbildung ein Master-Studium absolvieren sollen, so hieße dies, dass zukünftig der Großteil der Studenten lediglich eine dreijährige akademische Ausbildung sowie ggfs. zwei weitere praktische Jahre Ausbildung erhielten. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Gesamtrechtsordnung befürchten wir dadurch eine Verschlechterung der Qualität der Rechtsberatung. Wir halten es angesichts der Tatsache, dass auch vermeintlich einfach gelagerte juristische Fallkonstellationen regelmäßig andere Rechtsgebiete berühren, für sinnvoll, zunächst die Auswirkungen der jüngsten Reform der Juristenausbildung abzuwarten, bevor nunmehr eine zu starke frühere Spezialisierung und Modularisierung der juristischen Ausbildung stattfindet. Der Zwischenbericht weist zutreffend darauf hin, dass vor 2010/2011 keine nennenswerten Erfahrungen mit der jüngsten Reform bestehen (S. 30). Will man diese Reform nicht praktisch wieder aufheben, dürfte die nächste grundlegende Umorganisation des Studiums erst ca. 2015 realistisch sein.

Aus unserer Sicht kann dennoch bereits derzeit durch eine Qualitäts- und Effizienzverbesserung das bestehende System auch gegenüber dem internationalen Markt wesentlich wettbewerbsfähiger ausgestaltet werden, indem die Qualität von Lehre und Lernen verbessert, die Stellenausstattung ausreichend gewährleistet und die Leistungskontrolle durchgängig eingeführt sowie der nahtlose Übergang ins Referendariat sichergestellt wird. Dies hat aus unserer Sicht Vorrang vor der Einführung eines Bachelor-/Master-Systems.

Nachfolgend möchten wir zu einzelnen Fragen des vorliegenden Kataloges wie folgt Stellung nehmen:

1. Befürworten Sie die Einführung des **Bachelor/Master-Systems** für die deutsche Juristenausbildung? Warum?

Aus kommunaler Sicht sollte mit Blick auf das dargestellte umfangreiche Aufgabenspektrum des Juristen an dem Leitbild des Einheitsjuristen festgehalten werden. Das komplexe Rechtssystem verlangt eine übergreifende Kenntnis verschiedener Materien. Die Juristen in der Kommunalverwaltung müssen weiterhin in der Lage sein, fachlich auf Augenhöhe mit Rechtsanwälten und Richtern zu arbeiten.

2. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines dreijährigen **Bachelor-Studiums**?

Für den Fall der Einführung eines Bachelor/Master-Systems gehen wir davon aus, dass ein lediglich dreijähriges Bachelor-Studium in der Regel lediglich für Tätigkeiten im gehobenen, nicht aber höheren Verwaltungsdienst qualifiziert. Insofern sehen wir den Schwerpunkt in der Wissensvermittlung, wobei mit Blick auf die Möglichkeit des anschließenden Masterstudiums der Erwerb methodischer Fertigkeiten jedenfalls im Sinne wissenschaftlicher Vertiefung vorzusehen ist.

4. Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des **Bachelor-Grades** vorgesehen werden, ggfs. alternativ oder kumulativ?

Aus kommunaler Betrachtung heraus sollten als Prüfungsinhalte jedenfalls das öffentliche Recht sowie Zivilrecht vorgesehen werden, wobei bei letzterem auch einzelne Bereiche, wie das Familienrecht, ausgeblendet werden könnten.

5. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines **Bachelor-Studiums**? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten?

Im Bereich der Kommunalverwaltung halten wir, wie bereits ausgeführt, eine berufliche Perspektive grundsätzlich im Bereich des gehobenen Dienstes für realistisch.

- 10/11. Welche **Prüfungsinhalte** sollen zum Erwerb des Master-Grades vorgesehen werden, ggfs. alternativ oder kumulativ?

Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines **Master-Studiums**? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten - wenn ja, welche?

Aus unserer Sicht entspricht der Mastergrad am ehesten dem bisherigen Leitbild des Einheitsjuristen. Wir halten deshalb für den Erwerb dieses Grades Prüfungsinhalte generell im Zivilrecht, im Strafrecht sowie im öffentlichen Recht, das heutzutage zwingend auch das Europarecht umfassen muss, für geboten. Als berufliche Perspektiven kommen insoweit auch in Abgrenzung zum Bachelor-Studium Tätigkeiten im höheren und damit leitenden Dienst in Betracht.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn unsere Anregungen im weiteren Verlauf des Verfahrens Berücksichtigung finden würden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Kay Ruge





DEUTSCHER GERICHTSVOLLZIEHER BUND E.V.

Mitglied der Union Internationale des Huissiers de Justice et Officiers Judiciaires (UIHJ)

Mitglied des Deutschen Beamtenbundes

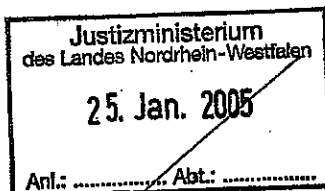
Bundesgeschäftsstelle: Goebenstraße 3, 50672 Köln, Tel. 0221/1703515, Fax 1703514

Internet: www.dgvb.de, e-mail: bundesvorstand@dgvb.de

DGVB * Goebenstraße 3 * 50672 Köln

Justizministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf



Bundesvorsitzender:

Hans-Eckhard Gallo
Fustenburgstr. 8, 55469 Simmern
Tel. 06761/2462, Fax: 06761/14191
Handy: 0171/7749051

e-mail: galloogv@t-online.de

Stv. Bundesvorsitzender:

Walter Gietmann
Nordwall 53, 47798 Krefeld
Tel. 02151/25255, Fax: 02151/80955
Handy: 0173/5276008

e-mail: walter.gietmann@web.de

Bundesgeschäftsführer:

Gerhard Heinze
Manstedtener Berg 27, 50259 Pulheim
Tel. 02238/962660, Fax: 02238/962661
Handy: 0162/9415881

e-mail: gerhard-heinze@gmx.de

Bundesschatzmeister:

Peter Strelch
Kladower Damm 21 D, 14089 Berlin
Tel. 030/3613244, Fax: 030/36431893
Handy: 0172/3141642

e-mail: Peter.Strelch@web.de

22. Januar 2005

3131 -V.35 Sdb.11

Lieferant

„Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Stellungnahme wird insbesondere im Hinblick auf den freiberuflich tätigen Gerichtsvollzieher abgegeben, welcher zwischenzeitlich von der Mehrheit der Bundesländer favorisiert wird. Dies wird dadurch bekräftigt, dass zurzeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe sich mit der Thematik der Systemveränderung im Gerichtsvollzieherdienst beschäftigt.

Der Deutsche Gerichtsvollzieher Bund fordert bereits über Jahre hinweg eine dem Berufsbild des Gerichtsvollziehers angemessene Ausbildung. In jüngster Zeit werden diese Mühen von immer mehr maßgebenden Stellen anerkannt und unterstützt.¹ Vor diesem Hintergrund sehen es die Teilnehmer der Arbeitsgruppe für unerlässlich, die Ausbildung zum Gerichtsvollzieher an einer entsprechenden

(Fach-)Hochschule durchzuführen, wobei ein Abschluss mit dem Erreichen des Bachelorgrades anzustreben ist.²

¹ Beispielsweise sei hier das vom Justizministerium Baden-Württemberg entwickelte sogenannte Y-Modell aufgeführt, das den Gerichtsvollziehern eine Ausbildung an einer Fachhochschule mit entsprechendem Abschluss bietet.

² Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch die vom Deutschen Gerichtsvollzieher Bund – Landesverband Baden-Württemberg eingesetzte Arbeitsgruppe zur Neustrukturierung des Zwangsvollstreckungssystems und des Gerichtsvollziehers in ihrem Abschlussbericht vom 11. Juli 2004, sowie der Abschlussbericht der Strukturkommission des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes; Stand Juli 2001

Um eine schnelle und standardisierte Auswertung des vorgelegten Fragenkataloges zu ermöglichen, werden die dort aufgeführten Fragen jetzt folgend in plakativer Form beantwortet. Mangels ausreichender Sachkenntnis bleiben die Fragen 3, 8-21 und 26 unbeantwortet.

Antwort zu Frage 1:

Die Einführung des Bachelor/Mastersystems für die deutsche Juristenausbildung wird grundsätzlich begrüßt. Durch die Einführung dieses Systems wird auch bei den Juristen (insbesondere bei den Gerichtsvollziehern) eine Standardisierung der Ausbildung europaweit erreicht. Durch die standardisierte Ausbildung wird das freie Niederlassungsrecht innerhalb Europas erleichtert. Die durch die Einführung des Systems entstehende europaweite Qualitätssicherung fördert einen größeren Wettbewerb in diesem Wirtschaftsraum.

Antwort zu Frage 2:

Die Vermittlung des allgemeinen juristischen Grundwissens auf wissenschaftlicher Basis. Weiter sollte das methodische Vorgehen gelehrt werden. Zusätzlich zu belegende Kursfächer für spezielle Rechtsgebiete sollen Gegenstand der Ausbildung sein und bereits zu einer Spezialisierung auf bestimmte juristische Gebiete hinführen.

Antwort zu Frage 4:

Alle Fächer sollen kumulativ überprüft werden. Bei Belegung des Kurses Zivilrecht (hier insbesondere Schwerpunkt Zwangsvollstreckungsrecht mit dem Ziel Gerichtsvollzieher zu werden) ist beispielsweise dieses Fach mit in den Prüfungsinhalt aufzunehmen.

Antwort zu Frage 5:

Das Erreichen des Bachelorgrades sollte den Studenten die Möglichkeit eröffnen, je nach der mit Kursen belegten Fachrichtung, in Berufen der entsprechenden Fachrichtung (Rechtspfleger, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher etc.) zu arbeiten. Als Voraussetzung zu Ernennung zum Gerichtsvollzieher ist eine zeitlich begrenzte Mitarbeit in einem Gerichtsvollzieherbüro denkbar.

Antwort zu Frage 6:

Der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt, beschränkt auf die Aufgabengebiete des jeweiligen Berufes, wird befürwortet.

Antwort zu Frage 7:

Das Erreichen jedes Bachelorgrades of law berechtigt die Zulassung zum Masterstudiengang. Eine weitere Regulierung erscheint nicht notwendig.

Antwort zu Frage 22:

Zugang zu einem universitären Master-Studium soll nur erhalten, wer den Grad des Baccalaureus erreicht hat.

Antwort zu Frage 23:

Die Gerichtsvollzieher nach vorherigem Erreichen des Grades Bachelor of law.

Antwort zu Frage 24:

Für eine Zulassung zum freiberuflich tätigen Gerichtsvollzieher erscheint ein Bachelor-Studium und das Erreichen des entsprechenden Grades eine unabdingbare Voraussetzung. Durch den einsetzenden Wechsel der Ausbildungssysteme wird nicht unbedingt eine automatische Verdrängung der etablierten Gerichtsvollzieher gesehen, zumal die Nachwuchsgewinnung für den Gerichtsvollzieherberuf aus dem Bereich der Justiz kaum noch möglich ist.

Antwort zu Frage 25:

Die Einführung des Bachelor-/Mastersystems innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums ermöglicht mehr Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Europas, die Möglichkeit der Niederlassung in einem anderen europäischen Staat und auch eine erweiterte soziale Identifikation.

Mit freundlichen Grüßen


Heinz
Bundesgeschäftsführer

(Antwort Bundessprecherkonferenz der Rechtsreferendare)

Betreff: Anhörung zum Bologna-Prozess und seine Auswirkungen auf die
Juristenausbildung – Fragebogen

Sehr geehrte Frau Dr. Dylla-Krebs,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung des Zwischenberichtes des
Koordinierungsausschusses Juristenausbildung und des Fragebogens, den wir
anliegend mit unseren Antworten zurücksenden.

Die Bundessprecherkonferenz der Rechtsreferendare hat sich in der
Ausbildungsreform mit einem eigenen, im Ergebnis einstufigen Ausbildungsmodell zu
Wort gemeldet. Grundlage des vorgestellten Modells war eine Evaluation der
Zielvorstellungen innerhalb der BSK in Bezug auf eine juristische Ausbildung: Diese
sollte möglichst „schlank“ und ohne erhebliche, zeitaufwändige Zäsuren erfolgen,
einem universitären, wissenschaftlichen Anspruch genügen und die hohe Flexibilität
des deutschen Einheitsjuristen erhalten.

Diese Grundanforderungen an die juristische Ausbildung wurden zunächst im
Vorstand und danach in einer Mitgliederversammlung diskutiert und einhellig
befürwortet. Auf dieser Basis können wir auch Ihre Fragen zu der nunmehr laufenden
Diskussion zur Übernahme des Bachelor-Master-Systems auch für Juristen
beantworten.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Antworten geholfen zu haben. Sollten Sie Rückfragen
haben, so können Sie sich gerne an Volker Konopatzki und Daniel Eichmann
wenden, die bereits das damalige Ausbildungsmodell mit ausgearbeitet haben.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Eichmann

Volker Konopatzki

BSK-Antworten zum Fragenkatalog:

1. Befürworten Sie die Einführung des **Bachelor-/Master-Systems** für die deutsche Juristenausbildung? Warum?

Der Umbau der deutschen Juristenausbildung auf das Bachelor-/Master-System wird von uns nicht grundsätzlich abgelehnt. Angesichts der – auch in absehbarer Zukunft noch – primär national ausgerichteten Ausbildung ist aber fraglich, ob ein solcher Schritt notwendig ist.

Positiv sehen wir den leichteren Wechsel innerhalb Europas während des Studiums für ein oder zwei Semester. Entschieden befürwortet die BSK – egal in welchem Ausbildungssystem – die Nutzung eines Leistungspunktesystems. Dies fördert die Rückführung der Ausbildung an die Universitäten, ermöglicht unmittelbare Leistungskontrollen auch für den Auszubildenden selbst und nimmt den starken Druck von der bisherigen Abschlussprüfung. Die Gefahr einer – für eine universitäre Ausbildung zu starke – Verschulung sollte dabei aber gesehen werden.

2. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines **dreijährigen Bachelor-Studiums**?

Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten?

Sollen alle Kernfächer Gegenstand des Studiums sein?

Sollen einige Kernfächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?

Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?

Im Mittelpunkt sollte der Erwerb methodischer Fähigkeiten und die Vermittlung der Grundlagen des Rechtssystems (Rechtsgeschichte, -philosophie, -theorie) stehen. Angesichts der Länge von drei Jahren können dabei alle klassischen Rechtsgebiete integriert werden. Dieses „erweiterte Grundstudium“ sollte, jedenfalls in den ersten beiden Jahren, vergleichsweise reglementiert (verschult) sein. Im dritten Jahr halten wir bereits eine gewisse selbstgewählte Schwerpunktsetzung für möglich.

3. Soll es eine **Reglementierung** des **Bachelor of laws** geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen? –

(Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach dem Bologna-Konzept Studiengänge zu akkreditieren sind; hierfür sollen in Deutschland besondere Akkreditierungs-Agenturen eingeschaltet werden; im Falle einer Reglementierung müssten diesen Agenturen entsprechende Vorgaben gemacht werden.)

Der juristische Bachelor-Studiengang soll grundsätzlich die erste Ausbildungsstufe für einen zukünftigen Rechtsanwalt, Richter oder anderweitig

eingesetzten „klassischen“ Juristen sein. Dementsprechend sind die in der Antwort zu Frage 2 angedeuteten Ausbildungsinhalte einzufordern. Allein dies wird zu einer ausreichenden Abgrenzung zu anderen „Mischformen“ besonders aus den Wirtschaftsfakultäten und Fachhochschulen führen.

4. Welche **Prüfungsinhalte** sollen zum Erwerb des **Bachelor-Grades** vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ?

- im Zivilrecht ?
- im Strafrecht ?
- im öffentlichen Recht ?
- weitere?

(Studienbegleitende) Prüfungen in allen Grundlagenfächern sowie den Grundzügen der drei klassischen Rechtsgebiete. Gegebenenfalls können gewählte Schwerpunkte berücksichtigt werden.

5. Welche **beruflichen Perspektiven** sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines **Bachelor-Studiums**? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten?

Wir können uns den Bachelor-Juristen als Konkurrenz zu den FH-Juristen vorstellen. Angesichts der grundlagenorientierten Ausbildung hat er aber relativ wenig praxisbezogene Ausbildung erfahren, so dass wir vermuten, dass kein großer Markt für diesen Bachelor-Juristen bestehen wird. Den Vorteil des Bachelor-Master-Systems sehen wir hier eher darin, dass nun für den Bachelor ein leichter Wechsel auch in andere Disziplinen ohne „Verlust“ der bisherigen Leistungen möglich ist: Ein Master in Wirtschaftswissenschaften oder Politologie sollte hier eine ideale – und dann auch im Berufsmarkt abgefragte – Kombination von Ausbildungsabschnitten sein.

6. Soll den Inhabern eines **Bachelor-Grades** der Zugang zum **Rechtsberatungsmarkt** eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Nein, siehe Frage 6.

7. Welche Anforderungen sollen an die **Zulassung zum Master-Studium** gestellt werden? Hier kommen in Betracht:

- nur bestimmte Bachelor-Studiengänge (z.B. allgemeiner Bachelor of law, vgl. oben 3) qualifizieren
- eine bestimmte Abschlussnote muss erreicht werden
- die Universität des Master-Studienganges wählt aus
- es gibt eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung
- weitere Vorschläge?

Eine staatliche Auswahlprüfung sollte ausgeschlossen sein und hat hier im übrigen auch nichts zu suchen. Die Entscheidung sollte letztlich die

jeweilige Universität treffen, die auch die Kriterien festlegen kann. Die Abschlussnote eines Bachelor-Studiengangs kann hier ein Parameter, nicht aber der einzige sein. Problematisch könnte hier jedoch ein Zeitverlust sein, der sich daraus ergibt, dass der Absolvent zunächst auf die Abschlussnote des Bachelor-Studiengangs wartet und sich solange nicht für den anschließenden Master-Studiengang bewerben kann.

Eine Beschränkung der Zulassung auf den Bachelor of Law ist für uns weniger eine Frage des Master-Studienganges, sondern der (späteren) Frage, ob ein derart „gemischt“ ausgebildeter Master danach für einen etwaigen Vorbereitungsdienst und letztlich für die Rechtsanwaltschaft oder den Richterdienst zugelassen werden sollte.

8. Soll es eine **Reglementierung** des **Master** of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen ? – zur Problematik der Akkreditierung vgl. o. 3 -

Siehe oben und die Antwort zu Frage 9 (notwendige Inhalte).

9. Welche Erwartungen haben Sie an die **Inhalte** eines ein- oder zweijährigen **Master-Studiums**?

Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten?
Sollen alle Fächer Gegenstand des Studiums sein?
Sollen einige Fächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?
Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?
Soll das Studium auf bestimmte Berufsfelder ausgerichtet sein (z.B. Master-of-law "Justiz", Master-of-law "Anwalt" usw.)?

Die BSK tritt für den Erhalt des „Einheitsjuristen“ ein. Dementsprechend müssen die Ausbildung und der Abschluss ausgerichtet sein.

Zudem ist die BSK der Ansicht, dass es sich bei der Juristenausbildung um einen universitären Studiengang handelt. An der Universität wird wissenschaftliches Arbeiten gelehrt und verlangt. Das muss auch für die Juristen gelten, jedenfalls nach der grundlagenorientierten Phase des Bachelor-Studiums bzw. der ersten Studienjahre in einem anderen System. Jeder Student sollte hier in der Lage sein, Schwerpunkte zu wählen, ohne dass dabei das Ziel des Einheitsjuristen aus dem Auge verloren werden darf.

10. Welche **Prüfungsinhalte** sollen zum Erwerb des **Master-Grades** vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ ?

- im Zivilrecht ?

- im Strafrecht ?
- im öffentlichen Recht ?
- weitere?
- Soll eine wissenschaftliche Arbeit als Prüfungsleistung gefordert werden?

(Studienbegleitende) Prüfungen in allen Rechtsgebieten sowie in den gewählten Schwerpunkten. Aus der Forderung, einen wissenschaftlichen Abschluss zu erhalten, resultiert, dass wir eine wissenschaftliche Arbeit als (eine) Prüfungsleistung für erforderlich halten.

11. Welche **beruflichen Perspektiven** sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines **Master-Studiums**? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten – wenn ja welche? Welche weitere Qualifikation ist erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

Prinzipiell befindet sich der künftige Master-Jurist auf dem Arbeitsmarkt, der derzeit von Absolventen des 1. Staatsexamens besetzt wird. Angesichts der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten in Wirtschaftsunternehmen sowie der Flexibilisierung und besseren fächerübergreifenden Vergleichbarkeit der Ausbildung wird sich dieser Markt aber erheblich erweitern. Dies fordert aber auch von den Absolventen in Jura eine gesteigerte Bereitschaft, endlich die Fixierung auf die klassischen (voll-)juristischen Berufsbilder aufzugeben und über den Tellerrand hinaus zu schauen.

12. Soll den Inhabern eines **Master-Grades** der Zugang zum **Rechtsberatungsmarkt** eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Siehe Antworten zu Frage 11 und 13.

13. Soll die **praktische Ausbildung** (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe (Rechtsanwalt, Notar, Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsdienst) weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der o.a. Grade durchgeführt werden?

Grundsätzlich ja. Es erscheint aber vorstellbar, dass Absolventen eines Master-Studiengangs, die über mehrjährige Berufserfahrung außerhalb der reglementierten juristischen Berufe verfügen, ohne diesen Vorbereitungsdienst zu einer abschließenden Staatsprüfung zugelassen werden.

14. Soll die praktische Ausbildung in einem **staatlichen Vorbereitungsdienst** stattfinden ?

Ja.

15. Soll die praktische Ausbildung **einheitlich** (Einheitsjurist) **oder** nach **Berufssparten** getrennt stattfinden ?

Einheitlich. Die BSK hält den Einheitsjuristen, die mit ihm verbundenen flexiblen Einsatzmöglichkeiten und die Kenntnisse aller Berufsbilder für den großen Vorteil des deutschen Ausbildungssystems.

16. Welche Art von **Spartenausbildung** befürworten Sie ggf.?

Siehe Frage 15; entfällt.

17. Wer soll ggf. die **Kosten** einer praktischen Spartenausbildung (einschließlich einer evt. Unterhaltsbeihilfe o.dgl.) übernehmen?

Eine einheitliche Ausbildung bedeutet nicht, dass ein starres Korsett von Pflichttagen abgespult werden muss. Hier soll der Jurist seine Interessenschwerpunkte und beruflichen Ziele auch durch die Wahl seiner Stationen einbringen können. Entscheidet er sich beispielsweise für einen Schwerpunkt im Wirtschaftsbereich, so halten wir es für angebracht, die Ausbildungsstelle für diesen Abschnitt zahlen zu lassen.

18. Unabhängig von der Organisation der praktischen Ausbildung: Welche **Voraussetzungen** sollen für die **Zulassung** hierzu erforderlich sein? Hier kommen in Betracht (alternativ oder kumulativ):

- einheitliche staatliche Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) für jede praktische Ausbildung
- spartenbezogene Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung) durch die für die praktische Ausbildung zuständige Organisation (also z.B. Staat für die Sparten "Justiz" und "Verwaltung", Rechtsanwaltskammern für die Sparte "Anwalt" in Organisation der Anwaltschaft)
- Auswahl nach Ergebnis (Abschlussnote) des Master-Abschlusses
- Wartezeit nach Erwerb des Master-Abschlusses
- Beschränkung auf bestimmte Inhalte des Master-Studiums
- Zulassung nur bei Vorhandensein eines Ausbildungsplatzes
- Weitere Vorschläge?

Ähnlich wie jetzt die Aufnahme ins Referendariat. Eine Zulassungsprüfung stellt nach den beiden bereits erfolgreich absolvierten Bachelor- und Masterprüfungen nur eine weitere Zeitverzögerung und Schikane dar.

19. Soll **Zugang zur praktischen Ausbildung** für reglementierte juristische Berufe bzw. zu einer entsprechenden Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung, s.o. 18) auch erhalten, wer in einem **fächerübergreifenden Studiengang** mit juristischen Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) einen **Master-Abschluss**

- an einer **Universität** oder
- an einer **Fachhochschule**

erworben hat?

Siehe bereits Frage 13. Einen FH-Abschluss halten wir allenfalls nach einschlägiger Berufserfahrung für denkbar.

20. Sollen auch Absolventinnen und Absolventen von **ausländischen** universitären juristischen Studiengängen **Zugang zur praktischen Ausbildung** für reglementierte juristische Berufe erhalten? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen (s. sog. Morgenbesser-Entscheidung des EuGH vom 13.11.2003).

Ja, soweit eine Vergleichbarkeit besteht – und dies ist das wohl gerade das Ziel der Reformbestrebungen.

21. Soll **Zugang** zu einem reglementierten juristischen Beruf (z.B. Richter) auch erhalten, wer eine Spartenausbildung **zu einem anderen reglementierten Beruf** (z.B. Rechtsanwalt) absolviert hat? Wenn ja, ggf. unter welchen weiteren Voraussetzungen?

Siehe dazu u.a. Frage 15.

22. Soll **Zugang** zu einem **universitären Master-Studium** erhalten, wer

- an einer allgemeinen **Fachhochschule** in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischem Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht)
- an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst (zz. Diplom-Verwaltungswirte, -Rechtspfleger, -Finanzwirte)

einen **Bachelor**-Grad erworben hat, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Dies sollte ins Ermessen der Universitäten gestellt werden, die besondere Voraussetzungen, die sie für ihren Studiengang für erforderlich halten, einfordern können. Siehe bereits Frage 7.

23. Gibt es weitere **juristische Hilfsberufe**, denen der Zugang zu diesem Ausbildungssystem, also zum Master-Studium oder zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe, eröffnet werden soll, ggf. unter welchen Voraussetzungen ?

Der Rechtspfleger könnte evtl. einem FH-Juristen oder Bachelor gleichgestellt werden.

24. Sehen Sie die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen juristischen Bachelor-Studiengangs mit erstem berufsqualifizierendem Abschluss nach

drei Jahren zu einer **Verdrängung** etablierter juristischer Hilfsberufe führen könnte? Wie schätzen Sie dies ein im Verhältnis zu

- Volljuristen mit schwächeren Examina, die bisher etwa in der Wirtschaft als „Assistenten“ oder Sachbearbeiter beschäftigt werden
- Juristen mit erster juristischer Staatsprüfung (- dito -)
- Sachbearbeitern in Wirtschaft und Verwaltung
- Fachhochschul-Absolventen mit juristischem Bezug (z.B. Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH))
- Rechtspflegern, Diplom-Verwaltungswirten, Diplom-Finanzwirten
- Amtsanwälten
- Gerichtsvollziehern
- Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten

Die Beantwortung dieser Frage können wir nur dem Arbeitsmarkt überlassen.

25. Befürworter des Bachelor-/Master-Systems stellen die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen in den Vordergrund. Halten Sie diese Gründe für

- zutreffend (Begründung?)
- unzutreffend (Begründung?)
- nicht einschlägig

Bessere gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und damit erleichterte Auslandsaufenthalte sind eine große Stärke des Systems, soweit wir es verstanden haben. Bei den Abschlüssen insgesamt sind wir insoweit skeptisch, da wir nicht glauben, dass sich insoweit ein europäischer Berufsmarkt ausbilden wird. Etwas anderes mag für die Spitzengruppe gelten, wo sich allerdings wenig zum bisherigen Zustand ändern wird.

26. Ist Ihrer Meinung nach die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen hinreichend? Genügen die hierfür derzeit bestehenden Anreize? Wenn nein, welche Verbesserungen sind ggf. erforderlich? Könnten sie in einem Bachelor-/Master-System besser erreicht werden?

Siehe u.a. Frage 25. Es wird zu einer Erleichterung von Auslandsaufenthalten kommen. Andere Verbesserungen werden eher im Rahmen der allgemeinen Ausbildungsreform erreicht werden (Internationale Bezüge als Schwerpunktbereich an einigen Universitäten; Fremdsprachenausbildung etc.).

Grundsätzlich halten wir die internationale Orientierung und auch die Anschlussfähigkeit deutscher Juristen für gegeben. Hauptproblem der mangelnden Nutzung der bestehenden Möglichkeiten zur internationalen Ausbildung (durch z.B. Auslandssemester) sehen wir in dem bestehenden Staatsexamens-System, dass derartiges Engagement nicht nur nicht honoriert, sondern angesichts des Fächerkanons und der Prüfungsform sogar bestraft. Daher plädiert die BSK seit

Jahren für die Einführung von Leistungspunkten (credit points) und verlangt ein Ende der Fixierung auf „die“ Abschlussprüfung als Prüfungsblock.

Stellungnahme zur
Einführung des Bachelor-/
Master-Systems in der
deutschen
Juristenausbildung

für den

Ausschuss zur Koordinierung
der Juristenausbildung

Juni 2005

HRK Hochschulrektorenkonferenz

Die Stimme der Hochschulen

Ahrstraße 39
D-53175 Bonn

Tel.: 0228/887-0
Fax: 0228/887-110

sekr@hrk.de
www.hrk.de

Vorbemerkung

Der Bologna-Prozess wird mittlerweile in einer Reihe von Staatsexamenstudiengängen diskutiert. Die Lehramtsausbildung wird in der Mehrzahl der Bundesländer reformiert, die Mediziner werden sich Mitte Oktober mit der Relevanz des Bologna-Prozesses für die Medizin und die Gesundheitswissenschaften ganz allgemein beschäftigen. In den Rechtswissenschaften werden bereits einige Bachelor- und Master-Studiengänge angeboten. Dabei ist anzumerken, dass sie entweder nicht den „Volljuristen“ als Ausbildungsziel anstreben oder das Staatsexamen beibehalten werden muss. Auf der Masterebene handelt es sich meist um zusätzliche spezialisierte Angebote.

Der vorgelegte Fragenkatalog ist offenkundig vor dem Hintergrund des bisherigen Bildungsganges im Staatsexamen Rechtswissenschaften entstanden. Es besteht daher die Gefahr, dass lediglich vor dem Hintergrund bisher üblicher Denkmuster eine Weiterentwicklung des rechtswissenschaftlichen Studiums bedacht wird.

Sinnvoller erschien es hingegen, einen von dem herkömmlichen Modell gelösten Ansatz zu wählen, der nicht primär vergleichend vorgeht. Dieser sollte klar von (validierten) Lehr-/Lernzielen her entwickelt werden und sich an den zu erwerbenden Kompetenzen fachlich-stofflicher sowie fachlich-methodischer Art und überfachlicher Art orientieren. Mit Blick auf die sich verändernden Berufsfelder mit juristischer Relevanz sollten hierbei nicht nur die klassischen juristischen Berufe im Mittelpunkt stehen.

Stellungnahme zu den einzelnen Fragen

Vor dem Hintergrund dieses grundsätzlichen Vorbehalts soll im Folgenden auf die einzelnen Fragen eingegangen werden.

1. *Befürworten Sie die Einführung des Bachelor-/Master-Systems für die deutsche Juristenausbildung? Warum? Gründe dafür bzw. dagegen:*

Ein Bachelor/Master-System für die deutsche Juristenbildung ist zu begrüßen. Gründe:

- (1) Es erlaubt differenzierte Angebote (insbes. in der Master-Stufe) – auch bei wahrscheinlich hohem Grad gleicher juristischer Grundbildung (insbes. in der Bachelor-Stufe) – und eröffnet damit den Hochschulen die Möglichkeit der Profilierung, den Studierenden Wahlmöglichkeiten sowie die Kombination von Basiskompetenz mit entweder Trainee-Systemen oder „learning on the job“ oder wissenschaftlicher Vertiefung an der Universität. Es eröffnet damit gleichzeitig eine Perspektive für Angebote des „Lebenslangen Lernens“, an Hochschulen, indem es das Zwischenschalten von Berufsphasen erleichtert.
- (2) Ein klarer Schnitt nach der Bachelor-Phase fördert die Mobilität innerhalb und außerhalb Deutschlands.
- (3) Profilbildung, Wahlmöglichkeiten und Erhöhung der Mobilitätsmöglichkeiten fördern überdies den Wettbewerb unter den Hochschulen was sich qualitätssteigernd auswirken kann.
- (4) Es ermöglicht eine flexiblere Reaktion auf neue berufliche Herausforderungen.

2. *Welche Erwartungen haben sie an die Inhalte eines dreijährigen Bachelor-Studiums? Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb*

methodischer Fertigkeiten?

Sollen alle Kernfächer Gegenstand des Studiums sein?

Sollen einige Kernfächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?

Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?

- (1) Im Vordergrund steht eine generalistisch ausgerichtete Bildung, die den elementaren Stoff vermittelt, aber vor allem das Systemwissen, die Methodik der Arbeit und die Grundlagen – und Grenzen – des gegenwärtigen Rechtssystems nahe bringt. Demnach sollten alle juristischen Kernfächer vertreten sein. Je weniger Zeit für diese Kernfächer zur Verfügung steht, desto „wissenschaftlicher“ (d.h. auf Prinzipien des Gebietes, sein System, seine Axiomatik und Grundlagen sowie Methoden abstellend) muss das Studium sein. Es sollte hier nicht der Gegensatz von „Praxis“ (= Bachelor) und „Theorie“ (= Master) aufgebaut werden.
 - (2) Kernfächer sollten das nachfolgend genannte materielle Recht mit seinen prozessualen und europäischen Bezügen sein. Hier liegt die Betonung auf „Kompetenzerwerb“ (s. auch Dublin Descriptors bzw. nat. Qualifikationsrahmen) und nicht lediglich auf dem Wissenserwerb.
 - Zivilrecht: Rechtsgeschäftslehre, allgemeines und besonderes Schuldrecht (inkl. Arbeitsrecht), Sachenrecht, Überblick über Familien- und Erbrecht, Recht der Organisationen („Gesellschaftsrecht“)
 - Strafrecht: Allgemeine Lehren und exemplarische Bezüge auf wichtige besondere Straftatbestände
 - öffentliches Recht: Grundrechte und Staatsorganisationsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht und exemplarische Bezüge auf das Ordnungsrecht und das Leistungsrecht
 - Dazu: Soziale (historische, wirtschaftliche) Relativierung/Kontextualisierung; Text- und Kommunikationskompetenz; Fähigkeit zur Steuerung von (sozialen) Prozessen (Mediation; Verhandlungsführung)
 - Evtl.: ein kleiner Wahlfach-Bereich
 - (3) Gegenüber dem jetzigen Staatsexamens-Studiengang sollten im Bachelor-Programm die Anteile des besonderen Strafrechts und des besonderen Verwaltungsrechts reduziert werden.
 - (4) Wissenschaftliche Vertiefungen sollten in Form von Seminaren vorgesehen werden. Eine Bachelor-Abschlussarbeit soll wissenschaftliche Anforderungen stellen.
3. *Soll es eine Reglementierung des Bachelor of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen?*
(Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach dem Bologna-Konzept Studiengänge zu akkreditieren sind; hierfür sollen in Deutschland besondere Akkreditierungs-Agenturen eingeschaltet werden; im Falle einer Reglementierung müssten diesen Agenturen entsprechende Vorgaben gemacht werden.)

Eine staatliche Reglementierung zur Abgrenzung von anderen rechtsbezogenen Programmen ist aus Gründen der Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit abzulehnen und im Hinblick auf die Notwendigkeit der Akkreditierung dieser Studiengänge nicht nötig. Das Diploma Supplement macht Differenzierungen transparent.

4. *Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Bachelor-Grades vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ?*
- im Zivilrecht?
 - im Strafrecht?
 - im öffentlichen Recht?
 - weitere?

Die Prüfungen müssen die unter 2. geforderten Kompetenzen abprüfen.

5. *Welche beruflichen Perspektiven sehen sie für Absolventinnen und Absolventen eines Bachelor-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten?*
Wenn ja, welche und in welchem Umfang? Würden sie auch für bis zu 75 % der Absolventinnen und Absolventen eines Jurastudiums ausreichen?
Wenn nein, welche weitere Qualifikation wäre erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

Ein Bachelor-Studium sollte grundsätzlich den Einstieg in alle juristischen Berufe eröffnen und insbesondere in solche, bei denen nicht fachliches Detailwissen, sondern „juristisches Denken und Arbeiten“ wesentlich sind (s. auch bereits bestehende Bachelor Programme unter www.hochschulkompass.de). Angesichts der Verrechtlichung aller gesellschaftlichen Bereiche besteht Bedarf für Absolventen von Studiengängen, welche das juristische Grundgerüst vermitteln. Dieses Grundgerüst kann nach einer Phase im Beruf auch später durch ein ergänzendes Master-Studium erweitert werden.

In einigen Feldern werden Zusatzbildungen nötig sein, die teils unternehmens- oder verwaltungsbezogen als Trainee-Programme (auch evtl. in Zusammenarbeit mit Hochschulen) und teils als Master-Programme organisiert werden könnten (z.B. in der Richterbildung und der Anwaltsbildung). Es bestehen schon heute in vielen Bereichen unternehmensbezogene Trainings bzw. Volontariate, die einen Bachelor-Abschluss ergänzen und damit wegen der gewonnenen Lebenszeit ggf. sogar bessere berufliche Möglichkeiten eröffnen, als der Abschluss eines herkömmlichen Studiums es ermöglicht.

Die Quantitäten sind schwer abschätzbar, doch dürfte etwa die Hälfte der Bachelor-Absolventen bei einer entsprechenden Anpassung der Berufseingangsstufe nicht (unmittelbar) auf ein Master-Studium angewiesen sein. Jeder Quotenansatz als Rechtsreglementierung des Übertritts in die Master-Phase verbietet sich.

6. *Soll den Inhabern eines Bachelor-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?*

Solange mit Rechtsberater die anwaltliche Tätigkeit gemeint ist, sollte der Zugang von dem erfolgreichen Absolvieren einer anwaltsspezifischen Bildung (z.B. als zweijähriges Master-Programm mit hohen Praxisanteilen) abhängig sein.

7. Welche Anforderungen sollen an die Zulassung zum Master-Studium gestellt werden?

Der Zugang zum Master-Programm sollte, wenn es unmittelbar an das Bachelor-Studium anschließt, leistungsabhängig sein. Wird das Master-Programm nach einer Berufsphase aufgenommen, sind die dortigen Leistungen zu berücksichtigen; evtl. kommt eine Eingangsprüfung in Betracht. Die Festlegung der Zulassungskriterien muss in der Verantwortung der Hochschule liegen.

8. Soll es eine Reglementierung des Master of Laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen? - zur Problematik der Akkreditierung vgl. o. 3

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

9. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines ein- oder zweijährigen Master-Studiums?

Soll z.B. die Wissensvermittlung im Vordergrund stehen oder der Erwerb methodischer Fertigkeiten?

Sollen alle Fächer Gegenstand des Studiums sein?

Sollen einige Fächer vernachlässigt werden, wenn ja welche?

Soll das Studium wissenschaftliche Vertiefung vorsehen, falls ja, in welchen Gebieten, in welcher Form?

Soll das Studium auf bestimmte Berufsfelder ausgerichtet sein (z.B. Master-of-law "Justiz", Master-of law "Anwalt" usw.?)

Im Vordergrund stehen sollte die Vermittlung vertiefter wissenschaftlicher Kompetenz in Verbindung mit entweder einer thematischen Verbreiterung oder einer stofflichen Vertiefung. Es sollte mit Blick auf den Arbeitsmarkt unterschiedliche Master-Programme geben können. (s. hierzu auch entsprechende Ausführungen zum Bachelor unter Frage 5-7)

10. Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Master-Grades vorgesehen werden, ggf. alternativ oder kumulativ?

- im Zivilrecht?

- im Strafrecht?

- im öffentlichen Recht?

- weitere?

- Soll eine wissenschaftliche Arbeit als Prüfungsleistung gefordert werden?

Im Hinblick auf die wünschenswerte Offenheit des Master-Systems ist dies nicht generell zu beantworten. Jedenfalls sollte eine wissenschaftlich vertiefte Abschlussarbeit gefordert werden.

11. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventinnen und Absolventen eines Master-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten - wenn ja welche? Welche weitere Qualifikation ist erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?

Je nach Ausrichtung des Master-Programms werden die Berufsmöglichkeiten des jetzigen Staatsexamens eröffnet oder aber der Zugang zu speziellen Arbeitsbereichen erschlossen, für die der Bachelor nicht ausreicht.

12. Soll den Inhabern eines Master-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Hier wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

13. Soll die praktische Ausbildung (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe (Rechtsanwalt, Notar, Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsdienst) weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der o. a. Grade durchgeführt werden?

Wie in allen Staatsexamensstudiengängen stellt sich generell die Frage der Integration von Praxis und Theorie. In der Regel dürfte sich eine einjährige „Erfahrungsphase“ i.S. eines „Vorbereitungsdienstes“ als begleitendes Lernen in der Praxis empfehlen; bei Absolvieren eines nicht berufsspezifisch ausgerichteten Master-Programms könnte diese Phase zu verlängern sein (s. o. Frage 6).

14. Soll die praktische Ausbildung in einem staatlichen Vorbereitungsdienst stattfinden?

Nicht notwendigerweise, sofern es sich nicht um eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst handelt. Wesentlich ist aber, die Voraussetzungen für den Übertritt in den öffentlichen Dienst zu bestimmen für diejenigen, die eine nicht auf den öffentlichen Dienst bezogene Master- und „Erfahrungs“-Phase absolviert haben (vgl. das englische Modell).

15. Soll die praktische Ausbildung einheitlich (Einheitsjurist) oder nach Berufssparten getrennt stattfinden?

In der Master-Phase können berufsspezifizierte oder – wie früher vor Einführung der jetzigen „großen Spezialisierung“ im Staatsexamensstudiengang – generalistische Programme konkurrierend angeboten werden. Eine solche Wahlmöglichkeit kann auch für die „Erfahrungsphase“ i.S. eines „Vorbereitungsdienstes“ (s. Frage 13) vorgesehen werden.

16. Welche Art von Spartenausbildung befürworten Sie ggf.?

Dies wird die Praxis der Nachfrage und der hochschulischen Profilbildung regeln – eine umfassende „Erwartung“ jenseits des bisher üblichen „generalistischen“ und der „anwaltlichen“, „verwaltungsbezogenen“ und „richterlichen“ zu formulieren ist daher weder nötig noch möglich.

17. Wer soll ggf. die Kosten einer praktischen Spartenausbildung (einschließlich einer evtl. Unterhaltsbeihilfe o. dgl.) übernehmen?

Die Kosten obliegen teils dem Staat, teils dem Studierenden (mit sozialer Absicherung), teils dem spezifischen Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt. Dies richtet sich nach dem jeweils Verantwortlichen für den „Vorbereitungsdienst/ Erfahrungsphase“.

18. *Unabhängig von der Organisation der praktischen Ausbildung: Welche Voraussetzungen sollen für die Zulassung hierzu erforderlich sein? Hier kommen in Betracht (alternativ oder kumulativ):*

Wenn davon ausgegangen wird, dass sich je nach „Erfahrungsphase“ und angestrebtem Berufsziel die Organisation dieser Phase in unterschiedlicher Verantwortung liegen könnte, dann sollte die Zulassung an das Ergebnis der Bachelor-/Master-Prüfung in Verbindung mit der autonomen (aber Art. 3 und 12 GG berücksichtigenden) Entscheidung der aufnehmenden Organisation geknüpft sein. Dabei sollten die maßgeblichen Kriterien in einem öffentlichen und transparenten Auswahlverfahren angewendet werden.

19. *Soll Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe bzw. zu einer entsprechenden Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung, s.o. 18) auch erhalten, wer in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischen Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) einen Master-Abschluss*

- *an einer Universität oder*
 - *an einer Fachhochschule*
- erworben hat?*

Hierbei wird auf die Antwort zur Frage 18 verwiesen. Die aufnehmende Institution entscheidet über die Eignung des einzelnen Bewerbers. Dabei sollte generell nicht mehr institutionell zwischen Universitäten und Fachhochschulen unterschieden werden. Ein Ziel sollte dabei auch sein, die allgemeine Durchlässigkeit zwischen Ausbildungsgängen zu erhöhen.

20. *Sollen auch Absolventinnen und Absolventen von ausländischen universitären juristischen Studiengängen Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe erhalten? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen (s. sog. Morgenbesser-Entscheidung des EuGH vom 13.11.2003).*

Ja, unter denselben Voraussetzungen wie die deutschen Absolventen.

21. *Soll Zugang zu einem reglementierten juristischen Beruf (z.B. Richter) auch erhalten, wer eine Sparten Ausbildung zu einem anderen reglementierten Beruf (z.B. Rechtsanwalt) absolviert hat? Wenn ja, ggf. unter welchen weiteren Voraussetzungen?*

Ja, wenn die bisherige Qualifikation durch Studium und Berufspraxis erwarten lässt, dass die betreffende Person die Aufgaben eines Richters (evtl. nach entsprechender Weiterbildung) erfüllen wird. Diese sind qualitativ zu bestimmen; in Abhängigkeit davon sollte ein Eignungsprüfungsverfahren von der Justizverwaltung zu organisieren.

22. *Soll Zugang zu einem universitären Master-Studium erhalten, wer*
- *an einer allgemeinen Fachhochschule in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischem Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht)*
 - *an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst (zz. Diplom-Verwaltungswirte, - Rechtspfleger, -Finanzwirte)*

einen Bachelor-Grad erworben hat, ggf. unter welchen Voraussetzungen?

Die aufnehmende Hochschule entscheidet hier auf der Basis der Eignung des Bewerbers und stellt fest, ob die Eingangsqualität ein erfolgreiches Absolvieren des angestrebten Abschlusses erwarten lässt. Dies ist grundsätzlich unabhängig vom Hochschultyp Universität oder Fachhochschule zu entscheiden. Nach Beschlusslage der HRK ist darauf hinzuweisen, dass die Abschlüsse der Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes nicht gleichwertig mit den Fachhochschulen gesehen werden, und bei der vorliegenden Betrachtung nicht einbezogen werden. (s. auch hierzu die Empfehlungen des Wissenschaftsrates).

24. Sehen Sie die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen juristischen Bachelor-Studiengangs mit erstem berufsqualifizierendem Abschluss nach drei Jahren zu einer Verdrängung etablierter juristischer Hilfsberufe führen könnte? Wie schätzen Sie dies ein im Verhältnis zu

- Volljuristen mit schwächeren Examina, die bisher etwa in der Wirtschaft als "Assistenten" oder Sachbearbeiter beschäftigt werden
- Juristen mit erster juristischer Staatsprüfung (- dito -)
- Sachbearbeitern in Wirtschaft und Verwaltung
- Fachhochschul-Absolventen mit juristischem Bezug (z.B. Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH))
- Rechtspflegern, Diplom-Verwaltungswirten, Diplom-Finanzwirten
- Amtsanwälten
- Gerichtsvollziehern
- Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten?

Nach dem Verständnis der HRK geht es um die Ablösung des bisherigen Systems. Insofern kann zukunftsbezogen nicht von einer „Verdrängung“ von Volljuristen gesprochen werden. Sicherlich stehen aber in der Phase des Übergangs die Absolventen der verschiedenen Studiengänge in Konkurrenz zueinander. Zum Teil sind die Qualifikations-/Kompetenzniveaus für die oben genannten Hilfsberufe sehr verschieden; zum Teil werden sich bestimmte Ausbildungen (z.B. Rechtspfleger) systemisch anpassen und von der größeren Durchlässigkeit des neuen Systems profitieren, weil sie dank der Durchlässigkeit attraktiver werden.

25. Befürworter des Bachelor-/Master-Systems stellen die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen in den Vordergrund. Halten Sie diese Gründe für

- zutreffend (Begründung?)
- unzutreffend (Begründung?)
- nicht einschlägig

Die Gründe sind zutreffend, wenn die Systemumstellung nicht nur mechanistisch und auf Neuorganisation von „Stoffinhalten“ bezogen genutzt wird, sondern eine Kompetenzorientierung vollzogen wird (i.S. z.B. der Dublin Descriptors). Es muss also deutlich werden, in welcher Weise und in welchem Programmelement (Modul) welche Kompetenzen erworben werden.

26. Ist Ihrer Meinung nach die internationale Orientierung und Abschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen hinreichend? Genügen die hierfür derzeit bestehenden Anreize? Wenn nein, welche Verbesserungen sind ggf. erforderlich? Könnten sie in einem Bachelor-/Master-System besser erreicht werden?

Die Internationalisierung der Juristenausbildung erscheint verbesserungsbedürftig. Ein Bachelor-Master-System leistet dies durch stärkere Betonung des Erwerbs von (nicht national-staatlich gebundenen) Kompetenzen allgemeinen juristischen Arbeitens, durch Förderung von fachübergreifenden Kompetenzen, durch geeignete Schwerpunktsetzung in Master-Programmen und durch Förderung der internationalen Mobilität im Studium.

REKTORENKONFERENZ

DER FACHHOCHSCHULEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

FHOV NRW • Postfach 10 07 42 • 45807 Gelsenkirchen

Der Vorsitzende

Haidekamp 73 45886 Gelsenkirchen

e-mail-Adresse:
dieprand.vonrichthofen@fhoev.nrw.de

Telefon: 0209/1659-110
Fax: 0209/1659-100

Datum 1.6.2005

Stellungnahme zu den Fragen des Koordinierungsausschusses der Justizministerkonferenz zur Einführung von Bachelor-Studiengängen an den Fachhochschulen/Fachbereichen für Rechtspflege

1. Das Studium der Rechtspflege sollte auf einen dreijährigen Studiengang „Bachelor of Laws“ umgestellt werden. Ein Master-Studiengang ist für die Qualifikation zum Rechtspfleger nicht erforderlich. Die Umstellung des Studiengangs muss in enger Abstimmung mit den Ausbildungsbehörden geschehen.
2. Das Bachelorstudium sollte kein allgemein juristisches Jura-Studium darstellen, sondern berufsfertige Absolventinnen und Absolventen für den gehobenen Dienst im Bereich Rechtspflege ausbilden. Dabei sollen die Chancen einer Qualitätssteigerung genutzt werden, die in den Grundsätzen des Bologna-Prozesses angelegt sind.
3. Eine Änderung des RPfG wäre dann nicht erforderlich, wenn das Bachelorstudium weiterhin als interner Studiengang angeboten würde. Lediglich die landesgesetzlichen Studien- und Prüfungsordnungen müssten angepasst werden. Der Studiengang „Bachelor of Laws“ sollte bundeseinheitlich konzipiert werden, so dass eine Mobilität unter Studierenden und Hochschullehrern möglich ist.



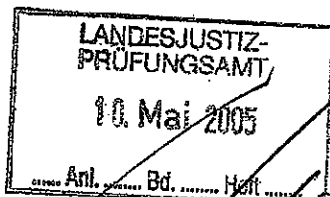
Deutscher Notarverein

Der Präsident

Deutscher Notarverein, Kronenstraße 73/74, 10117 Berlin

Justizministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen
Herrn Johannes Riedel
Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf



Kronenstraße 73/74

10117 Berlin

Tel: 030 / 20 61 57 40

Fax: 030 / 20 61 57 50

kontakt@dnotv.de

www.dnotv.de

Berlin, 20. April 2005

Juristenausbildung und Bologna-Prozess

Sehr geehrter Herr Riedel,

Der Deutsche Notarverein bedankt sich für die Gelegenheit, im Rahmen der Anhörung des Ausschusses der Justizministerkonferenz zur Koordinierung der Juristenausbildung zur Frage der Einführung des Bachelor/Master-Systems in die Deutsche Juristenausbildung Stellung zu nehmen.

Der Deutsche Notarverein schließt sich den Bedenken an, die von den bereits gehörten Verbänden und Kammern gegen ein Modell vorgebracht wurden, bei dem das grundständige Studium der Rechtswissenschaften auf drei Jahre verkürzt wird und Bachelor- und Masterabschlüsse das Staatsexamen als Zulassungsvoraussetzung zum Referendariat ersetzen.

Ein nur dreijähriges Studium genügt nicht, um die für eine qualifizierte juristische Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben. Das rechtswissenschaftliche Studium in Deutschland, das im Ausland einen hervorragenden Ruf genießt, würde durch eine derartige Verkürzung ohne abschließende Prüfung ohne Not entwertet. Der Deutsche Notarverein sieht - jedenfalls im Bereich der Rechtswissenschaft - auch keine adäquaten Jobangebote für zwei Drittel der Jurastudenten nach nur drei Studienjahren.

Diese Absolventen kämen ohnehin nicht als taugliche Kandidaten für das Amt des Notars in Betracht. Vielmehr wären dies lediglich diejenigen, die auch einen zweijährigen Master absolviert hätten. Es erscheint aber kaum möglich, das auf einem breiten Wissensfundament aufbauende Studium zum Einheitsjuristen, an dem der Deutsche Notarverein ausdrücklich festhält, in einen dreijährigen und einen zweijährigen Teil aufzuspalten, bei dem der letztgenannte nur noch die Vertiefung in einem Spezialgebiet beinhalten würde.

Abzulehnen ist auch die Abschaffung eines einheitlichen, hochschulübergreifenden Staatsexamens zum Ende der theoretischen Ausbildung. Die Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse kann nur dadurch gesichert werden, dass es zusätzlich einen hochschulunabhängigen Maßstab gibt. Insbesondere ist es aus Sicht der reglementierten juristischen Berufe erforderlich, das aktuelle Wissen der Kandidaten am Ende der

theoretischen Ausbildung zu überprüfen und nicht lediglich die Fähigkeit, ad hoc auf einzelne Prüfungen zu lernen. Diese Anforderungen erfüllt nur ein Staatsexamen nach Abschluss des Hochschulstudiums, nicht jedoch ein durch studienbegleitende Prüfungen gespeister hochschuleigener Bachelor- oder Masterabschluss.

Vor diesem Hintergrund bittet der Deutsche Notarverein um Verständnis, dass die vorgelegten Fragen im einzelnen nicht beantwortet werden, da diese vor dem Hintergrund des vorgeschlagenen Umsetzungsmodells gestellt und formuliert sind, das wir umfassend ablehnen.

Sollte die Justizministerkonferenz dennoch an einer Umsetzung der Bologna-Erklärung auch im Bereich der Rechtswissenschaften festhalten, so sollten aus Sicht des Deutschen Notarvereins zumindest die folgenden Überlegungen berücksichtigt werden:

Die Bologna-Erklärung fordert nicht die geschilderte Umsetzung mit dreijährigem Erststudium. Vielmehr wäre auch ein Modell mit vierjährigem Bachelor- und darauf aufbauendem einjährigem Masterstudium möglich. Dann müsste sich am bisherigen Studienaufbau praktisch nur wenig ändern, insbesondere müsste keine Verkürzung der Inhalte vorgenommen werden.

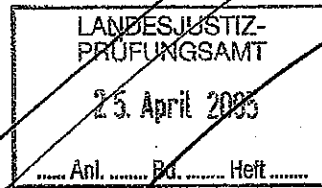
Auch der Verzicht auf das Staatsexamen ist nicht bereits im Bologna-Modell angelegt. Sollte das *Hochschulstudium* in Zukunft mit einem oder gar zwei eigenen Abschlüssen enden, deren Leistungen aber studienbegleitend erbracht werden, so würde dies nichts am Erfordernis eines einheitlichen Staatsexamens nach Abschluss des Studiums ändern. Denn dieses prüft etwas ganz anderes: Die Gesamtheit der im Studium erworbenen und am Ende noch vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten. Hochschulstudium mit Hochschulabschluss und Zulassungsvoraussetzungen zu den reglementierten juristischen Berufen könnten getrennt betrachtet werden. Zu letzteren gehört nach Auffassung des Deutschen Notarvereins in jedem Fall ein Staatsexamen.

Zu fragen wäre allenfalls, ob als Voraussetzung für dieses Staatsexamen und damit das Beschreiten des Weges in einen der reglementierten Berufe wirklich neben dem Bachelor- auch der Master-Abschluss erforderlich ist. Aus Sicht des Einheitsjuristen, der einen großen Vorzug der deutschen Juristenausbildung darstellt, scheint eine frühzeitige Spezialisierung nicht zwingend erforderlich. Sie mag jedoch im Einzelfall sinnvoll sein und die Chancen des Absolventen auf dem Arbeitsmarkt verbessern, die Entscheidung für einen Master könnte jedoch dem Studierenden überlassen bleiben.

Für Rückfragen oder weiterführende Gespräche stehen wir jederzeit gern zur Verfügung. Wir würden uns insbesondere freuen, in die weitere Diskussion um alternative Umsetzungsmodelle eingebunden zu werden.



Dr. Stefan Zimmermann



Direktor des Arbeitsgerichts
Dr. Holger Schrade
Justizministerium des Landes
Nordrhein-Westfalen
Abteilung V
Referat 2 - Juristenausbildung -
Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf

BILDUNGSPOLITIK,
GESELLSCHAFTSPOLITIK
UND GRUNDSATZFRAGEN
Tel. 030 / 20 33-1500 Fax -1505
Abt_05@bda-online.de

21. April 2005
02.11.01.60./Az/Brs

Aktenzeichen: 3131 – V.35 / Sdb. 11

Anhörung des Ausschusses der JMK zur Koordinierung der Juristenausbildung betreffend die Einführung des Bachelor-/Master-Systems in die deutsche Juristenausbildung

Sehr geehrter Herr Dr. Schrade,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. Februar.

Die BDA hat den Bologna-Prozess von Beginn an aktiv begleitet und setzt sich für die Einführung des gestuften Studiensystems mit den Abschlüssen Bachelor und Master ein. Auf nationaler Ebene bietet diese Strukturreform die Chance, eine überfällige Modernisierung der deutschen Hochschulausbildung umzusetzen, die den veränderten Arbeitsmarktbedingungen Rechnung trägt und gleichzeitig deutsche Studienangebote auch für ausländische Bewerber attraktiv macht. Vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses sehen wir die Möglichkeit, hochschulpolitische Ziele, die von den Leitbildern Autonomie und Wettbewerb im Hochschulbereich geprägt sind, vorantreiben zu können.

Ziel jeder Hochschulausbildung muss es sein, die Ausbildung möglichst praxisnah zu gestalten und innerhalb einer vertretbaren Studiendauer einen berufsbefähigenden Abschluss zu erwerben. Im Wettbewerb der Hochschulen untereinander werden sich Profile der einzelnen Studiengänge entwickeln, die sowohl den Anforderungen des Arbeitsmarktes als auch der Leistungsfähigkeit der Studienbewerber besser entsprechen können als das bisherige starre System.

Neben der rein formalen Umstellung auf ein gestuftes Studiensystem müssen die Studienangebote auch inhaltlich erneuert werden, damit eine qualitative Verbesserung erreicht wird; dies gilt auch für die nach

Hausadresse:
BDA im Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

Briefadresse:
BDA im Haus der Deutschen Wirtschaft
11054 Berlin

Tel. +49 (0) 30 / 20 33 -0
Fax +49 (0) 30 / 20 33 -1055
<http://www.bda-online.de>

wie vor reformbedürftige deutsche Juristenausbildung. Deshalb wird sich die deutsche Wirtschaft aktiv in den Prozess einbringen und ihn konstruktiv begleiten.

Die Umstellung auf das gestufte Studiensystem darf keine beliebige Angleichung an die Juristenausbildung anderer Länder darstellen. Auch weiterhin muss die Tätigkeit als Staatsanwalt und Richter auf einem breit angelegten, qualitativ hochwertigen rechtswissenschaftlichen Studium aufbauen. Ebenso darf die Umstellung des Studiensystems nicht zu einer Verlängerung der Ausbildung führen.

Solchen Bedenken kann jedoch durch das flexiblere System der gestuften Studiengänge begegnet werden, zumal die Hochschulen mehr Verantwortung sowohl für die jeweiligen Studieninhalte als auch für die Prüfungen übernehmen. Dadurch erwarten wir eine größere Vielfalt von Angeboten rechtswissenschaftlicher Studiengänge mit unterschiedlichen Profilen und bessere Ausrichtung auf die vielfältigen Tätigkeitsfelder in der beruflichen Praxis.

Zu dem Fragenkatalog nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

1. Befürworten Sie die Einführung des Bachelor-/ Master-Systems für die deutsche Juristenausbildung? Warum?

Eine Reform der Juristenausbildung, die sich in die Strukturen des Bologna-Prozesses einpasst, wird von uns befürwortet, solange die Umstellung zu einer Qualitätsverbesserung der Juristenausbildung beiträgt.

Neben ein praxisnäheres und gezielter auf die vielfältigen Einsatzfelder der Absolventen vorbereitendes Studienangebot treten weitere Chancen, die mit der Umstellung verbunden sind. Zu nennen sind hier vor allem die verbesserte internationale Vergleichbarkeit und Anschlussfähigkeit, die den Studienstandort Deutschland auch für ausländische Studierende attraktiv werden lässt. Dadurch können wir besser als bisher im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten. Darüber hinaus wird der Wettbewerb zwischen den Fakultäten in Deutschland gestärkt, da die Hochschulen größere Verantwortung für die Prüfungen erhalten.

Wir erwarten nicht nur eine größere Vielfalt an Studienangeboten, sondern ebenfalls eine Qualitätsverbesserung, die unter anderem mit dem Instrument der Akkreditierung kontinuierlich zu überprüfen und zu sichern ist.

2. Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines dreijährigen Bachelor-Studiums?

Die Festlegung der Studieninhalte sollte in der Verantwortung jeder Hochschule liegen und in enger Abstimmung mit dem (nationalen wie internationalen) Arbeitsmarkt geschehen, um insbesondere den zentralen Aspekt der Berufsbefähigung angemessen zu berücksichtigen. Wir gehen davon aus, dass die unterschiedlichen Profile der Studienangebote einerseits die erforderlichen breiten rechtswissenschaftlichen wie methodischen Grundlagen für die Ausbildung zum Richter, Staatsanwalt und Rechtsanwalt legen, andererseits aber auch auf andere Tätigkeitsfelder vorbereiten.

3. Soll es eine Reglementierung des Bachelor of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen?

Die Umstellung von Studienangeboten, die bislang mit staatlich gerregelten Prüfungen abschlossen, auf das gestufte Studiensystem hat zur Folge, dass auf die Studieninhalte nicht mehr reglementierend eingegriffen wird. Es obliegt der einzelnen Hochschule, die entsprechenden Studieninhalte festzulegen.

Solche Bachelor-Studiengänge, die als Grundlage für eine spätere Tätigkeit als Staatsanwalt, Richter oder Rechtsanwalt dienen, werden den generalistischen Ansatz mit der Vermittlung von Inhalten der klassischen Rechtsgebiete wählen. Wie in anderen Studienfächern, wird sich auch bei den rechtswissenschaftlichen Studienangeboten die Vielfalt an inhaltlichen Schwerpunktsetzungen vergrößern.

4. Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Bachelor-Grades vorgesehen werden, gegebenenfalls alternativ oder kumulativ?

Dies ist abhängig vom Profil der Studiengänge und muss von den Hochschulen entschieden werden.

5. Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventen eines Bachelor-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten?

Nach den oben skizzierten Grundsätzen müssen Bachelors in der Lage sein, insbesondere in der freien Wirtschaft unterschiedliche Aufgaben zu übernehmen. Bachelors of laws könnten eingesetzt werden beispielsweise in der Sachbearbeiterebene in Banken und Versicherungen, für Büroleitertätigkeiten in Wirtschaft und In-

dustrie, für Tätigkeiten in Anwaltskanzleien und in sonstigen Bereichen, in denen eine breite geisteswissenschaftlich-juristische Grundqualifikation hilfreich ist. Erste Erfahrungen mit Bachelor-Absolventen der Universitäten Greifswald und Osnabrück bestätigen, dass die in den rechtswissenschaftlichen Studiengängen vermittelten Qualifikationen beispielsweise in international tätigen Anwaltskanzleien stark nachgefragt sind.

Für die breit angelegte Arbeit eines Syndikusanwalts kommen Bachelors dagegen kaum in Frage.

6. **Soll den Inhabern eines Bachelor-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen?**

Die Frage der Berufsreglementierung sollte vom Abschlussgrad entkoppelt werden. Es geht um die jeweils notwendigen Qualifikationen, die für Berufe oder Berufsgruppen erforderlich sind und die durch zusätzliche Verfahren, insbesondere durch staatliche einheitliche Eingangsprüfungen zur praktischen Ausbildung, abgeprüft werden können. Dies ist heute bereits in anderen Bereichen üblich, etwa bei den Wirtschaftsprüfern.

7. **Welche Anforderungen sollen an die Zulassung zum Master-Studium gestellt werden? Hier kommen in Betracht: nur bestimmte Bachelor-Studiengänge (z.B. allgemeiner Bachelor of law, vgl. oben 3) qualifizieren, eine bestimmte Abschlussnote muss erreicht werden, die Universität des Master-Studiengangs wählt aus, es gibt eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung (weitere Vorschläge?).**

Die Hochschulen, die Master-Angebote vorhalten, sollen die Anforderungen der Zulassung zum Master-Studium und die Auswahlverfahren festlegen.

8. **Soll es eine Reglementierung des Master of laws geben, etwa dergestalt, dass nur bestimmte Inhalte zu diesem Grad führen können, um den Studiengang von anderen Studiengängen mit juristischen Bezügen (z.B. Wirtschaft und Recht, Umwelt und Recht, Arbeit und Recht) abzugrenzen?**

Vergleiche die Antwort zu Frage 3.

9. **Welche Erwartungen haben Sie an die Inhalte eines ein- oder zweijährigen Master-Studiums?**

Die Hochschulen werden entsprechend ihrem Profil praxisnahe Angebote entwickeln. Je nach Profil des Master-Studiengangs ist der vertiefte Erwerb methodischer und wissenschaftlicher Fertig-

keiten oder die Vertiefung von Wissen in bestimmten Spezialmaterien vorstellbar. Denkbar ist auch die Fokussierung auf bestimmte berufliche Felder.

10. **Welche Prüfungsinhalte sollen zum Erwerb des Master-Grades vorgesehen werden, gegebenenfalls alternativ oder kumulativ?**

Vergleiche die Antwort zu Frage 9.

11. **Welche beruflichen Perspektiven sehen Sie für Absolventen eines Master-Studiums? Gibt es unmittelbare Berufsmöglichkeiten - wenn ja welche? Welche weitere Qualifikation ist erforderlich, um berufliche Perspektiven zu eröffnen?**

Es sind vielfältige Einsatzmöglichkeiten je nach Ausgestaltung des Master-Studiengangs denkbar. Viel wird auch davon abhängen, wie eine gegebenenfalls auf bestimmte Master-Studiengänge aufbauende praktische Ausbildung ausgestaltet würde. Für die Einsetzbarkeit in Unternehmen wird es stark auf die konkreten Profile eines einzelnen Master-Juristen ankommen.

12. **Soll den Inhabern eines Master-Grades der Zugang zum Rechtsberatungsmarkt eröffnet werden, wenn ja, gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen?**

Vergleiche die Antwort zu Frage 6.

13. **Soll die praktische Ausbildung (Vorbereitungsdienst) für die reglementierten juristischen Berufe (Rechtsanwalt, Notar, Richter, Staatsanwalt, höherer Verwaltungsdienst) weiterhin beibehalten und gesondert vom Erwerb der oben angegebenen Grade durchgeführt werden?**

Ein Vorbereitungsdienst dürfte als Eintrittsvoraussetzung für die reglementierten juristischen Berufe unverzichtbar sein. In einer solchen Ausbildung lernen die Referendare mittels der im Studium erworbenen Fertigkeiten praktische Aufgaben der Rechtspflege und der Verwaltung zu lösen, die inneren Zusammenhänge der Rechtsordnung zu erkennen und das Recht mit Verständnis für wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Fragen in der Praxis anzuwenden. Der Zugang zu einer solchen Ausbildung müsste von einer staatlichen, einheitlichen Eingangsprüfung abhängig gemacht werden, um ungeeignete Kandidaten auszuschneiden und Vergleichbarkeit des Leistungsstandes im Sinne einer Bestenauslese sicher zu stellen.

Das Bedürfnis nach einer solchen staatlichen einheitlichen Eingangsprüfung würde vor allem aus einem Prüfungssystem im kon-

sekutiven Studium mit seinen überwiegend studienbegleitenden Prüfungen resultieren, da von Fakultät zu Fakultät Unterschiede in den Prüfungsleistungen, Prüfungsanforderungen und Bewertungen bestehen.

14. Soll die praktische Ausbildung in einem staatlichen Vorbereitungsdienst stattfinden?

Bei Verwendung von Master-Juristen für die klassischen juristischen Berufe im höheren Dienst sollte ein staatlicher Vorbereitungsdienst vorgesehen werden.

15. Soll die praktische Ausbildung einheitlich (Einheitsjurist) oder nach Berufssparten getrennt stattfinden?

Die auf den Abschluss des Master-Studiengangs folgende praktische Ausbildung zu den klassischen reglementierten juristischen Berufen sollte einheitlich gestaltet sein.

16. Welche Art von Spartenausbildung befürworten Sie gegebenenfalls?

Vergleiche die Antwort zu Frage 15.

17. Wer soll gegebenenfalls die Kosten einer praktischen Spartenausbildung (einschließlich einer eventuellen Unterhaltsbeihilfe oder dergleichen) übernehmen?

Im Falle einer Spartenausbildung sollten die Träger der jeweiligen Ausbildungsgänge die Kosten für die Praxisausbildung übernehmen.

18. Unabhängig von der Organisation der praktischen Ausbildung: Welche Voraussetzungen sollen für die Zulassung hierzu erforderlich sein?

Vergleiche die Antwort zu Frage 13.

Für den Zugang zur praktischen Ausbildung sollte eine staatliche, einheitliche Eingangsprüfung vorgesehen werden.

19. Soll Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe bzw. zu einer entsprechenden Zulassungsprüfung (Eingangsprüfung, s.o. 18) auch erhalten, wer in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischen Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) einen Master-Abschluss an einer Universität oder an einer Fachhochschule erworben hat?

Bei erfolgreichem Abschluss der staatlichen einheitlichen Eingangsprüfung: ja.

20. Sollen auch Absolventen von ausländischen universitären juristischen Studiengängen Zugang zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe erhalten? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen (s. sog. Morgenbesser-Entscheidung des EuGH vom 13.11.2003)?

Unter der Voraussetzung, dass die für inländische Absolventen einschlägigen Eignungsprüfungen und Auswahlverfahren zur Anwendung kommen, sollten sich auch Absolventen ausländischer rechtswissenschaftlicher Studiengänge für die praktische Ausbildung reglementierter Berufe bewerben können.

21. Soll Zugang zu einem reglementierten juristischen Beruf (z.B. Richter) auch erhalten, wer eine Spartenausbildung zu einem anderen reglementierten Beruf (z.B. Rechtsanwalt) absolviert hat? Wenn ja, gegebenenfalls unter welchen weiteren Voraussetzungen?

Die Vergleichbarkeit der jeweils geforderten Qualifikationen vorausgesetzt, müsste die Flexibilität und Durchlässigkeit sichergestellt werden. Gegebenenfalls müssten näher zu bestimmende Voraussetzungen, wie praktische Berufserfahrung oder die Ablegung einer gesonderten Prüfung, verlangt werden.

22. Soll Zugang zu einem universitären Master-Studium erhalten, wer an einer allgemeinen Fachhochschule in einem fächerübergreifenden Studiengang mit juristischem Inhalt (z.B. Wirtschaftsrecht) an einer Fachhochschule für den öffentlichen Dienst (z.B. Diplom-Verwaltungswirte, -Rechtspfleger, -Finanzwirte) einen Bachelor-Grad erworben hat, gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen?

Auch in dieser Frage sind es die Hochschulen, die ein entsprechendes Auswahlverfahren durchführen und entscheiden, wer sich für ihr Master-Angebot einschreiben darf. Eine zusätzliche Qualitätssicherung wird dadurch erreicht, dass sowohl die Inhalte des Studienangebots als auch das Auswahlverfahren in der Akkreditierung überprüft werden.

- 23. Gibt es weitere juristische Hilfsberufe, denen der Zugang zu diesem Ausbildungssystem, also zum Master-Studium oder zur praktischen Ausbildung für reglementierte juristische Berufe, eröffnet werden soll, gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen?**

Grundsätzlich: Nein. Wenn doch, wäre zumindest das erfolgreiche Durchlaufen der entsprechenden Auswahlverfahren und Eignungsprüfungen entscheidend.

- 24. Sehen Sie die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen juristischen Bachelor-Studiengangs mit erstem berufsqualifizierendem Abschluss nach drei Jahren zu einer Verdrängung etablierter juristischer Hilfsberufe führen könnte? Wie schätzen Sie dies ein im Verhältnis zu Volljuristen mit schwächeren Examina, die bisher etwa in der Wirtschaft als „Assistenten“ oder Sachbearbeiter beschäftigt werden, Juristen mit erster juristischer Staatsprüfung (- dito -), Sachbearbeitern in Wirtschaft und Verwaltung, Fachhochschul-Absolventen mit juristischem Bezug (z.B. Diplom-Wirtschaftsjuristen [FH]), Rechtspflegern, Diplom-Verwaltungswirten, Diplom-Finanzwirten, Amtsanwälten, Gerichtsvollziehern, Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten?**

Die Frage ist für die Umstellung auf das gestufte Studiensystem nicht relevant, denn es muss in jedem Fall darum gehen, die besten Bewerber für die auszuübende Tätigkeit zu gewinnen – dies gilt unabhängig von der Studienstruktur.

- 25. Befürworter des Bachelor-/Master-Systems stellen die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die besseren Möglichkeiten der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen in den Vordergrund. Halten Sie diese Gründe für zutreffend, unzutreffend, nicht einschlägig (Begründung)?**

Selbstverständlich sind die reglementierten juristischen Berufe nur mit profunder Kenntnis der jeweiligen nationalen Rechtssysteme auszuüben. Dennoch treffen die bessere Möglichkeit der internationalen Anerkennung einzelner Studienleistungen sowie die internationale Vergleichbarkeit von Abschlüssen als Gründe für die Umstellung auf das gestufte Studiensystem zu.


Seite 9
zum Schreiben vom
21. April 2005


26. Ist Ihrer Meinung nach die internationale Orientierung und Anschlussfähigkeit deutscher Nachwuchsjuristen hinreichend? Genügen die hierfür derzeit bestehenden Anreize? Wenn nein, welche Verbesserungen sind gegebenenfalls erforderlich? Könnten sie in einem Bachelor-/Master-System besser erreicht werden?

Die Umstellung auf das gestufte Studiensystem geht einher mit einer transparenten Darstellung der Studieninhalte, wodurch die Anschlussfähigkeit der Absolventen verbessert wird. Darüber hinaus wird der Wettbewerb der Hochschulen untereinander – auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene – zu einer Ausweitung der internationalen Orientierung von Studienangeboten führen. Dies wird wiederum den Einstieg der Absolventen in entsprechende Tätigkeiten erleichtern.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Küpper


Roland Wolf

Übersicht **über die Gewichtung der Inhalte des klassischen Jurastudiums im** **herkömmlichen Ausbildungsgang und in einem FH-Bachelor-** **Studiengang anhand von ECTS-Punkten**

- Vergleich zwischen dem rechtswissenschaftlichen Studiengang an der Bucerius Law School Hamburg und dem berufsqualifizierenden Bachelorstudiengang „Wirtschaftsrecht“ an der Fachhochschule Frankfurt/Main -

Fach	Berücksichtigung an der Bucerius Law School (in ECTS-Punkten)		Berücksichtigung an der Fachhochschule Frankfurt (in ECTS-Punkten)	
Allgemeines ziviles Vermögensrecht	Vertragsrecht I	4	Wirtschaftsprivatrecht I	5
	Kleingruppe Vertragsrecht I	4	Wirtschaftsprivatrecht II	5
	Vertragsrecht II	5	Wirtschaftsprivatrecht III	5
	Kleingruppe Vertragsrecht II	4	Vertragsgestaltung	5
	Vertragsrecht III	2		
	Kleingruppe Vertragsrecht III	2		
	Recht der gesetzlichen Schuldverhältnisse I	2		
	Recht der gesetzlichen Schuldverhältnisse II	2		
	Sachen- und Kreditsicherungsrecht	5		
	Kleingruppe Sachen- und Kreditsicherungsrecht	2		
Ziviles Wirtschaftsrecht	Handelsrecht	3	Wettbewerbsrecht/ Gewerbl. Rechtsschutz	2,5
	Gesellschaftsrecht	4	Handelsrecht	2,5
			Europäisches/Internationales Wirtschaftsrecht	5
			Unternehmensrecht I	5
			Unternehmensrecht II	5

Anlage 5/1

Zivilrechtliche Nebengebiete	Familienrecht	2	-	
	Erbrecht	2	-	
	Zivilprozessrecht/ Zwangsvollstreckung	3	Rechtsdurchsetzung	1,25
	Insolvenzrecht	2	Insolvenz und Sanierung	2,5
	Arbeitsrecht	3	Arbeitsrecht	2,5
Öffentliches Recht	Verfassungsrecht I	3		
	Kleingruppe Verfassungsrecht I	3		
	Verfassungsrecht II	4		
	Kleingruppe Verfassungsrecht II	3		
	Allgemeines Verwal- tungsrecht/Verwaltungs- prozessrecht	4	Öffentliches Recht	2,5
	Kleingruppe Allgemeines Verwaltungsrecht/ Verwaltungsprozessrecht	3	Wirtschaftsverwaltungsrecht	2,5
	Polizeirecht	3		
	Baurecht/Staatshaftungs- recht	3		
	Steuerrecht/Bilanzrecht	2	Steuerrecht	5
	Umweltrecht	1		
Europarecht	Europarecht I	3	Europarecht	5
	Europarecht II	3		
Strafrecht	Strafrecht I	3		
	Kleingruppe Strafrecht I	3		
	Strafrecht II	4	Wirtschaftsstrafrecht	5
	Kleingruppe Strafrecht II	3		
	Strafrecht III	4		
	Kleingruppe Strafrecht III	2		
	Strafprozessrecht	3		



Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Justizministerium NRW 40190 Düsseldorf

Schreiben - per E-Mail

An die Mitglieder
des Koordinierungsausschusses Juristenausbildung

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Telefon: 0211 8792-0
Durchwahl: 0211 8792-334
Telefax: 0211 8792-456
E-Mail: poststelle@jm.nrw.de
Bearbeiter: Herr Dr. Schrade

Datum: 06.06.2005
Aktenzeichen:
3131 - V. 35 /Sdb. 11
(bei Antwort bitte angeben)

Der Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die deutsche Juristenausbildung

Auswertung des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt

Sehr geehrte Damen und Herren,

inzwischen liegen die mit Schreiben vom 18.04.2005 erbetenen Informationen zum Bedarf von juristischen Bachelor-Absolventen auf dem Arbeitsmarkt vor. Angeschrieben wurden

- die Bundesagentur für Arbeit (BA)
- das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)
- die HIS Hochschulinformations-System GmbH (HIS)
- das Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

Die eingegangenen Antworten, die ich einschließlich der übersandten Anlagen als PDF-Dateien beifüge, und die Ihnen nachrichtlich bereits zugeleitete Stellungnahme des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern vom 3. Mai 2005 lassen sich wie folgt auswerten:

1. Existieren Untersuchungen über den Arbeitsmarktbedarf für Absolventen juristischer Bachelor- und/oder Masterstudiengänge?

Dem IAB sind derartige Untersuchungen nicht bekannt.

Das IW verweist zur Beantwortung der Frage auf Äußerungen der Zentralen Arbeitsmarktvermittlung (ZAV).

HIS weist darauf hin, dass verlässliche Auskünfte über Arbeitsmarktperspektiven schwierig seien. Untersuchungen über den Arbeitsmarktbedarf für Juristen mit Bachelor- oder Masterabschlüssen seien nicht bekannt. Mögliche Bedarfe könnten sich in den Bereichen abzeichnen, in denen neue Rechtsfelder entstehen oder erweitert würden - beispielsweise im Datenschutz der Betriebe. Das seien aber keine konkreten Bedarfe, sondern eher mögliche Themenfelder für juristische Betätigungen.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA)¹ hat unter Beteiligung des Arbeitsmarktinformations-Service (AMS) der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) unter dem 10.05.2005 geantwortet und auf die bereits bekannten Untersuchungen des Stifterverbandes (Karriere mit dem Bachelor - Berufswege und Berufschancen, April 2005) hingewiesen, die allerdings keine spezifischen Aussagen zu Juristen enthält.

2. Gibt es Erhebungen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Juristen, die nur über das erste, nicht aber über das zweite Staatsexamen verfügen?

Dem IAB sind derartige Erhebungen nicht bekannt. Es verweist auf eine Studie der ZAV und führt aus, in der Studie seien statistische Angaben über Juristen mit ausschließlich erstem Staatsexamen enthalten.

Das IW teilt mit, es könne sich zu dieser Frage nicht äußern.

HIS führt aus, spezielle Erhebungen über das Betätigungsfeld von Juristen mit ausschließlich erstem Staatsexamen lägen nicht vor. Im Rahmen allgemeiner Absolventenbefragungen habe sich - allerdings angesichts der geringen Fallzahlen nicht repräsentativ - ergeben, dass die Branchen, in denen derartige Absolventen tätig seien, sehr heterogen seien (Maschinenbau, Banken, Gesundheitswesen/sozialer Sektor, Rechts-/Wirtschaftsberatung). Vielfältig seien vor diesem Hintergrund auch die konkreten Tätigkeiten der Absolventen (Verkaufsleiter, Unternehmensberater, Personalsachbearbeiter, Rechtsbeistand, Direktionsassistent).

¹ Für die Bundesagentur für Arbeit hat zunächst unter dem 21.04.2005 das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geantwortet. Eine weitere Antwort liegt - ebenfalls unter Aufnahme der Bezeichnung "Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung" unter dem 10.05.2005 vor. Zur besseren Unterscheidung und angesichts der im Schreiben vom 10.05.2005 gewählten Eingangsformulierung wird dieses zweite Schreiben im weiteren textlichen Verlauf nicht dem IAB, sondern der BA zugeordnet.

Die BA teilt mit, einschlägige Erhebungen seien dort nicht bekannt. Amtliche Statistiken erlaubten keine Differenzierung nach Fächern. Allerdings würden "Hochschulkorrespondenten" über ihre Erfahrung wie folgt berichten: Juristen mit ausschließlich erstem Staatsexamen stünden alle Berufe offen, für die ein Hochschulstudium gewünscht werde, z.B. als Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Schadenssachbearbeiter oder im Personalwesen. Bewerber mit nur einem juristischen Staatsexamen befänden sich allerdings angesichts der hohen Zahl von Bewerbern mit zwei Staatsexamina in einer starken Konkurrenzsituation. Sie müssten sich im Übrigen gegen andere Akademiker mit passender Ausbildung durchsetzen.

3. Gibt es Erhebungen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Absolventen juristischer Studiengänge außerhalb des „klassischen“ juristischen Studiengangs an Universitäten, z.B. mit dem Abschluss „Diplom-Wirtschaftsjurist“ oder mit Bachelor- bzw. Masterabschlüssen?

Das IAB verweist hier auf den Jahresbericht 2004 der ZAV.

Das IW teilt mit, es könne sich zu dieser Frage nicht äußern.

HIS führt aus, Erhebungen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Absolventen anderer juristischer Studiengänge seien dort nicht bekannt. Die wenigen Fallzahlen, die aus anderen Befragungen bekannt geworden seien, hätten kein belastbares Ergebnis erbracht. Das gelte auch für die Befragung der ersten Bachelor-Absolventen. Relevante Befunde hätten sich daraus nicht ergeben. Zwar erhielten die Absolventen der Bucerius Law School bereits einen juristischen Bachelorabschluss. Doch verblieben sie ausnahmslos an der Hochschule, um das erste Staatsexamen zu erhalten. Chancen auf dem Arbeitsmarkt ergäben sich vermutlich dort, wo sich neue Studiengänge durch ein hohes Maß an Interdisziplinarität auszeichneten. Wichtig dürfte es sein, dass ein juristisches Grundverständnis, gepaart mit Spezialwissen aus einem Themenbereich des Rechts mit professionellen Kenntnissen aus anderen Bereichen zusammenfalle.

Die BA teilt mit, ein Einsatz derartiger Studienabsolventen sei in Rechtsabteilungen, Kanzleien und anderen, eher kaufmännisch orientierten Tätigkeitsbereichen möglich. Dabei sei ein eindeutig kaufmännisches Profil wichtig. Die derzeitigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt seien eingeschränkt, da zurzeit viele Juristen mit zweitem Staatsexamen und Betriebswirte einen Arbeitsplatz suchten.

4. **Gibt es Erhebungen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Absolventen juristischer Studiengänge an Fachhochschulen, z.B. mit dem Abschluss „Diplom-Wirtschaftsjurist (FH)“, Diplom-Finanzwirt, Diplom-Rechtspfleger – letztere nur außerhalb des öffentlichen Dienstes - oder mit Bachelor- bzw. Masterabschlüssen?**

Das IAB verweist hier auf den Jahresbericht 2004 der ZAV.

Das IW teilt mit, es könne sich zu dieser Frage nicht äußern.

5. **Wie schätzen Sie die Arbeitsmarktsituation für juristische Bachelor- und Masterabsolventen ein?**

Das IAB kann zu dieser Frage keine eigene Einschätzung abgeben.

Das IW teilt mit, es könne sich zu dieser Frage nicht äußern.

HIS führt aus, die Erfahrung mit neuen Studiengängen habe gezeigt, dass sich die Absolventen ihre Aufgabenbereiche und Tätigkeitsfelder selbst erschließen müssten und erst im Laufe der Jahre eine Stabilisierung der Betätigungsfelder eintrete.

Die BA führt aus, sie erwarte angesichts der angespannten Lage für Juristen auf dem Arbeitsmarkt kurzfristig eine schwierige Situation für Absolventen juristischer Bachelor- und Masterstudiengänge. Das könne sich mittelfristig angesichts des erwarteten Fachkräftemangels allerdings bessern. Zu erwarten sei ein Strukturwandel hin zur Wissens- oder Informationsgesellschaft auf der einen Seite und zu einer Verknappung des Erwerbspersonalpotenzials auf der anderen Seite.

6. **Ist anzunehmen, dass juristische Bachelor-Absolventen andere juristische Hilfsberufe (z.B. Gerichtsvollzieher, Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte) verdrängen?**

Das IAB kann zu dieser Frage keine eigene Einschätzung abgeben.

Das IW kann sich zu dieser Frage nicht äußern.

HIS ist der Meinung, zu einer Verdrängung der juristischen Hilfsberufe werde es nicht kommen. Einerseits müsse angenommen werden, dass auch im Bereich dieser Berufe ebenso wie in anderen anspruchsvollen Ausbildungsberu-

fen ein Trend zur Höherqualifizierung und Akademisierung einsetzen werde. Zum anderen dürften Bachelor- und Masterabschlüsse vor allem neue Profile ausbilden, die in andere Bereiche vorstoßen würden.

Die BA teilt mit, eine fundierte Stellungnahme sei zurzeit nicht möglich. Zwar fehle den Bachelorabsolventen das Fachwissen, das in den Ausbildungs- und Weiterbildungsberufen vermittelt werde. Doch falle für deren Ausbildung keine Vergütung an, während sie gleichwohl nach einiger Zeit produktiv arbeiten könnten. Zu beachten sei, inwiefern Bachelorabsolventen Aufstiegsmöglichkeiten für Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung versperren könnten. Die bisher vorliegenden Studien zum beruflichen Verbleib von Bachelorabsolventen ergäben noch kein verallgemeinerungsfähiges Bild. Bachelorabsolventen nähmen danach überwiegend Positionen ein, die als traditionelle Einstiegsbereiche von Hochschulabsolventen gelten können. Andererseits schätzten relativ viele Bachelorabsolventen ihre erste Beschäftigung als inadäquat ein.

Folgende weiterführende Untersuchungen stehen zur Verfügung:

- ANBA - Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Bericht über das Jahr 2003, 52. Jahrgang, Nr. 6, Nürnberg, 30.06.2004
- Brötz/Schwarz, BIBB, Bundesinstitut für Berufsbildung, Expertenanhörung zur Reform der beruflichen Bildung im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW am 5. Oktober 2004, Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung bzw. Stufenausbildung und Modularisierung.
- Bundesagentur für Arbeit, Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Kurzbericht für Arbeitgeber, Kaufmännische, juristische und IT-Berufe, Bonn 2004
- Bundesagentur für Arbeit, Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Arbeitsmarkt-Information für qualifizierte Fach- und Führungskräfte - Juristinnen und Juristen, Stand Mai 2000
- IABKurzbericht NR. 20/2003, Studieren lohnt sich auch in Zukunft
- IABKurzbericht Nr. 9/2003, Steuert Deutschland langfristig auf einen Fachkräftemangel zu?
- IFB, Institut für Freie Berufe, Berufseinstieg und Berufserfolg junger Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Nürnberg 2000
- iw-trends 3/2004, Akzeptanz und Karrierechancen von Bachelor- und Masterabsolventen deutscher Hochschulen
- Lemke, Nischen auf dem juristischen Arbeitsmarkt, 2. Aufl., Neuwied 2000
- Lullies/Schüller/Zigriadis, Zum Bedarf der Wirtschaft an Absolventen eines Diplomstudiengangs Rechtswissenschaft mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, Empirische Erhebung bei ausgewählten Unternehmen in Bayern, München 1996
- Minks/Briedis, HIS Kurzinformation 3/2005, Der Bachelor als Sprungbrett? Teil I - Das Bachelorstudium, April 2005

- Minks/Briedis, HIS Kurzinformation 4/2005, Der Bachelor als Sprungbrett?, Teil II - Der Verbleib nach dem Bachelorstudium, April 2005
- Schmidt, Roland, Juristenausbildung an Fachhochschulen - Erfahrungen und Perspektiven, Baden Baden 2000
- Schomerus, Berufseinstieg von Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH), JuS 2001, 1244.
- Schomerus/Zenz (Hrsg.), 10 Jahre Wirtschaftsrecht in Lüneburg, Baden-Baden 2005
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Karriere mit dem Bachelor, Essen, April 2005

Sämtliche Untersuchungen befassen sich nicht ausdrücklich mit der derzeitigen oder zu erwartenden Situation von Bachelor-Juristen. Das hat sicher mit der geringen Zahl bisheriger Bachelor-Absolventen im Bereich juristischer Studiengänge zu tun.² Es lassen sich daher nur mittelbare Schlussfolgerungen

- aus der Situation von Absolventen juristischer Studiengänge außerhalb des klassischen Studiums,
- aus der Situation von Juristen mit ausschließlich erstem Staatsexamen,
- aus der allgemeinen Arbeitsmarktsituation für Juristen,
- und aus allgemeinen Trends in der beruflichen Bildung

ziehen. Im Wesentlichen kann unter Berücksichtigung der o.g. Quellen Folgendes festhalten werden:

Die Bundesagentur für Arbeit bestätigt die zurzeit schwierige Arbeitsmarktsituation für Juristen. Sie führt in ihren Amtlichen Nachrichten³ und im "Kurzbericht für Arbeitgeber - Kaufmännische, juristische und IT-Berufe" der ZAV⁴ aus, die Nachfrage nach Juristen sei gesunken; die Meldungen freier Stellen für Juristen seien zurückgegangen. 94,3 % der Juristen hätten an einer Universität studiert, die verbliebenen Juristen an einer Fachhochschule. Nur einige Bewerber verfügten über den international ausgerichteten LL.M.-Titel.⁵ Die Bundesagentur hält fest, dass die breite Ausbildung

² Vgl auch die Antwort der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald vom 1. April 2004 auf die Anfrage des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern vom 15. März 2004, aus der sich ergibt, dass dort bisher nur wenige Absolventen den Studiengang abgeschlossen haben. Ähnlich auch die Antwort der Hochschule Wismar vom 30.03.2005, in der ausgeführt wird, belastbare Angaben zum Berufseinstieg seien nicht vorhanden, würden aber angesichts der künftigen Reakkreditierung "flächendeckend und zuverlässig" erhoben.

³ ANBA, Der Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Bericht über das Jahr 2003, 52. Jahrgang, Nr. 6, Nürnberg, 30.06.2004, S. 670.

⁴ Dort S. 3.

⁵ ANBA, Der Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Bericht über das Jahr 2003, 52. Jahrgang, Nr. 6, Nürnberg, 30.06.2004, S. 671.

und die juristische Relevanz in fast allen wirtschaftlichen Sachverhalten den Juristen einen Arbeitsmarkt in allen Bereichen verschaffe.⁶ Ferner führt sie aus, dass demjenigen, der sein Jura-Studium abgebrochen oder lediglich das erste Staatsexamen erfolgreich abgeschlossen habe, bedeutend weniger berufliche Optionen offen stünden. In der Regel habe es sich in diesen Fällen um Stellen gehandelt, bei denen die juristische Fachkompetenz nicht im Vordergrund der Tätigkeit gestanden habe, beispielsweise im Vertrieb von Finanzdienstleistungen und der Schadenssachbearbeitung von Versicherungen. Für einige habe sich eine berufliche Neuorientierung - ggf. nach einer erneuten Ausbildung - als notwendig gezeigt.⁷ Ältere Bewerber ohne zweites Staatsexamen hätten auf dem Arbeitsmarkt kaum eine ihrer fachlichen Ausbildung entsprechende Beschäftigung gefunden. Sie müssten in den Versicherungsaußendienst ausweichen, als Vermittler in Zeitarbeitsunternehmen arbeiten oder eine Tätigkeit als nichtjuristische Sachbearbeiter in Wirtschaft und Verwaltung aufnehmen.⁸

Schomerus/Zenz führen im Vorwort ihrer Untersuchung - allerdings recht vage - aus, die Absolventen der Fachhochschule Lüneburg hätten sich in den "von den Gründungsvätern des Studiengangs vorgesehenen Berufsfeldern etabliert - etwa in Unternehmensberatungen, im Personalwesen oder bei Versicherungen".⁹ Dieselbe Feststellung trifft Schomerus in einem weiteren Beitrag zum Berufseinstieg der Diplom-Wirtschaftsjuristen.¹⁰ Die Bundesagentur für Arbeit scheint diese Annahme zu bestätigen, wenn sie in einer Untersuchung aus dem Jahre 2000 festhält, dass die Diplomwirtschaftsjuristen auf dem Arbeitsmarkt "recht großen Anklang" zu finden scheinen.¹¹ Auf Seite 16 ihrer Untersuchung stellen Schomerus/Zenz dann allerdings fest, dass die Arbeitsmarktsituation zurzeit eher nicht zu Optimismus verleite. Auch die Bundesagentur für Arbeit hat in ihrer schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, sie erwarte angesichts der für Juristen angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt zu-

⁶ ANBA, Der Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Bericht über das Jahr 2003, 52. Jahrgang, Nr. 6, Nürnberg, 30.06.2004, S. 672.

⁷ ANBA, Der Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Bericht über das Jahr 2003, 52. Jahrgang, Nr. 6, Nürnberg, 30.06.2004, S. 672.

⁸ ANBA, Der Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Bericht über das Jahr 2003, 52. Jahrgang, Nr. 6, Nürnberg, 30.06.2004, S. 673.

⁹ Schomerus/Zenz (Hrsg.), 10 Jahre Wirtschaftsrecht in Lüneburg, S. 9; ähnlich auch Schmidt, Juristenausbildung an Fachhochschulen, S. 17, allerdings mit dem Hinweis, dass es noch keine systematischen Erhebungen gebe.

¹⁰ Schomerus, Jus 2001, 1244. 1247. Die Aussagekraft der Feststellung dürfte angesichts von lediglich 55 Antworten befragter Absolventen allerdings eher gering sein, wenn auch in der Untersuchung umfangreiche prozentuale Berechnungen über den branchenspezifischen Verbleib der 55 Absolventen durchgeführt worden sind.

¹¹ Bundesagentur für Arbeit, Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Arbeitsmarkt-Information für qualifizierte Fach- und Führungskräfte - Juristinnen und Juristen, Stand Mai 2000, S. 25. Ähnliche Feststellungen trifft Lemke, Nischen auf dem juristischen Arbeitsmarkt, S. 23.

nächst eine schwierige Situation für Absolventen juristischer Bachelor- und Masterstudiengänge. Das könne sich allenfalls mittelfristig angesichts des erwarteten Fachkräftemangels bessern. Diesem Trend müsse man mit verstärkten Bildungsanstrengungen begegnen.¹²

Dieser Befund stellt allerdings keine Besonderheit der juristischen Ausbildung dar. Er deckt sich mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen, in denen festgehalten wird, die Beschäftigungschancen von Akademikerinnen und Akademikern werde sich angesichts der Entwicklung zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft, des demographischen Wandels des Erwerbspersonenpotentials und des erwarteten allgemeinen Mangels an Hochqualifizierten deutlich verbessern.

Die Arbeitgeber sehen sich zurzeit überwiegend nicht in der Lage, eine Prognose über den zukünftigen Bedarf an Bachelorabsolventen zu wagen.¹³ Vor diesem Hintergrund wird festgehalten, dass eine zentrale Frage der künftigen Hochschulplanung sein werde, wie der Bedarf der Unternehmer an Bachelor- und Masterabschlüssen ermittelt werde.¹⁴

Untersuchungen über die Akzeptanz des Bachelor-Abschlusses haben ergeben, dass das Grundlagenwissen des Studienfaches und die Fachkompetenzen für ein breites Berufsfeld deutlich vor Spezialkenntnissen rangieren.¹⁵ Das deckt sich für den Bereich der juristischen Ausbildung mit der Feststellung, dass das bisherige einheitsjuristische Studium eine geeignete Vorbereitung auf die Vielzahl der juristischen Tätigkeitsfelder bietet,¹⁶ insbesondere solche in den Rechtsabteilungen der Unternehmen.¹⁷ Auch in früheren Untersuchungen wurde festgestellt, dass im Bereich der Wirtschaft eher der juristische Generalist als der Spezialist gesucht werde.¹⁸ Eine frühzeitigen Spezialisierung bringe die Gefahr mit sich, dass angesichts der fehlenden Breite der juristischen Kenntnisse die nötige Flexibilität fehle und die Spezialisie-

¹² IABKurzbericht NR. 20/2003, Studieren lohnt sich auch in Zukunft, S. 3 f.

¹³ Stifterverband, Karriere mit dem Bachelor, April 2005, S. 30.

¹⁴ Stifterverband, Karriere mit dem Bachelor, April 2005, S. 30.

¹⁵ iw-trends 3/2004, Akzeptanz und Karrierechancen von Bachelor- und Masterabsolventen deutscher Hochschulen, S. 8 f; Stifterverband, Karriere mit dem Bachelor, April 2005, S. 30, 38.

¹⁶ Bundesagentur für Arbeit, ANBA, Der Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Bericht über das Jahr 2003, 52. Jahrgang, Nr. 6, Nürnberg, 30.06.2004, S. 672; Huber, Forschung und Lehre 2/2004, S. 62, 64.

¹⁷ Vgl. Lullies/Schüller/Zigriadis, Zum Bedarf der Wirtschaft an Absolventen eines Diplomstudiengangs Rechtswissenschaft mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, Empirische Erhebung bei ausgewählten Unternehmen in Bayern, München 1996, S. 30.

¹⁸ Lullies/Schüller/Zigriadis, Zum Bedarf der Wirtschaft an Absolventen eines Diplomstudiengangs Rechtswissenschaft mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, Empirische Erhebung bei ausgewählten Unternehmen in Bayern, München 1996, S. 16.

rung in eine Einbahnstraße führen könne.¹⁹ Die alternativen Einsatzmöglichkeiten derartig ausgebildeter Juristen seien eingeschränkt. Deshalb sei zu befürchten, dass sie am ehesten von Personalreduzierungen betroffen seien.²⁰ Erst auf der Basis der breiten beruflichen Ausbildung wird sodann angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation die fachliche Spezialisierung oder Besetzung von Marktnischen als Chance erkannt, ein wirtschaftliches Überleben zu gewähren.²¹

Bei den bisher ausgebildeten Bachelor-Absolventen sieht sich nur jeder Dritte volladäquat beschäftigt. Der Anteil derjenigen, die sich als inadäquat beschäftigt bezeichnen, überwiegt. Das gilt insbesondere in den Bereichen der Beschäftigungssysteme, die bisher keine oder kaum Erfahrungen mit der Einstellung von Hochschulabsolventen haben, beispielsweise im Gesundheitsbereich.²² Ähnliche Tendenzen dürften für juristische Bachelor zu erwarten sein. Auch hier gibt es bisher keine Erfahrungen mit der Einstellung von Hochschulabsolventen außerhalb der klassischen juristischen Ausbildung.

Für den Bereich des dualen Ausbildungssystems wird angemerkt, dass künftig die Vermittlung breit angelegter beruflicher Grundbildung in "Basisberufen" mit gemeinsamen Inhalten und flexiblen Anteilen von Bedeutung sei. Festgehalten wird, das nicht *mehr* Berufe, aber mehr Beruflichkeit von Bedeutung sei.²³

Damit lässt sich zusammenfassen:

- Die Arbeitsmarktsituation künftiger juristischer Bachelor-Absolventen ist ungeklärt. Die Bedarfsfrage von Bachelor-Absolventen gehört zu den zentralen weiterführenden Forschungsfragen künftiger Hochschulplanung.

¹⁹ Lullies/Schüller/Zigriadis, Zum Bedarf der Wirtschaft an Absolventen eines Diplomstudiengangs Rechtswissenschaft mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, Empirische Erhebung bei ausgewählten Unternehmen in Bayern, München 1996, S. 21.

²⁰ Vgl. Lullies/Schüller/Zigriadis, Zum Bedarf der Wirtschaft an Absolventen eines Diplomstudiengangs Rechtswissenschaft mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung, Empirische Erhebung bei ausgewählten Unternehmen in Bayern, München 1996, S. 23.

²¹ Vgl. beispielsweise Wasilewski, Berufseinstieg und Berufserfolg junger Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, S. 151.

²² Stifterverband, Karriere mit dem Bachelor, April 2005, S. 12; Minks/Briedis, HIS Kurzinformation 4/2005, Der Bachelor als Sprungbrett?, Teil II - Der Verbleib nach dem Bachelorstudium, April 2005, S. 108 f.

²³ Brötz/Schwarz, BIBB, Bundesinstitut für Berufsbildung, Expertenanhörung zur Reform der beruflichen Bildung im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW am 5. Oktober 2004, Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung bzw. Stufenausbildung und Modularisierung, S. 6.

- Angesichts des erheblichen Überhangs von Juristen bisheriger Ausbildung ist allenfalls mittelfristig angesichts des allgemein erwarteten Mangels an qualifizierten Arbeitskräften damit zu rechnen, dass der Arbeitsmarkt Bachelor-Juristen in nennenswertem Umfang aufnehmen könnte.
- Für den Bereich juristischer Berufsfelder ist festzustellen, dass nicht der juristische Spezialist, sondern der generalistisch ausgebildete Jurist nachgefragt ist. Das deckt sich mit den Anforderungen, die überwiegend an den Inhalt des Bachelorabschlusses gestellt werden.
- Im Bereich des dualen Ausbildungssystems werden nicht mehr, sondern weniger Berufe mit größerer Berufsfertigkeit nachgefragt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Schrade



Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfor-

IAB, Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg

Herr Dr. Schrade
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Ihr Zeichen: 3131-V.35/Sdb. 11
Ihre Nachricht vom: 19. April 2005
Mein Zeichen: FDZ
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
Name: Frau Müller
Telefondurchwahl: 0911 179 1752
Telefax: 0911 179 1728
E-Mail: IAB.FDZ@iab.de
Datum: 21. April 2005

Antwort: Der Bologna-Prozess und seine Auswirkungen auf die Juristenausbildung – Bedarf auf dem Arbeitsmarkt

Sehr geehrter Herr Schrade,

vielen Dank für Ihr Schreiben. Zunächst möchte ich Ihnen zwei Publikationen von der Zentralen Arbeitsmarktvermittlung (ZAV) empfehlen, die einen Teil Ihrer Fragen beantworten werden. Es handelt sich zum einen um den Jahresbericht 2004: „Der Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte. Diese Publikation finden Sie im Internet unter http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/hauptstelle/a-01/importierter_inhalt/pdf/AMS_Jahresbericht2004.pdf. Zum anderen finden Sie in den Arbeitsmarkt-Informationen für qualifizierte Fach- und Führungskräfte der ZAV eine Publikation über Juristinnen und Juristen: http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/hauptstelle/a-01/importierter_inhalt/pdf/AMS_Juristen.pdf. Des Weiteren empfehle ich Ihnen für weitere Informationen, die die Arbeitsmarktlage von Juristinnen und Juristen betreffen, Kontakt mit der ZAV aufzunehmen:

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit
- Arbeitsmarkt-Informationsservice (AMS) -
Willemombler Straße 76
52123 Bonn

Tel.: 0228 / 713 - 1292
E-Mail: bonn-zav.ams@arbeitsagentur.de

Die Beantwortung der von Ihnen gestellten Fragen kann nur im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Informationen bzw. Daten der BA bzw. des IAB vorgenommen werden.

Anlage 5/3

- 2 -

Antwort Frage 1: Untersuchungen über den Arbeitsmarktbedarf für Absolventen juristischer Bachelor- und/oder Masterstudiengänge existieren nicht am IAB.

Antwort Frage 2: Erhebungen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Juristen, die nur über das erste Staatsexamen verfügen, sind mir nicht bekannt. Im Jahresbericht 2004 der ZAV (s. o.) ist nur die Zahl der Studenten und Studentinnen, die ihr erstes Staatsexamen bestanden haben, aufgeführt.

Antwort Frage 3 und 4: Informationen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Absolventen juristischer Studiengänge außerhalb von Hochschulen finden Sie im Jahresbericht 2004 der ZAV.

Für die Frage 5 und 6 kann ich keine Einschätzungen vornehmen. Hier empfehle ich Ihnen Kontakt zu den Berufsverbänden aufzunehmen z.B. zur Bundesrechtsanwaltskammer oder dem Deutschen Juristentag.

Abschließend möchte ich Ihnen noch den Kontakt zum Berufsinstitut für Berufsbildung empfehlen, das Sie im Internet unter <http://www.bibb.de/de/> finden.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit meinen Antworten und Hilfestellungen weiterhelfen.

Mit freundlichen Grüßen

Dana Müller



Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

IAB Weddigenstraße, 90327 Nürnberg

An das
Justizministerium des Landes Nordrhein-
Westfalen

Herrn Dr. Schrade
Martin-Luther-Platz 40

40 212 Düsseldorf

Ihr Zeichen: 3131 - V.35/Sdb. 11

Ihre Nachricht vom: vom 18.04.2005

Mein Zeichen: FB 7

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Frau Schreyer

Telefondurchwahl: 0911 179 3078

Telefax: 0911 179 1479

E-Mail: Franziska.Schreyer@iab.de

Datum: 10. Mai 2005

Der Bologna-Prozess und seine Auswirkungen auf die Juristenausbildung
Bedarf auf dem Arbeitsmarkt

Sehr geehrter Herr Dr. Schrade,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Herrn Kiewitt, das an das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weitergeleitet wurde. Wir haben auch den Arbeitsmarktinformations-Service (AMS) der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Bonn um Beiträge zur Beantwortung Ihrer Fragen gebeten. Zusätzlich hat der Servicebereich „Dokumentation und Bibliothek“ des IAB Recherchen in den Literaturlatenbanken angestellt.

Zu Ihrer Frage 1:

Mittlerweile liegen zwar zwei aussagefähigere empirische Untersuchungen zu den Arbeitsmarktchancen von BachelorabsolventInnen vor (Kurzfassungen unter http://www.stifterverband.de/pdf/positionen_april_2005.pdf). Diese enthalten jedoch keine Aussagen speziell zu den AbsolventInnen juristischer Fächer.

Zu Ihrer Frage 2:

Einschlägige Erhebungen konnten nicht recherchiert werden. Die amtlichen Statistiken erlauben zudem keine Auswertungen in dieser Differenzierung. Die AMS verfügt jedoch über ein eher qualitatives Informationssystem in der Form, dass „HochschulkorrespondentInnen“ in ausgewählten Arbeitsagenturen ihre Beobachtungen und Erfahrungen berichten: Grundsätzlich stehen JuristInnen, die nur das erste und nicht das zweite Staatsexamen erfolgreich abgelegt haben, alle Berufe offen, für die ein Hochschulstudium gewünscht wird. Dazu gehören, um nur einige Beispiele von juristennahen Berufen zu nennen, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung (jeweils mit weiteren Voraussetzungen), Schadenssachbearbeitung und Personalwesen. Allerdings berichten die HochschulkorrespondentInnen zum Arbeitsmarkt für JuristIn-

- 2 -

nen, dass BewerberInnen mit nur einem Staatsexamen sich wegen der anhaltend hohen Zahl von BewerberInnen mit zweitem Staatsexamen (ein Rückgang dieser Zahl ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten) in einer starken Konkurrenzsituation befinden. Bei den juristenfernen Berufen müssen sie sich gegen andere AkademikerInnen mit passenderer Ausbildung behaupten.

Zu Ihrer Frage 3:

Beachten Sie bitte hierzu Bibliographie und Inhaltsverzeichnis in Anlage 1.

Die HochschulkorrespondentInnen berichten folgendes an die AMS: Grundsätzlich möglich sei der Einsatz in Rechtsabteilungen, Kanzleien und anderen, eher kaufmännisch orientierten Tätigkeitsbereichen. Wichtig sei ein eindeutiges kaufmännisches Profil. Der Bekanntheitsgrad bei Unternehmen wird als immer noch gering eingeschätzt. Die derzeitigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt seien sehr eingeschränkt, da derzeit viele JuristInnen mit zweitem Staatsexamen und BetriebswirtInnen nach einem Arbeitsplatz suchen.

Zu Ihrer Frage 4:

Beachten Sie bitte hierzu Bibliographie und Inhaltsverzeichnis in Anlage 2.

Darüber hinaus vergleichen Sie bitte die Antwort zur Frage 3.

Zu Ihrer Frage 5:

Da der Arbeitsmarkt für JuristInnen derzeit allgemein sehr angespannt ist (vgl. Anlage 3), vermuten wir auch für Bachelor- und MasterabsolventInnen kurzfristig eine schwierige Situation – es sei denn, diese würden über eine Qualifikationsstruktur verfügen, die Beschäftiger eigentlich nachfragen, aber am Markt bislang nicht vorfinden. Mittelfristig dürften auch juristische Bachelor- und MasterabsolventInnen vom allgemein erwarteten Fachkräftemangel profitieren können. Dieser begründet sich im Strukturwandel hin zur Wissens- oder Informationsgesellschaft auf der einen Seite und der Verknappung des Erwerbspersonenpotenzials und der Bildungsstagnation auf der anderen Seite (vgl. Anlage 4).

Sollte das Staatsexamen in Jura durch Bachelor- und Masterabschlüsse ersetzt werden, sollte dies durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, um die Akzeptanz der neuen Abschlüsse bei Beschäftigern zu erhöhen.

Zu Ihrer Frage 6:

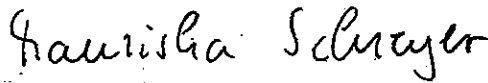
Eine fundierte Stellungnahme hierzu ist derzeit nicht möglich. Auf der einen Seite erwerben AbsolventInnen der genannten Ausbildungs- bzw. Weiterbildungsberufe Spezialwissen, über welches BachelorabsolventInnen möglicherweise nicht verfügen. Auf der anderen Seite ist für eine Ausbildung etwa zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten die Zahlung von Ausbildungsvergütung durch die ausbildenden Betriebe nötig. BachelorabsolventInnen werden dagegen auf Staatskosten ausgebildet und können nach einer gewissen Einarbeitungszeit produktiv arbeiten. Zu bedenken wäre auch, inwiefern BachelorabsolventInnen Aufstiegsmöglichkeiten für Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung versperren könnten.

Die vorliegenden Studien zum beruflichen Verbleib von BachelorabsolventInnen anderer Fachrichtungen (vgl. Ausführung zur Frage 1) ergeben hierzu noch kein aussagefähiges bzw. verallgemeinerbares Bild. Einerseits nehmen nach den HIS-Ergebnissen die ersten BachelorabsolventInnen überwiegend Positionen ein, die als traditionelle Einstiegsbereiche von HochschulabsolventInnen gelten können. Andererseits schätzen relativ viele ihre erste Beschäftigung als inadäquat ein.

In der Anlage 5 senden wir Ihnen weitere bibliographische Hinweise zu. Wir hoffen, dass Ihnen die Informationen etwas weiterhelfen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Franziska Schreyer

Wiss. Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Bildung und Beschäftigung, Lebensverläufe“

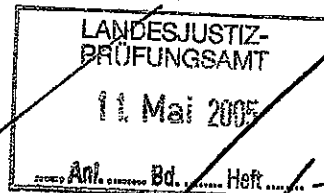
Anlagen

Hochschul-Informationen-System GmbH



Justizministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Schrade

40190 Düsseldorf



Kolja Briedis
Absolventenuntersuchungen
Tel. (0511) 1220-232
e-mail: briedis@his.de

Hannover, 10. Mai 2005

Der Bologna-Prozess und seine Auswirkungen auf die Juristenausbildung - Ihre Anfrage vom 18.04.2005 (E-Mail)

Sehr geehrter Herr Dr. Schrade,

gerne gebe ich Ihnen Auskunft hinsichtlich des Bologna-Prozesses und seiner möglichen Implikationen für die Juristenausbildung.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass verlässliche Auskünfte über Arbeitsmarktperspektiven – gerade mit Blick auf neue Qualifikationsprofile – schwierig sind. Untersuchungen über den Arbeitsmarkbedarf für Juristen mit Bachelor- oder Masterabschlüssen sind mir daher auch nicht bekannt. Gleichwohl gibt es Einschätzungen oder Stellungnahmen zu möglichen Bedarfen an Bachelor- oder Masterabsolventen mit juristischen Hintergrund, so z. B. vom Deutschen Juristen-Fakultätentag (in der Zeitschrift *Forschung und Lehre*, Heft 2/2004, S.64). Mögliche Bedarfe dürften sich vor allem in Bereichen abzeichnen, in denen im Zuge von ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungstendenzen neue Rechtsfelder entstehen bzw. sich erweitern. Zu denken wäre hier beispielsweise an Fragen des Datenschutzes in Betrieben. Insofern sind allerdings weniger konkrete Bedarfe, sondern eher Themenfelder beschreibbar.

Spezielle Erhebungen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Juristen mit "lediglich" dem ersten Staatsexamen liegen nicht vor. Allerdings können wir im Rahmen unserer Absolventenbefragungen, die alle Fachrichtungen ansprechen, auch die Werdegänge und beruflichen Tätigkeiten von Juristen ohne zweites Staatsexamen nachzeichnen. Eine Sonderauswertung der Befragung des Absolventenjahrgangs 1997 (2. Befragung ca. fünf Jahre nach dem Examen) zu dieser Frage hat ergeben, dass die meisten Absolventen mit lediglich dem ersten juristischen Staatsexamen im Dienstleistungssektor verbleiben. Die Branchen, in denen die Absolventen beschäftigt sind, sind insgesamt recht heterogen (vom Maschinen- und Fahrzeugbau über Banken bis hin zum Gesundheitswesen/sozialen Sektor

31310 35 Solb. M

Goseriede 9
30159 Hannover
Tel.: (0511) 1220-0
E-Mail: ederleh@his.de

Postfach 2920
30029 Hannover
Fax: (0511) 1220-250/160
Internet: <http://www.his.de>

Deutsche Bank AG Hannover
(BLZ 250 700 70) 0187500
IBAN: DE73 2507 0070 0018 7500 00
Steuer-Nr.: 25/206/20212

Vors. Aufsichtsrat Ministerialdirigent Christian Börger
Geschäftsführer Dr. Jürgen Ederleh
Handels-Reg. AG Hannover B 6489
USt-ID-Nr.: DE 115665155

und natürlich Rechts-/Wirtschaftsberatungen). Entsprechend vielfältig sind auch die konkreten Tätigkeiten (z. B. Verkaufsleiter, Unternehmensberater, Personalsachbearbeiter, Rechtsbeistand, Direktionsassistent). Aufgrund der geringen Fallzahlen kann diese Beschreibung jedoch nicht als repräsentativ angesehen werden, sie eröffnet lediglich einen Einblick in mögliche Arbeitsfelder von Juristen ohne zweites Staatsexamen.

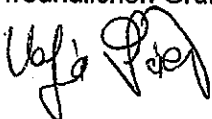
Ebenso sind mir keine Erhebungen über die Arbeitsmarktsituation und das Betätigungsfeld von Absolventen anderer juristischer Studiengänge ohne den Abschluss Staatsexamen bekannt. Leider sind die Fallzahlen in unseren Befragungen von Absolventen mit traditionellen Abschlüssen hierzu so gering, dass eine gesonderte Auswertung keine belastbaren Aussagen ermöglicht. Möglicherweise verfügen einzelne Fachbereiche an den Hochschulen über relevante Informationen. Ebenso bieten auch die Daten aus der Befragung der ersten Bachelorabsolventen keine relevanten Befunde, weil bisher lediglich die Bucerius Law School in Hamburg Bachelorabsolventen juristischer Studiengänge aufweist, die Absolventen jedoch ausnahmslos an dieser Hochschule verbleiben, um das erste Staatsexamen zu erlangen.

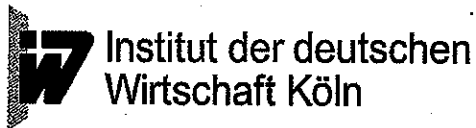
Die Einschätzung der Arbeitsmarktsituation für juristische Bachelor- und Masterabsolventen hängt stark von dem Profil des jeweiligen Studienganges ab. Chancen bestehen vermutlich vor allem dort, wo sich die neuen Studiengänge durch ein hohes Maß an Interdisziplinarität auszeichnen und sich nicht am klassischen Volljuristen orientieren. Wichtig wird vermutlich sein, dass ein juristisches Grundverständnis, gepaart mit Spezialwissen aus einem Themenfeld des Rechts mit professionellen Kenntnissen aus anderen Bereichen zusammenfällt. Die Erfahrung aus der Vergangenheit bei der Einführung neuer Studienfächer zeigt, dass sich die Absolventen dieser neuen Fächer sich ihre Aufgabenbereiche und Tätigkeitsfelder in der ersten Zeit nach der Einführung selbst erschließen müssen und erst im Laufe der Jahre eine Stabilisierung der Betätigungsfelder eintritt (zwei Beispiele dafür sind die Einführung der Sozialpädagogik und des Wirtschaftsingenieurwesens).

Es gibt zwei Gründe, warum es voraussichtlich nicht zu einer Verdrängung juristischer Hilfsberufe durch die Bachelorabsolventen kommen wird. Zum einen handelt es sich bei dem Ersetzen von bisherigen anspruchsvollen Ausbildungsberufen durch akademische Ausbildungsprofile eher um einen Trend zur Höherqualifizierung, der auch in anderen anspruchsvollen Dienstleistungsberufen seit Längerem festzustellen ist. Der Begriff Verdrängung müsste also eher durch den Begriff Höherqualifizierung oder Akademisierung ersetzt werden. Zum anderen werden mit den Bachelor- und Masterabschlüssen auch neue Profile (wie die oben angesprochenen) entstehen, die in ganz neue und andere Bereiche eindringen werden. In diesen Bereichen kommt es dann zu keiner Verdrängung alter, sondern zu einer Etablierung neuer Berufsbilder.

Anbei erhalten Sie den Bericht über die erste bundesweite Bachelorabsolventenbefragung. Auf diese Weise können Sie sich ein vollständiges Bild über die ersten Entwicklungstendenzen in anderen Fachrichtungen machen. Möglicherweise hilft der Blick auf andere Fächer Ihnen bei der Vorbereitung der Ausschussarbeit. Für weitere Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

In der Hoffnung, Ihnen mit diesen Auskünften geholfen zu haben verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

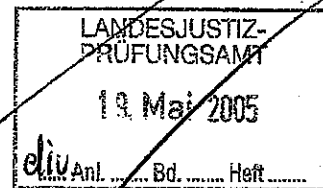




Institut der deutschen Wirtschaft Köln · Postfach 51 06 69 · 50942 Köln

Herrn
Dr. Schrade
Justizministerium NRW

40190 Düsseldorf



Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Köln,
18. Mai 2005

Ihre Anfragen zum Bologna-Prozess

Sehr geehrter Herr Dr. Schrade,

durch einen technischen Defekt in meinem Outlook-Posteingang habe ich Ihren Brief erst heute entdeckt. Ich bitte, die Verzögerung zu entschuldigen.

Leider kann ich Ihnen zu Ihren Fragen wenig sagen. Unsere Umfragen richten sich hauptsächlich auf den Bedarf an Ingenieuren, Informatikern und Ökonomen oder sind generell nicht nach Hochschulabschluss spezifiziert.

Zur Arbeitsmarktsituation von Juristen äußert sich in unregelmäßigen Abständen die ZAV:

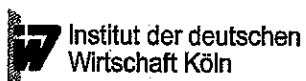
Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV)

Arbeitsmarktinformationsstelle (AMS)

Villemombler Str. 76

53123 Bonn

Außerdem hatte vor einigen Jahren Ihr Haus eine Arbeitsmarktsstudie in Auftrag gegeben, die von Professor Dr. Hommerich durchgeführt wurde. Sie erreichen ihn unter folgender Adresse:



Professor Dr. Christoph Hommerich

Anwaltsforscher

Am Broich 2

51465 Bergisch-Gladbach

Ich bedauere, Ihnen keine weiterführenden Informationen zur Verfügung stellen zu können. Zur allgemeinen Information habe ich meine beiden jüngsten Studien zur Arbeitsmarktsituation der Bachelors hinzugefügt, die allerdings nicht nach Abschlüssen spezifiziert sind.

Mit freundlichen Grüßen


Christiane Konegen-Grenier

Anlagen

22. September 2004

Rainer Brötz/Henrik Schwarz
Arbeitsbereich Kaufmännische
Berufe und Berufe der Medienwirtschaft

**Expertenanhörung zur Reform der beruflichen Bildung im Ministerium für Wirtschaft
und Arbeit NRW am 5. Oktober 2004**

Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung bzw. Stufenausbildung und Modularisierung

Positions- und Thesenpapier

Ausbildungsordnungen sind flexibel und gestaltungsoffen

In der wissenschaftlichen Literatur und in der öffentlichen Diskussion werden die weitreichenden - bereits bestehenden - Flexibilisierungsmöglichkeiten der Ordnungsmittel kaum zur Kenntnis genommen. Jede Ausbildungsordnung enthält eine sog. „Flexibilitätsklausel“ die beinhaltet, dass von der Reihenfolge und insoweit auch von der sachlichen Zuordnung abgewichen werden kann. Die Flexibilitätsklausel erlaubt aber auf Grund der Qualitätssicherung nicht, Ausbildungsinhalte zu verändern, wegzulassen oder durch andere zu ersetzen. Möglichkeiten der Flexibilisierung werden in allen Ausbildungsordnungen geprüft, um branchenspezifische Besonderheiten, betriebliche Spezialitäten, Betriebsgrößen und Organisationsformen zu berücksichtigen - unter Beachtung der Einheitlichkeit des Berufes.

Neben den Möglichkeiten sind zugleich aber auch die Grenzen der Flexibilisierung zu berücksichtigen. Diese stellen sich u.a. bei der inhaltlichen Orientierung (sollen sich die Qualifikationen stärker an allgemeinen und fachlichen Berufsqualifikationen oder mehr an den Anforderungen auf der Ebene einzelner Betriebe orientieren), der Vermittlung der Ausbildungsinhalte an den beiden Lernorten und der Prüfung.

Nach unserer Auffassung bestehen Schwächen des deutschen Berufsbildungssystems weniger in der mangelnden Flexibilität, sondern in der Durchlässigkeit und Transparenz.

Modulare Strukturen in der Berufsbildung sind vielfältig

Unter Modulen verstehen wir inhaltlich abgeschlossene Qualifikationseinheiten, die entweder für sich selbst stehen und einzeln zertifiziert werden können oder eine Qualifikationseinheit, die im Zusammenhang mit mehreren didaktisch- methodischen Gliederungselementen stehen.

In den letzten Jahren wurden Modelle entwickelt, durch **modular-curriculare Einheiten** Berufe flexibler und zukunftsöffener zu gestalten. Beispiele hierfür sind die IT-Berufe und die

Medien- und Laborberufe. Spezialisierungen und Differenzierungen finden sich dort in Form von

- Fachrichtungen
- Schwerpunkten
- Wahl- und Pflichtqualifikationen
- Fachbereiche mit Öffnungsklauseln
- Einsatzgebiete mit Öffnungsklauseln.

Darüber hinaus gibt es als Ergänzung zur regulären Ausbildung **Zusatzqualifikationen**, die von den Kammern zertifiziert werden. Im Rahmen der Ausbildungsordnung Kauf-frau/Kaufmann im Einzelhandel gibt es seit kurzem den Wahlbaustein „Grundlagen unternehmerischer Selbstständigkeit“.

In der **beruflichen Fortbildung** werden Module als optionale Qualifikationen zu den obligatorischen abschlussbezogenen Maßnahmen aufgenommen und getrennt geprüft.

Mit In-Kraft-Treten der Novellierung des BBiG vom 1. Januar 2003 besteht jetzt im Rahmen der **Berufsausbildungsvorbereitung** die Möglichkeit, für leistungsschwächere Jugendliche und sozial Benachteiligte Qualifizierungsbausteine zu entwickeln mit dem Ziel, diese Jugendlichen an eine reguläre Berufsausbildung heran zu führen. Von besonderer Bedeutung wird hier - wie bei der Berufsausbildung generell - die sozialpädagogische Betreuung der Auszubildenden sein.

Neue Ansätze finden sich auch im Schweizer Modell, in dem besonders geschultes Personal für Jugendliche mit Lernschwierigkeiten zur Verfügung gestellt wird, mit dem Ziel einer fachkundigen individuellen Begleitung.

Eine weitere Alternative besteht darin, die Berufsausbildungsvorbereitung in eine integrative Berufsausbildung zu überführen, wie es derzeit in Österreich mit der Reform des Berufsausbildungsgesetzes versucht wird.

Im Rahmen des Ausbildungspaktes wurde ein Sonderprogramm für Jugendliche aufgelegt, die schwer vermittelbar sind und nach der Nachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit noch keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Betriebe, die diesen Jugendlichen eine **Einstiegsqualifikation** anbieten, erhalten für eine 6 bis 12-monatige Einstiegsqualifizierung einen Zuschuss. Vorgesehen sind Anschlussmöglichkeiten an einen Ausbildungsberuf mit Verkürzungsmöglichkeiten.

Stufenausbildung im Widerstreit der Interessen

In der aktuellen Diskussion um neue Berufe wird wieder verstärkt auf die Stufenausbildung rekurriert. Die gegenwärtige Diskussion ist dadurch getrübt, dass neuere wissenschaftliche Untersuchungen zur Stufenausbildung (bisher) nicht vorliegen. Daher kann hier lediglich auf Erfahrungen mit der Stufenausbildung zurückgegriffen werden und mögliche Konsequenzen für die aktuelle Debatte abgeleitet werden.

Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) von 1969 hat zwar mit dem Begriff „Ausbildungsberuf“ in § 25 die bis dahin geltende Trennung in Lehr- und Ausbildungsberufe ersetzt und mit dem §108 verordnet, die bestehenden Berufe vor In-Kraft-Treten des BBiG neu zu ordnen oder

aufzuheben. Zugleich drohte aber mit der Schaffung der Stufenausbildung in § 26 BBiG zunächst die alte Teilung wieder hergestellt zu werden.

Die Stufenausbildung wurde in den 60er und 70er Jahren von Berufspädagogen, Gewerkschaften und insbesondere den Großbetrieben entwickelt. Sie verstand sich als Abkehr von der handwerklich geprägten Ausbildung und war ein Reflex auf die veränderten technologischen Entwicklungen. Ziel war es, eine höhere Mobilität und Flexibilität zu erreichen.

An das Konzept der Stufenausbildung wurden vielfältige Erwartungen geknüpft.

Dazu gehörten u.a. eine schnelle Erreichbarkeit des Ausbildungsziels, die lehrgangsmäßige und methodische Planung und Durchführung der Ausbildung, die Reduktion der Ausbildungsberufe, die horizontale und vertikale Durchlässigkeit auf unterschiedlichen Ebenen, der Durchlauf der Ausbildung nach Eignung und Neigung der Jugendlichen und die individuelle Förderung von unterschiedlich begabten Jugendlichen.

Die Ausgestaltung der Stufenausbildung entwickelte sich nach unterschiedlichen Typen und Branchen.¹

In der Literatur lassen sich vier Typen unterscheiden.

Der Typ 1 aus der Bekleidungsindustrie von 1971 war mit der Bekleidungsnäherin, der Bekleidungsfertigerin und der Bekleidungsschneiderin am stärksten gestuft.

Diese Ausbildungsordnung wurde 1997 durch ein neues Stufenmodell abgelöst. Es beinhaltet eine gemeinsame berufsfeldbreite Grundbildung mit einer zweijährigen Ausbildung zum/zur Modenäher/Modenäherin und einen dreijährigen Abschluss zum/zur Modeschneider/ Modeschneiderin.

Typ 2 war die Stufenausbildung von 1972 für die Elektroindustrie mit einer 2-jährigen Grundbildung in Werkstoffverarbeitung und Elektrotechnik. Im zweiten Jahr baute darauf eine Fachstufe für 5 Berufe auf. Schließlich wurde in 3 Berufen der Energietechnik und in 4 Berufen der Nachrichtentechnik die 1 - 1½-jährige Fachstufe fortgesetzt.

Die Arbeitgeber verabschiedeten sich 1976 von der Stufenausbildung, dies mündete später in die Zusammenlegung der Berufe im Rahmen der Neuordnung der Elektro- und Metallberufe.

Die Abkehr von der Stufenausbildung wurde durch den Lehrlingsmangel ab 1982 und den Zwang zur Höherqualifizierung, der durch den zahlenmäßigen hohen Anteil der Auszubildenden in der 1. Stufe gefährdet war, stark beeinflusst.

Typ 3 ist die 1974 in der Bauwirtschaft eingeführte Stufenausbildung. Das erste Jahr umfasste eine gemeinsame Grundbildung und eine differenzierte Fachstufe getrennt nach Hochbau, Ausbau und Tiefbau.

Daran schließt sich in der zweiten Stufe die besondere berufliche Fachbildung mit unterschiedlichen Berufsabschlüssen an.

Eine weitere Besonderheit ist, dass die Ausbildungskosten aus einem Ausbildungsfonds gezahlt werden, in die alle Betriebe einen bestimmten Beitragssatz einzahlen müssen.

¹ Böhnert, Michael, Hrsg., *Lehrlings-Handbuch*, 1984 S. 114 unterscheidet vier verschiedene Typen der Stufenausbildung

Positiv an der Stufenausbildung in der Bauwirtschaft ist, dass darüber der Großteil des Fachkräftenachwuchses rekrutiert wird und die Durchlässigkeit in die zweite Stufe über 90 % beträgt.

Typ 4 war das 1968 entwickelte Strukturmodell für den Einzelhandel. Nicht einbezogen waren die beiden Berufe Tankwart und Florist. Während die zweijährige Ausbildung zum/zur Verkäufer/Verkäuferin vorrangig auf Beratung und Verkauf orientiert war, enthielt die dreijährige Ausbildung zum/zur Einzelhandelskaufmann/ Einzelhandelskauffrau betriebswirtschaftliche Grundlagen und schloss mit einem vollwertigen kaufmännischen Abschluss ab.

Zwischenzeitlich haben sich die Sozialparteien auf zwei neugeordnete Berufe geeinigt, die am 1.8.2004 in Kraft getreten sind. Die Konzeption enthält ein gemeinsames Ausbildungsmodell mit identischen Inhalten in den ersten beiden Ausbildungsjahren und die Durchlässigkeit zwischen den beiden Berufen - insbesondere die Durchstiegsmöglichkeit für Verkäuferin/Verkäufer - wurde verbessert. Die Ausbildung enthält ein Bausteinsystem mit Pflichtqualifikationseinheiten und Wahlqualifikationseinheiten. Mit diesem System möchte man dem Bedarf der Betriebe einerseits und den Bedürfnissen und Neigungen der Auszubildenden andererseits entsprechen. Ferner besteht die Möglichkeit, im dritten Ausbildungsjahr die Zusatzqualifikation „Grundlagen zur unternehmerischen Selbstständigkeit“ zu erwerben. Bei diesem Modell handelt es sich nicht um eine Stufenausbildung nach §26 BBiG, sondern um ein neues - in hohem Maße flexibles und durchlässiges - Ausbildungskonzept nach § 25 BBiG (vgl. auch das Ausbildungsmodell des Gastgewerbes, dies enthält ebenfalls eine gemeinsame Grundbildung). Neu im Einzelhandelsmodell ist die Flexibilität der Wahlbausteine.

Die dargestellten Beispiele zeigen, dass es nicht die Stufenausbildung an sich gibt, sondern sehr unterschiedliche Formen und Varianten, die in den Branchen in unterschiedlicher Art und Weise umgesetzt wurden und werden.

Was können wir aus der Stufenausbildung lernen?

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Stufenausbildung in historischem Zusammenhang zu würdigen und Impulse und Hinweise für die aktuelle Debatte zu geben.

In den 60er-Jahren wurde die Stufenausbildung von der Großindustrie vor dem Hintergrund des technischen Wandels und einer schnellen Anpassung an die betrieblichen Veränderungen forciert. Im Unterschied dazu kommen die Protagonisten für zweijährige Berufe in der gegenwärtigen Debatte eher aus den sich neu entwickelnden Dienstleistungsbereichen, die häufig über keine oder nur geringe Ausbildungserfahrung verfügen. Offen bleiben häufig auch die Beschäftigungsmöglichkeiten nach der Ausbildung.

Ziel in den 60er-Jahren war es, die Anzahl der Berufe zu bündeln und zu reduzieren. In der aktuellen Entwicklung lässt sich ein gegenläufiger Trend erkennen.

Unterschiede sind auch in der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit auf unterschiedlichen Ebenen zu erkennen. Einige neue zweijährige Berufe haben keine direkte Verbindungsmöglichkeit zu einem Brücken- bzw. Anschlussberuf und sind zudem sehr stark an betrieblichen Verwertungsinteressen orientiert. Insofern handelt es sich um Modelle im Rahmen der Flexibilisierungsdebatte, die nicht mehr an die Prinzipien der Stufenausbildung nach dem BBiG anknüpfen.

Stufenausbildung stand und steht im Widerstreit unterschiedlicher Interessen. Während die Gewerkschaften auf die negativen Auswirkungen in Form von Schmalspurausbildung und Senkung des Fachkräfteniveaus verweisen, sehen die Befürworter in den Arbeitgeberverbänden mit der Schaffung von Berufen mit weniger komplexen Anforderungen die Chance, Jugendlichen mit Lern- und Leistungsschwierigkeiten eine Ausbildung zu ermöglichen und zugleich die Zahl der Ausbildungsbetriebe zu erhöhen. Die Resonanz zur Stufenausbildung aus den Betrieben ist eher zurückhaltend, allerdings liegen auch hierzu keine empirischen Daten vor.

Aus bildungspolitischer Sicht sollte bei der flexiblen Gestaltung von Ausbildungsordnungen nicht nur die verkürzte Dauer und das Modell der Stufenausbildung im Fokus stehen, sondern moderne Konzepte, die einen hohen Grad an Beruflichkeit und Durchlässigkeit ermöglichen.

Kriterien dafür sind insbesondere:

- Echte Wahlmöglichkeit des Auszubildenden entsprechend seinen Leistungen.
- Gestufte Berufe müssen die Voraussetzung der Empfehlungen des Bundes- und Hauptausschusses zur Schaffung von Ausbildungsberufen erfüllen. Das beinhaltet u.a. eine breite Grundbildung für die weiterführende berufliche Fachbildung und als Vorbereitung auf eine vielseitige, berufliche Tätigkeit.
- Durch mindestens einen Brücken- und mehrere Anschlussberufe sollte die Fortsetzung der Ausbildung zu einem voll- oder höherwertigen Abschluss ermöglicht werden.
- Dies setzt die curriculare Abstimmung der Inhalte und die volle Anerkennung der Vorleistungen voraus.
- Jede Form der Ausbildung sollte so angelegt sein, dass sie eine horizontale und vertikale Durchlässigkeit auf den unterschiedlichen Qualifikationsebenen ermöglicht.
- Eine auf Integration setzende Stufenausbildung sollte in der Umsetzung so angelegt sein, dass sie die individuelle Förderung von unterschiedlich begabten Jugendlichen ermöglicht.
- Modelle der Stufenausbildung sollten so angelegt sein, dass sie die Anzahl der Berufe verringern und so einer zu starken Spezialisierung und Zersplitterung der Berufe entgegenwirken.
- Helfer- und Anlernberufe sollten nicht erlassen werden. Denn damit würde die Zahl der dequalifizierten Jugendlichen steigen. Dies wiederum ist mit längeren Ausbildungs- bzw. Nachqualifizierungszeiten und steigenden Kosten für die Weiterbildung verbunden.
- Bei gestuften und flexiblen Ausbildungsmodellen ist darauf zu achten, dass es zu keinem Qualifikationsgefälle zwischen Groß- und Kleinbetrieben, zwischen Ballungsgebieten und strukturschwachen Regionen und zu Verwerfungen zwischen Ost- und Westdeutschland kommt.

Berufe (= Ausgangsniveau) zu stufen ist sinnvoll, wenn die Stufen nach oben führen, außerdem aus Gründen der Didaktik und der Lernmotivation. Deshalb sind alle flexibel gestalteten

Ausbildungsberufe so anzulegen, dass der Durchstieg zu einem voll- oder höherwertigen Abschluss möglich ist. Also: „Kein Abschluss ohne Anschluss!“²

Mehr Beruflichkeit braucht das Land, nicht mehr Berufe

Die Orientierungsfunktion des Systems der beruflichen Bildung darf nicht aufgegeben werden. Nach wie vor genießt die Ausbildung für einen Beruf eine hohe integrative Kraft. Der Beruf bildet (immer noch) einen, wenn nicht den „Kristallisationspunkt sozialer Identität“.

Die Verkürzung der Ausbildungsdauer von Berufen für Lern- und Leistungsschwache Jugendliche erkennt zwei Probleme. Zum einen selektiert und stigmatisiert sie eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen, für die bildungspolitische Optionen zu eröffnen sind, und sie verkürzt gerade jenen Auszubildenden die Ausbildungsdauer, die einer besonderen fachlichen und/oder pädagogischen Unterstützung bedürfen.

Die Dauer einer Ausbildung kann im Sinne des BBiG nicht beliebig gekürzt oder verlängert werden. Zu den Kernelementen des deutschen Berufsbildungssystems gehören die Vermittlung breit angelegter beruflicher Grundbildung, die Vermittlung der notwendigen fachlichen Fertigkeiten und Kenntnisse, die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit befähigen, die Durchführung der Ausbildung in einem geordneten Ausbildungsgang und der Erwerb der erforderlichen Berufserfahrung. „Basisberufe“, orientiert am Berufskonzept und einem einheitlichen Standard (Niveau), könnten eine Lösung sein, um die Qualifikationsanforderungen eines Hightech-Landes zukünftig zu erfüllen: Basisberufe - mit gemeinsamen Inhalten und flexiblen Anteilen, - könnten den Rahmen bilden für eine umfassende Qualifizierung.

Basisberufe könnte bedeuten, Inhalte und Vermittlung an einem definierten beruflichen Anforderungsprofil auszurichten und einen verbindlichen Rahmen zu schaffen, der es allen Akteuren erlaubt, ihre jeweiligen Stärken besser einzusetzen. Ausgerichtet am Profil eines Basisberufes sollten betriebliche und schulische Ausbildungszeiten nach Dauer und Zeitpunkt innerhalb eines Rahmens verhandelbar sein, so dass je nach grundlegenden / übergreifenden / fachtheoretischen und / oder fachspezifischen, arbeitsprozess-orientierten Inhalten mal der Betrieb bzw. der betriebliche Ausbildungsverbund oder die Schule einen größeren Anteil der Vermittlung übernimmt. Lern- und Ausbildungsschwierigkeiten der Jugendlichen müssten auf die gleiche Weise durch zeitlich, inhaltlich und pädagogisch individuell differenzierte Fördermöglichkeiten ausgeglichen werden. Basisberufe sollten eine bestimmte Mindestdauer (2 bis 3 Jahre) haben und den Durchstieg zur Hochschule ermöglichen. Jugendliche, die es trotz individueller Förderung nicht schaffen, sollten die Möglichkeit des anerkannten und zertifizierten Ausstiegs sowie die Möglichkeit der Anrechnung und des Wiedereinstiegs erhalten.

Basisberufe könnten schließlich die Anzahl der Berufe vermindern und damit auch zu weniger Bürokratie und Regulierung beitragen.

² Vgl. Bellaire, Edith/Brandes, Harald in BWP 3/2004, Kein Abschluss ohne Anschluss-zur Gestaltung zweijähriger Ausbildungsberufe in der Schweiz

Statt Individualisierung der Berufe individuelle Förderung

Mit dem Erlass von bundeseinheitlichen Ausbildungsberufen soll sichergestellt werden, dass nach einheitlichen Kriterien ausgebildet wird. Dies fördert die berufliche Mobilität. Bei der Umsetzung der Ausbildungsvorschriften haben die Betriebe einen bestimmten Grad der Flexibilisierung (vgl. Flexibilitätsklausel). Ein Schwachpunkt in unserem Bildungssystem liegt aber in der Umsetzung dieser Inhalte unter Berücksichtigung der individuellen Voraussetzungen der Individuen. Die Flexibilisierung und Modularisierung der Berufsbildung darf nicht dazu führen, dass Verantwortung, Organisation und Kosten immer mehr auf das einzelne Individuum verlagert werden. Der Übergang zwischen Schule und Beruf / Erwerbsarbeit muss sich weiterhin am Beruf orientieren. Beruf ist dabei als gesellschaftliche Vereinbarung über ein Bündel zusammenhängender und verwertbarer Qualifikationen zu begreifen, die eine vielfältige Mobilität sicherstellen. Der fachlichen und pädagogischen Unterstützung des Auszubildenden wird im Rahmen der Flexibilisierungsdebatte nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Vordergründig geht es um die flexible Gestaltung der Inhalte und nicht um deren anforderungsgerechte Vermittlung. Aber gerade bei der Integration und Förderung von lern- und leistungsschwachen Jugendlichen sind die Formen der pädagogischen und didaktischen Vermittlung von ausschlaggebender Bedeutung.

Verhältnis von Betrieb und Schule neugestalten

Durch Zentralisierung, Outsourcing und Spezialisierung der Arbeit wird es für die Betriebe immer schwieriger, die gesamte Palette der Ausbildungsinhalte in Form von berufsfeldbreiter Qualifizierung und praxisnaher Ausbildung vermitteln zu können. Die Konsequenz kann aber nicht sein, Berufe immer enger und betriebsnäher zu schneiden und immer weiter zu spezialisieren, ein Trend den wir gegenwärtig beobachten. Wenn sich Betriebe auf ihre spezifischen Fachanforderungen konzentrieren, dann kommt anderen Trägern beruflicher Bildung eine erweiterte Rolle zu, und sie müssen durch internes und externes Ausbildungsmanagement unterstützt werden.

Eine zum Beispiel größere Beschulung am Anfang der Berufsausbildung erzwingt natürlich auch eine bessere Mittelausstattung der Berufsschulen, ebenso eine gewisse Mindestausbildungsdauer. Deshalb muss auch über neue Finanzierungsmodelle nachgedacht werden.

Das Augbildungsniveau ist entscheidend, nicht ein irgendwie formalisierter Ausbildungsgang. Daher sind verschiedene Modelle der Ausbildung möglich.

Die Europäische Diskussion (und Dimension) darf nicht zur Zersplitterung führen

Die Diskussion um 2-jährige Berufe oder die Vergleichbarkeit von Leistungen ist nicht in erster Linie eine Diskussion um Modularisierung. Wenn die Konsequenz aus Pisa ist, einen vergleichbaren Standard für die allgemeinbildende Schule zu entwickeln, was spricht dann dafür, die Standards in der Berufsbildung (Berufskonzept / Duales System / keine Zugangsbeschränkung etc.) aufzugeben? Die derzeitige Nicht-Vergleichbarkeit und die (tatsächlichen) Unterschiede in den Niveaus der Berufe und Ausbildungsgänge sprechen doch eher dafür, einen vergleichbaren Standard (und definierte Niveaus) der Berufsbildung zu entwickeln. Ziel muss es sein, jedem Jugendlichen die Chance zu geben, dieses Niveau zu erreichen. Seg-

mentierung nach unten durch ein- und zwei-jährige Schmalspurberufe widersprächen diesem Ziel.

Die europäische Diskussion über die Einführung eines Referenzrahmens, in dem verschiedene Kompetenzniveaus definiert wären, sollte dazu genutzt werden, die deutschen Berufe auf den (Niveau=) Prüfstand zu stellen.

Notwendig sind einheitliche Standards in Deutschland und ein einheitlicher Qualifikationsrahmen. Überkommene (Bundes-) Länderhoheiten und Zersplitterung kann sich Europa nicht leisten. Bundeseinheitliche Maßnahmen sind gefordert, um die Leistungsfähigkeit und das Niveau des deutschen Berufsbildungssystems zu gewährleisten und zu dokumentieren. Deutschland muss sich Europa öffnen.

Bachelor-Studiengang Wirtschaftsrecht - Business Law											
Übersicht über die Workload											
(Rd. umfasser Modul 1, 5 bzw. 10 ECTS-Punkte, fett Modulbezeichnung, negativer Einzelveranstaltungen mit SWS in Klammern)											
Semester 7	Besonderes Wirtschaftsrecht *Wirtschafts- verwaltungsrecht (2) *Insolvenz und Sanierung (2)	Europ. und Intern. Wirtschaftsrecht *Europäisches Wirtschaftsrecht (2) *Internationales Wirtschaftsrecht (2)	Unternehmens- management II *Corporate Governance (2) *Mergers and Acquisitions (2)	Case Study *Case Study (2)	Bachelor-Arbeit	ECTS	Work- load	SWS	Stun- den im Semester	Eigen- ende Stu- dien	Vor- und Nach- berei- tung
Semester 6	Berufspraktisches Semester										
Semester 5	Vertragsgestaltung *Vertragsgestaltung (4)	Unternehmensrecht II *Unternehmensrecht 2 (4)	Steuerrecht *Steuerrecht (4)	Unternehmens- management I *Controlling (2) *Bilanzierung (2)	Schwerpunktmodul II (Projekt)	30	900	22	247,5	247,5	405
Semester 4	Handelsrecht, Wettbe- werbsrecht, Gewerbl. Rechtsschutz *Handelsrecht (2) *Wettbewerbsrecht und Gewerbl. Rechtsschutz (2)	Unternehmensrecht I *Unternehmensrecht 1 (4)	Wirtschafts-strafrecht *Wirtschaftsstrafrecht (2)	Wahlpflichtmodul III	Schwerpunktmodul I *Schlüssel- kompetenzen II *Moderationstraining (2) *Kommunikations- training (2)	30	900	22	247,5	277,5	375
Semester 3	Wirtschafts- privatrecht III *WPR 3 (4)	Arbeits- recht *Koll. ArbR (2) *Indiv. ArbR (2)	Praxis des Rechts *Übungen im WPR (2) *Rechts- durchset- zung (2)	Markt und Marketing *Markt und Marketing (4)	Grundlagen des Managements *Grundlagen der Personalwirtschaft und Organisation (2) *Grundlagen der Unternehmensführung (2)	30	900	24	270	245,5	384,5
Semester 2	Wirtschafts- privatrecht II *WPR 2 (4)		Europarecht *Europarecht 1 (2) *Europarecht 2 (2)	Wahlpflichtmodul I	Betriebswirtschaft- liche Grundlagen II *Investition und Finanzierung (2) *Internes Rewe (2)	30	900	24	270	278,5	391,5
Semester 1	Wirtschafts- privatrecht I *WPR 1 (4)	Rechtliche Grundlagen *Grundlagen des Rechts (4) *Öffentliches Recht (2) *Arbeitstechniken Recht (2)		Volkswirtschafts- lehre *VWL (4)	Betriebswirtschaft- liche Grundlagen I *Grundlagen BWL (2) *Externes Rewe (2) *Planspiel BWL (2)	30	900	26	292,5	220,5	387
		Recht		Wirtschaft	Schlüssel- kompetenzen	ECTS	Work- load	SWS	Stun- den im Semester	Eigen- ende Stu- dien	Vor- und Nach- berei- tung
Summe						210	6300	134	1508	1494	3299

Masterstudiengang Verhandeln und Gestalten von Verträgen Negotiating and Designing Contracts (LL.M.)												
Übersicht über die Werkload (Erläuterung: Modul 1-5 bzw. 10 ECTS-Punkte, bei Modulbestimmung immer Einzelveranlässungen à 2 SWS)												
Semester	Rechtstheorie Ökonomische Analyse des Rechts Rechts- verständnis	Internationale Verträge Multinationale Verträge	Beschaffung und Absatz II Internationale Verträge 2 Case Study	Methoden und Instrumente I Schlichtverfahren Mediation	Management und Personal II Verpflichtung und Versorgung Case Study	Unternehmen und Konkurrenz II Unternehmens- Kultur und Beteiligungs- Verträge Case Study	Wahlpflicht Modul I WPF1 WPF2	ECTS Work- load	ECTS SWS	ECTS SWS in Sommer- semester	ECTS SWS in Winter- semester	Vor- semin- dar Nach- semin- dar
Semester 2								30	60	30	60	120
Semester 1								30	60	30	60	120
Semester 3								30	60	30	60	120
Semester 4								30	60	30	60	120
Semester 5								30	60	30	60	120
Semester 6								30	60	30	60	120
Semester 7								30	60	30	60	120
Semester 8								30	60	30	60	120
Semester 9								30	60	30	60	120
Semester 10								30	60	30	60	120
Semester 11								30	60	30	60	120
Semester 12								30	60	30	60	120
Semester 13								30	60	30	60	120
Semester 14								30	60	30	60	120
Semester 15								30	60	30	60	120
Semester 16								30	60	30	60	120
Semester 17								30	60	30	60	120
Semester 18								30	60	30	60	120
Semester 19								30	60	30	60	120
Semester 20								30	60	30	60	120
Semester 21								30	60	30	60	120
Semester 22								30	60	30	60	120
Semester 23								30	60	30	60	120
Semester 24								30	60	30	60	120
Semester 25								30	60	30	60	120
Semester 26								30	60	30	60	120
Semester 27								30	60	30	60	120
Semester 28								30	60	30	60	120
Semester 29								30	60	30	60	120
Semester 30								30	60	30	60	120
Semester 31								30	60	30	60	120
Semester 32								30	60	30	60	120
Semester 33								30	60	30	60	120
Semester 34								30	60	30	60	120
Semester 35								30	60	30	60	120
Semester 36								30	60	30	60	120
Semester 37								30	60	30	60	120
Semester 38								30	60	30	60	120
Semester 39								30	60	30	60	120
Semester 40								30	60	30	60	120
Semester 41								30	60	30	60	120
Semester 42								30	60	30	60	120
Semester 43								30	60	30	60	120
Semester 44								30	60	30	60	120
Semester 45								30	60	30	60	120
Semester 46								30	60	30	60	120
Semester 47								30	60	30	60	120
Semester 48								30	60	30	60	120
Semester 49								30	60	30	60	120
Semester 50								30	60	30	60	120
Semester 51								30	60	30	60	120
Semester 52								30	60	30	60	120
Semester 53								30	60	30	60	120
Semester 54								30	60	30	60	120
Semester 55								30	60	30	60	120
Semester 56								30	60	30	60	120
Semester 57								30	60	30	60	120
Semester 58								30	60	30	60	120
Semester 59								30	60	30	60	120
Semester 60								30	60	30	60	120
Semester 61								30	60	30	60	120
Semester 62								30	60	30	60	120
Semester 63								30	60	30	60	120
Semester 64								30	60	30	60	120
Semester 65								30	60	30	60	120
Semester 66								30	60	30	60	120
Semester 67								30	60	30	60	120
Semester 68								30	60	30	60	120
Semester 69								30	60	30	60	120
Semester 70								30	60	30	60	120
Semester 71								30	60	30	60	120
Semester 72								30	60	30	60	120
Semester 73								30	60	30	60	120
Semester 74								30	60	30	60	120
Semester 75								30	60	30	60	120
Semester 76								30	60	30	60	120
Semester 77								30	60	30	60	120
Semester 78								30	60	30	60	120
Semester 79								30	60	30	60	120
Semester 80								30	60	30	60	120
Semester 81								30	60	30	60	120
Semester 82								30	60	30	60	120
Semester 83								30	60	30	60	120
Semester 84								30	60	30	60	120
Semester 85								30	60	30	60	120
Semester 86								30	60	30	60	120
Semester 87								30	60	30	60	120
Semester 88								30	60	30	60	120
Semester 89								30	60	30	60	120
Semester 90								30	60	30	60	120
Semester 91								30	60	30	60	120
Semester 92								30	60	30	60	120
Semester 93								30	60	30	60	120
Semester 94								30	60	30	60	120
Semester 95								30	60	30	60	120
Semester 96								30	60	30	60	120
Semester 97								30	60	30	60	120
Semester 98								30	60	30	60	120
Semester 99								30	60	30	60	120
Semester 100								30	60	30	60	120
Semester 101								30	60	30	60	120
Semester 102								30	60	30	60	120
Semester 103								30	60	30	60	120
Semester 104								30	60	30	60	120
Semester 105								30	60	30	60	120
Semester 106								30	60	30	60	120
Semester 107								30	60	30	60	120
Semester 108								30	60	30	60	120
Semester 109								30	60	30	60	120
Semester 110								30	60	30	60	120
Semester 111								30	60	30	60	120
Semester 112								30	60	30	60	120
Semester 113								30	60	30	60	120
Semester 114								30	60	30	60	120
Semester 115								30	60	30	60	120
Semester 116								30	60	30	60	120
Semester 117								30	60	30	60	120
Semester 118								30	60	30	60	120
Semester 119								30	60	30	60	120
Semester 120								30	60	30	60	120
Semester 121								30	60	30	60	120
Semester 122								30	60	30	60	120
Semester 123								30	60	30	60	120
Semester 124								30	60	30	60	120
Semester 125								30	60	30	60	120
Semester 126								30	60	30	60	120
Semester 127								30	60	30	60	120
Semester 128								30	60	30	60	120
Semester 129								30	60	30	60	120
Semester 130								30	60	30	60	120
Semester 131								30	60	30	60	120
Semester 132								30	60	30	60	120
Semester 133								30	60	30	60	120
Semester 134								30	60	30	60	120
Semester 135								30	60	30	60	120
Semester 136								30	60	30	60	120
Semester 137								30	60	30	60	120
Semester 138								30	60	30	60	120
Semester 139								30	60	30	60	120
Semester 140								30	60	30	60	120
Semester 141								30	60	30	60	120
Semester 142								30	60	30	60	120
Semester 143								30	60	30	60	120
Semester 144								30	60	30	60	120
Semester 145								30	60	30	60	120
Semester 146								30	60	30	60	120
Semester 147												

**Beschluss der Präsidentinnen und Präsidenten
der Landesjustizprüfungsämter vom 30. Mai 2005**

Das Prüfungssystem der bachelor-master-Studiengänge, das auf der studienbegleitenden Abprüfung von Modulen und einem Leistungspunktesystem (ECTS)¹ beruht, wird den Erfordernissen der Ausbildung und Prüfung von Juristen in Deutschland nicht gerecht:

1. Der studienbegleitenden Prüfung von Modulen an Stelle einer punktuellen Abschlussprüfung sind enge Grenzen gesetzt, weil
 - der Vorbereitungsdienst der Rechtsreferendare aktuelles Wissen voraussetzt, dessen Nachweis durch Prüfungen, die regelmäßig geraume Zeit vor Beginn des Referendariats liegen, nicht erbracht werden kann;
 - studienbegleitende Prüfungen vor allem in der Anfangs- und der Mittelphase des rechtswissenschaftlichen Studiums nicht die notwendige Breite und Tiefe der Fähigkeiten und Kenntnisse abfragen können, die das rechtswissenschaftliche Studium vermitteln soll;
 - studienbegleitende Prüfungen von Modulen die Verknüpfungen von (Teil-) Rechtsgebieten, die für die juristische Ausbildung und Praxis von zentraler Bedeutung sind, nicht wie abschließende Blockprüfungen berücksichtigen können.
2. Die dem Leistungspunktesystem zugrunde liegende Gestaltungsfreiheit der Studenten
 - kann im rechtswissenschaftlichen Studium nur in sehr eingeschränktem Maße verwirklicht werden, da es davon geprägt ist, Kenntnisse und Fähigkeiten in den zentralen Rechtsgebieten zu vermitteln, die für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst und für die Fähigkeit, volljuristische Tätigkeiten auszuüben, unverzichtbar sind und die daher der Gestaltungsfreiheit entzogen sein müssen;
 - unterstellt durch die ungeprüfte Berücksichtigung von Leistungspunkten aus dem Studium ausländischer Rechtsordnungen eine nicht vorhandene Vergleichbarkeit und kann insoweit keine relevanten Aussagen über die Fähigkeiten in der nationalen Rechtsordnung treffen;
 - kann darüber hinaus dazu führen, dass Leistungspunkte in die Gesamtbewertung einfließen, die für den Nachweis der erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Absolventen nicht oder nicht hinreichend relevant sind².
3. Zwingende Folge dieses Prüfungssystems wäre die Einführung einer staatlichen Eingangsprüfung für den Vorbereitungsdienst der Rechtsreferendare.

¹ Siehe Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.9.2000 "Rahmenvorgaben für die Einführung von Leistungspunktesystemen und die Modularisierung von Studiengängen".

² Die Leistungsüberprüfung im ECTS erfolgt z.B. im Rahmen von mündlichen oder schriftlichen Prüfungen während, am Ende oder nach Abschluss der Lerneinheit, durch ein Referat oder eine schriftliche Arbeit, durch eine Bestätigung der aktiven Teilnahme am Unterricht oder den Nachweis von im Selbststudium erbrachten Studienleistungen.

Begründung

zu 1.

Die Bologna-Erklärung fordert eine Modularisierung der Studieninhalte: Die Gegenstände des Studiums wären in einzelne „Module“ aufzuspalten, die separat vermittelt und abgeprüft würden. Stoffgebiete wären zu thematisch und zeitlich abgeschlossenen Einheiten zusammenzufassen. Die in diesen Einheiten erbrachten Studienleistungen wären mit Leistungspunkten zu versehen. An die Stelle von Blockprüfungen würden ausschließlich oder doch weit überwiegend punktuelle studienbegleitende Prüfungen treten, für die die juristischen Fakultäten verantwortlich wären³.

Eine solche Ausbildungs- und Prüfungsstruktur stünde im Gegensatz zur derzeitigen Juristenausbildung. Deren Ansatz des „Lernens in Wellen“, der sich mehrfach wiederholenden, ergänzenden, aufeinander aufbauenden und inhaltlich verzahnten Stoffvermittlung, müsste voraussichtlich zu Gunsten der jeweils in sich abgeschlossenen Vermittlung einer Vielzahl einzelner Module aufgegeben werden.

Als Folge der Modularisierung wäre zu befürchten, dass das neue Bachelor-Studium nicht wie das bisherige rechtswissenschaftliche Studium ein Studiengang wäre, der in sich zusammenhängend die übergreifenden Strukturen der gesamten Rechtsordnung herauszuarbeiten sucht. Gerade dies macht aber die Wissenschaftlichkeit der Juristenausbildung aus⁴. Denn der Kenntnisstand des Studierenden während des Studiums stellt grundsätzlich nicht mehr als eine Momentaufnahme dar, die über seine methodischen Fähigkeiten zur Erfassung der gesamten Rechtsordnung und komplexer Rechtsgebiete keine verlässliche Aussage treffen kann.

Nur wenn Prüfungsleistungen nicht in größerem Umfang abgeschichtet werden können, ist schließlich auch gewährleistet, dass bei Eintritt in den Vorbereitungsdienst das für die Referendarausbildung notwendige Wissen noch weitgehend präsent ist.⁵

zu 2.

Mit dem ECTS⁶ wird der Akzent auf den Studienverlauf aus Sicht der Studierenden und die für die Absolvierung eines Studiengangs aufzuwendende Arbeitszeit gesetzt: Ein Studiengang entspricht einer bestimmten Gesamtzahl an Kreditpunkten (Bachelor = 180, Master = 90-120 Kreditpunkte). Diese werden entsprechend dem anteilmäßigen Arbeitsaufwand auf die einzelnen Bestandteile oder Lerneinheiten des Studiengangs aufgeteilt und von den Studierenden im Laufe ihres Studiums – jeweils nach einer entsprechenden Überprüfung ihrer Leistungen – erworben (akkumuliert). Das Arbeitspensum von Vollzeitstudierenden während eines Studienjahres entspricht 60 Kreditpunkten. Die Auftei-

³ siehe Fußnote 1

⁴ siehe Zwischenbericht des KoA, S.17

⁵ siehe Zwischenbericht des KoA, S.22/23

⁶ http://europa.eu.int/comm/education/programmes/socrates/ects_de.html

lung dieser 60 Kreditpunkte auf die jeweiligen Studienelemente (Kurse, Module, Lerneinheiten), aus denen sich das Studienjahr zusammensetzt, richtet sich nach dem Anteil des Arbeitsaufwandes für ein Element im Vergleich zum Gesamtaufwand. Das Arbeitspensum von Studierenden im Rahmen eines Vollzeitstudiengangs beläuft sich in Europa auf 36 bis 40 Wochen pro Jahr; in diesen Fällen entspricht ein Kreditpunkt also 25 bis 30 Arbeitsstunden. Das Arbeitspensum bezieht sich auf die Zeit, die die Lernenden im Durchschnitt benötigen, um die erforderlichen Lernergebnisse zu erzielen und umfasst sämtliche Tätigkeiten, die im weitesten Sinn Teil eines Studiums sind: Teilnahme an Vorlesungen, Kursen und Seminaren (Präsenzzeit plus Vor- und Nachbereitung), Praktika, Selbststudium (in der Bibliothek oder zu Hause), Prüfungsvorbereitung und Teilnahme an Prüfungen, Abschlussarbeiten usw.

Kreditpunkte werden aufgrund von Leistungsüberprüfungen vergeben, die z.B. im Rahmen von mündlichen oder schriftlichen Prüfungen während, am Ende oder nach Abschluss der Lerneinheit, durch ein Referat oder eine schriftliche Arbeit, durch eine Bestätigung der aktiven Teilnahme am Unterricht oder den Nachweis von im Selbststudium erbrachten Studienleistungen erfolgen⁷.

Der Pflichtfachbereich des rechtswissenschaftlichen Studiums, der für die Vermittlung der für alle juristischen Tätigkeiten notwendigen Kenntnisse und methodischen Fähigkeit von zentraler Bedeutung ist⁸, ist, darüber dürfte Einigkeit bestehen, kaum mehr reduzierbar. Der Grundgedanke von ECTS - die Studenten können aus einem von Juristischer Fakultät zu Juristischer Fakultät unterschiedlichen Angebot selbst weitgehend Inhalt und Art der Leistungen bestimmen, mit denen sie die notwendige Gesamtpunktzahl erreichen wollen - widerspricht der Notwendigkeit, diese unverzichtbaren juristischen Kenntnisse und Fähigkeiten zum Abschluss des rechtswissenschaftlichen Studiums valide nachzuweisen. Die Gestaltungsfreiheit kann dazu führen, dass Studierende wichtige, aber "ungeliebte" Fächer "abwählen" und sich auf diese Weise ein mit möglichst geringem Aufwand zu bewältigendes "Schmalspurstudium" zusammenstellen, ohne dass dies nach außen hin erkennbar ist.

Die grundsätzliche Übertragbarkeit von Kreditpunkten unterstellt zudem eine aufgrund ihrer Fixierung am jeweiligen nationalen Recht – anders als z.B. bei naturwissenschaftlichen Studiengängen – weitgehend nicht vorhandene und nicht erreichbare Kompatibilität in- und ausländischer rechtswissenschaftlicher Studiengänge⁹.

zu 3.

Die vorgesehenen universitären Leistungskontrollen leisten die erforderliche Qualitätskontrolle und den notwendigen Nachweis aktueller Kenntnisse und Fähigkeiten, auf denen der (staatliche) Vorbereitungsdienst zwingend aufbauen muss, nicht; sie sind darüber hin-

⁷ http://europa.eu.int/comm/education/programmes/socrates/ects_de.html

⁸ Die Ausbildung im Schwerpunktbereich dient nach § 5a II 3 DRiG (nur) der Ergänzung und Vertiefung der Pflichtfächer.

⁹ Zwischenbericht S. 18

aus nicht hinreichend vergleichbar. Damit sind sie als Entscheidungskriterium für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst nicht geeignet. Die unumgängliche staatliche Eingangsprüfung wird die Ausbildung durch die zusätzlich notwendige Vorbereitungszeit verlängern und das Auseinanderfallen von Lehre und Prüfung fördern.

Übersicht
der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

Baden Württemberg: Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege

Studiengang: Rechtspflege

Abschluss: Diplom

Struktur: interne Fachhochschule

Größe: Ausbildung für Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland;
ca. 13 hauptamtl. und 15 nebenamtl. Dozentinnen und Dozenten, die etwa zur Hälfte aus dem höheren und gehobenen Dienst kommen

Baden-Württemberg: Fachhochschule Ludwigsburg – Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

www.fh-ludwigsburg.de

Fachbereiche / Studiengänge:

grundständige Studiengänge (Beamtenstatus)

- Innenverwaltung
- Rentenversicherung
- Allgemeine Finanzverwaltung
- Steuerverwaltung

→ intern, Abschluss: Diplom

Aufbau- und Kontaktstudiengänge (kein Beamtenstatus)

- Aufbaustudiengang: Master of European Public Administration (Zusammenarbeit mit FH Kehl)

Dauer: 4 Semester

Ziel: Wahrnehmung gehobener Stabs- und Querschnittsfunktionen in großen Verwaltungen

Voraus.: abgeschlossenes Studium der Verwaltungswissenschaft, insbesondere an einer FH für öffentliche Verwaltung, oder der Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaft

- Kulturmanagement (in Zusammenarbeit mit der PH Ludwigsburg)
- Magister-Aufbaustudiengang (Präsenzstudium)
- Master-Aufbaustudiengang (berufsbegleitend)
- Kontaktstudium (Weiterbildung)

Baden-Württemberg: Fachhochschule Villingen - Schwetzingen: Hochschule für Polizei

Ausbildung des gehobenen Polizeidienstes

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

Baden-Württemberg: Fachhochschule Kehl – Hochschule für öffentliche Verwaltung

Studiengang: Verwaltung

Abschluss: Diplom

Studium: 4 Jahre, 1. und 3. Jahr ist ein Praxisjahr; im 4. Jahr kann entweder der Schwerpunkt Verwaltung oder Wirtschaft gewählt werden; entsprechend werden die Praxisstellen im 3. Jahr ausgewählt

Ziele: Rathäuser oder Landratsämtern, Regierungspräsidien oder Ministerien, öffentlichen Unternehmen, Kommunalverwaltung, Wohlfahrtspflege

Struktur der FH: extern;

Bewerbungsvoraussetzung: Abitur oder Fachhochschulreife

Bayern: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege

Studiengänge:

- Fachbereich Allgemeine innere Verwaltung (Hof) (www.bfh-hof.de)
 - Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
 - Verwaltungsinformatik
- Rechtspflege (Starnberg) (www.bfh-rpfl.bayern.de)
 - Rechtspfleger
 - Justizvollzug

- Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen (München)
 - Diplom-Archivar/in (FH)
 - Dipl. – Bibliothekar/in (FH)
- Fachbericht Finanzwesen (Herrsching) (www.fhvr-fin.bayern.de)
 - Diplo.-Finanzwirt/in
 - Dipl.-Verwaltungswirt/in
- Fachbereich Polizei – Studiengang Gehobener Polizeivollzug (Fürstenfeldbruck)
- Fachbereich Sozialverwaltung (Wasserburg am Inn) (www.fhvr-soz.bayern.de)
Studiengang zum Dipl. Verwaltungswirt / in
 - Fachrichtung Rentenversicherung
 - Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung
 - Fachrichtung Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Struktur: interne Hochschule; Studierende sind Beamte auf Widerruf

Abschluss: Diplom

Berlin: Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin

www.fhvr-berlin.de

Fachbereiche / Studiengänge:

- Allgemeine Verwaltung
 - Öffentliche Verwaltungswirtschaft
löst den internen Studiengang ab
Dauer: 4 Jahre, inkl. Praktika von insgesamt 12 Monaten
Abschluss: Diplom (erfüllt die Voraussetzungen für die Laufbahnanerkennung zum gehobenen Dienst)
Ziel: öffentlicher Dienst und vergleichbare Verwaltungstätigkeiten
 - Bachelor-/Masterstudiengang Europäische Politik und Verwaltung (geplant)
Abschluss: Bachelor of Arts und poln. Abschluss (Univ. Poznan)
aufbauendes Masterstudium möglich
Ziel: Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten im öffentlichen Sektor

- Europäisches Verwaltungsmanagement (Fernstudiengang)
postgradual, berufsbegleitend
Adressaten: Mitarbeiter des geh. und höheren Dienstes der Verwaltungen Absolventen der Verwaltungshochschulen des Bundes und der Länder
- Public Management
gemeinsam mit der FH für Technik und Wirtschaft Berlin
Dauer: 8 Semester
Abschluss: Diplom
Inhalte: interdisziplinär ausgerichteter betriebswirtschaftlicher Studiengang
Ziel: öffentlicher Dienst, private Dienstleistungsunternehmen, Beratungsunternehmen
- Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst (läuft 2004 aus)
früherer interner Studiengang; Senat hat im September 2001 das Studium im bezahlten Anwärterstatus aufgehoben
- Rechtspflege
 - Rechtspflege (interner Studiengang)
Rechtspflagerausbildung für Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt
 - Bürovorsteher im Rechtsanwalt- und Notarfach (Fernstudium)
Vorbereitung auf die Prüfung vor der Rechtsanwaltskammer Berlin
 - Steuerverwaltungsdienst (auslaufend, Steuerbeamten werden in Brandenburg ausgebildet)
 - Konsultssekretär/-in des Auswärtigen Amtes
fachtheoretische Ausbildung für die Studierenden der Fachhochschule des Bundes
- Polizeivollzugsdienst
 - Polizeivollzugsdienst (interner Studiengang)
 - Sicherheitsmanagement (geplant)

Brandenburg: Fachhochschule für Finanzen Königs Wusterhausen

www.fhf-kw.de

Ausbildung für den geh. Finanzdienst für die Länder Brandenburg, Berlin und Sachsen-Anhalt

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

Brandenburg: Fachhochschule der Polizei

Ausbildung des gehobenen Polizeidienstes

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

Bremen: Hochschule für öffentliche Verwaltung

Fachbereiche:

- Polizei: interner Studiengang
 - Allgemeiner Verwaltungsdienst
 - ➔ z.Zt. kein Studienbetrieb; es wird verwiesen auf den Studiengang „Europäischer Studiengang für Wirtschaft und Verwaltung“ an der Universität Bremen (Bachelor)
 - Steuern: interner Studiengang 2001 beendet
 - ➔ Ausbildung im externen Studiengang „Internationaler Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht“ in Kooperation mit der Universität Bremen
- Abschluss: Diplom

Hamburg: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

www.fhoev-hamburg.de

Fachbereiche:

- Allgemeine Verwaltung
- Finanzen

- Polizei

Polizei: 553 Studierende, 36 hauptamtl. Lehrkräfte, davon 7 Professoren

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

Hessen:

Verwaltungshochschule in Wiesbaden

www.vfh-hessen.de

Fachbereiche / Studiengänge:

- Polizei
- Verwaltung
 - allgemeine Verwaltung
 - Landesversicherungsanstalt
- Öffentliches Management (berufsbegleitend)

Struktur: Fern- und Präsenzstudium

Dauer: 3 Semester (Managementzertifikat für die öffentliche Verwaltung)

4 Semester (Master of Public Administration, MPA)

Akkreditierung: ZEvA

Zielgruppe: Dipl. Verwaltungswirte und andere Hochschulabsolventen mit Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung

Abschluss: Diplom

Öffentl. Management: Master

Struktur der FH: verwaltungsinterne FH;

Ausn.: Masterstudiengang

Verwaltungsfachhochschule Rotenburg an der Fulda

Fachbereiche / Studiengänge:

- Rechtspflege
- Steuern

Struktur: Präsenzstudium

Zielgruppe: Dipl. Rechtspfleger und Dipl.-Verwaltungswirte

Abschluss: Diplom

Struktur der FH: verwaltungsinterne FH;

Mecklenburg – Vorpommern: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (Güstrow)

www.fh-guestrow.de

Fachbereiche:

- Allgemeine Verwaltung
- Rechtspflege
- Polizei
- Steuerverwaltung

Abschluss: Diplom

Struktur: intern; Studierende als Beamte auf Widerruf

Niedersachsen: Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

www.fhvr.niedersachsen.de

Fachbereiche:

- Allgemeine Verwaltung
 - Dipl.-Verwaltungswirt / -in (juristischer Schwerpunkt)
 - Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt / -in (betriebswirtschaftlicher Schwerpunkt)
 - weiterbildender Studiengang Europa (in Vorbereitung)

- Polizei

Abschluss: Dipl.-Verwaltungswirt / -in (FH)

- Rechtspflege

Abschluss: Dipl.-Rechtspfleger / -in

- Steuerverwaltung

Abschluss: Dipl. – Finanzwirt

Struktur: interne Fachhochschule, Studierende sind Beamte auf Widerruf

Nordrhein-Westfalen: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Fachbereiche:

- Kommunalen Verwaltungsdienst mit Studiengang Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre
- Staatlicher Verwaltungsdienst
- Polizeivollzugsdienst
- Sozialer Verwaltungsdienst

Standorte:

Bielefeld, Duisburg, Gelsenkirchen mit Außenstelle Dortmund, Hagen, Köln, Münster

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsinterne Fachhochschule; durch Änderung des FHGöD im Jahr 2005 besteht für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung die Möglichkeit, Bachelor- und – in Zusammenarbeit mit einer Universität – auch Masterstudiengänge einzurichten.

Nordrhein-Westfalen: Fachhochschule für Rechtspflege Bad Münstereifel

(www.fhr.nrw.de)

Fachbereiche:

- Rechtspflege
 - Strafvollzug
 - Aufbaustudiengang Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre
 - 6 - monatige Qualifizierungsmaßnahme für in der Verwaltung beschäftigte Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger
- Aufbau: Wechsel von theoretischen (modularisiert) und praktischen Abschnitten;
theoretische Module können auch einzeln belegt werden

Abschluss: Diplom

Ausn.: Aufbaustudiengang

Struktur: verwaltungsinterne Fachhochschule

Nordrhein-Westfalen: Fachhochschule für Finanzen (Nordkirchen)

(www.fm.nrw.de/amt/19)

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsinterne Fachhochschule

Rheinland-Pfalz: Fachhochschulen für die öffentliche Verwaltung

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung:

www.vhoev-mayen.de

Fachbereiche:

- Verwaltung
 - Verwaltung mit Rentenversicherung
 - Betriebswirtschaft
 - Betriebswirtschaft – Schwerpunkt: Verwaltungsinformatik
- Polizei

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

Fachhochschule für Finanzen

verwaltungsintern

Studierende beider Fachhochschulen sind Beamte auf Widerruf bzw. nicht beamtete Personen unter den Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 3 VFHG bzw. § 43 APOgD.

Saarland: Fachhochschule für Verwaltung

Fachbereiche:

- Allgemeine Verwaltung
- Polizeivollzugsdienst

Abschlüsse: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

Sachsen: Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen

www.fhsv.sachsen.de

Fachbereiche:

- Allgemeine Verwaltung
- Steuer- und Staatsfinanzverwaltung
- Rechtspflege
- Sozialverwaltung- und Sozialversicherung
 - Fachrichtung Rentenversicherung
 - Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung

Abschlüsse: Diplom

Ausn.: berufsbegleitender Masterstudiengang Verwaltungsinformatik (in Planung)

Struktur: verwaltungsintern, Ausn. s.ob.

Sachsen: Fachhochschule für Polizei

Ausbildung des gehobenen Polizeidienstes

Struktur: verwaltungsintern

Sachsen - Anhalt: Fachhochschule der Polizei

www.polizei.sachsen-anhalt.de

Abschluss: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

Sachsen-Anhalt: Hochschule Harz

Hochschule für angewandte Wissenschaften

www.hs-harz.de

Die Ausbildung für die öffentliche Verwaltung erfolgt in Sachsen-Anhalt an der allgemeinen (Fach-) Hochschule Harz, Fachbereich Verwaltungswissenschaften

Fachbereiche:

- Automatisierung und Informatik
- Verwaltungswissenschaften
- Wirtschaftswissenschaften

Abschluss: Diplom

Struktur: extern

Schleswig-Holstein: Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung

www.vfh-sh.de

Fachbereiche:

- Allgemeine Verwaltung
- Polizei
- Kontaktstudium Sicherheitsmanagement¹

Dauer: 18 Monate, davon 5 Module à 5 Wochen an der Fachhochschule

Ziel: Schnittstelle von „Öffentlicher Sicherheit „ und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie praktischer Ausbildung für die betriebliche und private Sicherheit

- Steuerverwaltung
- Rentenversicherung

Abschluss: Diplom

Ausn.: Sicherheitsmanagement: Zertifikat Sicherheitsfachwirt/-in (FH)

Struktur: verwaltungsinterne Fachhochschule, Studierende sind Beamte auf Widerruf

Ausn.: Studiengang Sicherheitsmanagement

→ Voraussetzung ist Fachhochschulreife, sonst Testverfahren

¹ Studiengebühren in Höhe von 5.250,- € für das gesamte Studium, Module können auch einzeln belegt werden.

Thüringen: Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

www.vfhs-thueringen.de

Fachbereiche / Studiengänge

- Kommunalverwaltung und staatliche allgemeine Verwaltung
- Steuern
- Polizei

Abschlüsse: Diplom

Struktur: verwaltungsintern

**Kurzübersicht
der Studiengänge an den Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst**

Bundesland	Name der FH	Studiengänge	Struktur	Abschlüsse
Baden-Württemberg	- FH Schwetzingen	Rechtspflege	intern	Diplom
	- FH Ludwigsburg	- Innenverwaltung,	intern	Diplom
		- Rentenversicherung,	intern	Diplom
		- Allg. Finanzverwaltung,	intern	Diplom
		- Steuerverwaltung	intern	Diplom
		- Aufbaustudiengang: Master of European Public Administration	extern	Master
		- Kulturmanagement	extern	Magister, Master
	- FH Villingen – Schwetzingen	Polizei	intern	Diplom
	- FH Kehl – FH für öffentl. Verwaltung	Verwaltung	extern	Diplom

Anlage 8/2

Bayern	FH für öffentl. Verwaltung und Rechtspflege	<ul style="list-style-type: none"> - Allg. innere Verwaltung (geh. nichttechnischer Verwaltungsdienst, Verwaltungsinformatik) - Rechtspflege (Rechtspfleger, Justizvollzug) - Archiv- und Bibliothekswesen (Archivare, Bibliothekare) - Finanzwesen - geh. Polizeivollzugsdienst - Sozialverwaltung (Rentenversicherung, Staatl. Sozialversicherung, landwirtschaftl. Sozialversicherung) 	alle intern	alle Diplom
Berlin	FH für Verwaltung und Rechtspflege	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentl. Verwaltungswirtschaft - Europ. Politik und Verwaltung (gepl.) - Europ. Verwaltungsmanagement - Public Management - Rechtspflege - Bürovorsteher 	<p>extern</p> <p>extern</p> <p>extern (Fernstudium)</p> <p>extern</p> <p>intern</p> <p>extern</p>	<p>Diplom</p> <p>BA + poln. Abschluss</p> <p>Diplom</p> <p>Diplom</p> <p>Vorbereitung auf IHK-Prüfung</p>

Anlage 8/2

		- Konsultssekretäre - Polizeivollzugsdienst (geh. Dienst, Sicherheitsmanagement)	intern für FH des Bundes geh. Dienst: intern	geh. Dienst: Diplom
Brandenburg	- FH für Finanzen - FH der Polizei	geh. Finanzdienst geh. Polizeivollzugsdienst	beide intern	beide Diplom
Bremen	FH für öffentliche Verwaltung	Polizei	intern	Diplom
Hamburg	FH für öffentliche Verwaltung	- Allg. Verwaltung - Finanzen - Polizei	alle intern	alle Diplom
Hessen	- Verwaltungsfach- hochschule Wiesbaden - Verwaltungs- fachhochschule Rotenburg an der Fulda	- Polizei - Verwaltung (allg. Verwaltung, Landesversicherungsan- stalt) - Öffentl. Management - Steuern - Rechtspflege	intern intern extern intern	Diplom Diplom Master Diplom
Meckl.-Vorpommern	FH für öffentl. Verwaltung und Rechtspflege	- Allg. Verwaltung - Rechtspflege - Polizei - Steuerverwaltung	alle intern	alle Diplom
Niedersachsen	FH für Verwaltung und Rechtspflege	- Allg. Verwaltung (Dipl. Verwaltungswirt; Europa- Weiterbildung) - Polizei - Rechtspflege	alle intern	alle Diplom

Anlage 8/2

		- Steuerverwaltung		
Nordrhein - Westfalen	- FH für öffentliche Verwaltung	Kommunaler Verwaltungsdienst, staatl. Verwaltungsdienst, Polizeivollzugsdienst, sozialer Verwaltungsdienst	intern	Diplom
	- FH für Rechtspflege	Rechtspflege	alle intern	Diplom
		Strafvollzug		--
	- FH für Finanzen	Aufbaustudiengang: Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre geh. Finanzdienst	intern	Diplom
Rheinland-Pfalz	- FH für öffentl. Verwaltung	- Verwaltung (Verwaltung, Verwaltungsbetriebswirtschaft, VWL mit Schwerpunkt Verwaltungsinformatik) - Polizei	intern	Diplom
	- FH für Finanzen	geh. Finanzdienst	intern	Diplom
Saarland	FH für Verwaltung	- Allg. Verwaltung - Polizeivollzugsdienst	alle intern	alle Diplom
Sachsen	- FH der sächsischen Verwaltung	- Allg. Verwaltung - Steuer- und Staatsfinanzverwaltung - Rechtspflege - Sozialverwaltung und Sozialversicherung - geplant: Verwaltungsinformatik	intern	Diplom
			extern	Master

Anlage 8/2

	- FH für Polizei	geh. Polizeidienst	intern	Diplom
Sachsen-Anhalt	FH der Polizei	geh. Polizeidienst	intern	Diplom
Schleswig-Holstein	FH für Verwaltung und Dienstleistung	- Allg. Verwaltung	intern	Diplom
		- Polizei	intern	Diplom
		- Sicherheitsmanagement	extern	Sicherheitsfachwirt/in
		- Steuerverwaltung	intern	Diplom
		- Rentenversicherung	intern	Diplom
Thüringen	Thüringer FH für öffentl. Verwaltung	- Kommunal- und allg. staatl. Verwaltung	alle intern	alle Diplom
		- Steuern		
		- Polizei		

Übersicht

der Studiengänge an den Fachhochschulen in Nordrhein - Westfalen

Fachhochschule Aachen:

www.fh-aachen.de

Studiengänge:

<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaft Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann Dauer: 7 Semester Struktur: modularisiert jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, Steuerlehre; als Wahlpflichtfächer: Arbeitsvertragsrecht, Bank- und Börsenrecht, Betriebsverfassungsrecht, Internationales Wirtschafts- und EU-Recht, Recht des Ein- und Verkaufs, Unternehmens- und Wettbewerbsrecht Tätigkeitsfelder: Führungsaufgaben in Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen
<ul style="list-style-type: none">• Studiengang Wirtschaft mit integriertem Praxissemester Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann Dauer: 8 Semester wie oben
<ul style="list-style-type: none">• Studiengang Wirtschaft mit integriertem Auslandsstudiensemester Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann Dauer: 8 Semester Struktur: 1 Semester an einer Partnerhochschule in Europa, Amerika oder Australien i.Üb. wie oben
<ul style="list-style-type: none">• Dual Award Business Studies in Cooperation with Anglophone Countries (DBS-AC) Abschluss: Bachelor of Arts + Dipl.-Kauffrau/-mann Dauer: 8 Semester, davon 2 an ausld. Partnerhochschule
<ul style="list-style-type: none">• Integrierter Deutsch-Französischer Studiengang Wirtschaft (IDFW) Abschluss: Maîtrise oder Diplôme Supérieure +Dipl.kauffrau/-mann Dauer: 8 Semester, davon 2 an ausld. Partnerhochschule
<ul style="list-style-type: none">• Europäischer Studiengang Wirtschaft (ESW)

Abschluss: Dipl.-Kaufmann/-frau + Abschluss der ausld. Hochschule (z.Zt. Bachelor of Arts der Napier University of Edinburgh oder Master of Business Administration der Mid Sweden University of Östersund)

Dauer: 8 Semester, davon 4 an 2 ausld. Partnerhochschulen

Struktur: alle Studiengänge modularisiert

Fachhochschule Bielefeld

www.fh-bielefeld.de

Studiengänge:

- **Wirtschaft**

Abschluss: Dipl. Kauffrau/-mann (FH)

Dauer: 7 Semester, zus. optional 1 Auslands- oder Praxissemester

Struktur: 3 Semester Grundstudium

4-5 Semester Hauptstudium einschließlich Diplomarbeit mit Spezialisierungsmöglichkeiten (Außenwirtschaft, Steuerlehre und Unternehmensprüfung, Controlling, Finanz- und Rechnungswesen, Marketing, Personal und Organisation, Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsrecht)

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, Steuerlehre

Tätigkeitsfeld: Führungskräfte oder Fachspezialisten in privatwirtschaftlichen oder öffentlichen Unternehmen, in Behörden oder als Selbstständige

- **Europäischer Studiengang Management (E.S.M.)**

Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann (FH) + Europäisches Diplom in Betriebswirtschaft und Management (Zertifikat)

Dauer: 8 Semester

Struktur: 2 Sem. an einer Partnerhochschule und 1 internat. Praxissemester

- **Studiengang Wirtschaftsrecht¹**

Abschluss: Dipl. Wirtschaftsjuristin /-jurist (FH)

Dauer: 8 Semester

Struktur: 4 Semester Grundstudium, 4 Semester Hauptstudium einschließlich Auslands- oder Praxissemester und Diplomarbeit

¹ Mitglied der wirtschaftsjuristischen Hochschulvereinigung: <http://www.wirtschaftsrecht-fh.de> ; Bachelor-Studiengang (B.LL.) für das Wintersemester 05/06 geplant: 6 Sem. inkl. Praxisprojekt.

Spezialisierungsmöglichkeit: Industrie und Handel, Produktion, Umwelt und Technik, Management und Personal, Steuerrecht und betriebliche Steuerlehre

jur. Inhalte: Grundstudium: 96 SSW

davon Privatrecht mit Übung: 8 SWS (1. + 2. Semester), Allg. Wirtschafts-
verw.R: 6 SWS (2. + 3. Sem.), Handels- und Gesellschaftsrecht mit Übungen: 10 SWS (2. und 3. Semester), Arbeitsrecht mit Übungen: 6 SWS (2. und 3. Sem.), Unternehmensrecht mit Übungen: 12 SWS (3. und 4. Sem.), Wirtschaftsstrafrecht: 2 SWS (2. Sem.)

Hauptstudium: 24 SWS

EU-Recht: 4 SWS (5. Sem.), Intern. Wirtschafts- und Privatrecht mit Übung (5. Sem.), Schwerpunktfach: 12 SWS (5. und 7. Semester)

Aufnahmekapazität pro Semester: ca. 70

Studierendenzahl: 546²

Tätigkeitsfeld: mittelständische Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilung, Personal- und Rechtsabteilungen von Großunternehmen, Verbände, Wirtschaftskanzleien

Zusatzstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen

- Verbundstudiengang Betriebswirtschaft mit Studienrichtung Wirtschaftsrecht³

Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann

Dauer: 10 Semester

Struktur: 5 Semester Grundstudium, 5 Semester Hauptstudium einschließlich Diplomarbeit

40 % betriebswirtschaftliche, 40 % juristische Inhalte, 20 % Schlüsselqualifikationen, zum Teil als Lehrbriefe

Spezialisierungsmöglichkeiten: Personalmanagement und Arbeitsrecht, Beschaffung/Absatz und Internat. Wirtschaftsrecht, Rechnungswesen/Steuern und Steuerrecht

jur. Inhalte: Bürg. Recht: 10 SWS (1.-3. Sem.), Wirtschaftsverwaltungsrecht: 6 SWS (4. und 5. Sem.), Arbeitsrecht: 4 SWS (5. Sem.), Handelsrecht: 6 SWS (3. und 4. Sem.), Gesellschaftsrecht: 4 SWS (6. Sem.), rechtl. Planungs- und Gestaltungstechniken: 6 SWS (8. und 9. Sem.), Schwerpunktfächer: 12 SWS

² WS 03/04 lt. Angabe unter <http://www.wirtschaftsrecht-fh.de> im April 05.

³ Berufsbegleitend, zum Teil als Fernstudium.

(7.-9. Sem.)

Tätigkeitsfeld/Ziel: Weiterqualifikation, mittl. Management

Studierendenzahl (gesamt): 2.200

Fachhochschule des Mittelstands (Bielefeld)⁴

www.fhm-mittelstand.de

Studiengänge:

- **Betriebswirtschaft - Bachelor⁵** (Vollzeit ab Mai 2006)

Abschluss: BA

Dauer: 9 Trimester (3 Jahre), inklusive 24 Wochen Praxis

jur. Inhalte: Wirtschafts- und Steuerrecht

Gebühren: 435,- € / Monat

- **Betriebswirtschaft - Diplom**

Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann (FH) + Meistertitel

Dauer: 9 Trimester (3 Jahre), inklusive 32 Wochen Praxis

Struktur: Studium mit gleichzeitiger Meisterausbildung

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht

Gebühren: 520,- €/Monat

- **Master of Business Administration**

Abschluss: MBA

Dauer: 24 Monate, berufsbegleitend

Struktur: 26 Module, ECTS

4 Themenbereiche: General Management, Management mittelständischer Unternehmen, Management in der digitalen Wirtschaft, Führung und Kommunikation

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht

Ziel: Maßnahme der Persönlichkeitsentwicklung; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit für mittelständische Betriebe

Tätigkeitsfelder: Führungsaufgaben in mittelständischen Unternehmen

⁴ Private Hochschule: Studiengebühren.

⁵ Auch berufsbegleitend; in diesem Fall dauert das Studium 11 Trimester (3,6 Jahre), die Gebühren betragen 335,- €/Monat.

Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW)⁶

www.fhdw.de

Standorte:

Bergisch-Gladbach, Bielefeld, Celle, Dresden, Gütersloh, Hannover, Paderborn

Studiengänge:

<ul style="list-style-type: none">• Bergisch-Gladbach: Betriebswirtschaft und Wirtschaftsinformatik (jeweils auch als duales Kombinationsstudium und berufsbegleitendes Studium) Abschluss: BA
<ul style="list-style-type: none">• Bielefeld: duales Studium: Business Administration und International Business Abschluss: BA
<ul style="list-style-type: none">• Dresden: Business Administration (Planung, Start ca. Okt. 2006) geplanter Abschluss: BA
<ul style="list-style-type: none">• Gütersloh: Angewandte Informatik (auch berufsbegleitend)• Business Administration (berufsbegleitend) Abschluss: BA
<ul style="list-style-type: none">• Hannover: Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Informatik jeweils mit Konzept „Mach 2“: quartalsweiser Wechsel zwischen Studium und Praxis; auch berufsbegleitend Abschluss: Dipl.-Kauffrau / -mann (FH)
<ul style="list-style-type: none">• Paderborn: Angewandte Informatik, International Business, Business Administration (in Planung, Beginn gepl. Okt. 2005) Abschluss: BA

Dauer: jeweils 2,5 Jahre

Gebühren: soweit angegeben: 575,- € / Monat

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, bei entspr. Spezialisierung: Steuerrecht

Studierendenzahl: 1.800

Akkreditierung: FIBAA und ZEvA

⁶ Private Hochschule: Studiengebühren.

Tätigkeitsfelder: Führungsnachwuchs

Fachhochschule Bochum

www.fh-bochum.de

Studiengänge:

• **Wirtschaft**

Abschluss: Dipl.-Kauffrau / -mann (FH)

Dauer: 7 Semester

Struktur: Vollstudium; 4 Semester Grundstudium, 3 Semester Hauptstudium, inkl. Diplomarbeit

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, Steuerlehre

• **Binationale Studiengänge (Deutsch –Britisch / Französisch / Italienisch / Spanisch)**

Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann (FH) und Abschluss der Partneruniversität

Dauer: 8 Semester

Struktur: 4 Semester Grundstudium (identisch mit Studiengang Wirtschaft), 4 Semester Hauptstudium, 7. und 8. Sem. Studium an Partnerhochschule

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, Steuerlehre

• **Bachelor Wirtschaft**

Abschluss: Bachelor of Science in Economics

Dauer: 6 Semester

Struktur: 4 Semester Grundstudium, 2 Semester Hauptstudium, ECTS-Verfahren

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, Steuerlehre

• **Berufsintegrierendes Studium Betriebswirtschaft**

Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann (FH).

Dauer: 8 Semester

Struktur: berufsbegleitend, 4 Semester Grundstudium, 4 Semester Hauptstudium

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, Steuerlehre

• **Master International Management**

Abschluss: Master of Science in International Management

Dauer: 4 Semester

Struktur: 1. Sem.: Erwerb unternehmerischer Kompetenz und Schlüsselqualifikationen

2. +3. Sem. Strat. Management, Int. Wirtschaftspolitik und Wahlfächer; 4. Sem.

Masterarbeit

jur. Inhalte: z.T. in den Wahlfächern enthalten Ziel: Qualifikation für Führungspositionen in intern. operierenden Unternehmen
<ul style="list-style-type: none">• Zusatzstudium Wirtschaftsingenieurwesen Abschluss: Dipl.-Wirtschaftsingenieur(in) Dauer: 3 Semester Struktur: 1 Semester Pflichtfachstudium, 2. + 3. Semester Spezialisierungsmöglichkeit; 6 wöchige Diplomarbeit jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht (2. Semester), Steuerlehre (3. Semester) Ziel: Grundwissen für Dipl. Ingenieure für anspruchsvolle Managementaufgaben

Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg

www.fh-bonn-rhein-sieg.de

Studiengänge:

<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaft St. Augustin Abschluss: Dipl.-Kauffrau/-mann (FH) Dauer: 8 Semester Struktur: je 4 Semester Grund- und Hauptstudium, davon 1 Praxissemester jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht; Steuern als Wahlpflichtfach Ziel: Aufgaben im Management privater und öffentlicher Unternehmen
<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaft Rheinbach – Diplom (auslaufend bis WS 2005/06, letzter Beginn SS 03)
<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaft Rheinbach – Bachelor Abschluss: Bachelor in Business Administration Dauer: 6 Semester einschl. Praxissemester und Abschlussarbeit Struktur: modularisiert, ECTS-Verfahren, Wahlfächer u.a. Rechnungslegung, Steuern, Wirtschaftsprüfung; 25 % der Lehrveranstaltungen in engl. Sprache jur. Inhalte: Privat- und Wirtschaftsrecht (1. Sem: 11 CP)
<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaft Rheinbach – Master Abschluss: MBA Dauer: 4 Semester Struktur: berufsbegleitend möglich und erwünscht Jur. Inhalte: Economic Law Gebühren: 650,- €

Ziel: Senior Management von Unternehmen; höherer Dienst der öffentl. Verwaltungen	
<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaft Rheinbach – BIS 	
Abschluss: Bachelor of Science in Business Information Systems	
Ziel:	Tätigkeiten in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen und öffentliche Verwaltung (IT-Leiter, Anwendungsprogrammierer, IT-Berater etc.)
<ul style="list-style-type: none"> • Bachelor – Studiengang „Sozialversicherung“ 	
Abschluss: Bachelor of Arts	
jur. Inhalte: Modul: Orientierungshilfen im System angewandter Wissenschaft I (Rechts- und Wirtschaftswissenschaft einschließlich Fachsprache, -logiken und Regeltechnik)	
Ziel:	geh. Funktion des nichttechnischen Verwaltungsdienstes in der Sozialversicherung (löst interne Berufsgenossenschaftsausbildung ab)

Fachhochschule Dortmund

www.fh-dortmund.de

Studiengänge:

<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaft 	
Abschluss: Dipl. Betriebswirt/in (FH)	
Dauer: 7 Semester	
Struktur: modularisiert; 3 Semester Grundstudium, 4 Semester Hauptstudium	
jur. Inhalte: Grundstudium: Wirtschaftsrecht I: 4 SWS (3. Sem.); Steuerlehre: 8 SWS (2. + 3. Sem.);	
Hauptstudium: 3 Wahlpflichtfächer müssen gewählt werden mit insges. 40 SWS, darunter möglich: Arbeitsrechtsmanagement (Arbeitsrecht, Betriebsverf.- und Tarifrecht, Ausbildungseignung); Betriebswirtschaftliche Steuerlehre II (Unternehmensbesteuerung, Steuerliches Verfahrens- und Berufsrecht)	
<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Studiengänge (Deutsch-Britisch, Deutsch-Französisch, Deutsch-Niederländisch, Deutsch-Spanisch)⁷ 	
Abschluss: Doppelabschluss Dipl. Betriebswirt/in (FH) + Bachelor of Arts International Business	
Dauer: 8 Semester	

⁷ Studiengebühren für Auslandszeiten ca. 6.000,- € pro Studienjahr, Förderung durch Sokrates- Austauschprogramm möglich, es steht aber nur eine begrenzte Platzzahl zur Verfügung.

<p>Struktur: 3 Semester Grundstudium an der FH Dortmund, im Hauptstudium 1 Praxissemester im Ausland und 2 Studiensemester an der Partnerhochschule</p> <p>jur. Inhalte: entspricht in etwa dem Studiengang Wirtschaft</p> <p>Ziel: Managementtätigkeiten im In- und Ausland sowie bei internationalen Unternehmen, Verbänden und Behörden</p>
<ul style="list-style-type: none">• Verbundstudium Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre⁸ <p>Abschluss: Dipl. BetriebswirtIn (FH)</p> <p>Dauer: 5 Semester einschließlich Diplomarbeit</p> <p>Struktur: Präsenzphasen (30 %) 14-tägig Samstag, sonst Vermittlung durch Lehrbriefe</p> <p>Zulassungsvoraussetzungen: erfolgreicher Abschluss einer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung; Absolventen von anderen internen Fachhochschulen (Rechtspflege, Finanzen, Polizei) können zugelassen werden, wenn besondere betriebswissenschaftliche Vorbildung festgestellt wird (Sonderprüfung).</p> <p>Ziel: Befähigung von Beamtinnen und Beamten in den öffentlichen Verwaltungen sowie Beschäftigte der verwaltungsnahen Wirtschaft zur Übernahme betriebswirtschaftlicher Aufgaben.</p>

Studierendenzahl: 1.800 (gesamter Fachbereich)

Fachhochschule Düsseldorf

www.fh-duesseldorf.de

Studiengänge:

<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaft mit / ohne Praxissemester <p>Abschluss: Dipl. Betriebswirt/in</p> <p>Dauer: 8 / 7 Semester</p> <p>Struktur: 4 Semester Grundstudium; 3 / 4 Semester Hauptstudium; Praxissem. ggf. im 5. Semester</p> <p>jur. Inhalte: Wirtschaftsprivatrecht und Arbeits- und Sozialrecht: 10 SWS (1. + 2. Sem.)</p>
<ul style="list-style-type: none">• Internationale Betriebswirtschaft <p>Abschluss: Dipl. Betriebswirt/in (FH)</p>

⁸ Berufsbegleitend, z.T. als Fernstudium; Studiengebühren ca. 650,- € pro Semester.

Anlage 8/3

Dauer:	8 Semester
Struktur:	4 Semester Grund-, 4 Semester Hauptstudium inklusive 1-2 Wirtschaftsfremdsprachen; 5. Semester an ausld. Partneruniversität
jur. Inhalte:	Wirtschaftsprivatrecht, Arbeits- und Sozialrecht, EU-Recht, Internationale Rechtsbeziehungen: 10 SWS (1. + 2. Semester)

Fachhochschule für Ökonomie und Management (FOM) (Essen)⁹

www.fom.de

Studiengänge (gegliedert nach Abschlüssen):

- **Dipl. - Kauffrau/-mann (FH) - klassisches Studium**¹⁰

Dauer: 7 Semester

Struktur: 4 Semester Grundstudium, 3 Semester Hauptstudium inkl. Diplomarbeit

jur. Inhalte: Wirtschaftsprivatrecht, öffentliches Recht, Steuerlehre

Tätigkeitsfeld / Ziel: Generalistenausbildung: alle Bereiche von Unternehmen

- **Dipl. - Kauffrau/-mann (FH) mit Schwerpunkt**

- Schwerpunkt Steuerrecht: Tätigkeit in Kanzleien von Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern, Steuerfachanwälten, Finanz-, Steuer- und Rechtsabteilungen von Unternehmen

- Schwerpunkt Health-Care-Management: Tätigkeit im Gesundheitssystem

- Schwerpunkt Logistik: Tätigkeit als Logistiker in größeren Unternehmen

- Schwerpunkt Unternehmenskommunikation: Tätigkeit in Werbung und Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen

Struktur: Ausbildung grds. wie oben, Schwerpunkt im Hauptstudium

- **Dipl. Wirtschaftsjurist/in (FH)**¹¹

Dauer: 7 Semester

jur. Inhalte: Zivilrecht: AT, Schuldrecht, Familienrecht, Erbrecht, besondere Vertragsgestaltungen, Kreditsicherung, Verfahrensrecht; Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Verwaltungsverfahren, Wirtschaftsstrafrecht, Strafverfahrensrecht, Steuerlehre, Wettbewerbsrecht, Kartellrecht, Sozialrecht, Urheberrecht

⁹ Private Hochschule: Studiengebühren; alle Studiengänge berufsbegleitend möglich.

¹⁰ Für alle Diplom- und Bachelor-Studiengänge fallen Gebühren in Höhe von 270,- € / Monat an, hinzu kommt eine einmalige Prüfungsgebühr von 255,- €.

¹¹ Mitglied in der Wirtschaftsjuristischen Hochschulvereinigung.

Anlage 8/3

<p>und gew. Rechtsschutz, Handelsrecht; Arbeits- und Unternehmensrecht als Wahlfach; jur. Fallbearbeitung</p> <p>möglich mit Schwerpunkt: Krankenversicherungsmanagement</p> <p>Studierendenzahl: 262¹²</p> <p>Tätigkeitsfeld: interne Rechtsberatung von Unternehmen</p> <p>bei entspr. Schwerpunkt: Krankenkassen</p>
<ul style="list-style-type: none">• Master of Business Administration (MBA) <p>Dauer: 4 Semester</p> <p>Struktur: 12 Module, 50 % der Veranstaltungen in englischer Sprache</p> <p>jur. Inhalte: Civil Law, Industrial Law, Public Law</p> <p>Gebühren: 350,- € / Monat, einmalige Prüfungsgebühr von 310,- €</p> <p>Akkreditierung: FIBAA</p>
<ul style="list-style-type: none">• Bachelor of International Management <p>Dauer: 7 Semester</p> <p>jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht, Handelsrecht, Internationales Recht, EU-Recht</p> <p>Tätigkeitsfeld: Aufgaben in Beschaffung, Fertigung, Absatz, Personalwesen, Informationswirtschaft, Controlling</p>
<ul style="list-style-type: none">• Bachelor of Arts in Business Administration (Koop. mit FH Köln) <p>Dauer: 7 Semester</p> <p>jur. Inhalte: Wirtschaftsprivatrecht, Steuern</p> <p>Tätigkeitsfeld: Managementaufgaben in internat. tätigen Unternehmen</p>
<ul style="list-style-type: none">• 3 weitere elektro- und informationstechnische Studiengänge

Fachhochschule Gelsenkirchen

www.fh-gelsenkirchen.de

Standorte: Gelsenkirchen, Bochholt, Recklinghausen

Studiengänge:

¹² Im WS 03/04, Angabe nach <http://www.wirtschaftsrecht-fh.de> im April 05.

<p>• Wirtschaftsrecht (Recklinghausen)¹³</p> <p>Dauer: 8 Semester</p> <p>Abschluss: Dipl.–Wirtschaftsjurist/in (FH)</p> <p>Struktur: 3 Semester Grundstudium, 4 Semester Hauptstudium mit Schwerpunkt, 1 Praxissemester; modularisiert; 240 Credit points</p> <p>Jur. Inhalte: Zivilrecht, öffentliches Recht, Steuerrecht, Europarecht / Internationales Recht, Arbeitsrecht und Personalwirtschaft oder Öffentliches Wirtschaftsrecht und Unternehmensmanagement</p> <p>Studierendenzahl: 532¹⁴</p> <p>Tätigkeitsfeld: Industrie- und Handelsunternehmen, Unternehmensberatungen, Banken, Versicherungen, Verbänden, Kammern</p>
<p>• International Business Law & Business Management</p> <p>Dauer: 8 Semester</p> <p>Abschluss: Bachelor of Business Law (B.BL.)</p> <p>Struktur: 3 Semester Grundstudium, 5 Semester Hauptstudium inkl. 1 Praxissemester und 1 Auslandssemester, modularisiert, 240 c.p.</p> <p>Jur. Inhalte: Zivilrecht, Internat. Zivilrecht, Öffentliches Recht, Europäisches Recht, Internationales Wirtschaftsrecht</p> <p>Tätigkeitsfeld: Industrie- und Handelsunternehmen, Unternehmensberatungen, Banken, Versicherungen, Verbänden, Kammern, internat. Ausgerichtete Anwaltskanzleien, Projektjuristen, Steuerberatung, Rechtsabteilung</p>
<p>• Wirtschaft (Gelsenkirchen)</p> <p>Abschluss: Dipl.-Betriebswirt/in</p> <p>Dauer: 8 Semester</p>
<p>Dt.-Niederländischer Studiengang Wirtschaft (Bocholt)</p> <p>Abschluss: Dipl. – Betriebswirt/in + Bachelor of Economics</p> <p>Dauer: 8 Semester</p> <p>Struktur: 3 Semester Grundstudium, 5 Semester Hauptstudium inkl. 1 Praxissemester</p> <p>Jur. Inhalte: Grundlagen des Zivilrechts, Kaufmännisches Vertragsrecht, Sachenrecht, Gesellschaftsrecht (8 SWS), Steuerlehre, Recht (2SWS im 6. Semester)</p> <p>Tätigkeitsfeld: bei Wahl des Schwerpunkts Tourismus: kommunale und private Tourismusor-</p>

¹³ Mitglied der Wirtschaftsjuristischen Hochschulvereinigung; Bachelor-Studiengang (B.LL) für das Wintersemester 05/06 geplant: 6 Semester; Schwerpunkt International Business Law and Business Management.

¹⁴ Im WS 03/04, nach <http://www.wirtschaftsrecht-fh.de> im April 05.

ganisationen, Kongresswesen, Messemanagement

Fachhochschule Köln

www.fh-koeln.de

Studiengänge:

- **Wirtschaftsrecht**

Abschluss: Dipl. Wirtschaftsjurist / in (FH)

Dauer: 8 Semester

Struktur: 3 Semester Grundstudium, 1 Praxissemester, 4 Semester Hauptstudium, im Bereich der Schwerpunkte modularisiert

jur. Inhalte: Bürgerliches Recht, Arbeits-, Handels-, Gesellschaftsrecht, Insolvenz-, Wettbewerbs- und Kartellrecht (ca. 75 % des Studiums)

Studierende: 303

Tätigkeitsfeld: Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungssektor (Berufsexamina sind möglich), Personalabteilungen von Unternehmen, Banken und Versicherungen, kl. Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilung, Inkassounternehmen, Insolvenzverwaltern, M- u. A-Abteilungen sowie Kanzleimanagement großer Anwaltskanzleien

- **Wirtschaft**

Abschluss: Dipl.-Kauffrau/mann (FH)

Dauer: 7 oder - inklusive Praxissemester - 8 Semester

jur. Inhalte: Arbeitsrecht, BGB-AT, Schuldrecht, Sachenrecht, Kreditsicherung, Handels- und Gesellschaftsrecht, Kreditsicherung, Steuerlehre, Sozialversicherungsrecht, Außenwirtschaftsrecht mit Europarecht, Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, UN-Kaufrecht, Internat. Privatrecht

- **International Business (ab WS 04/05)**

Abschluss: Bachelor of Arts in International Business

Dauer: 3 Jahre

Struktur: 1 obligatorisches Auslandssemester, modularisiert

jur. Inhalte: Wirtschaftsrecht und Steuern: 1. Studienjahr

Studierendenzahl: 25 pro Jahrgang

Tätigkeitsfeld: Assistant Product Manager, Junior Accounting Officer, Assistenten der Geschäftsführung

- **International Business Administration**

Abschluss: Master of Arts in International Business (MBA)

Dauer: 4 Semester

Struktur: modularisiert, Auslandspraxis- oder Auslandsstudiensemester im 3. Sem.

jur. Inhalte:

Studierendenzahl: 15 pro Jahrgang

Ziele: Führungsaufgaben in kleinen oder mittleren Unternehmen, Risikomanagement

Akkreditierung: FIBAA

Rheinische Fachhochschule Köln

www.rfh-koeln.de

Studiengänge:

- **Wirtschaftsrecht¹⁵**

Abschluss: Dipl. Wirtschaftsjurist / in

Dauer: 7 Semester

Struktur: 4 Semester Grundstudium, 2 Sem. Hauptstudium, 1 Semester Diplomarbeit

jur. Inhalte: BGB (AT, Schuldrecht, Sachenrecht) Arbeits- und Sozialrecht, Handelsrecht, Zivilprozessrecht, Zwangsvollstreckungsrecht, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbs- und Kartellrecht, Wertpapierrecht, Insolvenzrecht, Urheberrecht, Gewerblicher Rechtsschutz, Umweltrecht, Wirtschaftsstrafrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht

Tätigkeitsfeld: Kammern, Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Unternehmensberatungen, Banken und Versicherungen

- **Wirtschaft¹⁶**

Abschluss: Dipl. Kauffrau / -mann

Dauer: 7 Semester

Struktur: wie Wirtschaftsrecht

jur. Inhalte: Zivilrecht, Gesellschaftsrecht, Schuld- und Sozialrecht, Kaufmännisches Ver-

¹⁵ Mitglied der Wirtschaftsrechtlichen Hochschulvereinigung; auch berufsbegleitend, private Hochschule: Studiengebühren: 370,- €/Monat für das Vollzeitstudium bzw. 270,- € für das berufsbegleitende Studium.

tragsrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Steuerlehre Einsatzmögl.: Wirtschaft, Verwaltung, DV-Bereiche („Generalist“)
<ul style="list-style-type: none">• LL.M International and European Business Law Abschluss: Master of Laws Dauer: 4 Semester Struktur: berufsbegleitend in Köln und Cambridge; Präsenzstudium; ausschließlich in englischer Sprache jur. Inhalte: Europ. Handelsrecht, Internat. Steuerrecht, Intern. Handels- und Gesellschaftsrecht Zulassungsvoraussetzungen: 1. Staatsexamen oder FH-Abschluss Wirtschaftsrecht
<ul style="list-style-type: none">• Master of Business Administration (MBA) Abschluss: MBA Dauer: 4 Semester Struktur: berufsbegleitend in Köln und London Zulassungsvoraussetzung: guter Univ. oder FH-Abschluss

Fachhochschule Münster

www.fh-muenster.de

<ul style="list-style-type: none">• Wirtschaft Dauer: 6 Semester Abschluss: Bachelor Betriebswirt Struktur: 2 Semester Grundstufe mit Pflichtveranstaltungen, 2 Semester Aufbaustufe mit 8 Aufbaumodulen, die aus 11 möglichen gewählt werden können; 2 Semester Erweiterungsstufe mit Spezialisierungsmöglichkeiten jur. Inhalte: Fach „Recht“ in der Grund- und Aufbaustufe
--

¹⁶ Auch berufsbegleitend, Gebühren wie Wirtschaftsrecht, vgl. Fn. 14.

<ul style="list-style-type: none"> • International Management (EBP) European Business Programme (Deutsch-Britisch; Deutsch-Französisch; Deutsch-Spanisch) Dauer: 8 Semester Abschluss: Bachelor Betriebswirt und entsprechendes nationales Diplom Struktur: 2 Praxissemester (4. und 6.), eines in Deutschland, eines im Land der Partnerhochschule, Studium an 2 Hochschulen des EBP-Netzwerkes Jur. Inhalte: Grundlagen des Wirtschaftsrechts (1. Semester), Wirtschaftsrecht I (3. Semester), Wirtschaftsrecht (5. Semester), Steuerlehre (5. Semester) Tätigkeitsfeld: Einsatz in international operierenden Unternehmen
<ul style="list-style-type: none"> • International Management (CALA) Deutsch-Lateinamerikanischer Studiengang Betriebswirtschaft Dauer: 6 Semester (Bachelor), 4 weitere Semester (Master) Struktur: 4 Semester Grund- und Aufbaustufe, 2 Semester Erweiterungsstufe in Lateinamerika, anschließend Bachelor-Abschluss an der FH Münster; 1. Masterjahr in Lateinamerika, anschließend lateinamerikanischer Abschluss; anschließend 2. Masterjahr an der FH Münster, anschließend Master FH jur. Inhalte: Modul Wirtschaftsrecht I (3. Semester: 4 SWS), Aufbaumodul: Wirtschaftsrecht II

Fachhochschule Südwestfalen (Hochschule für Technik und Wirtschaft)

www.fh-swf.de

Standorte: Hagen, Iserlohn, Meschede, Soest

wirtschaftliche Studiengänge nur in Meschede

Studiengänge:

<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaft - Diplom auslaufend
<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaft - Bachelor (Studienbeginn ab WS 05/06) Abschluss: Bachelor of Arts Dauer: 6 Semester Struktur: 3 Semester Grundstudium, 3 Semester Hauptstudium jur. Inhalte: Wirtschaftsprivatrecht: 4 SWS (1. Sem.)
<ul style="list-style-type: none"> • ETP - Bachelor (European Studies in Technology and Business) (ab WS

04/05)
Abschluss: Bachelor of Arts
Dauer: 6 Semester
Struktur: modularisiert, 3 Sem. Grundstudium, 3 Sem. Hauptstudium; 75 % VWL und BWL und 25 % Maschinenbau oder Informations- und Kommunikationstechnik; Praxisphase im nicht-deutschsprachigen Ausland
jur. Inhalte: Europarecht: 4 SWS (3. Sem.); Wirtschaftsprivatrecht: 4 SWS (3. Sem.)
<ul style="list-style-type: none">• ETP-Master
wird ab dem WS 05/06 voraussichtlich durch den Master „Wirtschaft“ ersetzt

Akkreditierung der Bachelor- und Masterstudiengänge: ASIIN

Anlage 8/4

Kurzübersicht der juranahen Studiengänge an den Fachhochschulen in NRW

Name der FH	Studiengänge	Dauer	Abschluss	Besonderheiten
FH Aachen	- Wirtschaft	7 Sem.	Diplom Kaufmann /-frau (FH)	
	- Wirtschaft mit Praxissemester	8 Sem.	Dipl. Kaufmann / -frau (FH)	
	- Wirtschaft mit Auslandssemester	8 Sem.	Dipl. Kaufmann / -frau (FH)	1 Sem. an Partnerhochschule
	- Dual Award Business Studies in Coop. With Anglophone Countries	8 Sem.	BA + Dipl. Kaufmann / -frau (FH)	2 Sem. an ausld. Partnerhochschule
	- Deutsch – Franz. Studiengang Wirtschaft	8 Sem.	Maîtrise und Diplomkaufmann / -frau (FH)	2 Sem. an franz. Partnerhochschule
	- Europ. Studiengang Wirtschaft	8 Sem.	Diplomkaufmann / -frau (FH) und Abschluss der ausld. Hochschule	2 Sem. an ausld. Partnerhochschule
FH Bielefeld	- Wirtschaft	7 Sem.	Diplomkaufmann / -frau (FH)	
	- Europ. Studiengang Management	8 Sem.	Diplomkaufmann / -frau (FH) + Europ. Diplom in Betriebswirtschaft und Management	2 Sem. an einer ausld. Partnerhochschule und ein internat. Praxissem. LL.B für WS 05/06 geplant

Anlage 8/4

	- Wirtschaftsrecht - BWL mit Studienrichtung Wirtschaftsrecht	8 Sem. 10 Sem.	(noch) Dipl. Wirtschaftsjurist/i n (FH) Diplomkaufmann / -frau (FH)	
FH des Mittelstandes (Bielefeld)	- Betriebswirtschaft - Betriebswirtschaft - Business Administration	9 Trimester (3 Jahre) 9 Trimester (3Jahre) 2 Jahre	BA Diplomkaufmann / -frau (FH) + Meistertitel Master (MBA)	gebührenpflichtig gebührenpflichtiges Studium mit gleichzeitiger Meisterausbildung berufsbegleitend
FH der Wirtschaft (FHDW)	- Berg.-Gladbach: BWL und Wirtschaftsinformatik - Bielefeld: duales Studium Business Administration und International Business - Dresden: Business Administration (gepl.) - Gütersloh: Business Administration - Hannover	jeweils 2,5 Jahre	BA BA BA Diplomkaufmann / -frau (FH)	alle gebührenpflichtig berufsbegleitend quartalsweiser Wechsel zwischen Studium und Praxis,

Anlage 8/4

	<p>Betriebswirtschaft</p> <p>- Paderborn: angewandte Informatik; International Business; Business Administration (gepl.)</p>		BA	auch berufsbegleitend
FH Bochum	<p>- Wirtschaft</p> <p>- Binationale Studiengänge Wirtschaft</p> <p>- Wirtschaft</p> <p>- Betriebswirtschaft</p> <p>- International Management</p>	<p>7 Sem.</p> <p>8 Sem.</p> <p>6 Sem.</p> <p>8 Sem.</p> <p>4 Sem.</p>	<p>Diplomkaufmann / -frau (FH)</p> <p>Diplomkaufmann / -frau (FH) + Abschluss der Partneruniversität</p> <p>BA</p> <p>Diplomkaufmann / -frau (FH)</p> <p>Master</p>	<p>2 Sem. an ausld. Partnerhochschule in GB, Frankreich, Italien oder Spanien</p> <p>berufsintegrierend</p>
FH Bonn- Rhein-Sieg	<p>- Wirtschaft St. Augustin</p> <p>- Wirtschaft Rheinbach</p> <p>- Wirtschaft Rheinbach</p> <p>- Wirtschaft Rheinbach - BIS</p>	<p>8 Sem.</p> <p>6 Sem.</p> <p>4 Sem.</p> <p>6 Sem.</p>	<p>Diplomkaufmann / -frau (FH)</p> <p>BA</p> <p>Master</p> <p>Bachelor of Science in Business Information Systems</p>	<p>berufsbegleitend</p>

Anlage 8/4

	- Sozialversicherung	6 Sem. (?)	BA	löst interne Berufsgenossenschaftsausbildung ab
FH Dortmund	- Wirtschaft	7 Sem.	Dipl. Betriebswirt /-in (FH)	
	- Internat. Studiengänge Wirtschaft	8 Sem.	Diplom Betriebs- wirt /in (FH) + BA Intern. Business	1 Praxis- und 2 Studiensem. im Ausland (GB, Frankreich, Niederlande oder Spanien)
	- Verwaltungs- betriebswirtschafts- lehre	5 Sem.	Dipl. Betriebswirt / -in (FH)	Fernstudium, berufsbegleitend; Zielgruppe sind die Absolventen der internen FHs
FH Düsseldorf	- Wirtschaft mit / ohne Praxissemester	7 / 8 Sem.	beide Dipl. Betriebswirt / -in (FH)	
	- Internat. Betriebs- wirtschaft	8 Sem.		1 Sem. Auslandsstudium
FH für Ökonomie und Management (Essen)	- Wirtschaft	7 Sem.	Diplomkaufmann / -frau (FH)	
	- Wirtschaft mit Schwerpunkt	7 Sem.	Diplomkaufmann / -frau (FH)	Schwerpunkte: Steuerrecht, Health – Care – Management, Logistik, Unternehmenskommunikation
	- Wirtschaftsrecht	7 Sem.	(noch) Wirtschafts- jurist /in (FH)	LL.B geplant
	- Business Administration	4 Sem.	Master (MBA)	
	- International Management	7 Sem.	BA	

Anlage 8/4

	- Business Administration	7 Sem.	BA	
FH Gelsenkirchen	- Wirtschaftsrecht (Recklinghausen)	8 Sem.	(noch) Dipl. Wirtschaftsjurist /in (FH)	LL.B geplant
	- Internat. Business Law and Business Management	8 Sem.	Bachelor of Business Law	1 Praxis- und 1 Studiensem. im Ausland
	- Wirtschaft (Gelsenkirchen)	8 Sem.	Dipl. Betriebswirt /-in (FH)	
	- Dt.-nl. Studiengang Wirtschaft (Bocholt)	8 Sem.	Dipl. Betriebswirt /-in (FH) + Bachelor of Economics	
FH Köln	- Wirtschaftsrecht	8 Sem.	(noch) Dipl. Wirtschaftsjurist /-in (FH)	LL.B geplant
	- Wirtschaft	7 / 8 Sem.	Diplomkaufmann / -frau (FH)	
	- International Business	6 Sem.	Bachelor of Arts in Internat. Business	ab WS 04/05
	- International Business Administration	4 Sem.	Master (MBA)	
Rheinische FH Köln	- Wirtschaftsrecht	7 Sem.	(noch) Diplom-jurist / -in (FH)	LL.B geplant
	- Wirtschaft	7 Sem.	Diplomkaufmann / -frau (FH)	
	- Intern. and European Business Law	4 Sem.	Master of Laws	berufsbegleitend in Köln und Cambridge

Anlage 8/4

	- Business Administration	4 Sem.	Master (MBA)	berufsbegleitend in Köln und London
FH Münster	- Wirtschaft	6 Sem.	BA	Programme: Deutsch-Britisch; Dt.- Französisch; Dt.-Spanisch Dt.- Lateinamerikanischer Studiengang
	- International Management	8 Sem.	BA + nat. Diplom	
	- International Management (CALA)	6 Sem. + 4 Sem.	BA + lateinamerik. Diplom Master	
FH Südwestfalen	- Wirtschaft	6 Sem.	BA (ab WS 05 /06) Diplom: auslaufend	Mit 25 % Maschinenbau oder Informations- und Kommunikationstechnik
	- Wirtschaft (geplant)	?	Master	
	- Europ. Studies in Technology and Business (ab WS 04/05)	6 Sem.	BA	